

DIE DEUTSCHEN UND RUSSLAND:

Liebesgrüße an Moskau?

- EIN KOMMENTAR VON STEFAN LOCKE
- -AKTUALISIERT AM 11.06.2019-19:27



Viele Ostdeutsche haben ein ambivalentes Verhältnis zu Russland – wie auch zu Amerika. Sympathien für Wladimir Putin entspringen vor allem einer inneren Auflehnung gegen einen schier übermächtigen Westen.

Am Verhältnis der Deutschen zu Russland lässt sich auch heute noch die einstige Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR ablesen. Während die Menschen im Westen überwiegend skeptisch gen Moskau blicken, nimmt, je weiter man in Richtung Osten kommt, die Sympathie für Russland zu. Insofern hat der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) recht, wenn er zunächst nüchtern feststellt, dass es in Ostdeutschland eine eigene Meinung zu dem Thema gibt. Der Zustand der deutsch-russischen Beziehungen kommt bei nahezu jedem seiner Bürgergespräche, mit denen er landauf, landab unterwegs ist, aufs Tapet. Und es sind dort vor allem ältere Menschen, die auf die Russland-Politik der Bundesregierung und des Westens fast ausschließlich mit Ablehnung und Unverständnis reagieren.

Eine ärgerliche und unzulässige Verallgemeinerung ist es jedoch, aus Kretschmers Satz, dass es in Ostdeutschland eine eigene Meinung dazu gibt, zu schließen, dass alle Ostdeutschen hierzu eine Einheitsmeinung verträten. Dem ist nicht so, schon gar nicht unter jüngeren Leuten. Die Ostdeutschen sind auch bei diesem Thema keine homogene Masse. Das zu glauben ist genauso falsch wie die immer wieder auftauchende Annahme, 40 Jahre DDR hätten eine ostdeutsche Identität geschaffen, oder die seit einiger Zeit vor allem publizistisch beförderte These, es gebe eine Art genuines Ostdeutschsein, dem man möglichst auch noch mit einer Ost-Quote zu besonderer Geltung verhelfen müsse.

Viele Ostdeutsche haben ein ziemlich ambivalentes Verhältnis zu Russland – wie im Übrigen auch zu den Vereinigten Staaten. Vor allem die Älteren im Osten haben „die Russen“ als Befreier und Besatzer kennengelernt. Über 40 Jahre waren eine halbe Million Sowjetsoldaten auf dem Gebiet der DDR stationiert, die obendrein auch für deren Unterbringung, Verpflegung und Gehalt aufkommen musste. Die DDR-Regierung war eine Marionette Moskaus und für die Bevölkerung die Mitgliedschaft in der DSF, der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, genauso obligatorisch wie in der Schule der Russischunterricht. Angesichts dieses Erlebens war es mit der Russland-Liebe zu DDR-Zeiten nicht weit her, anders als im Westen aber ist die Angst vor „dem Russen“ im Osten, der so lange mit ihnen in unmittelbarer Nachbarschaft lebte, nicht sonderlich ausgeprägt.

Dazu beigetragen haben freilich persönliche Begegnungen, am intensivsten bei jenen Ostdeutschen, die in der Sowjetunion studieren durften oder eine der begehrten Reisen in das Riesenreich ergattern konnten. Wer jemals in Russland oder den einstigen Sowjetrepubliken unterwegs war, wird bestätigen, wie freundlich, wissbegierig und herzlich die Menschen einen aufnehmen. Die Erlebnisse dürften denen der Westdeutschen ähneln, die in den Vereinigten Staaten zur Schule gingen, studierten oder Urlaub machten. Es sind diese Erfahrungen, die das Verhältnis zu einem Land und seinen Menschen

prägen, sie sind gerade bei den älteren Deutschen in Ost und West zwangsläufig sehr verschieden, aber deshalb nicht falsch.

Zu dieser gesunden Russophilie kommt jedoch eine vermeintliche Russland-Liebe im Osten, die vor allem ein Produkt der schwierigen Nachwendezeit ist. Die Sympathien für Wladimir Putin und sein Handeln entspringen vor allem einer inneren Auflehnung gegen einen schier übermächtigen Westen, der, so die wiederum vor allem bei den älteren Ost-Generationen verbreitete Ansicht, Ostdeutschland seine Regeln „aufgezwungen“ hat und seine Lebensweise jetzt noch weiter nach Osten exportieren will. Immer wieder zu hören ist dabei die falsche und von Michail Gorbatschow längst dementierte These, wonach die Nato ihm im Gegenzug für die Zustimmung zur deutschen Einheit versprochen habe, nicht nach Osten zu expandieren. Erschreckend ist, wie leichtfüßig die Verfechter solcher Thesen einfach über das Selbstbestimmungsrecht der Länder Osteuropas und den erklärten Willen der Mehrzahl ihrer Einwohner hinweggehen.

In Westdeutschland wiederum wird leider negiert, welche Folgen die Sanktionen für die Wirtschaft im Osten haben. Zwar ist das Export-Volumen Deutschlands nach Russland vergleichsweise gering, betrachtet man jedoch den Osten allein, sieht das schon ganz anders aus. Manch sächsischem Maschinenbauer, der seine Kontakte und Erfahrungen mit Russland reaktiviert hatte, ging durch die Sanktionen die Hälfte seines Umsatzes verloren. Eine solche Entwicklung trifft die vergleichsweise schwache Ost-Wirtschaft doppelt. Vor den Sanktionen wuchsen allein die Exporte Sachsens gen Moskau exponentiell. Die Frage, ob, wären die Folgen für den Westen ähnlich, das einfach so hingenommen würde, ist deshalb berechtigt.

Sehr hilfreich wäre in jedem Fall mehr Interesse für den östlichen Landesteil, mehr Wissen darüber, wie es hier aussieht und welche Erfahrungen die Menschen gemacht haben.

[Stefan Locke](#)

Korrespondent für Sachsen und Thüringen mit Sitz in Dresden.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG:

Einwohnerzahl im Osten so niedrig wie zuletzt 1905

- AKTUALISIERT AM 12.06.2019-10:07



Die Zahl der Einwohner in Ostdeutschland ist auf den Stand des Jahres 1905 zurückgefallen, im Westen hingegen leben so viele Menschen wie nie zuvor. Dem Ifo-Institut in Dresden zufolge wird „die Wucht der deutschen Teilung bis heute völlig unterschätzt“.

Ostdeutschland ist auf die Bevölkerungszahl des Jahres 1905 zurückgefallen. Gleichzeitig leben auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik heute so viele Einwohner wie niemals zuvor in der Geschichte. Das zeigt eine neue wirtschaftshistorische Studie der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts. „Die Einwohnerzahlen beider Landesteile driften trotz Wiedervereinigung nahezu ungebremst auseinander. Die anhaltende Wucht der deutschen Teilung wird bis heute in der Öffentlichkeit völlig unterschätzt“, sagt Studienautor Felix Rösel.

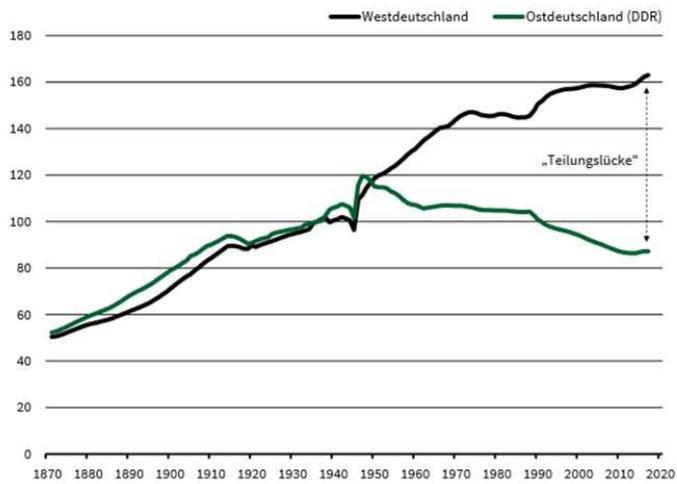
Die Hauptursache für den Bevölkerungsschwund ist dem **Ifo**-Forscher zufolge die Massenflucht aus Ostdeutschland von 1949 bis zum Mauerbau im Jahr 1961. Darüber hinaus fehle Ostdeutschland auch die Zuwanderung junger Gastarbeiter in den 1960er und frühen 70er Jahren. Schließlich habe auch die Abwanderung nach der Wende vor genau 30 Jahren zur unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung beigetragen. Vor der deutschen Teilung vor rund 70 Jahren hatten sich Ost- und Westdeutschland dagegen nahezu parallel entwickelt.

„Der ländliche Raum im Osten ist regelrecht ausgeblutet“

„Einkommen und Arbeitslosenquoten in Ost und West gleichen sich zwar langsam an, aber die Bevölkerungszahlen driften immer weiter auseinander“, sagt Rösel. Er weist auch die jüngsten Überlegungen zu einer Konzentration öffentlicher Fördermittel auf ostdeutsche Großstädte zurück. „Der ländliche Raum im Osten ist infolge der deutschen Teilung regelrecht ausgeblutet. Ein Ende der Förderung des ländlichen Raumes in Ostdeutschland wäre eine doppelte und deshalb besonders ungerechte Bestrafung. Wir brauchen genau das Gegenteil und müssen den sozialen Zusammenhalt sowohl in den Städten als auch in der Fläche fördern.“

Dem Ifo-Forscher zufolge hätten Dresden und Leipzig heute doppelt so viele Einwohner und wären Millionenstädte, wenn sie genauso stark wie der Westen gewachsen wären. Beide sächsischen Großstädte haben gegenwärtig allerdings nur etwa 550.000 Einwohner.

Einwohnerzahl von West- und Ostdeutschland (1936 = 100)



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahl von Westdeutschland (inklusive Saarland) und Ostdeutschland (Gebiet der damaligen DDR) zwischen 1871 und 2017. Das Jahr 1936 ist auf 100 normiert. Quellen: Statistisches Amt der DDR (1990), Besser (2008) [mit weiteren Nachweisen], Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2018), Bolt et al. (2018). Eigene Darstellung. © ifo Institut.

Bild: F.A.Z. / ifo Institut

CAS MUDDE ON THE EUROPEAN ELECTIONS:**It's the fragmentation, stupid!**[Michael Kountouris](#)

10 June 2019 – VoxEurop

The next five years the European Union will be more fragmented than ever. This is the key lesson of the 2019 European elections. However, contrary to the dominant narrative of the last decade or so, the old centrist blocs are not confronted with just a plethora of anti-system populist parties and groups.

[Cas Mudde](#) for VoxEurop

It feels a bit like an anti-climax. The 2019 European elections did not bring what the media had promised us, i.e. a populist takeover of the European Union, or at least the European Parliament, so they quickly lost interest. There were a few articles declaring “[peak populism](#)” or a “[Green Wave](#)”, but, deep down, the media had already moved on. Even [Fareed Zakaria](#), the perfect bellwether for elite opinion, could not get further than a bland “The West’s Crises Are Over, But the Populist Fury Remains.”

And yet, the 2019 European elections were interesting in both their continuities and changes. In many ways, they confirm recent trends at the European level, both within the EU and within the member states. I will focus here particularly on key similarities and differences with regard to the 2014 European elections, and argue that the 2019 European elections have created an even more fragmented European Parliament, which will probably lead to the EU muddle through further, despite the necessity and urgency of fundamental reforms.

Continuations of 2014 Trends

The main story of the 2014 European elections was, or should have been, the [fragmentation](#) of the political system, a logical consequence of the ongoing fragmentation at most national levels. Today, only six of the 28 EU member states (21 percent) have a party that gets more than one-third of the votes (down from ten in 2014), while only a slight majority (16) have a party that won at least one-quarter of the vote. Only Malta still has two parties over 33 percent of the vote – in Poland one of the two is a coalition of parties – while in 16 countries (57 percent) the biggest two parties together did not account for a majority of the votes.

The 2019 elections also confirmed the declining support for the “pillar parties” of the EU, i.e. the center-right parties of the European People’s Party (EPP) and the center-left parties of the Socialists & Democrats (S&D). Although individual parties are still moving in and out of the various political groups, and new groups might be formed (e.g. Matteo Salvini’s Alliance of European Peoples and Nations) while old groups might disappear (e.g. Nigel Farage’s Europe of Freedom and Direct Democracy), the EPP and S&D both lost around 35 seats – which accounts for ca. 18 percent of their total number of seats in the previous legislature. More importantly, and as expected, the two groups lost their majority in the European Parliament.

Finally, the 2019 elections showed that European elections are still of secondary importance to Europe’s elites and masses. Election campaigns were once again minimal and what little there was focused mostly on domestic rather than European issues. Quite often national party leaders were interviewed, or invited to debate, rather than the candidates leading the European party lists. Dutch Prime Minister Mark Rutte, who has already discouraged voting in the runup to the 2014 elections, stated that he thought European elections were “[not so relevant](#)”. In the United Kingdom, which had decided to contest the European elections at the last minute, there literally was no campaign except for Nigel Farage’s new [political enterprise](#), the Brexit Party.

But what about the increased turnout, I hear you think. Indeed, turnout was up, for the [first time](#) since the European Parliament was directly elected in 1979. In response, Jean-Claude Juncker’s powerful secretary general, [Martin Selmayr](#), triumphantly declared, “The real winner of this election is democracy.” Commentators cheered the “[huge surge in turnout](#)” (it was an increase of 8 percent), thereby celebrating a EU average turnout of just [51 percent](#) – which would be below 50 percent if three countries would not have compulsory voting (in particular Belgium and Luxembourg).

Subscribe to our **regular newsletter** in **English**.

It also seems far-fetched to claim that the increase in turnout is evidence that “[Europe was a subject that was discussed more and people were more engaged](#).” Turnout went up most in Austria (+12.1%), Germany (+13.5%), Hungary (+14.5%), Poland (+23%) Romania (+18.9%) and Spain (+18.4%). Five of these six countries have highly polarized national politics, which are a much more likely explanation for the increased mobilization. This is not to say that the increase in turnout is not positive or real, but rather that it makes only a slight dent in the image of general disinterest in European politics at both the elite and mass levels.

Breaking the Trend

There were also at least two important ways in which the 2019 European elections broke with the previous trend. First and foremost, the gains were spread much more evenly among anti-system and pro-system parties this time around. Whereas populist parties were the clear winners in 2014, and (albeit to a lesser extent) in 2009, they made more modest gains in 2019. Moreover, the pro-system The Greens-European Free Alliance (Greens/EFA) and, particularly, the Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE) were among the big winners too, with 23 and 41 (including Emmanuel Macron’s En Marche), respectively.

Interestingly, while the media are all over the “[Green Wave](#)”, there is little love for the liberals. Many international media hail the Green “[surge](#)” and the “[quiet revolution](#)” that is “[set to transform energy policy](#).” Some even present the Greens as “[an answer to climate change – and the far right](#).” Maybe

they are, but so far that answer is only (moderately) popular within Europe's Northwestern member states. The Greens are not "experiencing an astonishing rise in Europe," as they are almost completely absent from Eastern and Southern Europe. With the exception of Lithuania, the few elected members from Greens/EFA parties from these regions are not environmentalists but regionalists and (Czech) Pirates. But even in the Northwest the Greens are at best a medium-sized political force, constituting the biggest party in no EU member state and the second-biggest party only in Germany.

The liberals, on the other hand, are much more a pan-European political force. First, ALDE has successful parties throughout Europe, from Venstre in Denmark to Ciudadanos in Spain and from the Liberal Democrats in the UK to the Coalition Alliance 2020 in Romania. Second, they have prime ministers in several EU member states (including Czechia, France and the Netherlands), giving them a voice in the (more powerful) European Council and European Commission too. In fact, liberals are trying to use their new political power to weigh more heavily on the [top jobs](#) in Brussels.

Not only did populists have to share the spotlight with the Greens and liberals, their gains were much more modest than expected – even if those expectations were inflated by the media hype. Moreover, the real gains were not for the populists, but for a specific subset of populists. Left populist parties like Podemos in Spain and Syriza in Greece, who had been among the major upstarts in 2014, performed poorly in the 2019 European elections. So did most other, smaller, left populist parties, from Unbowed France to the Socialist Party in the Netherlands.

This time the victory of "the populists" was squarely on the right side of the political spectrum, more specifically on the far right. Populist radical right parties increased their presence within the European Parliament significantly, compared to the 2014 elections in particular. There were several reasons. First, for the first time ever, populist radical right parties won big in many of the larger EU member states (notably Italy, Poland, UK). Second, and related, several big parties transformed into populist radical right parties and politicians between 2014 and 2019; most notably Viktor Orbán and Fidesz in Hungary and Jarosław Kaczyński and Law and Justice in Poland, but also Nigel Farage and his Brexit Party in the UK. Third, and final, the populist radical right increased support in most countries, big and small, even if it sometimes meant that an older party was replaced by a newer one – as in the Netherlands, with Geert Wilders' Party for Freedom (out) and Thierry Baudet's Forum for Democracy (in). Even the extreme right gained more support, mostly Marian Kotleba's People's Party Our Slovakia (12.1%) and the National Popular Front in Cyprus (8.3%), although overall neo-Nazi parties lost two seats and one party (German NPD) in the European Parliament.

The Next Five Years

The next five years the European Union will be more fragmented than ever. This fragmentation is the key lesson of the 2019 European elections. For the first time in history, the center-right EPP and center-left S&D do not control a majority of the seats in the European Parliament. However, contrary to the dominant narrative of the last decade or so, the old centrist blocs are not confronted with just a plethora of anti-system populist parties and groups. In fact, according to [current predictions](#), the pro-system liberal ALDE and green-regional Greens/EFA are the third and fourth largest blocs in the Parliament. Moreover, even the right-wing populists remain divided over at least two, and possible again three, political groups.

Thanks to your donation, 511 million Europeans have free access to this article.

But the divisions between the various political groups in Brussels shows only part of the fragmentation. The political groups within the European Parliament have always been a combination of ideological connection and strategic considerations, but today they are more heterogenous than ever. While [voting discipline](#) has been remarkably high, at least within the major groups, further shifts within the groups might weaken it. For instance, within the EPP the more culturally conservative Central and East European parties now constitute three of the four largest fractions, while three of the five largest fractions within S&D are from anti-austerity Southern Europe. Even the smaller right-wing Eurosceptic groups are far from united, as expressed by their traditionally lower [voting discipline](#). The European Conservatives and Reformists (ECR) are now dominated by the PiS, after the electoral shellacking of the British Conservatives, to the distress of many West European member parties. The ENF-turned-AEPN has many foot soldiers but few generals, given that both Salvini and Le Pen have left Brussels. And if the EFDD survives, it will remain an opportunistic marriage of convenience, largely absent from the Parliament except for Farage's few grandstanding speeches.

The European Parliament's fragmentation is a logical consequence of the ongoing political fragmentations of the member states, again confirming that European politics is still primarily national politics. However, unlike most of its member states, the EU is at a crossroads, with many Europeans believing it is either too strong or too weak. It will have to push through fundamental reforms to make it into a positive political force again. This is even more important, and urgent, in the current hostile international climate, where Europe is confronted with significant economic and security challenges from China, Russia, and even the US. This requires not just political vision and courage, but also collaboration and trust. None of these have been strengthened by the 2019 European elections.

Tut Deutschland genug gegen den Klimawandel?

Von BASTIAN BENRATH, Grafiken: JENS GIESEL, KIM MÜLLER · 10.06.2019

Die Jungen in Deutschland wollen, dass sich die Politik endlich ernsthaft dem Klima widmet. Wie sieht Deutschlands Bilanz im Klimaschutz aus? Wir wollten es wissen.

Die Erde wird mit bedrohlichen Folgen wärmer – das wissen wir nicht erst seit Rezo. Wie stark die globalen Temperaturen seit 1880 gestiegen sind, zeigen Daten des Nasa-Klimaforschungszentrums GISS in New York. Den stärksten Anstieg gab es in den Jahren von 2000 bis 2018.

Die Erderwärmung ist real

Abweichungen von der langjährigen globalen Jahresdurchschnittstemperatur der Jahre 1980 bis 2018

Die Folgen sind für jeden zu sehen: Im Jahr 2016 meldete die Nasa, dass die Nordwest-Passage, die nördlich um Kanada herum durch das arktische Meer von New York nach Tokio führt, für Schiffe passierbar sei: Genug Arktis-Eis sei geschmolzen. In den Schweizer Alpen soll der Basödinogletscher an der Grenze zu Italien in zwanzig Jahren verschwunden sein. Selbst mit den größten Anstrengungen zur CO₂-Reduktion werden bis zum Jahr 2100 rund 80 bis 90 Prozent des Gletschereises der Schweiz schmelzen, sind Fachleute überzeugt.

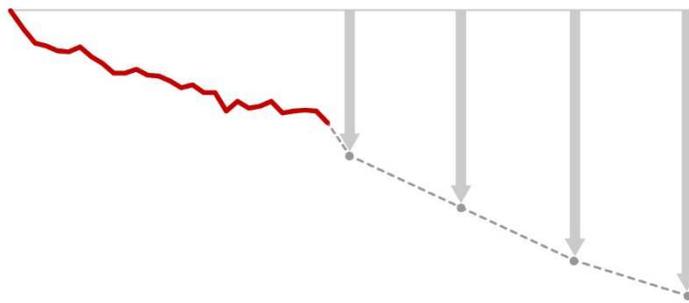
Deutschland hat deshalb Anfang des Jahrtausends unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer die Energiewende ausgerufen, auch wenn der Begriff erst einige Jahre später in der öffentlichen Diskussion auftauchte. Seitdem stiegen die Investitionen in erneuerbare Energien. Seit dem Jahr 2000 wurden in Deutschland mehr als 270 Milliarden Euro ausgegeben, um mehr Strom aus Sonne, Wasser und Wind zu erzeugen.

Diese Umstellung der Stromerzeugung bezahlt jeder und jede Deutsche mit. Schon im Jahr 1990 verabschiedete Deutschland als erstes Land der Welt ein Ökostrom-Einspeisegesetz. Seitdem wurde die Gesetzeslage mehrfach überarbeitet, weiterhin ist es aber so, dass Strom aus regenerativen Quellen bei der Einspeisung ins Netz Vorrang vor Strom aus anderen Quellen hat. Weil das mehr kostet, als einfach den billigsten verfügbaren Strom zu nehmen, wurde die sogenannte „EEG-Umlage“ eingeführt. EEG steht für „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Diese wird auf den Strompreis aufgeschlagen und von jedem privaten Stromkunden bezahlt. Unternehmen, die viel Strom für ihre Produktion brauchen, sind von der Umlage ausgenommen.

Allein durch die EEG-Umlage haben die deutschen Stromkunden seit dem Jahr 2000 mehr als 200 Milliarden Euro gezahlt, um die Energiewende zu finanzieren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der schleppende Stromtrassenbau den Strom teuer macht – denn weil die Netze überlastet sind, wurden in den vergangenen Jahren mehrere Umlagen eingeführt, um darunter leidende Akteure zu entschädigen.

Ist die deutsche Energiewende nun eine Erfolgsgeschichte? Was die Umstellung der Stromerzeugung betrifft, kann man sagen: Ja. Erneuerbare Energien, aus denen im Jahr 2000 nur 7 Prozent des deutschen Stroms erzeugt wurde, legten bis zum Jahr 2018 auf 35 Prozent zu.

Ein guter Moment, um sich auf die Schulter zu klopfen? Nicht ganz. Denn ein Blick auf die deutschen CO₂-Emissionen sorgt sehr schnell für Ernüchterung. Deutschlands Ausstoß des Treibhausgases geht zwar zurück, aber längst nicht so schnell, wie es nötig wäre und es sich die Bundesregierung auch vorgenommen hat. Sein Reduktionsziel für das Jahr 2020 wird Deutschland aller Voraussicht nach verfehlen.



Gesenkt – aber zu langsam

Das liegt daran, dass nicht nur die Stromerzeugung Quelle für den Kohlendioxid-Ausstoß ist. Stattdessen strömt auch aus anderen Quellen CO₂ in die Atmosphäre: Aus den Schornsteinen von Fabriken, aus den Heizungen von Wohnungen und Häusern – und aus den Auspuffen und Triebwerken von Autos, Bussen und Flugzeugen. Der Blick darauf, welcher dieser Sektoren in den vergangenen Jahren seine Emissionen reduziert hat und welcher nicht, zeigt, auf welchen Bereich sich die Klimadebatte künftig konzentrieren wird.

Zurück zur Ausgangsfrage: Tut Deutschland genug gegen den Klimawandel? Vergleichen wir unser Land dafür mit anderen Ländern. Die Grafik zeigt die CO₂-Emissionen pro Kopf: Jeder Deutsche stößt rein statistisch im Jahr 8,9 Tonnen Kohlendioxid aus. Das ist knapp doppelt so viel wie jeder Franzose – unser Nachbarland setzt weiterhin auf Kernkraft –, aber nur gut halb so viel wie jeder Amerikaner. Vor allem aber fällt auf, dass die Ausstoßkurven der westlichen Industrieländer über die letzten 25 Jahre ziemlich gleichmäßig nebeneinander herlaufen. Also ist Deutschland in der Einsparung von CO₂ zumindest nicht „besser“ als andere Länder in einer ähnlichen Situation. In China und Indien herrschen indes gänzlich andere Verhältnisse: Dort voll-zog sich erst in den vergangenen Jahren die Industrialisierung, was die CO₂-Emissionen dieser Länder steigen statt sinken ließ. Inwieweit die westliche Welt berechtigt ist, ihnen trotz Klimawandel die industrielle Entwicklung „vorzuenthalten“, wird auf den jährlich stattfindenden [Klimakonferenzen](#) kontrovers diskutiert

Obwohl also die CO₂-Emissionen sinken und die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien

erfreulich stark ausgebaut wurde, ist unser Fazit also: Deutschland könnte mehr gegen den Klimawandel tun. Das zeigt auch ein Blick in den Etat des Bundesumweltministeriums – dessen größter Ausgabenposten nicht der Klimaschutz, sondern die Lagerung radioaktiver Altlasten ist.

Datenrecherche: Matthias Janson ([Statista](#))

Quellen: NASA, Bundeswirtschaftsministerium, BDEW, Umweltbundesamt, Statistisches Bundesamt, AGEB, BMWi, ZSW, Statistik der Kohlenwirtschaft, Weltbank, BMU

https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/politikberater-johannes-hillje-ueber-den-erfolg-der-gruenen-16232612-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1

DER ERFOLG DER ÖKOPARTEI:

„Heute ist grün cool“

- VON MARIE ILLNER
- -AKTUALISIERT AM 14.06.2019



Der Politikberater Johannes Hillje analysiert im Interview den Erfolg der Grünen. Er sieht die Themen als großen Erfolgsfaktor, aber auch das jugendliche Auftreten der Parteispitze.

Sie haben bei der Europawahl 2014 als Wahlkampfmanager der Europäischen Grünen Partei gearbeitet. Welche Rolle spielt der Generationenaspekt im Wahlkampf?

Wenn man ganz nüchtern die Altersstruktur der Wahlberechtigten betrachtet, stellt man fest: Nur 15 Prozent der heutigen Wahlberechtigten sind unter 30 Jahre alt. Aber etwa 36 Prozent sind 60 Jahre und älter. Das sind die Folgen des demographischen Wandels. Hinzu kommt, dass die Jungen ihr Wahlrecht deutlich seltener wahrnehmen. Unterm Strich: Die Jungen beeinflussen das Wahlergebnis geringfügiger, als es in manchen Analysen nach der Europawahl unterstellt wurde.

Sind sie als Zielgruppe im Wahlkampf also zu vernachlässigen?

Keinesfalls, das wäre ein Trugschluss. Die jungen Wähler von heute sind die alten Wähler von morgen. Deshalb laufen CDU und SPD Gefahr, dass sie eine ganze Generation an neuen Wählern verlieren. Junge Wähler werden noch viele Jahre wahlberechtigt sein und die Ergebnisse beeinflussen. Jede Partei muss sie ernst nehmen.

Vor allem junge Wähler haben bei der Europawahl die Grünen gewählt. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen holten sie 34 Prozent der Stimmen. Warum konnten die Grünen gerade in dieser Altersgruppe punkten?

Wichtigster Erklärungsfaktor sind die Themen der Grünen. Ihre Kernthemen wie Klimaschutz, eine humane Flüchtlingspolitik, Geschlechtergerechtigkeit oder auch eine klar proeuropäische Haltung deckt sich mit den Interessen und Einstellungen vieler junger Menschen. Es gibt aber auch noch einen wichtigen kulturellen Erklärungsfaktor. Die neue Parteispitze aus Annalena Baerbock und Robert Habeck hat einen jugendlichen Habitus – das kann man an Sprache, Kleidung und Benehmen festmachen. Nach der Landtagswahl in Bayern 2018 hat Habeck den Wahlerfolg mit Stagediving gefeiert. So etwas kennen junge Menschen von Musikfestivals, bei Älteren hat das vielleicht eher zu Stirnrunzeln geführt. Die Partei hatte früher mitunter ein mieses Öko-Image, heute ist grün cool.



Wieso gelten die Grünen bei den jungen Wählern nicht als Verbotspartei mit Wohlfühlprogramm, wie es ihnen insbesondere von konservativer Seite häufig vorgeworfen wird?

Das Label als Verbotspartei ist ein Relikt aus dem Bundestagswahlkampf 2013, als die Grünen einen Veggie-Day einführen wollten. Es ist eine Strategie insbesondere von Union und FDP, den Grünen ein solches Image anzuhängen. Innerhalb der Grünen gilt es mittlerweile als großer Fauxpas, wenn man neue Verbote fordert. Man versucht nun eher, am System statt beim Individuum anzusetzen. Außerdem werden Verbote durchaus auch von anderen Parteien gefordert. Manfred Weber warb beispielsweise im Europawahlkampf für ein Plastikverbot. Wenn es um Nachhaltigkeit und Klimaschutz geht, fallen den anderen Parteien auch nicht unbedingt bessere Lösungen ein, als dass bestimmte Konsumgewohnheiten so nicht weitergeführt werden können. Das Image der Verbotspartei passt heute nicht mehr zur Programmatik der Grünen, das merken auch die jungen Wähler.

Hat das Ergebnis der Europawahl eine Spaltung zwischen den Generationen offenbart?

Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Generationen sind zunächst nichts Neues. Junge Menschen haben schon immer anders als der Durchschnitt gewählt. Auch die Piratenpartei hatte eine sehr junge Wählerbasis. Wichtig ist: Der Graben verläuft heute nicht etwa zwischen den Unter- und den Über-30-Jährigen. Bis zum Alter von 45 Jahren sind die Grünen stärkste Kraft, darüber wird es die Union. Deutlich absetzen kann sich die Union von den Grünen aber erst bei der Wählergruppe 60 Jahre und älter. Außerdem muss man auch auf andere Gräben hinweisen.

Welche?

Es gibt eine klare Differenz nach Bildungsabschlüssen und eine Ost-West-Spaltung. Die Grünen werden immer deutlich häufiger von Bessergebildeten gewählt und holen ihre besten Ergebnisse in westdeutschen Metropolen. In vier der fünf ostdeutschen Bundesländer sind die Grünen bei der Europawahl nur auf dem fünften Platz gelandet. Das hat auch mit den dortigen Strukturen der Partei zu tun. Hinsichtlich der Ressourcen ihrer Landesverbände und charismatischem Personal sind sie dort viel schlechter aufgestellt.

Über den Brexit haben Sie einmal gesagt, die Spaltung verlaufe nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Abschottung und Offenheit. Ist das auch in Deutschland der Fall?

Ja, teilweise. Wir beobachten eine Spaltung zwischen Menschen, die sich eine eher geschlossene Gesellschaft vorstellen und jenen, die sich eine offenere Gesellschaft samt liberalerer Einwanderungspolitik wünschen. Aber es ist nicht so, dass wir zwei große polarisierte Blöcke haben, die einander gegenüberstehen. In Deutschland gibt es bei dieser Frage eine sehr große bewegliche Mitte, welche sich grundsätzlich für Einwanderung ausspricht, sie aber regeln möchte. Solche Konfliktlinien sind in jedem Fall zu alten, wie der links-rechts Konfliktlinie, hinzugekommen.

Zurück zu den Traditionsparteien: Wie können Union und SPD denn lernen, die jungen Wähler besser zu verstehen?

Nach dem Rezo-Video wurde häufig gefordert, Union und SPD müssten besser mit den Jungen kommunizieren. Das greift zu kurz. Es ist in erster Linie ein politisches Problem, nur in zweiter Linie ein Kommunikationsproblem. Die Traditionsparteien haben nicht die passenden Antworten auf die Fragen, die junge Menschen bewegen. Das sind vor allem Klimaschutz, Digitalisierung, Bildungs- und Europapolitik. Offenbar haben die etablierten Parteien hier eine mangelnde Überzeugungskraft in programmatischer Hinsicht.

Was ist ihnen zu raten?

Die Volksparteien müssen sich modernisieren. Die CDU muss für sich beispielsweise einen modernen Konservatismus definieren, der mehrere Generationen gleichermaßen anspricht und den veränderten Bedingungen unserer Gesellschaft unter Digitalisierung, Globalisierung und Migration gerecht wird. Programmatische Modernisierungsprozesse sind zentral, die Kommunikation darüber ist der zweite Schritt. Junge Menschen lassen sich nicht allein mit besserer Social-Media-Kommunikation überzeugen, die richtigen Positionen und Botschaften müssen schon drinstecken.

Wenn die etablierten Parteien nun vermehrt auf Klimaschutz setzen würden, verlören die Grünen dann ihr Alleinstellungsmerkmal?

Die Rechnung lautet nicht einfach: Mehr Klimaschutz der großen Koalition gleich weniger Stimmen für die Grünen. Einen solchen Automatismus gibt es nicht - denn Klimaschutz ist nicht gleich Klimaschutz. Die Koalition behauptet ja auch, dass sie Klimaschutz betreibe, aber gemessen an ihren eigenen Ambitionen werden die Ziele nicht erreicht. Der Kohleausstieg wird auch unter der großen Koalition langsamer ablaufen, als es vielleicht mit grüner Beteiligung passieren würde. Auch gehen die Forderungen der Fridays-for-Future-Demonstranten noch weiter als die der Grünen. Darüber hinaus gelten die Grünen als Anti-AfD. Sie sind keine Ein-Themen-Partei, auch wenn Klima- und Umweltschutz zu ihrer DNA gehören.

Quelle: FAZ.NET

FAZ PLUS ARTIKELÜBER GEORG BÜCHNER UND REZO:

Von „Friede den Hütten!“ zu „Peace, ich bin raus!“

- VON ROLAND BORGARDS
- -AKTUALISIERT AM 15.06.2019-08:20



Bemerkenswerter noch als persönliche Ähnlichkeiten: Rezo und Georg Büchner bedienen sich in „Die Zerstörung der CDU“ und „Der Hessische Landbote“ der gleichen argumentativen und rhetorischen Verfahren. Ein Gastbeitrag. Viel war in den letzten Tagen davon zu hören und zu lesen, dass mit Rezos „Zerstörung der CDU“ etwas völlig Neues den Raum des Politischen erobert habe. Und in gewisser Hinsicht stimmt das auch: Noch nie war ein Youtube-Video politisch so wirksam wie dieses. Doch gleichzeitig steht Rezos Video in der langen und fast schon ehrwürdigen Tradition der politischen Flugschrift. Besonders deutlich zeigt sich dies im Vergleich mit der wohl berühmtesten politischen Flugschrift der deutschen Literaturgeschichte, Georg Büchners „Hessischem Landboten“ aus dem Jahr 1834.

Die Ähnlichkeit beginnt bei den Personen: Büchner und Rezo: Beide sind jung (zwanzig Jahre der eine, sechsundzwanzig der andere), beide aus gutbürgerlichen Familien (aus einer Arztfamilie der eine, aus einer Pfarrersfamilie der andere), beide wählen ein Studienfach weit weg von allen Geistes-, Kultur- oder Sozialwissenschaften (Zoologie der eine, Informatik der andere), beide verschlingen mit großer Lust die Kunst ihrer Zeit (Literatur der eine, Musik der andere). Und beide entschließen sich dazu, politisch so eindeutig und kritisch Stellung zu beziehen, wie das 1834 und 2019 jeweils überhaupt nur möglich ist.

Bemerkenswerter als diese biographischen Parallelen ist der Umstand, dass sich Büchner und Rezo der gleichen argumentativen und rhetorischen Verfahren bedienen, um ihrer Botschaft Gewicht zu verleihen. Ganz wie Rezo bombardiert auch Büchner seine Leser mit Daten, Zahlen, Statistiken: „Im Großherzogthum Hessen sind 718.373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich an 636.3364 Gulden.“ Wie Rezo rechnet auch Büchner vor, dass dieses Geld falsch verwendet wird: „Für das Militär wird bezahlt 914.820 Gulden. Dafür kriegen eure Söhne einen bunten Rock auf den Leib, ein Gewehr oder eine Trommel auf die Schulter. (...) Mit ihren Trommeln übertäuben sie eure Seufzer, mit ihren Kolben zerschmettern sie euch den Schädel, wenn ihr zu denken wagt, daß ihr freie Menschen seyd.“ Es ist schlimm, so Büchner: Das Geld verschwindet in Ministerien, Pensionen und im teuren Hofstaat, anstatt den Armen, Hungernden und Unterdrückten zu helfen.

Sie setzen sich ja für die Menschen ein, behaupten sie

Doch der eigentliche Skandal liegt für Büchner darin, dass die Regierenden damit die Ansprüche verfehlen, die sie selbst gesetzt haben: „Was ist denn nun das für gewaltiges Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen

jeder sich richten muß, so sagt man, sie bilden einen Staat. Der Staat also sind Alle; die Ordner im Staate sind die Gesetze, durch welche das Wohl Aller gesichert wird, und die aus dem Wohl Aller hervorgehen sollen.“ Das „Wohl aller“ ergibt sich für Büchner also unmittelbar aus dem Begriff des Staates. Wer einen Staat regiert, hat damit eine genau definierte Aufgabe: Er soll dafür sorgen, dass alle, die sich in einem Staat versammeln, gut leben können.



1834 bombardierte er im „Hessischen Landboten“ seine Leser mit Daten, Zahlen, Statistiken: Georg Büchner auf einem Stich von Anton Limbach nach dem zu Lebzeiten entstandenen Porträt August Hoffmanns :Bild: Georg Büchner Gesellschaft, Marburg

Sich für dieses gute Leben einzusetzen, es für alle einzelnen Individuen möglich zu machen, das reklamieren nicht erst demokratische Regierungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts, sondern auch schon die aufgeklärten Fürsten des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts für sich. Allerdings, so Büchner, ohne sich wirklich dafür einzusetzen: „Seht nun, was man in dem Großherzogthum aus dem Staat gemacht hat; seht was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten! 700.000 Menschen bezahlen dafür 6 Millionen, das heißt sie werden zu Ackergäulen und Pflugstieren gemacht, damit sie in Ordnung leben. In Ordnung leben heißt hungern und geschunden werden.“

Es mangelt an Taten, nicht an Worten

Genau dies ist auch Rezos wichtigstes Argument: Er misst das Handeln der CDU (und der SPD) an den Ansprüchen und Zielen, die CDU (und SPD) selbst formuliert haben. Um ein gutes Leben zu ermöglichen, und vor allem: Um auch in Zukunft die Möglichkeit eines guten Lebens zu bewahren, müssen sich einige Dinge grundlegend ändern: weniger fossile Energien, reduzierter Energieverbrauch, verstärkter Umweltschutz, möglichst schneller Kohleausstieg, weniger Umweltzerstörung, mehr Nachhaltigkeit. Davon ist, so zeigt es Rezo mit Verweis auf Wahlprogramme, Koalitionsverträge und Regierungsverlautbarungen, auch die CDU eigentlich überzeugt. Warum aber macht sie nicht das, von dem sie selbst sagt, dass es sinnvoll wäre, es zu tun? Warum macht sie es nicht sofort, nicht flächendeckend, nicht mit aller nur zur Verfügung stehenden Kraft? Warum setzt sie nicht in die Praxis um, was zu predigen sie sich seit einigen Jahren entschlossen hat?

Was Büchner und Rezo anprangern, ist also nicht allein das Handeln der Regierenden, sondern die große Kluft, die zwischen ihren Ansprüchen und ihren Taten klafft. Deshalb war Büchner und ist auch Rezo inklusive seiner youtubenden Mitstreiterinnen nicht sonderlich daran interessiert, mit den Regierenden zu reden. An dem, was die Regierenden sagen, ist gar nicht so viel auszusetzen. Es mangelt an Taten, nicht an Worten.

Eine jugendlich-selbstverliebte Pose

Daher kommt auch, bei Büchner wie bei Rezo, der polemisch-aggressive Sound ihrer Beiträge. Es geht ihnen nicht um einen Dialog, und dies mit gutem Grund. Der Dialog würde wieder nur beim Reden ansetzen und nicht beim Handeln. Aber allein um das Handeln geht es den beiden: Tut etwas! Tut das, was ihr selbst sagt! Und tut es jetzt! Das Abweisende, Polemische, auch das in den Daten und Belegen Exzessive, Dramatisierende, Hyperbolische: All dies sind Strategien einer politischen Rhetorik, die sich ihrerseits eben nicht als bloßes Gerede abtun lässt, einer politischen Rhetorik, die zum Handeln zwingen möchte.

Büchner hat sich mit dem Hessischen Landboten bei der Regierung des Großherzogtums Hessen nicht gerade beliebt gemacht. Maßlos übertrieben sei das alles, unverschämt aufmüpfig, eine jugendlich-selbstverliebte Pose und zudem nicht von verlässlichem Wissen der echten Experten getragen. Heute gibt es wohl kaum jemanden mehr, der beim Blick auf die politischen Verhältnisse des frühen neunzehnten Jahrhunderts und auf den unzureichenden politischen Einsatz der Regierenden für das gute Leben aller nach einer Lektüre von Büchners Flugschrift nicht sagen würde: Wie recht er doch hatte.

Der Autor ist Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitherausgeber der Digitalen Marburger Büchner-Ausgabe.
Quelle: F.A.Z.

Prantls Blick

Der Philosoph der Entängstigung



Der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas wird am 18. Juni 90 Jahre alt.
(Foto: dpa)

- Feedback

Jürgen Habermas ist ein leidenschaftlicher Denker und Diskutant - ein engagierter Bürger und Weltgeist. Seine Diskurs- und Kommunikationstheorie vertraut der Kraft des Argumentierens.

Er ist einer der wirkmächtigsten Philosophen und Soziologen der Gegenwart, er ist ein leidenschaftlicher Denker und Diskutant - er ist ein engagierter Bürger und Weltgeist. Am kommenden Dienstag begeht der Philosoph [Jürgen Habermas](#), wohnhaft in Starnberg bei München, seinen 90. Geburtstag. Habermas ist ein demokratischer, ein grund- und menschenrechtsgeprägter Weltphilosoph, ein glühender Kämpfer für Europa und ein glänzender Publizist; auch in der *Süddeutschen Zeitung* ergreift er, seit über sechzig Jahren, immer wieder das Wort: geschliffen und prägnant. Das passt zu einem, bei dem die Sprache im Zentrum des wissenschaftlichen Werkes steht.

Habermas ist in Düsseldorf geboren, in Gummersbach aufgewachsen, hat in Göttingen, Zürich und Bonn studiert, war Forschungsassistent bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in Frankfurt, habilitierte sich bei Wolfgang Abendroth in Marburg mit der bahnbrechenden Schrift zum "Strukturwandel der Öffentlichkeit", wurde 1964 Nachfolger Horkheimers auf dessen Lehrstuhl für [Philosophie](#), wechselte 1971 nach Starnberg, wo er bis 1981 gemeinsam mit Carl Friedrich von Weizsäcker das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt leitete. Er kehrte dann an die Uni Frankfurt zurück - und lehrte in aller Welt. Das sind die dürren äußeren Lebensdaten eines Gelehrten, der mit seinem philosophisch-politischen Denken, das auf Öffentlichkeit, Diskurs, Vernunft und Kant beruht, ein Global Player wurde.

Zum Geburtstag habe ich Jürgen Habermas in den "[Blättern für deutsche und internationale Politik](#)" - einer wunderbaren politischen Monatszeitschrift, deren Mitherausgeber Habermas seit 21 Jahren ist - einen Text gewidmet, den ich Ihnen hier in gestraffter Form nahebringen will. Mein Text will nicht zuletzt dem Urteil entgegentreten, die Diskurstheorie, die Habermas begründet hat, sei eine zu

theoretische, eine zu abgehobene, gar eine zu verbissene Angelegenheit. Ihr Schöpfer ist es jedenfalls nicht.

Die Tonleiter des kommunikativen Handelns

Es ist allerdings wahr, dass in der Theorie des kommunikativen Handelns, die einen wichtigen Teil der wissenschaftlichen Arbeit von Habermas ausmacht, das Lachen keine Rolle spielt - obwohl man das Lachen nicht, wie das mit seinen philosophischen Werken geschehen ist, in vierzig Sprachen übersetzen müsste. Auf keine andere Weise funktioniert Verständigung so schnell, so gründlich und so voraussetzungslos wie auf diese Weise. Das Lachen ist ein Diskurs ganz eigener Art, es hat kommunikative Kraft und ansteckende Macht.

Die Rede ist hier nicht vom doofen Gekicher, auch nicht vom abfälligen Gegrinse und vom bösen Gelächter; das gehört zwar auch zum Stammbaum des Lachens, bildet aber eine Seitenlinie, ist eine Aberratio, eine Degeneration. Die Rede ist hier vom echten Lachen, vom großen befreienden Lachen, das manchmal mit einem Lächeln beginnt, das sich dann entfaltet und steigert, das den ganzen Menschen kitzelt und schüttelt und bisweilen erst nach einer Zeit der Seligkeit mit wohligh seufzender Mattigkeit endet.

So ein Lachen verwandelt Förmlichkeit in Fröhlichkeit; es macht aus Menschen, die sich kaum oder gar nicht kannten, Freunde - manchmal für einen Abend, manchmal für Jahre. So ein Lachen kann, für ein paar Stunden jedenfalls, die Welt verändern. So ein Lachen ist eine Tonleiter, auf der man vom eigenen Sockel heruntersteigt. Es macht aus einem Philosophen, es macht aus einem Präsidenten einen normalen Menschen. Es ist dies der schönste Beginn eines herrschaftsfreien Diskurses, Lachen macht die Menschen in diesem Augenblick zu Freien und Gleichen.

Der Witz des Denkers

[Jürgen Habermas](#) kennt das, er weiß das, er kann das. Er ist, ganz privat, ein grundfröhlicher Mensch. Vielleicht ist dies das Geheimnis, vielleicht aber auch das Ergebnis seines Erfolgs. Leserinnen und Leser seiner berühmten Habilitationsschrift über den "Strukturwandel der Öffentlichkeit" ahnen kaum, dass dieser Mann auch laut sein und losprusten kann. Zu Habermas gehört in der alltäglich lebenden Praxis auch der Witz und eine furiose, manchmal auch alberne Ausgelassenheit.

Dazu eine kleine Anekdote: Es war im kleinen Kreis, im privaten Rahmen, an einem großen Tisch, ein gutes Jahrzehnt her. Da trafen zum ersten Mal in ihrem Leben Jürgen Habermas und Dieter Hildebrandt persönlich aufeinander - jeder ein Philosoph auf seine Weise. Der eine, Habermas, ein klassischer politischer Denker, weltweide, einer der den Dingen auf den tiefsten Grund zu gehen versucht. Der andere ein wunderbarer politischer Kabarettist, der in seiner stammelnden Art unnachahmlich bissig über diese Dinge nachdenkt.

Beide hatten und haben sie die politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen der Bundesrepublik auf jeweils ihre Weise begleitet, beide galten und gelten sie als eher links, beide waren sie engagiert in den großen Bewegungen und Debatten der alten und neuen Bundesrepublik, beginnend bei "Kampf dem Atomtod" und den Ostermärschen bis hin zur Einschränkung des Asylgrundrechts.

Die EU, ein höherstufiges politisches Gemeinwesen

Beide haben in der Zeit der Studentenunruhen über Revolution und Scheinrevolution sinniert, beide haben sich von Gewalt abgegrenzt; beide haben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zum Thema gemacht, haben über Adenauer räsoniert und über Merkel gelästert. Habermas tat das in vielen Essays und Schriften, in denen er das, was er in seinen großen Werken über Diskurs und Kommunikation lehrte, auf die aktuellen Debatten anwendete. Habermas wie Hildebrandt haben, auf ganz unterschiedliche Weise, Einfluss genommen auf die Debatten, die den Weg der Bundesrepublik nach Europa begleiteten - das für Habermas ein "höherstufiges politisches Gemeinwesen" darstellt, das er für einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft hält.

Diese beiden älteren Herren - der größte deutsche Philosoph der eine, der größte deutsche Kabarettist der andere - saßen also bei einer kleinen privaten Einladung nebeneinander am großen Tisch, als die kleine Gesellschaft im Bücherregal, auf einem Radiogerät liegend, ein gelbes Plüschtier entdeckte, so fünfunddreißig Zentimeter lang, wie man es als Spielzeug auf italienischen Autobahntankstellen kaufen kann, um dann damit die Kinder auf dem Rücksitz eine Weile zu beschäftigen.

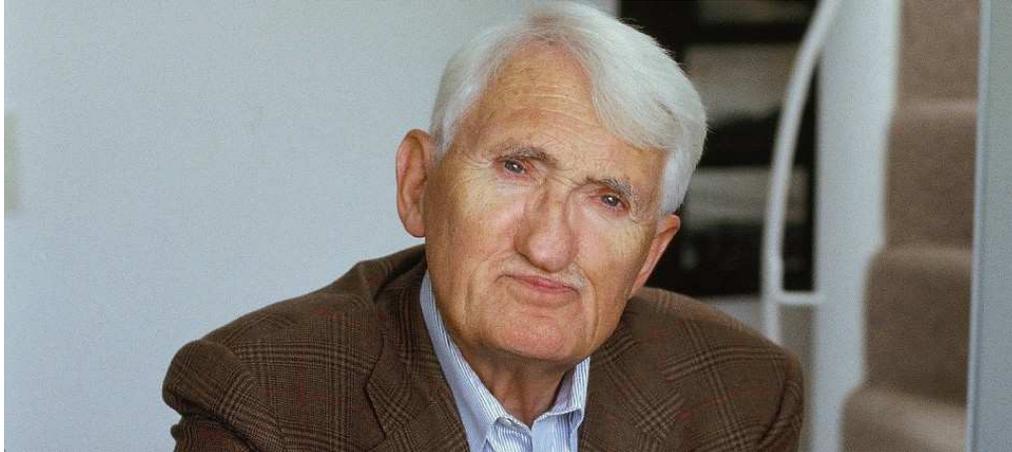
Das gelbe Tier war langgestreckt, eine gewagte Mischung aus Wurm und Ente, hatte einen roten Schnabel und machte, wenn man den kleinen Schalter betätigte, rollierende Bewegungen zu einer eingängigen, piepsenden Melodie. Die beiden Herren Habermas und Hildebrandt legten das Plüsch-Ententier auf den Tisch und sahen ihm verklärten Blickes eine Weile dabei zu, wie es sich melodisch verrenkte - dann platzierten sie das Tier mit glucksendem und sich steigendem Vergnügen auf Schulter oder Bein des jeweils anderen, bis sich nicht nur das Tier kringelte, sondern sie sich selbst auch. Seit Umberto Ecos Romanerfolg "Der Name der Rose" wissen wir, dass sich Fundamentalisten vor dem Lachen fürchten. Wer lacht, hat keine Angst; Lachen hat etwas Revolutionäres. Deshalb versteckt in Umberto Ecos Roman der Mönch und Bibliothekar Jorge von Burgos das zweite Buch der Poetik des Aristoteles in seiner Bibliothek mit allen kriminellen Mitteln vor der Welt; es handelt sich nämlich um ein Buch, das das Lachen lobt.

Jorge von Burgos glaubt, dass nur Angst die Menschen dazu bringen könne, ein gottgefälliges Leben zu führen. Er fürchtet, dass das Lachen das Einschüchterungssystem des Mittelalters zum Einsturz bringen könnte. Jürgen Habermas ist das Gegenteil dieses Bibliothekars. Seine Diskurs- und Kommunikationstheorie ist eine [Philosophie](#) der Entängstigung. Sie vertraut der Kraft des Argumentierens.

JÜRGEN HABERMAS:

Die Vernunft in der Gesellschaft

- VON JÜRGEN KAUBE
- -AKTUALISIERT AM 18.06.2019-09:28



Vom vernünftigen Gemeinwohl und gegen die Unfähigkeit zu lernen: Dem Philosophen Jürgen Habermas zum neunzigsten Geburtstag.

Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? Die Frage wirkt angesichts des Weltzustandes wie aus einer anderen Zeit gestellt. Eine ganze Gesellschaft soll vernünftig werden können? Und sie soll darin sogar ihre Identität, ihren „Geist“ (G.W.F. Hegel) finden? Soll sich von unvernünftigen Gesellschaften unterscheiden? Was aber wäre der Träger solcher Vernunft, wenn die Gesellschaft nur noch im Singular existiert, weil Welthandel und Weltreligionen, von weltweiten Netzwerken getragene Wissenschaft und weltweit die Politik engagierende Krisen es gar nicht mehr erlauben, Gesellschaftsgrenzen geographisch zu ziehen?

Tatsächlich ist es gut fünfundvierzig Jahre her, dass der Philosoph Jürgen Habermas, der heute neunzig wird, jene Frage in der Mitte seines Lebens aufwarf. Wollte man sein Denken und sein Werk in einem einzigen Text konzentriert sehen, so eignet sich dieser, 1976 in einem Band über „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ abgedruckte, besonders. Denn dieses Denken hält seit den frühen fünfziger Jahren an der aufklärerischen Vorstellung fest, der Begriff der Menschheit impliziere Vernunft. Eine gemeinsame kollektive Identität also gehe, sofern die Bewohner der Erde objektiv Weltbürger sind, weil noch das entfernteste Dorf von Vorgängen abhängt, die außerhalb seiner Zäune stattfinden, nicht länger aus vorgegebenen religiösen oder kulturellen Traditionen hervor.

Pflicht der Deutschen zum kosmopolitischen Denken

Vielmehr, so Habermas, beteiligen sich die Individuen selbst am Entwurf ihrer kollektiven Identität. Etwa indem sie ihren Staaten Verfassungen und sich selbst Rechte geben, indem sie vermittels Demokratie entscheiden, wie sie sein wollen, und vermittels Opposition und Öffentlichkeit alle Festlegungen ihrer kollektiven Identität unter einen zeitlichen Vorbehalt stellen. Das alles freilich findet man nur und bestenfalls auf der Ebene von Staaten. Die wiederum arbeiten sich an überstaatlichen Kräften ab, beispielsweise am Weltmarkt für Güter, Vermögensanlagen und Devisen. Und sie sehen sich überregionalen Problemen wie dem Klimawandel oder der Migration gegenüber.

Wo also findet unter diesen Umständen die Vernunft ihren Sitz im kollektiven Leben? Worin kann eine staatenübergreifende Gesellschaft ihre Identität finden? Zeit seines intellektuellen Lebens war es Jürgen Habermas darum zu tun, dem eigenen Gemeinwesen kosmopolitische Perspektiven abzuverlangen. Sein Engagement in so gut wie jeder publizistischen Debatte der Bundesrepublik – vom Streit über die atomare Wiederbewaffnung über den „DM-Nationalismus“, den er in der

Wiedervereinigung wirksam sah, bis zur Fiskalkrise Griechenlands – folgte dem Imperativ, die Deutschen hätten nachgerade eine historische Pflicht zu kosmopolitischem Denken. Eine Pflicht zur Reserve gegenüber dem Nationalstaat, eine Pflicht zu Europa, eine Pflicht zur Selbstaufklärung.

Dieser Imperativ war nicht zuletzt das Resultat biographischer Erfahrung: Wer heute neunzig wird, war fünfzehn, als der Krieg noch tobte. Mit achtzehn erlebte Habermas die Verwirklichung des Marshall-Plans und die Gründung Israels, mit zwanzig diejenige der Bundesrepublik. Als er zum ersten Mal wählen durfte, war er vierundzwanzig, und es gab schon, was sie das Wirtschaftswunder nannten. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe der NS-Vergangenheit und den diskutierbaren Eindruck, dass es nach 1945 in Deutschland keinen Mentalitätswandel gegeben habe, hat er als Grundthemen seines erwachsenen politischen Lebens bezeichnet. Die Unfähigkeit nicht nur zur Trauer, sondern die Unfähigkeit zu lernen, war in Gestalt des für ihn zunächst maßgeblichen Philosophen, Martin Heidegger, kaum zufällig der Anlass jener Rezension in dieser Zeitung, die ihn schon als Studenten bekannt machte.

Mündliche Belege für Lebendigkeit und Vernunft

Die Grundlage einer vernünftigen Identität der Weltgesellschaft fand Habermas entsprechend „im Bewusstsein der allgemeinen und gleichen Chancen der Teilnahme an wert- und normbildenden Lernprozessen“. Mit anderen Worten: Nur in der weltweiten Durchsetzung von Demokratie, Öffentlichkeit und Bildung könnte jene Identität sich herausbilden. Hier konnte man schon 1974 heraushören, worauf sein Hauptwerk, die „Theorie des kommunikativen Handelns“, 1981 hinauslaufen sollte. Auf den Nachweis nämlich, dass allein schon im argumentativen Gebrauch der Sprache in jenen Lernprozessen universalistische Perspektiven im Spiel sind.

Wer argumentiert, nimmt danach nicht nur Tatsachen und ein Mindestmaß an Logik in Anspruch, sondern stellt sich auch unter den Anspruch, seine Gründe zu verallgemeinern. „Kommt, reden wir zusammen“, heißt es in einem Vers von Gottfried Benn, „wer redet, ist nicht tot.“ Habermas geht noch weiter. Denn für ihn ist die öffentliche Unterredung, sind Diskussionen über praktische Probleme alltäglichen Zusammenlebens, sofern sie nur richtig geführt werden, Belege nicht nur für Lebendigkeit, sondern von Vernunft. Jede Behauptung unterstelle nämlich, so seine sprachphilosophische Position, dass kompetente, vernünftige Beurteiler der Sache, über die etwas behauptet wird, der Behauptung zustimmen würden. Behauptungen sind mithin nur ernst zu nehmen, wenn sie sich der Überprüfung durch andere öffnen. Sofern die Teilnehmer eines solchen Gesprächs also kompetent sind, ist ihr Konsens ein Wahrheitskriterium.



Für ihn zählen nur gute Gründe: Jürgen Habermas 1981 in seinem Haus in Starnberg. :Bild: Picture-Alliance

Komplexe Gesellschaften könnten, so gesehen, eine vernünftige Identität umso mehr ausbilden, als sie Chancengleichheit aller Individuen für die Teilnahme an politischen Diskussionen verwirklichen. Die Gefahr, dass dabei Vernünftigkeit oder „Kompetenz“ leicht zu einer moralisierten Eintrittsbedingung

und Abbruchformel für solche Diskussionen werden, hat Habermas allerdings so wenig beleuchtet wie die medialen Voraussetzungen weltweiter Debatten über Normen. Auf Instagram werden Fotografien und nicht Begründungen ausgetauscht, auf Twitter Informationen und Reflexe mehr als Argumente, und schon das Fernsehen wäre als Instanz eines aufgeklärten Selbstgesprächs der Gesellschaft wohl missverstanden. Sein Augenmerk hat Habermas stattdessen auf andere Hindernisse vernünftigen Diskutierens gelegt. Für ihn setzt dieses voraus, dass Kommunikation nicht von strategischen Motiven ihrer Teilnehmer überformt ist. Es gilt also beispielsweise mehr für den Presseclub als für das Parlament und mehr für das universitäre Seminar als für den Presseclub.

Wahrheitsliebe und Müdigkeit

Die „ideale Sprechsituation“ ist für ihn frei von Macht-, Konkurrenz- oder Tauschbeziehungen und darum auch frei von Rhetorik. In ihr zählen nur gute Gründe. Alle von der Entscheidung, um die es geht, Betroffenen sind zur Diskussion eingeladen. (Niklas Luhmann erlaubte sich die Rückfrage: Auch die noch nicht Geborenen?) Die Beteiligten sind in der idealen Sprechsituation außerdem weder erschöpft noch auf dem Sprung zu etwas anderem noch affektiv durch anderes als Wahrheitsliebe verbunden: „Nur dann herrscht der eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments.“

Es sind Dutzende von Einwänden gegen diese Theorie – oder soll man sagen: diese Utopie? – gemacht worden. Ein neunzigster Geburtstag ist kein Anlass, sie zu wiederholen. Vielmehr gilt geradezu in Umkehr einer Intuition von Habermas: Nicht der Konsens, sondern der Dissens beweist unter Umständen die Vernünftigkeit einer Diskussion, begrenzt allerdings auch ihre Möglichkeit, zu politischen Entscheidungen zu führen.

Jürgen Habermas hat nicht zuletzt mit der kontraintuitiven wie kontrafaktischen Behauptung, ein vernünftiges Gemeinwesen sei möglich, seit mehr als sechzig Jahren die Öffentlichkeit belebt. Empirisch gibt es manche Dinge nicht, für die wir aber Begriffe haben. Immanuel Kant zufolge haben sie „einen vortrefflichen und unentbehrlich notwendigen regulativen Gebrauch, nämlich den Verstand zu einem gewissen Ziele zu richten“. Auch wenn es also mit der Vernunft, dem Konsens als Wahrheitskriterium und der Identität nicht so weit her sein mag, ist das kein Grund, Jürgen Habermas nicht dankbar zu sein für ein Werk, das uns insistent Gründe dafür abverlangt, weshalb wir es anders sehen.

Quelle: F.A.Z.

IRAN-KONFLIKT:

Europa fehlt weltpolitische Macht

- EIN KOMMENTAR VON KLAUS-DIETER FRANKENBERGER
- -AKTUALISIERT AM 18.06.2019-10:37



Im Iran-Konflikt erlebt Europa einmal mehr, wie begrenzt seine Mittel sind. Es muss endlich vom Getriebenen zum Handelnden werden – sonst profitieren andere.

Drei europäische Länder, darunter Deutschland, sowie die EU machen gerade die Erfahrung, wie begrenzt ihre weltpolitische Macht ist. Die Regierung Trump hat das Atomabkommen mit Teheran verlassen, das unter Obama ausgehandelt worden war, und Sanktionen gegen Iran verhängt. Auch nichtamerikanischen Unternehmen, die mit Iran Handel treiben oder dort investieren (wollen), werden Sanktionen angedroht.

Iran spricht von „Wirtschaftskrieg“; die Lage am Golf ist gespannt. Europäische Unternehmen haben sich aus dem Iran-Geschäft zurückgezogen, weil sie nicht den Zugang zum amerikanischen Markt verlieren wollen. „Alternative“ Finanzierungswege sind nicht wirklich eine Alternative; darin gleichen sie den Aufrufen zur Besonnenheit. Die Kalküle der maßgeblichen Akteure beeinflussen sie kaum. Käme es zum Äußersten, wären auch Europäer Leidtragende. So fühlt sich Hilflosigkeit an.

Der Konflikt mit Iran ist ein Beispiel für das, was „Europa“ fehlt: Weltmachtfähigkeit. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber es ist frustrierend, das immer wieder feststellen zu müssen. Es ist frustrierend, dass der europäische Einsatz nicht viel zählt, wenn Washington den Stecker zieht und europäische Argumente dort nicht ernst genommen werden.

Russland gefällt sich als antiwestlicher Unruhestifter

Da die Weltpolitik wieder in eine Phase der Großmachtrivalität eingebogen ist, treten die Mängel „Europas“ ungeschminkt zutage. Russland gefällt sich nach wie vor als antiwestlicher Unruhestifter nicht nur in Osteuropa; China forciert seinen geopolitischen Aufstieg zur Weltmacht auch mit geoökonomischen Mitteln; und unter Trump gebärden sich die Vereinigten Staaten wie die Axt im Walde: Es wird abgeholzt, was andere an Institutionen und Regeln mühsam aufgeforstet hatten.

Wo Amerika sich unklugerweise zurückzieht, da ist China mit imperialem Design zur Stelle. Als Trump sich aus dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen zurückzog, war das geradezu eine Einladung an Peking, das Vakuum zu füllen.

Offensichtlich droht Europa unter die Räder zu kommen – als Leidtragender von Konflikten, die andere vom Zaun gebrochen oder verschärft haben. So wie vor vier Jahren, als der Flüchtlingsstrom aus Syrien seinen Höhepunkt erreichte und die Innenpolitik in vielen europäischen Ländern

durchschüttelte. Was also soll die EU, was sollen die europäischen Länder also tun, um den Sprung vom Spielball anderer Mächte zum selbstbewussten Spieler zu schaffen?

Vom Spielball zum Spieler

Vermutlich gehört dazu ein neues Verständnis des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Bei den Feiern zum Jahrestag der Landung in der Normandie wurde Trump ermahnt, die historischen Lehren aus dem Einsatz für die Befreiung von der Tyrannei nicht zu vergessen. Wenn derlei am Präsidenten abprallt, wenn er Allianzen für hinderlich hält und die Konfrontation sucht? Frankreichs Präsident Macron und andere reden einer strategischen Autonomie das Wort. Das klingt forsch, ändert aber erst einmal nichts an der Abhängigkeit von Garantien Amerikas, wenn es, Stichwort Russland, sicherheitspolitisch ernst wird.

Auch eine Mittelrolle zwischen den Vereinigten Staaten und China ist keine Option, so wenig wie Äquidistanz zu Amerika und zu Russland in Frage kommt. Die europäischen Länder verbindet unendlich viel mehr mit der amerikanischen Demokratie als mit dem Staatskapitalismus unter kommunistischer Kontrolle; sie bilden mit den Nordamerikanern eine atlantische Demokratiegemeinschaft. Eigentlich bedarf es keiner Begründung, warum ihre Festigkeit unerlässlich ist. Doch sie erodiert: Dissens nimmt zu, Konsens wird zur Ausnahme.

Um sich Gehör zu verschaffen, um eigene Interessen und Ordnungsentwürfe zur Geltung zu bringen, muss „Europa“ vieles tun, was unter der Überschrift „Stark werden“ laufen könnte. Tatsächlich wird das oft postuliert, doch dann, auch unter Einwirkung falscher Souffleure, wieder zerredet und verdrängt. Zwei Felder sind wichtig: Die EU und ihre Mitglieder müssen alles tun, damit der europäische Wirtschaftsraum innovativ, dynamisch und wettbewerbsfähig ist. Das schließt einen starken Euro ein.

Kein Ausdruck von Aufrüstungswut

Für ein Programm „Weltmacht“ ist natürlich auch die Stärkung der militärischen Fähigkeiten unerlässlich. Vieles liegt im Argen. Das in der Nato verabredete Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, ist angesichts der Unsicherheiten um uns herum kein Ausdruck von Aufrüstungswut, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die zudem Deutschland bündnispolitisch aus der Schusslinie nimmt und seine Glaubwürdigkeit erhöht. Dazu gehören Rüstungsprojekte, wie sie Paris und Berlin jetzt ins Werk setzen.

In der Außenpolitik wird Europa das Hauptaugenmerk zuvörderst auf die Nachbarschaft im Süden, Südosten und Osten richten; für die große Stabilisierungsaufgabe wird es viele Mittel einsetzen müssen, mehr als bisher. Die Europäer müssen vom Getriebenen zum Handelnden werden; das setzt auch einen Ausgleich zwischen ihren divergierenden Interessen und Positionen voraus.

Leicht ist das nicht. Aber die dominanten Akteure des Weltgeschehens nehmen auf ihr Befinden und ihren inneren Zwist keine Rücksicht – sie machen sich das zunutze. Und das darf so nicht mehr sein.

Wallfahrtsort für Nazis

Im Münchner Bürgerbräukeller verübte Georg Elser 1939 ein Attentat auf Adolf Hitler. Vergeblich. Der Ort existiert heute nicht mehr – vergessen darf man ihn aber nicht.

Von Martin Bernstein

An einem Tisch im Bräustübl des Bürgerbräukellers sitzen am späten Abend des 8. November 1938 acht oder neun Menschen. Unter ihnen ein Schlachthaus-Chef aus dem schwäbischen Aalen und ein Tischler aus Königsbronn.

Eigentlich gäbe es viel zu reden, denn noch vor zwei Stunden hat Adolf Hitler im angrenzenden Saal seine Rede zum Jahrestag seines Putschversuchs vor 15 Jahren gehalten, traditionell im dem Saal, in dem 1925 auch die Wiedergründung der NSDAP stattfand.



SZ PHOTO

Adolf Hitler während der ersten Sitzung der NSDAP nach ihrer Wiedergründung 1925.

Doch offenbar wird nicht viel gesprochen am Tisch. Man isst und der Schlachthaus-Verwalter gibt seinem Landsmann eine Halbe Bier aus.

Gegen Mitternacht löst sich die Runde auf, der Tischler geht zurück in sein Quartier in der etwa einen Kilometer entfernten Albanstraße. Er wird noch öfter wiederkommen – zuletzt am 7. November 1939. Am Tag darauf wird in dem Saal eine Bombe explodieren, die Hitler und mit ihm die Führungsspitze des NS-Regimes beseitigen soll. Doch der Diktator wird überleben, weil er den Saal früher verlässt als sonst.

Der Bombenleger – es ist der Königsbronner Tischler Georg Elser, 36 – sitzt zu diesem Zeitpunkt schon bei der Grenzpolizei in Konstanz. Festgenommen wegen illegalen Grenzübertritts. Am 9. April 1945 – drei Wochen vor der Befreiung durch US-Truppen – wird Elser im Konzentrationslager Dachau erschossen. Hitler begeht am 30. April Selbstmord. Die Befreier Dachaus von der „Rainbow Division“ erreichen am gleichen Tag als erste US-Soldaten den durch das Bombenattentat schwer beschädigten Bürgerbräukeller. Sie finden die Halle vollgestapelt mit NSDAP-Akten vor. Später nutzt die US-Armee den Bürgerbräukeller als Kantine. 1958 wird er als Großgaststätte und Veranstaltungsort wieder eröffnet, 1979 jedoch abgerissen.

Kaum ein Ort in München könnte die deutsche Geschichte in der Zeit zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg besser illustrieren als der Bürgerbräukeller an der Rosenheimer Straße. Wenn es ihn noch gäbe. Doch an seiner Stelle steht heute das Verwaltungsgebäude der Gema. Man muss schon genau wissen, wo die einstige Bierwirtschaft einmal stand, um die Spur in die Vergangenheit zu finden.

Eine Metallplatte im Boden, angeblich genau an der Stelle, an der Elser im November 1939 seine Zeitzunder-Bombe in einer Säule des Saals versteckt hatte. Darauf werden die Ereignisse geschildert:

„An dieser Stelle im ehemaligen Bürgerbräukeller versuchte der Schreiner Johann Georg Elser am 8. November 1939 ein Attentat auf Adolf Hitler. Er wollte damit dem Terrorregime der Nationalsozialisten ein Ende setzen. Das Vorhaben scheiterte.“

Die Bombe explodierte, wie von Elser geplant, um 21.20 Uhr. Hitler war nicht unter den Toten. Er hatte das jährliche Treffen alter Parteigenossen, die den Putschversuch an gleicher Stelle im Jahr 1923 feiern wollten, 13 Minuten vorher verlassen. Der Diktator wollte in die Reichshauptstadt zurück. Wegen dichten Nebels konnten in München keine Flugzeuge starten, Hitler musste den Sonderzug nehmen.

Der Attentäter, der wenige Minuten vor der Explosion beim illegalen Grenzübertritt in die Schweiz festgesetzt worden war, sagte später bei einer Gegenüberstellung zu seiner Mutter: „Ich habe den Krieg verhindern wollen.“

Johann Georg Elser wurde nach fünfeinhalb Jahren Haft am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet. So steht es auf der Tafel, die 50 Jahre nach den Ereignissen von der Stadt verlegt wurde. Nun können Plaketten im Boden ein durchaus wirkungsvolles, wenn auch nicht unumstrittenes Element der Erinnerungskultur sein – wenn man im Alltag buchstäblich darüber „stolpert“, innehält, nachdenkt ... Auf dem mit Hochbeeten, Café-Tischchen, einer Tiefgaragenzufahrt und zwei übergroßen Blasinstrument-Skulpturen reichlich vollgestellten Nicht-Platz zwischen Gasteig und Gema-Verwaltungsgebäude stolpert niemand über die Gedenktafel. Warum also eine Bodenplatte und warum keine Säule? Halb im Durchgang zur Musik-Verwertungsgesellschaft gelegen wird das Mahnmal schlicht nicht wahrgenommen.

Hinweise auf das Attentat gibt es dann noch mal ein paar Schritte weiter – im Durchgang zum Kulturzentrum Gasteig. Eine Infotafel und Faltblätter erklären, was Elser antrieb. Und wie es im Bürgerbräukeller damals aussah, vor und nach der Explosion.

Die Bombe detoniert übrigens noch immer in München, symbolisch, jeden Tag um 21.20 Uhr. Rote Blitze zucken über die Betonwand. Dann Totenstille. Nach einer Minute ist alles vorbei. „8. November 1939“ heißt die Installation, mit der die Künstlerin Silke Wagner an das gescheiterte Attentat erinnern will. Jeden Tag zum Explosionszeitpunkt der Bombe leuchtet das grelle Neonlicht auf, um gleich darauf wieder zu verlöschen.



STEPHAN RUMPF

Die Lichtinstallation zum Gedenken an Elser befindet sich an der Fassade der Grundschule am Georg-Elser-Platz in der Türkenstraße.

Die Installation findet man an der Türkenstraße, weit weg vom Ort des Geschehens. Noch mal ein paar Meter weiter markiert seit April eine Tafel an einer Hauswand Elser Münchner Wohnung. Zwei Monate lang lebte der Württemberger im Herbst 1939 zur Miete beim Ehepaar Alfons und Rosa Lehmann. Und dann ist da seit zwei Jahren auch noch das riesige Elser-Graffito an der Bayerstraße, gestaltet von zwei Stars der Szene, Loomit und Won ABC. Elser ist dort symbolhaft umgeben von fiktiven Helden und Tyrannen, Darth Vader, Zorro, Robin Hood.

Münchner Erinnerungskultur. Viel – aber auch gut, gut verortet zumindest? Der Bürgerbräukeller, gäbe es ihn noch, wäre ein Ort, der Geschichte anschaulich machen könnte. 1885 war die Brauereigaststätte erbaut worden. Historische Aufnahmen zeigen einen typischen Gründerzeitbau: die Architektur ein Mit- und Durcheinander historischer Stile, ein bisschen Barock, ein bisschen Renaissance und ein Hauch Pseudo-Mittelalter.

Wegen seiner Größe wurde der Saal immer wieder für politische Kundgebungen genutzt. Für den 3. Februar 1905 etwa verzeichnet das Historische Lexikon Bayerns „eine Sympathiekundgebung für die niedergeschlagene Revolution in Russland“. Offiziell fasste der Saal 1830 Menschen. Oft waren es aber wohl mehr.

So am Abend des 8. November 1923, an dem das bayerische „Triumvirat“ sich angekündigt hatte – der seit September quasi-diktatorisch herrschende Generalstaatskommissar Gustav von Kahr, der unter dem Titel „Vom Volk zur Nation“ über den Marxismus und seine endgültige Überwindung sprechen wollte; Generalleutnant Otto von Lossow, Chef der in Bayern stationierten Reichswehr-Einheiten, ein Sympathisant der NSDAP; und der Chef der fast 10 000 Mann starken Landespolizei, Oberst Hans Ritter von Seißer. Drei Repräsentanten der rechten „Ordnungszelle“ Bayern.

Doch nicht rechts genug für Hitler und seinen Mitverschwörer, den antisemitischen Weltkriegsgeneral Erich von Ludendorff. Die Nazis stürmten die Versammlung im Bürgerbräukeller, deren Teilnehmer, unter ihnen viele Frauen, etliche Milliarden Reichsmark hatten zahlen müssen – für jeweils ein Bier. Es waren die Monate der Hyperinflation. Die rechtsgerichteten Triumvirn, so die Kalkulation der Putschisten, würden sich dem geplanten Marsch auf Berlin anschließen.

Um seinem Auftreten Nachdruck zu verleihen, stieg Hitler um 20.30 Uhr auf einen Stuhl, feuerte mit seiner Pistole einen Schuss in die Decke und erklärte, die „nationale Revolution“ sei ausgebrochen. Sie brach jedoch nicht aus, sondern am nächsten Tag im Kugelhagel der Polizei an der Feldherrnhalle in sich zusammen. Die Triumvirn hatten mit dem dilettantischen Umsturzversuch doch lieber nichts zu tun haben wollen.

Nach der Niederschlagung des Putschversuchs und dem Verbot der NSDAP dauerte es gerade einmal eineinhalb Jahre, bis Hitler seine Partei neu gründen konnte. Ort der Versammlung war natürlich der Bürgerbräukeller. Von 20 bis 22 Uhr dauerte die Veranstaltung, an der laut Polizei mehr als 3000 Personen teilnahmen und die wegen Überfüllung schließlich abgesperrt werden musste. Für sein Wiedererscheinen auf der politischen Bühne verlangte Hitler Eintritt: Eine Reichsmark musste zahlen, wer in den Bürgerbräukeller hinein und Hitlers antisemitische Hetzrede bejubeln wollte.

Die Zeit der Inflation war vorbei.

Die Zeit der Weimarer Republik noch nicht.

Am 25. April 1928 kam beispielsweise Außenminister Gustav Stresemann in den Münchner Bürgerbräukeller, um im Reichstagswahlkampf als Spitzenkandidat seiner Deutschen Volkspartei (DVP) eine Rede zu halten. Es wurde ein Debakel für die Demokratie. Eineinhalb Stunden lang wurde der Friedensnobelpreisträger von NSDAP-Anhängern niedergeschrien, bis die Polizei die Versammlung schließen ließ.

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler wurde der Bürgerbräukeller Schauplatz der jährlichen Gedenkfeiern der Nationalsozialisten zur Erinnerung an den Putschversuch von 1923. Siebenmal trat Hitler jeweils am Vorabend des Staatsakts zum Jahrestag im Bürgerbräukeller auf. Der Biertempel war endgültig zum nationalsozialistischen Wallfahrtsort geworden. In den Jahren nach dem Attentat (das Foto entstand 1942) trat Hitler allerdings nicht mehr im Bürgerbräukeller, sondern im Löwenbräu am Stiglmaierplatz auf.

Elser wusste, wen er bei einem Bombenanschlag genau an diesem Abend treffen würde: Hitler selbst, dazu den Führungszirkel des Dritten Reichs, umgeben von „Alten Kämpfern der Bewegung“.

Während seiner Rede duldete der Diktator keine Störungen – Kellnerinnen würden also nicht unterwegs sein. Das hatte Elser herausgefunden, als er am 8. November 1938 erstmals den Bürgerbräukeller besuchte. Und er entdeckte noch etwas, wie er später im Gestapo-Verhör berichtet: „daß der Saal in keiner Weise bewacht wurde, daß keine Kontrolle vorhanden war und daß jedermann ohne weiteres zu diesem Saal Zutritt erlangen konnte“ in den Tagen vor Hitlers Auftritten.

Überhaupt ist es offenbar kein großes Problem, den Bürgerbräukeller nach Belieben zu durchqueren oder sich nachts dort einschließen zu lassen. Auch wo er seine Bombe platzieren würde, weiß der Widerstandskämpfer da bereits: „in jene bestimmte Säule hinter dem Rednerpodium“.

Im April 1939 kehrt Elser zurück nach München. Er lernt einen Hausburschen im Bürgerbräukeller kennen, der kurz vor der Einberufung zur Wehrmacht steht. Elser versucht vergeblich, dessen Posten zu bekommen. Er trifft auch drei Kellnerinnen der Bierwirtschaft, macht ein Foto von ihnen im Garten des Lokals. Mit der Kamera dokumentiert Elser sonst akribisch den Saal: die Bühne, die umlaufenden Emporen, die Säulen. Vor allem die eine Säule, neben der Hitler stehen wird. Doch die Aufnahmen misslingen: „Zu dunkel“, erinnert Elser sich im Gestapo-Verhör.

Im August kommt Elser ein, wie er plant, letztes Mal nach München. Den Sprengstoff hat er im Gepäck. Nachts lässt er sich im Bürgerbräukeller einschließen, um das Versteck für die Bombe zu präparieren. Während Elser an der Verwirklichung seines Plans arbeitet, hat mit dem deutschen Überfall auf Polen der Weltkrieg begonnen, den der Widerstandskämpfer verhindern, jetzt zumindest beenden will.

Am Morgen des 6. November macht Elser die Bombe scharf und verlässt München. Doch tags darauf kehrt er noch einmal zurück um zu überprüfen, ob die Zeitzünder-Uhren richtig gehen. Sie funktionieren. Der Widerstandskämpfer setzt sich nach Konstanz ab, will zu Fuß in die Schweiz. Er wird von Grenzern festgenommen – 35 Minuten, bevor die Bombe explodiert.



Acht Menschen sterben unter den Trümmern des teilweise eingestürzten Saals, sieben Mitglieder der NSDAP und der SA und eine Kellnerin, nicht jedoch Hitler.

Elser hat alles genau berechnet. Das Wetter an jenem 8. November hat er nicht berechnen können. Der Krieg geht weiter, Millionen Menschen werden sterben. Es wird mehr als fünf Jahre dauern, ehe am 30. April 1945 US-amerikanische Befreier vor dem Bürgerbräukeller stehen.

„Ich wollte ja auch durch meine Tat ein noch größeres Blutvergießen verhindern“, sagt Elser am 20. November im Gestapo-Verhör.

Es sei den Deutschen nicht leicht gefallen anzuerkennen, „dass es Menschen gab, die ein klareres Urteil und den Mut hatten, sich dem Hitler-Regime zu widersetzen“, sagte der heutige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble 2008 bei der Einweihung einer Elser-Büste in Berlin. Man müsse sich mit Dank an den schwäbischen Handwerker erinnern. „Er gehört zu denen, die es uns leichter machen, auf die Geschichte unseres Landes zurück und hoffnungsvoll nach vorne zu blicken.“

Der Rückblick wie der Blick nach vorne brauchen indes Erinnerungsorte, die Fragen stellen und vorschnelle Antworten verweigern. Der Bürgerbräukeller wäre ein solcher Ort gewesen.

155,30

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rente-grundsicherung-altersvorsorge-1.4490742>

18. Juni 2019, 18:48 Uhr

Rente

"Das Geld muss ja irgendwo herkommen"

Wie weit darf das Rentenniveau künftig sinken, ohne massenhaft Altersarmut zu produzieren? Jugendliche in Hamburg.

Was heute 18- bis 30-Jährige vom Rentensystem zu erwarten haben, erklärt Max-Planck-Professor Axel Börsch-Supan. Ein Gespräch über Zukunft und die Parallelen zwischen Rente und Klimawandel.

Interview von Hendrik Munsberg

Die Deutschen werden immer älter, die Beitragszahler müssen künftig für immer mehr Rentner aufkommen. Wie reparaturbedürftig ist das Rentensystem? Fragen an Axel Börsch-Supan, Professor am Münchner Max-PlanckInstitut für Sozialrecht und Sozialpolitik.

SZ: Herr Professor Börsch-Supan, Sie sind Mitglied der Rentenkommission, die der Bundesregierung Vorschläge für ein zukunftsfestes Rentensystem vorlegen soll. Wann liefern Sie?

Axel Börsch-Supan: Wir sind angehalten, bis spätestens März 2020 zu liefern. Vorher werde ich zu den Ergebnissen auch nichts sagen. Wenn ich jetzt mit Ihnen spreche, dann als Wissenschaftler, der seit Langem darüber nachdenkt, wie man mit dem demografischen Wandel angemessen umgeht.

Junge Menschen sorgen sich schon heute massiv, weil sie ihre elementaren Interessen von der Politik missachtet sehen - vor allem beim Klimaschutz. Aber auch beim deutschen Rentensystem haben viele Jüngere Zweifel, ob Sie noch eine auskömmliche Rente bekommen werden. Haben Sie dafür Verständnis?

Ja, und in beiden Fällen sind es ähnliche Probleme, die viel mit Nachhaltigkeit zu tun haben, und bei denen sich Dinge nur langsam bewegen. Das verleitet dazu, sie immer wieder zu verschieben. Und plötzlich merkt man, wie sich die Situation verschlimmert. Das gilt für den Klimaschutz, aber auch für die Finanzen des Rentensystems im demografischen Wandel. In beiden Fällen ist es so: Wenn wir jetzt nichts tun, machen sich die Jüngeren zu Recht Sorgen.

Die große Koalition in Berlin hat die Probleme der Rentenversicherung wegdefiniert. Sie beschloss eine doppelte Haltelinie: Das Rentenniveau soll bis 2025 auf heutigem Niveau von 48 Prozent stabilisiert werden, der Beitragssatz soll von derzeit 18,6 Prozent nicht über 20 Prozent steigen. Wie lange geht das gut?

Noch ungefähr drei, vier Jahre. Jedenfalls wird es bis 2025 nicht mehr gutgehen. Wir erwarten, dass bereits 2025 ein niedriger zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich aufgebracht werden muss, um diese Haltelinien zu finanzieren. Dass das dann von den Steuerzahlern aufgebracht werden muss, ist

geltendes Recht. Insofern kann man sich auf diese Haltelinien verlassen, aber auch darauf, dass es spätestens 2025 Steuererhöhungen gibt. Das Geld muss ja irgendwo herkommen.

Woher?

Indem zum Beispiel die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt steigt. Würde man die Politik der Haltelinien noch über 2025 hinaus fortführen, wären wir 2035 schon knapp bei 100 Milliarden Euro zusätzlicher Belastung für den Bundeshaushalt.

Dabei fließen schon heute jährlich knapp 100 Milliarden Bundeszuschuss in die Rentenkasse. Schon das ist ein Großteil des Bundesetats, der derzeit ein Volumen von insgesamt 350 Milliarden Euro hat.

Ja, da sehen Sie die Größenordnung, um die es geht.

Man ahnt: Die Deutschen werden länger arbeiten müssen.

Zuerst muss man sagen: Die Deutschen werden immer älter, sie leben immer länger und vor allem auch gesünder. Also muss man überlegen: Wie umgehen mit diesen zusätzlichen Jahren? Derzeit leben wir nach der Ausbildung im Schnitt 60 Jahre, davon arbeiten wir 40 Jahre und beziehen 20 Jahre [Rente](#). Das ergibt ein Verhältnis von zwei zu eins. Man braucht also ungefähr zwei Jahre Arbeit, um ein Jahr Rente zu finanzieren.

Derzeit liegt das gesetzliche Rentenalter bei 67. Sind Sie also für die Rente mit 69?

Die Altersgrenze von 67 Jahren gilt ja nicht schon morgen, sondern erstmals 2030. Bis dahin gibt es einen graduellen Übergang. Wenn man dann von der Formel 2:1 ausgeht, so würde man in weiteren zwölf Jahren ein Rentenalter von 68 erreichen.

Also im Jahr 2042 ...

... und in nochmals etwa zwölf Jahre später ein Rentenalter von 69 ...

... das wäre dann 2054.

Bis man danach im dritten Schritt die Rente mit 70 erreicht, dauert es wegen der Demografie aber länger - das wäre ungefähr im Jahr 2070. Doch das liegt so weit in der Zukunft, dass kein Mensch heute weiß, wie die Lebenserwartung sich entwickelt. Vielleicht geht sie ja wieder zurück? In Amerika ist das schon vorgekommen. Deshalb muss der Grundsatz lauten: Das Rentenalter muss sich an das Lebensalter anpassen, nicht umgekehrt.

Viele Menschen streben schon heute danach, vorzeitig in Rente zu gehen, auch aus gesundheitlichen Gründen. Ist es realistisch zu sagen: Weil Menschen älter werden, können sie auch länger arbeiten?

Es gibt heute viele 70-Jährige, die fit sind, und es gibt viel 50-Jährige, die nicht mehr fit sind. Man darf die Menschen nicht über einen Kamm scheren. Das Rentensystem müsste davon Abschied nehmen, ein bestimmtes Rentenalter für alle vorzuschreiben. Da ist mehr Flexibilität in beide Richtungen gefragt.



Axel Börsch-Supan, Direktor am Münchener Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik.

Was ist mit dem Bauarbeiter, der sein Leben lang körperlich hart arbeitet? Der wird sicher nicht bis 70 durchhalten.

Dazu sind zwei Dinge zu sagen: Wenn der Arbeitgeber diesen Bauarbeiter bis 60 oder gar 65 hart arbeiten lässt, dann habe ich großes Verständnis, wenn so ein Mensch früher in Rente gehen darf. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass der Arbeitgeber einen Menschen so lange arbeiten lässt, bis er nicht mehr kann.

Aber was folgt daraus?

Es gibt heute eine breite Palette von Berufen und Arbeitsfeldern. Eine alternde Gesellschaft muss darüber nachdenken, wie sie das Arbeitsleben aufteilt in angenehmere und härtere Jobs. Jedenfalls ist es nicht zumutbar, dass jemand mit Ende 50, Anfang 60 noch Betonkübel schleppt.

Bis auf welchen Prozentsatz darf das Rentenniveau von heute 48 Prozent Ihrer Meinung nach sinken, ohne massenhaft Altersarmut zu produzieren?

Wenn wir das Rentenalter, wie beschrieben, graduell anpassen, dann können wir das Rentenniveau mit einer kleinen Delle in etwa halten. Wenn das Rentenalter aber auf Dauer bei 67 stagniert, obwohl unsere Lebenserwartung alle zehn Jahre um zwei Jahre steigt, dann geht das Rentenniveau auf ungefähr 42 Prozent runter. Für die Entwicklung der Altersarmut ist aber eine andere Frage entscheidend.

Nämlich?

Altersarmut entsteht sehr häufig nicht dadurch, dass Menschen ihr ganzes Leben gearbeitet haben, aber wenig verdienen; sondern dadurch, dass sie lange Zeiten nicht sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben und darum eine sehr niedrige [Rente](#) bekommen. Das gilt insbesondere für Menschen, die lange selbständig waren, ohne fürs Alter vorzusorgen. Und das gilt für Langzeitarbeitslose, die aus der Rentenversicherung ausgekoppelt werden.

Wie könnte man diesen Menschen besser helfen?

Derzeit fallen sie auf die Grundsicherung zurück. Einschließlich Wohngeld beträgt die Auszahlung bei der Grundsicherung heute im bundesweiten Schnitt etwa 800 Euro. Das bewahrt die Betroffenen vor absoluter Armut, ist aber nicht viel. Wenn man das verbessern will, muss der Bundestag so ehrlich sein und die Grundsicherung erhöhen.

Die Renten-Reformer

Es wird spannend. Als Union und SPD am 14. März 2018 ihr neuerliches Bündnis besiegelten, machten sie es sich in der Rentenpolitik leicht. Per Koalitionsvertrag legten sie fest, "die gesetzliche Rente auf heutigem Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025" einzufrieren - und "bei Bedarf durch Steuermittel" sicherzustellen, "dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent" steigt. Wie es danach weitergeht? Das soll, wieder mal, eine Rentenkommission klären - spätestens bis März 2020. Was aber, wenn die Koalition vorher zerbricht? Nach dem Rückzug von SPD-Chefin Andrea Nahles ist das nicht ausgeschlossen. Die von SPD-Sozialminister Hubertus Heil Mitte 2018 eingesetzte Kommission darf das nicht beirren. Zwei ausgewiesene Experten sitzen in dem Gremium, beide gehörten 2002 schon zur Rürup-Kommission, die den Deutschen die Rente mit 67 eintrug: Axel Börsch-Supan (Foto: xxx), heute Direktor des Munich Center for the Economics of Aging des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, außerdem Gert G. Wagner, Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, seit Langem ist er am Berliner DIW-Institut tätig. Geleitet wird die Kommission von Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) und Karl Schiewerling (Union). Hmu

Die Koalition, besonders die SPD, will vor allem eine neue Grundrente einführen: Eine Friseurin, die mindestens 35 Jahre lang für Mindestlohn gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, soll monatlich statt 513Euro künftig 961 Euro Rente bekommen und nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Eine aktuelle Umfrage zeigt, wie populär das ist. Aber ist es auch richtig?

Die Einführung einer Grundrente, die oberhalb der Grundsicherung liegt, ist für derart langjährig Versicherte sinnvoll und notwendig.

Die SPD möchte, anders als die Union, die Grundrente aber nicht an eine Bedürftigkeitsprüfung knüpfen.

Ich teile die Meinung der SPD, dass man die Leute nicht zum Sozialamt schicken soll, man würde sie dann genauso behandeln wie Leute in der Grundsicherung. Ich teile aber durchaus auch die Meinung der CDU, dass man prüfen muss, wer diese Grundrente bekommen soll.

Wie geht das zusammen?

Ich bin gegen eine Bedürftigkeitsprüfung im Sinne der Grundsicherung, aber für eine Einkommensprüfung, wie man sie zum Beispiel kennt, wenn jemand Subventionen vom Staat beantragt.

Das müssen Sie erklären.

Man muss dazu wissen, dass zwei Drittel der Menschen, die nach dem derzeitigen SPD-Konzept Grundrente bekommen sollen, im mittleren Einkommensbereich oder sogar im oberen Einkommensdrittel liegen.

Wie das?

Im Wesentlichen liegt es daran, dass der Ehepartner entsprechend viel verdient hat. Oder daran, dass die Betroffenen Beamtenpensionen bekommen. Es gibt eine ganze Menge Menschen, die berechtigt wären, Grundrente zu erhalten, obwohl sie gut verdienende Beamte sind. Das halte ich für falsch. Der Staat hat kein Geld zu verschenken an reiche Leute.

Welche Rolle soll die private Vorsorge künftig spielen? Die Riester-Rente ist ja wohl ein Fehlschlag.

Ich halte die Riester-Rente nicht für einen Fehlschlag. Die Hälfte der Bevölkerung hat eine Riester-Rente. Nicht wenigen wird sie helfen, weil sie zusätzlich zu einer Betriebsrente weiteres Alterseinkommen bringt. Sie ist aber zu intransparent; viele Leute wissen nicht, was sie aus der Riester-Rente rausbekommen werden. Da gäbe es eine Menge zu ändern.

Sollen die Menschen selber am Kapitalmarkt fürs Alter vorsorgen?

Der Kapitalmarkt ist kompliziert. Sich da auszukennen überfordert viele. Wenn man die kapitalgedeckte Rente zum zweiten Standbein neben der umlagefinanzierten Rente ausbauen möchte, dann muss man die Betriebsrente stärken. Derzeit haben nur 57 Prozent der Arbeitnehmer Anspruch auf eine Betriebsrente. Da fehlen also noch 43 Prozent.

Was muss sich ändern?

Geld anlegen, heißt diversifizieren. Man sollte das Geld für Betriebsrenten in international breit gestreute Fonds investieren, die von Profis gemanagt werden.

Wer muss dazu den Anstoß geben - der Staat oder die Tarifparteien?

Das muss der Staat zusammen mit den Sozialpartnern machen. In etlichen Bereichen funktionieren solche Betriebsrentenmodelle sehr gut, im Wesentlichen bei Großfirmen. Nachholbedarf gibt es bei kleineren und mittleren Unternehmen. Denen kann man nicht zumuten, ein eigenes Betriebsrentenmodell aufzubauen, schon aus Haftungsgründen. Staat und Tarifpartner müssten hier helfen, sodass der Arbeitgeber seine Arbeitnehmer nur noch ermahnen muss: Kümmert euch um eure Betriebsrente!

<https://www.faz.net/aktuell/politik/umfragen-wie-denken-die-deutschen-aktuell-ueber-europa-16246360.html?premium>

EXKLUSIVE ALLENSBACH-UMFRAGE:

Wie denken die Deutschen aktuell über Europa?

- VON DR. THOMAS PETERSEN, ALLENSBACH 20.06.2019
-

Europapolitik interessiert nicht mehr nur zu Zeiten von Wahlen. Vor allem der Brexit hat viele von den Vorzügen der EU überzeugt.

Über Jahrzehnte hinweg waren die Wahlen zum Europäischen Parlament wie auch die Europapolitik allgemein für die Bevölkerung von untergeordneter Bedeutung. Viele verstanden kaum, was das Parlament tat, kannten die Abgeordneten nicht und hatten auch keine ausgeprägte Meinung dazu. In der Umfrageforschung äußerte sich dies oft in auffällig unscharfen Ergebnissen.

So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach beispielsweise 1998 die Frage, ob das Europäische Parlament zu wenig Einfluss habe oder nicht. Daraufhin meinten 26 Prozent, es habe zu wenig Einfluss, 28 Prozent glaubten dies nicht, 46 Prozent waren unentschieden. Wenn man aber die Frageformulierung nur geringfügig veränderte und fragte, ob das Parlament mehr Einfluss bekommen sollte, sprachen sich 40 Prozent dafür aus und nur 18 Prozent dagegen. Eine klare relative Mehrheit von 42 Prozent blieb unentschieden. Wenn so kleine Veränderungen im Fragetext derart große Effekte auslösen und gleichzeitig die meisten Befragten auf die Antwort „Unentschieden“ ausweichen, ist das ein sicheres Zeichen dafür, dass praktisch keine Meinungsbildung stattgefunden hat. Die Europapolitik lag für die meisten Bürger in weiter Ferne.

Dies hat sich in der Zwischenzeit geändert, und es spricht einiges dafür, dass ausgerechnet die inzwischen seit einem Jahrzehnt andauernde öffentliche Diskussion über eine angebliche Krise der Europäischen Union wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Europapolitik stärker ins Bewusstsein gerückt ist und die europäische Einigung in vielen Ländern wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Dies hatte sich schon vor knapp einem Jahrzehnt bei der sogenannten „Euro-Krise“ gezeigt, als in Deutschland die Zustimmung zur Gemeinschaftswährung just zu dem Zeitpunkt deutlich stieg, als öffentlich über ihr mögliches Scheitern diskutiert wurde.

Krisen steigern Europabewusstsein

Nach der Entscheidung Großbritanniens, die Gemeinschaft zu verlassen, wiederholte sich das Muster: Während allgemein noch über eine Schwächung der Gemeinschaft gesprochen wurde, verbesserte sich, wie die Ergebnisse von international vergleichenden Umfragen des amerikanischen Pew Research Centers zeigen, in praktisch allen EU-Ländern, aus denen Daten vorliegen, die Meinung der Bürger über die Europäische Union. Das gilt auch für Großbritannien selbst. Offensichtlich hatten die krisenhaften Ereignisse vielen Bürgern die Bedeutung des Einigungsprojekts erst vor Augen geführt.

Und so fand auch die Europawahl dieses Jahres deutlich mehr Aufmerksamkeit als frühere Wahlen zum europäischen Parlament. Auf die Frage „Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit irgendjemand über die Europawahl unterhalten?“ antworteten in der jüngsten Repräsentativumfrage des Allensbacher Instituts im Auftrag dieser Zeitung mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) mit Ja. 1989, als die Frage schon einmal gestellt wurde, hatten dies nach der damaligen Wahl nur 52 Prozent gesagt.

Ebenfalls mehr als zwei Drittel, 72 Prozent, sagten in der aktuellen Umfrage, dass sie sich zumindest etwas für die Europawahl und ihre politischen Folgen interessierten. Nur 27 Prozent sagten, dass sie sich dafür kaum oder gar nicht interessierten. Und der Aussage „Die Europawahl ist keine besonders wichtige Wahl, da das Europäische Parlament nicht viel zu sagen hat und wichtige Entscheidungen

ohnehin anderswo getroffen werden“ stimmten 21 Prozent der Befragten zu, 56 Prozent sagten, sie sähen das nicht so.

Ranking der wichtigsten Europapolitiker

Bei der Einschätzung der Bedeutung europäischer Politiker zeigen sich die Bürger dagegen unsicherer. Eine Frage lautete: „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die Politiker, die für die Europawahl kandidieren, sind doch meistens die zweite Garnitur.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ Eine relative Mehrheit von 41 zu 33 Prozent der Befragten sagte, sie sehe das auch so. 1999 waren bei derselben Frage die Ergebnisse praktisch gleich ausgefallen.

Man kann daran besonders gut erkennen, wie sehr die Einstellung zur europäischen Politik eine Frage der Bildung ist: Dass es sich bei den Europapolitikern um die „zweite Garnitur“ in der Politik handele, glaubten 48 Prozent der Befragten mit einfacher Schulbildung, aber nur 36 Prozent derer mit höherer Schulbildung. Man kann aus diesem Ergebnis indirekt schließen, wie kompliziert die Europapolitik für viele Bürger auch heute noch erscheint. Ihre Bedeutung erschließt sich vielen anscheinend erst dann, wenn sie sich intensiver damit beschäftigen.

Darauf, dass Politiker auf der europäischen Ebene trotz aller Fortschritte der vergangenen Jahre noch immer weit weniger Aufmerksamkeit bei den Deutschen genießen als Bundes- oder Landespolitiker, deuten auch die Bekanntheitswerte der wichtigsten Vertreter der europäischen Politik hin. Immerhin 83 Prozent der Befragten sagten im Juni 2019, sie hätten schon einmal von Jean-Claude Juncker gehört. Zum Vergleich: Bundeskanzlerin Merkel war zum letzten Mal, als dies erfragt wurde, 98 Prozent der Deutschen bekannt, Wolfgang Schäuble 97 Prozent und Frank-Walter Steinmeier 96 Prozent.

Es folgen in der Rangliste der bekanntesten Akteure in der europäischen Politik der vermutlich vielen noch als baden-württembergischer Ministerpräsident bekannte Günther Oettinger mit 69 Prozent, Donald Tusk und Manfred Weber mit jeweils 62 Prozent und Mario Draghi mit 59 Prozent. Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten bei der Europawahl, ist dagegen nur 40 Prozent der Deutschen bekannt. Auf europäischer Ebene so bedeutende Persönlichkeiten wie Margrethe Vestager oder Federica Mogherini sind nur 25 beziehungsweise 20 Prozent der Deutschen bekannt, Guy Verhofstadt und Michel Barnier jeweils nur 13 Prozent.

Was diese Werte bedeuten, zeigt das Ergebnis für den in die Namenliste aufgenommenen fiktiven Politiker Ulf Ljungberg. Ihn glaubten 9 Prozent der Befragten zu kennen, nicht weniger als den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani. Bisher beschränken sich die Kenntnisse der Bürger vom politischen Personal in Europa also auf wenige herausragende Persönlichkeiten.

Dennoch bleibt auffällig, dass das Interesse vieler Deutscher an der Europawahl mittlerweile über die nationale Dimension des Ereignisses hinausgeht. Auf die Frage „Haben Sie mitbekommen, wie die Europawahl in Europa insgesamt ausgefallen ist, also wie die Sitze im Europäischen Parlament grob verteilt sind, oder haben Sie das nicht mitbekommen?“ antworteten 65 Prozent, sie hätten dies mitbekommen. Man kann hier mit etwas gutem Willen den Ansatz zu einer europäischen Öffentlichkeit ausmachen.

Fragt man etwas genauer nach, welche Aspekte der europäischen Politik für die Deutschen von Interesse sind, dann sticht die Diskussion über den Brexit heraus. Die Deutschen haben, wie die damaligen Allensbacher Umfragen zeigen, den Entschluss Großbritanniens, die EU zu verlassen, von Anfang an bedauert und als Fehler eingeschätzt. Nun beobachten sie offenbar mit Spannung die politischen Folgen: 78 Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, sie interessierten sich für dieses Thema. Erst mit deutlichem Abstand folgt, genannt von 61 Prozent, das in den Jahren 2015 bis 2017 dominante Thema Flüchtlinge.

Deutschland interessiert der Brexit

Jeweils rund die Hälfte der Befragten sagte, sie beschäftigten sich mit dem Verhältnis zwischen der EU und der Türkei und mit den „Gelbwesten“-Protesten in Frankreich. Für die Einflussnahme Russlands auf die Politik in Europa interessierten sich 40 Prozent. Hier gibt es übrigens kaum einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Wie sehr sich die Deutschen mit dem Brexit beschäftigen, zeigt auch das Ergebnis der Frage, bei welchen Ländern man sich dafür interessiere, was dort politisch geschieht. An erster Stelle steht hier, genannt von 62 Prozent, Großbritannien. Erst danach folgen Frankreich (54 Prozent) und Österreich (52 Prozent). Bei der Frage, wie zu bewerten sei, dass Großbritannien nun noch einmal an der Europawahl teilgenommen hat, zeigen sich die Deutschen allerdings ratlos: 39 Prozent meinten, es sei nicht gut, dass das Königreich teilgenommen habe, wo es doch die Union verlassen wolle; nicht viel weniger, 35 Prozent, sagten aber auch, es sei in Ordnung, dass das Land sich an der Wahl beteiligt habe, schließlich sei es immer noch Mitglied.

Ebenfalls fast gleich viele (33 Prozent) meinten, die Teilnahme an der Wahl sei sogar gut, denn man könne nicht wissen, ob Großbritannien nicht doch in der EU verbleibt. Wiederum kaum weniger (32 Prozent) (man konnte mehrere Antworten auswählen) fanden, man hätte Großbritannien vor der Wahl aus der Union verabschieden sollen.

Keine Ratlosigkeit herrscht dagegen bei der Frage, ob ein vereintes Europa im deutschen Interesse sei oder nicht. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Was glauben Sie, wie Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten kann: indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt oder indem es seine Interessen ausschließlich allein vertritt?“ 70 Prozent meinten, Deutschland könne seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern vertreten, 11 Prozent widersprachen. In diesem Punkt gab es, anders als es vermutlich in manchen anderen EU-Ländern wie Großbritannien der Fall wäre, keine Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten, und auch die Wähler aller Parteien urteilten übereinstimmend, mit Ausnahme derer der AfD.

Aber selbst diese sagten immerhin mit 37 zu 34 Prozent, dass Deutschland seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern als allein vertreten könne. Betrachtet man die Umfrageergebnisse als Ganzes, gewinnt man den Eindruck, dass der Blick auf die europäische Einigung in den vergangenen Jahren positiver und nüchterner geworden ist. Die EU ist für die Deutschen weder überwiegend das bürokratische Schreckgespenst, als das sie oft hingestellt wird, noch der ferne Wunschtraum, der sie in den frühen Jahren der Bundesrepublik war. Stattdessen scheint sie zunehmend, trotz all ihrer Schwächen und Konstruktionsfehler im Detail, als eine schlichte Notwendigkeit angesehen zu werden.

jeudi 20 juin 2019 - 20:00 UTC +02:00 760 mots

Nucléaire: l'EPR de Flamanville tourne au fiasco industrie

de Monicault, Frédéric

L'Autorité de sûreté nucléaire oblige EDF à refaire des soudures. Le réacteur ne démarrera pas avant 2022.

C'est le scénario du pire pour EDF. Jeudi, l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) a averti que l'électricien doit refaire huit soudures situées à l'intérieur du bâtiment réacteur de l'EPR de Flamanville (Manche), le prototype de la centrale de nouvelle génération en cours de construction. Ce n'est pas le premier coup d'arrêt pour le chantier, qui les collectionne depuis son lancement en 2007, mais celui-là est le plus sévère: il intervient en fin de parcours après l'implantation de l'ensemble de composants et le début des tests d'ensemble, ultime préalable au démarrage de l'installation.

La décision de l'ASN n'est pas une surprise: au début de l'année, ses experts ont indiqué que ces soudures de haute technologie présentent trop d'écart avec les normes de sécurité requises. Une féroce querelle de spécialistes s'est alors engagée: jusqu'au bout, EDF a tenté de faire valoir que les soudures en l'état n'empêchent pas le réacteur de démarrer en toute sécurité et qu'elles pourront être reprises quelques années plus tard, lors d'un arrêt de tranche. Mais l'ASN est resté inflexible.

«L'ASN a encouragé EDF à lui faire des propositions de non réparation, puis de réparation après la mise en service, pour finalement dire qu'il faut de toute façon réparer! C'est dix-huit mois de perdus, regrette une source proche du dossier.

Pour EDF, le coup est terrible. Alors que le chantier accuse déjà sept ans de retard, il n'est plus question d'un premier chargement de combustible avant la fin de l'année, et encore moins d'une première production commerciale en 2020. Cette chronologie est caduque, et un autre agenda, celui des réparations, va devoir s'y substituer. L'entreprise se donne quelques semaines pour analyser dans le détail le verdict de l'ASN et ses conséquences. Il faudra décider de démobiliser ou non les équipes sur place. Le conseil d'administration sera bientôt saisi du dossier. Même très improbable, l'hypothèse d'un abandon sera nécessairement examinée. Car le réacteur ne démarrera pas avant 2022, au minimum, selon des sources proches du dossier. Et la facture va encore s'envoler: le devis initial a déjà triplé, à plus de 11 milliards d'euros.

Enceinte de confinement

Sur le plan technique, l'affaire des soudures est complexe: elles sont implantées dans la traversée de l'enceinte de confinement, une énorme coque en béton. EDF va devoir faire preuve d'un important savoir-faire pour que ses réparations entravent le moins possible tout l'agencement de la structure.

Cette problématique des soudures a été révélée en février 2018. Avant cet épisode, en février 2015, c'est la résistance de la cuve qui avait été mise en doute par l'ASN, avec une trop forte concentration en carbone sur le couvercle. Finalement, le programme d'essais supplémentaires a été validé par le gendarme du nucléaire, qui a donné son feu vert quelques mois plus tard.

Douze ans après le démarrage de Flamanville 3, les explications à cet accident industriel sont nombreuses. D'abord, le chantier de l'EPR est extrêmement complexe, avec plusieurs dizaines de milliers de documents à traiter. Il faut faire tenir dans un espace contraint un réacteur très compact, le plus puissant jamais construit en France avec 1650 mégawatts (MW). Ensuite, EDF n'a plus construit de nouveau réacteur avant l'EPR depuis vingt ans: le manque de renouvellement des compétences est pointé au sein même de l'entreprise comme un écueil majeur pour le bon déroulement du chantier. Enfin, depuis la catastrophe de Fukushima, en 2011, l'ASN n'a jamais été aussi vigilante. Une sévérité qui frise l'obsession, selon certains observateurs, mais l'état-major d'EDF n'a jamais remis en cause le poids de l'Autorité. D'ailleurs, l'entreprise sait déjà qu'elle n'aura pas le droit à l'erreur pour réparer ses soudures.

https://www.faz.net/aktuell/finanzen/ezb-chef-draghi-das-ende-von-super-mario-16248879-p5.html?printPagedArticle=true#pageIndex_4

EZB-CHEF DRAGHI:

Das Ende von „Super Mario“

- VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 24.06.2019-10:16



EZB-CHEF DRAGHI: Das Ende von „Super Mario“

EZB-Präsident Mario Draghi demonstriert noch einmal seine Stärke. Doch längst sind Kräfte am Werk, die die Macht der Notenbanken aushöhlen. Werden mit dem Ende der Ära Draghi die Karten neu gemischt?

Am vergangenen Dienstag demonstrierte Mario Draghi noch einmal, und vielleicht zum letzten Mal, sein Verständnis von der Macht des Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Der Ort war ein ehemaliges Kloster im portugiesischen Sintra, das heute einen Bestandteil einer großzügigen Hotelanlage bildet und der EZB als Ort einer jährlichen Konferenz dient, die Geldpolitiker, Ökonomen und Journalisten aus aller Welt zu einer dreitägigen Veranstaltung versammelt.

An jenem Dienstag hielt Draghi wie üblich den Eröffnungsvortrag, der sich in diesem Jahr mit den ersten zwanzig Jahren der Europäischen Währungsunion befasste und besonders mit den geldpolitischen Ereignissen der vergangenen knapp acht Jahre, in denen er die EZB geleitet hat. Gegen Ende seines Vortrag wandte sich Draghi plötzlich der Gegenwart und der nahen Zukunft zu. Sollte sich die wirtschaftliche Lage nicht verbessern und Anzeichen für einen Anstieg der Inflationsrate auf das EZB-Ziel von knapp 2 Prozent ausbleiben, werde die Europäische Zentralbank handeln, kündigte er an.

„Wir werden alle Flexibilität innerhalb unseres Mandats nutzen, um unseren Auftrag zu erfüllen“, sagte Draghi. Sowohl Senkungen des Leitzinses als auch eine Wiederaufnahme des Anleihekaufprogramms bezeichnete er als möglich. Die Reaktion der internationalen Finanzmärkte fiel heftig aus. Die Aktienkurse stiegen um rund 2 Prozent, die Anleihenrenditen fielen und am Devisenmarkt wertete der Euro ab. Bis nach Washington drang die Kunde von Draghis Rede, wo sie ungnädige Tweets des Mannes im Weißen Haus provozierte. Donald Trump warf Draghi vor, mit einer Abwertung des Euros gegenüber dem Dollar Handelspolitik zu Lasten der Vereinigten Staaten zu betreiben.

Düpiert von Draghi

Düpiert hatte Draghi mit seiner Ankündigung die anderen Mitglieder des Zentralbankrats, von denen sich nicht wenige in Sintra aufhielten, wo sie der Rede ihres Vormannes mit ungläubigem Staunen gelauscht hatten. Denn auf der jüngsten Sitzung des Zentralbankrats im litauischen Vilnius hatte die

Runde die Lage noch nicht für so schwierig gehalten und eine baldige Lockerung der Geldpolitik nicht für notwendig eingeschätzt. Nun war Draghi in Sintra vorgeprescht und alleine die Furcht, die von einer raschen Zinssenkung überzeugten Teilnehmer an den Finanzmärkten zu enttäuschen, dürfte den Zentralbankrat auf einer seiner nächsten Sitzung dazu bewegen, Draghis Vorgabe mit großer Mehrheit zu folgen – wenn auch in nicht wenigen Fällen mit zusammengebissenen Zähnen.

Die Entschlossenheit, mit der Draghi, den selbst Nahestehende nicht als Teamplayer bezeichnen würden, den Zentralbankrat im Laufe der Jahre unter seine Kontrolle gebracht hat, wird von seinen Anhängern bewundert und von seinen Kritikern nicht bestritten. Denn auf dem Papier ist der Präsident der EZB nicht allmächtig, da er im zählenden Zentralbankrat nur eine Stimme hat und er seine Mitstreiter weder berufen noch entlassen kann.

Drei Wörter als Wendepunkt

Dennoch hat es Draghi mehrfach verstanden, große Mehrheiten im Zentralbankrat ohne jede Vorabgespräche hinter sich zu versammeln. Das berühmteste Beispiel bildete die kurze Rede, die der Italiener am 26. Juli 2012 auf einer Konferenz im Londoner Lancaster House gehalten hat und die ihm einen Platz in den Geschichtsbüchern beschert wird. Damals befand sich die Eurokrise auf ihrem Höhepunkt, die Renditen südeuropäischer Staaten waren so hoch, dass ihre Zahlungsfähigkeit an den Finanzmärkten hinterfragt wurde, und die Zukunft des Euro schien auf dem Spiel zu stehen. Draghi war Teilnehmer eines Podiums, das sich mit Problemen der Weltwirtschaft befassen sollte. Vor Beginn kündigte er den anderen Podiumsteilnehmern an, dass er nicht viel sagen werde.

Als Draghi später das Wort ergriff, sprach er zunächst sechseinhalb Minuten scheinbar ohne besondere Inspiration über die Lage in der Eurozone. Dann holte er tief Luft und bemerkte: „Aber es gibt eine andere Botschaft, die ich Ihnen mitteilen möchte.“ Anschließend folgten die nunmehr klassischen Sätze: „Innerhalb unseres Mandats, innerhalb unseres Mandats ist die EZB bereit zu tun, was immer nötig ist, um den Euro zu bewahren. Und glauben Sie mir, es wird ausreichen.“ Was immer nötig ist – „whatever it takes“ im englischen Original: Diese drei Wörter gelten als Wendepunkt, nach der sich die Eurokrise beruhigte. Nicht nur Anhänger von Draghis Politik, sondern auch viele Kritiker räumen ein, dass Draghi mit seiner Londoner Rede vermutlich den Untergang des Euro verhindert hat.

Auch wenn Draghis Intervention damals auf viele Zuhörer improvisiert wirkte, so war sie über Wochen minutiös vorbereitet worden. Der EZB-Präsident hatte zwar seinen Zentralbankrat vorher weder eingeweiht noch konsultiert, aber er hatte sich versichert, dass wichtige Politiker, darunter die Bundesregierung und der Französische Staatspräsident, ihm nicht in den Rücken fallen würden. Denn Draghi war klar, dass seine Londoner Rede, so mutig und unmittelbar wirksam sie war, auf Dauer nicht ausreichen würde. Es bedurfte aus seiner Sicht eines Programms, in Not geratenen Ländern bei Bedarf mit Ankäufen von Staatsanleihen zur Seite zu springen. Das nachfolgende, vor allem in Deutschland kontrovers diskutierte OMT-Programm, das Anleihekäufe gegen Auflagen vorsieht, wurde vom Zentralbankrat mit einer Gegenstimme – sie kam von Bundesbankpräsident Jens Weidmann – verabschiedet.

Ein weiteres Mal nahm Draghi den Zentralbankrat im Jahre 2014 an die Kandare. Die akute Eurokrise war überwunden, aber damals sank die Inflationsrate unter die Null-Linie, es kursierten Spekulationen über einen Fall der Eurozone in die Rezession. Draghi nutzte im Herbst des Jahres die wichtigste geldpolitische Konferenz der Welt, das jährliche Symposium der Federal Reserve Bank of Kansas, um in den Rocky Mountains ein groß angelegtes Programm zum Ankauf von Anleihen in den Raum zu stellen.

Wieder hatte der Italiener den Zentralbankrat nicht einbezogen, wieder wusste er um die Skepsis Weidmanns, aber wieder wusste er, dass sich die Bundesregierung seinen Plänen nicht entgegenstellen würde. Im Frühjahr 2015 begann die EZB mit ihrem Anleihekaufprogramm. Zusammen mit Negativzinsen und der Ankündigung, lange Zeit eine expansive Geldpolitik zu betreiben, hat die EZB zur Rückkehr des Wirtschaftswachstums und einem langsamen Anstieg der Inflationsrate in Richtung ihrer Zielmarke fraglos beigetragen.

Zu früh für eine Bilanz

Es ist zu früh, eine Bilanz der Amtszeit Mario Draghis zu ziehen, weil seine Geldpolitik weit in die Zukunft wirken wird und ihre Nebenwirkungen noch unzureichend erforscht sind. Fest steht, dass alle gerade in Deutschland geäußerten Sorgen über eine Hochinflation als Ergebnis der Geldpolitik unbegründet waren und die EZB in einem Vergleich der Inflationsraten in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz deutlich besser abschneidet als früher die Deutsche Bundesbank. Weder ist das Geldsystem zusammengebrochen noch die Banken.

Fest steht aber auch, dass Draghi die Grenzen des Mandats der Geldpolitik zumindest weit ausgelegt, nach Ansicht von Kritikern überschritten hat, auch wenn sich die EZB durch jahrelange juristische Überprüfungen ihrer Politik eher bestärkt sehen kann als ihre deutschen Gegenspieler, die meinten, man könne eine ihnen unliebsame Geldpolitik durch Gerichte verbieten lassen. „Das zweite Jahrzehnt der Währungsunion ist ein Jahrzehnt der Politisierung der Geldpolitik gewesen, während das erste Jahrzehnt der Währungsunion eine Zeit der De-Politisierung der Geldpolitik gewesen ist“, sagte der Ökonom Martin Hellwig in Sintra.

Ein Ancien Régime

Und doch: Die Draghi-Jahre in der EZB dürften für den Höhepunkt der Macht der Geldpolitik stehen. Schon heute wirkt seine Herrschaft wie ein Ancien Régime: Noch scheint seine Herrschaft in voller Blüte zu stehen, aber die Kräfte des Wandels, die sie überwinden werden, sind bereits klar erkennbar.

Es ist eine Geldpolitik, deren Grundzüge in den siebziger Jahren vor allem am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston konzipiert worden ist und die sich nicht nur über die Lehrbücher ausgebreitet hat, sondern auch durch persönliche Netzwerke. Ihr wichtigster theoretischer Kopf, der Ökonom Stan Fischer, der es später zum Gouverneur der Zentralbank Israels und zum Vize-Vorsitzenden der Federal Reserve in Washington brachte, war nicht zufällig Gast in Sintra. Unter Fischer und seinen Kollegen studierten seinerzeit viele junge Leute, die später führende Positionen in Zentralbanken in Industrienationen und Schwellenländern übernahmen. Auch Draghi hat seine Doktorarbeit am MIT geschrieben.

Öffentlich flankiert wird diese Geldpolitik, die Zentralbanken eine aktive Rolle in der Bekämpfung von Konjunkturschwächen zuerkennt, von prominenten Ökonomen wie Olivier Blanchard, der seine Doktorarbeit bei Fischer schrieb und später Jahrzehnte am MIT lehrte, ehe er seine Karriere als Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds krönte. Blanchard hielt in diesem Jahr die traditionelle „Dinner Speech“ zu Beginn der Veranstaltung in Sintra, wo er nicht mit Lob für Draghi sparte und böartige, von manchen Zuhörern als regelrechte Frechheit empfundene Seitenhiebe auf die maßgeblich von dem ersten Chefvolkswirt der EZB, Otmar Issing, konzipierte ursprüngliche geldpolitische Strategie austeilte, die Größen wie Geld und Kredit eine prominentere Rolle in der geldpolitischen Entscheidungsfindung zuteilte, als es die moderne Schule zu tun pflegt.

Die Macht der Fakten

Gegen die Dominanz der modernen Schule, die viele Teilnehmer an den Finanzmärkten ebenso prägt wie Kommentatoren in der englischsprachigen Welt, existiert bis heute kein alternatives Weltbild, das Aussicht auf Akzeptanz in breiten Ökonomenkreisen besäße. Die Aufrufe, mit denen deutsche Ökonomen in den vergangenen Jahren Einfluss vor allem auf die politische Meinungsbildung nehmen wollten, wurden von der dominierenden Strömung in der internationalen Fachwelt überwiegend als irrelevante Äußerungen mehrheitlich kaum bekannter Hinterwäldler angesehen – sofern sie überhaupt wahrgenommen wurden.

Was eine geldpolitische Herrschaft à la Draghi und die ihr zugrundeliegende Schule zum Einsturz bringen wird, ist nicht die Macht der Ideen, sondern die Macht der ökonomischen Fakten und die aus diesen Fakten sich ableitenden politischen Trends. Mittlerweile ist in der Fachwelt kaum mehr umstritten, dass die gegenwärtige Phase niedriger Zinsen bei niedriger Inflation und bescheidenem

Wirtschaftswachstum nur zum Teil das Resultat einer expansiven Geldpolitik ist, sondern sich stark durch fundamentale Faktoren wie den demografischen Wandel, eine starke Ersparnisbildung in Schwellenländern sowie den Wandel von einer Industrie- zu einer Wissensgesellschaft erklärt, in der Unternehmen weniger in Sachkapital investieren und selbst zu Sparern werden, erklärt.

Diese Faktoren werden so schnell nicht verschwinden. Die in den vergangenen Jahren häufig diskutierte Idee einer „Normalisierung“ der Geldpolitik mit einer Rückkehr zu Zinsniveaus, wie sie vor der Finanzkrise existierten, stand von Beginn an auf tönernen Füßen. Auch in den kommenden Jahren wird das Sparbuchsparen unattraktiv bleiben.

Hilfe für die Staaten

In der Nähe von Null verliert die Geldpolitik allerdings einen guten Teil ihrer Wirksamkeit. Die Zinsen können nicht beliebig negativ werden, weil sie auf die Dauer das Geschäftsmodell vieler Banken aushöhlen und Anleihekaufprogramme erweisen sich, von schweren wirtschaftlichen Notzeiten abgesehen, als weitaus weniger wirksam, als Befürworter wie Kritiker meinen. In einer Welt strukturell niedriger Inflationsraten tun sich Zentralbanken schwer, die Teuerungsrate auch nur ein wenig steigen zu lassen. Er habe es als sehr schwierig empfunden, seiner Frau erklären, dass die EZB für mehr als 2 Billionen Euro Anleihen gekauft habe, um die Inflationsrate ein wenig nach oben zu drücken, sagte der Ende Mai in den Ruhestand getretene frühere Chefvolkswirt der EZB, Peter Praet, einmal.

Gerade Ökonomen an den Finanzmärkten fällt es zwar leicht, andere Vermögensgüter wie Aktien zu nennen, die von der EZB künftig aufgekauft werden könnten. Aber die Erfahrungen aus Japan, wo die Inflation schon lange sehr niedrig ist und die Bank von Japan seit geraumer Zeit große Bestände an Wertpapieren kauft, laden nicht zur Nachahmung ein.

Begrenzt wird der Handlungsspielraum der Geldpolitik zudem, wenn sie das ohnehin enger gewordene Band zur Politik nicht noch enger werden lassen, sondern ihre Unabhängigkeit bewahren will. Die Käufe von Staatsanleihen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und in Japan, in der Eurozone, in Schweden und in anderen Ländern haben Politiker sinnlich werden lassen, und manche Ökonomen und Kommentatoren aus der englischsprachigen Welt fordern von Geldpolitikern öffentliche Bekenntnisse, dass sie allzeit bereit stehen, als Kreditgeber der letzten Instanz nicht nur das Finanzsystem zu stabilisieren (was weitgehend unumstritten ist), sondern auch in Finanzierungsnöten befindliche Staaten durch Anleihekäufe zu retten.

Facebook stößt auf Skepsis

Die Vorstellungen dieser Ökonomen und Kommentatoren ähneln den Ideen mancher populistischer Politiker. In den Vereinigten Staaten fordert Donald Trump Zinssenkungen und Anleihekäufe und in Europa kursieren nicht nur in Italien Vorstellungen, nach denen die EZB eine aktivere Rolle als Finanzier von Wirtschaft und Staaten übernehmen sollte. Trump ist nicht der einzige, dem die Unabhängigkeit der Geldpolitik von Regierungsweisungen wenig bis nichts bedeutet. Moderne Geldpolitiker müssen lernen, nicht nur mit Teilnehmern an den Finanzmärkten und Politikern zu kommunizieren, sondern auch mit der breiten Öffentlichkeit. Ein Vertreter der alten Schule wie Draghi hält davon allerdings nichts.

Begleitet werden diese Trends von einer zunehmenden Neigung von Politikern, Karrieren in der Führung von Zentralbanken anzustreben. Alleine im Zentralbankrat der EZB sitzen mehrere ehemalige aktive Politiker, darunter mit Luis de Guindos der Vizepräsident und mit Olli Rehn ein Mann, der als ein chancenreicher Kandidat für die Nachfolge Draghis gilt.

Noch gar nicht abzusehen sind die Konsequenzen der digitalen Revolution für das Geldwesen. Zwar waren die Schwächen von Bitcoin als alternatives Geld früh erkennbar, aber die Entwicklung endet nicht dort. Das gerade vorgestellte und vor allem von Facebook geförderte Kunstgeld „Libra“ könnte eine größere Bedeutung erlangen und es entzweit schon jetzt erfahrene Geldpolitiker. Die

Zentralbanken befassen sich mit der Frage, ob sie selbst digitales Geld für Jedermann ausgeben sollen. Noch stoßen solche Ideen auf erhebliche Skepsis, aber die Diskussionen werden in den kommenden Jahren eher lauter werden als verschwinden.

Die Karten werden neu gemischt

Die nachlassende Wirksamkeit der Geldpolitik werden nicht nur die Teilnehmer an den Finanzmärkten verinnerlichen müssen, sondern auch die Regierungen in der Eurozone, die in den vergangenen Jahren den Eindruck gewinnen konnten, ihr nicht selten dysfunktionales Handeln richte für die Währungsunion keinen großen Schaden an, da „Super Mario“ in Frankfurt alle ernsthaften Probleme schon beseitigen werde. Sogar eher konservative Geldpolitiker vertreten zumindest im kleinen Kreis die Ansicht, im Falle einer Wirtschaftsschwäche müsse die Finanzpolitik eine aktivere Rolle spielen, auch wenn der Spielraum für manche Länder in der Eurozone wegen hoher Schuldenstände nur gering sein dürfte.

Die Entwöhnung von Staaten und Finanzmärkten von einer Geldpolitik, die nicht nur in der Eurozone seit geraumer Zeit in einem Krisenmodus verharrt ist, wird nicht alleine mit der Regelung der Nachfolge Draghis stattfinden. Sie wird lange dauern, und es ist vorstellbar, dass sie nicht ohne Friktionen an den Finanzmärkten vonstatten gehen wird. Leicht vorstellbar ist zudem, wie eine notwendigerweise weniger aktive und weniger mächtige EZB Forderungen nach einer aktiveren Rolle Deutschlands für das Wohlergehen der Eurozone nach sich ziehen wird. Mit dem Ende der Ära Draghi und dem ebenfalls absehbaren Ende der Ära Merkel werden in Europa viele Karten neu gemischt.

Quelle: F.A.S.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/was-hat-die-moralphilosophie-zum-klimawandel-zu-sagen-16250124.html?premium>

DEMOKRATIE UND PHILOSOPHIE:

Moral in Zeiten' - der Klimakrise

- VON TINE STEIN
- -AKTUALISIERT AM 24.06.2019-12:05



Wir können nicht einerseits auf denkbar großem Fuß leben, aber die Konfrontation mit den ökologischen und sozialen Folgekosten bequem von uns weisen. Ein Gastbeitrag zur Philosophie des Klimawandels.

Unter den gesicherten Bedingungen von siebzig Jahren rechtsstaatlicher Demokratie in der Bundesrepublik inklusive des Glücks einer friedlichen Revolution vor nun bald dreißig Jahren kann man sich kaum vorstellen, einmal in eine Situation zu kommen, das Grundgesetz in existentiell herausfordernder Weise verteidigen zu müssen. Aber nicht nur die derzeitige Entwicklung in den Vereinigten Staaten verdeutlicht, dass es für keine politische Ordnung eine Bestandsgarantie gibt und ein freiheitlicher Verfassungsstaat sich nicht von allein erhält – oder, um die berühmte Formulierung Ernst-Wolfgang Böckenfördes zu zitieren, seine Voraussetzungen nicht selbst garantieren kann. Es bedarf vielmehr von allen Bürgerinnen und Bürgern der teilnehmenden Sorge um das politische Gemeinwesen.

Kann die Sorge um das Gemeinwesen aber auch überhandnehmen und umschlagen in unangemessene Belehrung und Hysterie? Dieser Vorwurf wird insbesondere dem ökologischen politischen Denken gemacht, das in unserer Gegenwart in der Breite der Bürgerschaft angekommen ist: Hypermoral sei es, wenn die besorgten Jugendlichen der Fridays-for-Future-Bewegung meinten, auf die bürgerliche Erfüllung der Schulpflicht verzichten zu können, oder wenn die Veganerin dem Fleischesser und Milchtrinker die industrielle Massentierhaltung vorhält und einen Veggie-Day in der Kantine fordert, zudem auch Doppelmoral, da sie selbst vermutlich zu den kosmopolitischen Vielfliegern gehört.

Und Hypermoral sei es auch, wenn den normalen Konsumenten, die bei ihrer Kaufentscheidung nicht auf faire und ökologische Produktion in den globalisierten Handelsketten achten, vorgeworfen wird, für die Ungerechtigkeit in der Welt und die globale Migrationskrise verantwortlich zu sein. Ein solcher expansiver Moralismus komme einer völligen Überdehnung der individuellen Verantwortungskette in Raum, Zeit und Intensität gleich und sei zudem noch ideologisch verbrämt. Denn hier erhalte eine tatsächlich nur linksliberal-grüne Weltanschauung eine universalistische Rechtfertigung, der dort vertretene moralische Anspruch sei aber ebenso beliebig und notwendig partikular wie bei anderen Moralien.

Der Ursprung des Begriffs „Hypermoral“

Ist der Vorwurf berechtigt, dass bestimmte politische Vorstellungen unter dem Deckmantel einer nur vermeintlich universalistischen Moral daherkommen, anstatt sich genauso dem Säurebad des politischen Diskurses auszusetzen wie andere politische Ideen? Und stimmt es, dass die Behauptung, das moralisch Gute zu vertreten, mit Notwendigkeit in die Haltung der Empörung und einer moralischen Erhebung gegenüber Andersdenkenden führt? In einer Hinsicht kann mit Hilfe des Vorwurfs der Hypermoral durchaus das Augenmerk auf ein gewichtiges Problem gelenkt werden, und dieses betrifft das Verhältnis von Moral und Politik, in begrifflicher Hinsicht wirft das Konzept der Hypermoral aber gravierende Probleme auf.

Der Begriff der Hypermoral geht auf Arnold Gehlen zurück. Als Anthropologe verwandte Gehlen einen deskriptiven, keinen präskriptiven Moralbegriff. Das, was Philosophen oder auch Religionsstifter als grundlegende von Natur oder Gott gegebene Rechtsvorschriften erkennen, etwa die Goldene Regel, sind bei Gehlen nichts anderes als funktionale Sozial-Regulationen, die den Bestand menschlicher Gemeinschaften sichern sollen.

Das Ethos der Gegenseitigkeit, das Solidaritätsethos in der Familie als Abstammungsgemeinschaft und auch das Ethos der Institutionen stabilisieren mit ihren interaktiven Regeln das Verhalten und sichern funktional das Zusammenleben der Menschen. Bei allen diesen Ethosformen erklärt sich also für Gehlen das Sollen der Normen aus dem So-Sein des Menschen. Aber wie der Mensch ist, darüber hat auch Gehlen eine letztlich normativ imprägnierte Vorstellung, die in ihren selektiven Gewichtungen kritisierbar ist. Bei ihm wird der Mensch als Mängelwesen beschrieben, der grundlegend von Aggressionen bestimmt ist und zur Aufrechterhaltung eines verlässlichen Sozialverbandes einen starken Staat benötigt.

Bereits unmittelbar nach dem Erscheinen der Schrift hatte [Jürgen Habermas](#) Gehlens Ethik als das Programm eines gegenaufklärerischen Institutionalismus gekennzeichnet und auf die Geistesverwandtschaft mit Carl Schmitt verwiesen, der bekanntlich seine Aversion gegenüber einer universalistischen Moral auf die knappe Formel gebracht hat: Wer Menschheit sagt, will betrügen. Gegen Gehlens Analyse von biologisch begründeten Partikularethiken setzte Habermas auf die Konzeption einer universalistischen Moral, die sich als ein geschichtlicher Konflikt zwischen einer familiären Kleingruppenmoral und einer immer abstrakter werdenden Sittlichkeit einer politisch organisierten Großgruppe entwickelt hat. Was Gehlen als „Humanitarismus“ abwerte, stehe vielmehr am Ende eines Vorgangs der Universalisierung und Internalisierung, dessen innere Logik das Ethos der Gegenseitigkeit als die Grundlage von Moral überhaupt zum Vorschein bringe.

Welchen Sinn sollte die Verwendung des Begriffs Moral haben, wenn damit jener normative Komplex gemeint ist, der als Sitte, Konvention oder auch gesetztes Recht seine Geltungsquelle in einer kontingenten Empirie findet, die auf Tradition, auf Übereinkunft oder auf einen gesetzgebenden politischen Willen zurückgeht? Vielmehr bedeutet moralisch zu argumentieren, Sollgeltungsansprüche zu formulieren, die als gut und richtig allgemein rechtfertigbar sind.

Dass es über diese Anforderungen moralphilosophische und auch politische Kontroversen gibt und auch geben sollte, kann nicht so auf das begriffliche Konzept zurückgeblendet werden, dass von „Moral“ nur im Plural und als Spiegel der in der Wirklichkeit vorfindlichen „Sozial-Regulationen“ die Rede sein kann. Dann könnte man auf den Begriff verzichten; er wäre nur ein Synonym für das, was ist, und nicht für das, woran wir uns orientieren wollen und wollen sollen.

Kants Subjekte der moralisch-praktischen Vernunft

Ein anderer Vertreter der philosophischen Anthropologie liefert in diesem Zusammenhang den entscheidenden Gedanken. Es war Helmuth Plessner, der mit der Kennzeichnung der „exzentrischen Positionalität“ die menschliche Fähigkeit erfasst hat, sich selbst gewissermaßen von außen sehen zu können, was schließlich auch die Moralfähigkeit begründet. Auf dieser Basis vermögen Menschen

nicht nur die eigenen Wünsche und Interessen zu relativieren, sondern auch allgemeine Regeln zu setzen, die den Kriterien moralischer Verallgemeinerbarkeit genügen.

Diese Fähigkeit wird in der westlichen Philosophiegeschichte mit dem Begriff Person verbunden: Der Mensch ist Person und als solche mit einem Gewissen begabt, das sie sich fragen lässt, was richtig und falsch, was gut und böse, was fair und unfair ist, was wahrhaftig und was täuschend, was nur den eigenen Interessen dient und was auch im Lichte der Interessen anderer Bestand hat.

Mit den Worten Immanuel Kants sind wir als Personen die Subjekte einer moralisch-praktischen Vernunft, und das ist es, was uns über allen Preis erhaben sein lässt, unsere Würde begründet und uns in unserer Selbstzweckhaftigkeit ausmacht. Diese Würde nötigt uns wechselseitig füreinander Achtung ab, wenn wir uns, wie es in Kants Metaphysik der Sitten heißt, „auf dem Fuß der Gleichheit“ begegnen. Die Freiheit, unsere eigene Zwecke setzen zu können und unseren Wünschen und Interessen entsprechend zu handeln, können wir also widerspruchsfrei nur behaupten, wenn wir diese Freiheit auch jedem anderen Menschen zubilligen.

Der ökologische Fußabdruck als Maßstab

In der berühmten Formulierung Kants ist Freiheit als die „Unabhängigkeit von eines anderen nöthiger Willkür“ zu verstehen. Sie ist „das einzige ursprüngliche“ und jedem Menschen kraft seiner Zugehörigkeit zur Menschheit zustehende Recht. Es steht unter der Bedingung, mit dem Freiheitsrecht jedes anderen nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen zu können. Mit anderen Worten: Die Freiheit des einen endet an der Freiheitssphäre des anderen, und die Vermittlung der wechselseitig konfligierenden Sphären muss nach einem allgemeinen Gesetz erfolgen, was Kant in die Formel eines kategorischen, also unbedingten Imperativs gefasst hat: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie zu einem allgemeinen Gesetz werde.“

In einer weiteren Formulierung wird der Bezug zur Moral deutlich: „Jede Maxime, die sich hierzu nicht qualifiziert, ist der Moral zuwider.“ Dieser Imperativ ist als ein kritischer Maßstab im Sinne eines Universalisierungsgrundsatzes zu verstehen, mit dem geprüft werden kann, ob eine Handlung einer Maxime genügt, von der ich wollen kann, dass sie auch das Handeln anderer, sogar aller anleitet, eben allgemein gilt.

Vor dem Hintergrund eines solchen universalistischen Moralverständnisses gilt es zu fragen, ob der in einer westlichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik zu beobachtende Lebensstil in ökologischer Hinsicht verallgemeinerbar ist. Verallgemeinerbar heißt dann: von allen Menschen auf der Erde praktiziert werden kann. Als Maßstab hat sich das Konzept des ökologischen Fußabdrucks bewährt. Der ökologische Fußabdruck berechnet sowohl die biologische Kapazität der Erde, Ressourcen bereitzuhalten und aufzubauen, als auch Abfälle aufzunehmen und zu kompensieren. Diese Biokapazität wird mit dem Verbrauch an Ressourcen in Beziehung gesetzt. Unter natürlichen Ressourcen sind nicht nur Boden, Bodenschätze, Luft und Wasser zu verstehen, sondern auch die ökosystemischen Qualitäten, Emissionen menschlicher Tätigkeit zu kompensieren.

Den globalen Süden trifft es härter

Im Jahr 2018 hatten die in Deutschland lebenden Menschen mit ihrem Konsum an Gütern und Dienstleistungen sowie ihrem Mobilitätsverhalten bereits zum 1. Mai das verbraucht, was die Biokapazität Deutschlands hergibt. Bei unveränderten Konsumstilen und gleichbleibenden Wachstumsraten weltweit wäre im Jahr 2030 die Biokapazität einer zweiten Erde erforderlich, wie das Global Footprint Network ausgerechnet hat. Nun kann eine Zeitlang ökologisch auf Pump gelebt werden. Aber dieser Kredit wird bald so überzogen sein, dass die gegenwärtige Entwicklung für viele Menschen zu einer Frage von Leben und Tod wird.

Moralisch besonders problematisch ist, dass die regionale Verteilung der absehbaren Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht im gerechten Verhältnis zu ihrer Verursachung erfolgt: Gerade diejenigen haben größere Lasten zu tragen, die global gesehen bislang am wenigsten zum Ausstoß

klimarelevanter Gase beigetragen haben. Zu erwarten ist nämlich, dass die Auswirkungen der Klimakrise in den Ländern der Südhalbkugel gravierender sein werden als in den sogenannten gemäßigten Breitengraden. Überdies sind dort die institutionellen Verhältnisse, die für die unvermeidlich notwendigen Anpassungsleistungen erforderlich sind, schlechter ausgeprägt. Insbesondere ermangelt es häufig einer funktionierenden und legitimen Staatlichkeit.

Aber die ökologischen Probleme zeigen sich nicht nur in entfernten Weltgegenden und sind nicht erst zukünftig relevant. Mit Blick auf einige wahrnehmbare Veränderungen hat die Zukunft ja lebensweltlich erfahrbar auch in Europa längst begonnen. Agrarbiologen und Entomologen berichten von einem Insektensterben, die Durchschnittstemperatur steigt, die Extremwetterlagen nehmen zu.

Der Status quo ist kein Normalzustand

Als ethisch unhaltbar erweist sich der gegenwärtig vorherrschende Lebensstil auch im Ergebnis einer Analyse der sozialen Bedingungen, die den globalen ökonomischen Austauschbeziehungen zugrunde liegen. Diese sind als eklatant sozial unfair zu qualifizieren, sei es mit Blick auf die im Westen verkaufte Kleidung, die in Ländern Asiens hergestellt wird, wo für die in den dortigen Produktionsstätten arbeitenden Menschen weder angemessene Schutzvorkehrungen herrschen noch diese einen gemäß der Wertschöpfung fairen Lohn erhalten, sei es mit Blick auf die Bedingungen, unter denen die Menschen in Ländern Afrikas arbeiten, die die für die Hardware-Produkte der digitalen Welt notwendigen seltenen Erden schürfen, oder sei es mit Blick auf die skandalösen Arbeits-, Lohn- und Wohnbedingungen der aus Südosteuropa stammenden Schlachter in der deutschen Fleischindustrie.

Die Preise der massenhaft konsumierten Produkte vom T-Shirt über das Smartphone bis zum Schweinekotelett sagen weder die ökologische noch die soziale Wahrheit. Wer diese Zusammenhänge und das Aufzeigen ihrer ethischen Problematik als Hypermoral zurückweist, sitzt nicht nur einem fragwürdigen Begriff von Moral auf, sondern versucht damit auch einen Status quo als Normalzustand auszuweisen, den zu verteidigen nur noch aus einer Haltung der Privilegienverteidigung gelingt.

Der performative Selbstwiderspruch zu den normativen Grundlagen, wie sie gerade im deutschen Grundgesetz festgehalten sind, könnte größer kaum sein. Denn im Grundgesetz ist mit dem Bekenntnis zu den Menschenrechten und dem Prinzip der Menschenwürde einerseits sowie der Verfasstheit als demokratischer Republik und dem Prinzip des auf das Volk bezogenen Gemeinwohls andererseits die Anstrengung erkennbar, die normative Balance zu halten zwischen universalistischer Menschheitssolidarität und partikularer Bürgersolidarität.

Die Summe klimaschädlicher Verhaltensweisen wird zum Problem

Das individuelle Bemühen, das eigene Handeln in ökologischer und sozialer Hinsicht nach der Maxime auszurichten, die dem Prüfmaßstab der Universalisierbarkeit Rechnung trägt, verdient zunächst einmal Anerkennung. Warum provoziert aber die Einforderung eines ökologisch und sozial korrekten Verhaltens im Sinn einer universalistischen Moral eine solche Gegenwehr? Dies hängt damit zusammen, dass alles, was in der modernen liberalen Gesellschaft bislang als Ausdruck einer individuellen Entscheidung im Schutz der Privatsphäre getroffen wird, nun vor dem Richterstuhl des ubiquitären moralischen Anspruchs verhandelt wird – und nach dem aktualisierten Motto der Kritischen Theorie „Es gibt kein wahres ökologisches Leben in der falschen industriellen Gesellschaft“ womöglich keinen Bestand haben soll.

Moralische Kommunikation ruft bei dem Adressaten, dessen Verhaltensweise in Frage gestellt wird, deswegen Gegenwehr hervor, weil bei diesem das Signal ankommt, sein Verhalten sei nicht nur sachlich falsch, sondern Unrecht. Das ist die Eigenheit der moralischen Unterscheidung. Dabei hat der kommunikativ Beklagte mit seinem Konsumverhalten gar nicht die Absicht, einem Mitglied zukünftiger Generationen oder eines Inselstaats zu schaden. Er nimmt es – wenn er denn überhaupt den Zusammenhang von beispielsweise Fleischkonsum und Klimakrise kennt – auch nicht billigend in

Kauf. Der Schaden, den er mit seinem unökologischen Verhalten verursacht, ist ja verschwindend gering.

Erst in der Summe der Verhaltensweisen aller wird das eigene Verhalten zum Problem. Der Stil der Auseinandersetzung macht hier die Musik der Überzeugung aus: Diese Zusammenhänge sollten ohne erhobenen Zeigefinger erklärt werden. Auch sollten in der Aufklärung über ökologische und soziale Zusammenhänge keine anderen Werturteile beigemischt werden. Denn wenn der eigene „nachhaltige“ Lebensstil unter dem weiten Mantel einer universalistischen Moral als auch kulturell und ästhetisch alternativlos vorgestellt würde, dann wäre dies in der Tat illiberal.

Sollen impliziert Können

Doch warum verbreiten sich nachhaltige Lebensweisen trotz des gestiegenen Umweltbewusstseins nicht schneller? Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass es eine Überforderung darstellt, die ethisch gebotene Verhaltensänderung freiwillig allein aus moralischen Gründen zu erbringen. Die Überforderung besteht nicht in dem Sinne, wie Gehlen und die zeitgenössischen Vertreter des Hypermoral-Vorwurfs es meinen: dass der Humanitarismus eine Überdehnung der moralischen Verantwortungsbereichs darstellt, weil die moralischen Solidaritätsressourcen immer an einen eher eng umgrenzten Bereich gebunden sind, der schon im politischen Raum des Nationalstaats seine äußerste Grenze gefunden habe.

Dem wäre entgegenzuhalten, dass wir nicht einerseits räumlich und zeitlich auf denkbar großem Fuß leben können und dann bei der Konfrontation mit den ökologischen und sozialen Folgekosten bequem darauf verweisen, dass wir die solidarmoralische Ausstattung eines vormodernen Stammesverbandes haben. Wenn wir uns weiter als moralisch zurechnungsfähige Wesen verstehen wollen, als Personen also, und die Wirkungen unseres Handelns sich so in Raum und Zeit ausdehnen, wie derzeit vor allem anhand der Klimakrise deutlich wird, dann sind wir auch dafür verantwortlich und müssen uns entsprechend anstrengen, diese Reichweite in die expliziten und impliziten Entscheidungen einzubeziehen, die unserem Handeln zugrundeliegen.

Die Frage der Überforderung bezieht sich auf einen anderen Aspekt: Sollen impliziert Können. Ein Einzelner kann mit seinen individuellen Verhaltensänderungen zwar einem ökologisch und sozial aktualisierten Sittengesetz entsprechen, aber doch nie genug tun, um einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Problems beizusteuern, da er nicht davon ausgehen kann, dass alle anderen ebenfalls einen solchen Beitrag leisten. Ohne eine sanktionsbewehrte soziale Ordnung, die ein gebotenes Handeln allgemein verbindlich einfordert, wird das eigene Handeln womöglich moralisch ausgebeutet – die freiwillig erbrachten CO₂-Reduktionen des einen werden durch die Nichtänderung des Verhaltens der anderen überkompensiert.

Worauf sich die Debatte in Zukunft konzentrieren sollte

Das Verharren in und das Beharren auf der Individualethik kann unter Umständen sogar einer effektiven Lösung im Weg stehen, nämlich dann, wenn sich die Kontroversen nur um Identitäten drehen, die sich entlang von Lebensstilen definieren. Damit lenken sie von der eigentlich zu führenden Debatte ab: nämlich dem öffentlichen Ringen um eine politische Lösung. Die Individualethik kann Anstöße zum Nachdenken geben und auch einen Resonanzboden erzeugen, aber sie kann kein Ersatz für eine politische Lösung sein. Es bedarf vielmehr allgemeinverbindlicher Regeln, die im Wege einer öffentlichen und kontroversen Debatte erarbeitet werden. Das ist die Aufgabe von Politik.

Politik ist die Fähigkeit einer Gesellschaft, auf sich selbst im Wege kollektiv hergestellter und allgemeinverbindlicher Verabredungen einzuwirken und in diesem Sinne die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln. Das schließt auch die Frage ein, stetig zu klären, wo die Trennlinie zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten verläuft. Es muss also darüber gestritten werden, welche Gebote, Verbote, Steuern, Subventionen, welcher Entzug von Subventionen, welche Infrastrukturmaßnahmen und vieles mehr sinnvoll sind, um eine klimaneutrale Produktion und Konsumtion zu erreichen.

In dieser Debatte geht es wesentlich darum, in Alternativen und nicht in Unbedingtheiten zu denken; es muss erörtert werden, wie die Entsenderichtlinie der EU so zu gestalten ist, dass die Situation der Schlachter in den deutschen Schlachthöfen aufgrund der ungleichen Lebensbedingungen in Europa nicht ausgenutzt wird; es muss im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik der EU debattiert werden, wie eine gerechte Gestaltung der Handelsbeziehungen mit afrikanischen Ländern gelingt, die diese nicht um die Chance der Wertschöpfung bringen; und es muss über einen Weg in der internationalen Zusammenarbeit diskutiert werden, der ohne Paternalismus Unterstützung bei dem Aufbau resilienter institutioneller Strukturen leistet, um die erforderlichen Anpassungsleistungen an den Klimawandel zu bewältigen. Darauf sollte sich die öffentliche Debatte in Zukunft mehr konzentrieren: auf die kontroverse Erörterung politischer Lösungsvorschläge, die sachlich auf der Höhe der Probleme sind.

Auswirkungen der globalisierten Welt

Viele politische Fragen kommen freilich auch ohne moralische Erwägungen aus. Wo diese aber angemessen sind, da sollten sie in dem Bewusstsein erfolgen, dass die eine gerechte Lösung nur selten aus den Vorgaben der Moral abzuleiten ist. Die Politiker können auch nicht der Normlogik der Individualethik folgen. Sie sind eben nicht nur ihrem individuellen Gewissen verpflichtet, sondern denjenigen, die sie vertreten – der Bürgerschaft. Allerdings kann das allgemeine Wohl in einem Gemeinwesen, das sich normativ auf die Menschenrechte als Grundlage des Zusammenlebens in einer friedlichen Welt verpflichtet, nicht mehr allein auf das Wohl der konkreten Bürgerschaft reduziert werden. Es ist vielmehr heute die Aufgabe der Politik, die Bedürfnisse der Bürgerschaft im Licht der universalen Gemeinschaft der Menschheit zu interpretieren, die die jeweils partikularen Gemeinschaften übergreift.

Aus der Sicht früherer Erfahrung mag es paradox klingen, dass die eigenen Interessen nicht mehr auf Kosten anderer definiert werden können. Heute, im Zeitalter einer unhintergebar globalisierten Welt, ist aber genau das nicht Hypermoral, sondern Ausdruck eines politischen Realismus.

Professor Dr. Tine Stein lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

Quelle: F.A.Z.

INTERVIEW

29.10.2018

Ischinger: „Wir sehen eine Zeit des Epochenbruchs“



Er gilt als der weltweit bekannteste deutsche Experte für Sicherheitspolitik

EXKLUSIV Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz ruft Europa dazu auf, gemeinsame Stärke zu zeigen. Die äußerst instabile Weltlage zwingt zu einer neuen Politik.



VON **BERNHARD JUNGINGER**

Herr Ischinger, Russland und die USA spielen mit dem nuklearen Feuer, es droht die Kündigung des INF-Vertrags, der 1987 das Aus für Atomraketen mittlerer Reichweite bedeutete. Erleben wir die Rückkehr des Kalten Krieges?

Wolfgang Ischinger: Gerade wurde ich noch dafür kritisiert, dass ich mein neues Buch „Welt in Gefahr“ genannt habe, es hieß, das sei zu pessimistisch und reißerisch. Leider sehen wir jetzt, dass der Befund absolut zutrifft. Wir sehen eine Zeit des Epochenbruchs. Das Grundvertrauen zwischen Ost und West ist verloren gegangen. Und so ist die Lage heute gefährlicher als jemals seit dem Ende des Kalten Krieges. Wenn der INF-Vertrag kippt, ist Europa die erste Region, die von neuen Atomraketen bedroht werden könnte, und in der neue Atomraketen wieder stationiert werden könnten. Die Leidtragenden wären wir.

Was sollten Deutschland und Europa tun, um das zu verhindern?

Ischinger: Europa müsste jetzt mit aller Kraft bei US-Präsident [Trump](#) und dem russischen Präsidenten Putin darauf dringen, den Vertrag zu erhalten oder zu erneuern. Das Problem ist nur, dass Europa mal wieder kaum in der Lage ist, eine einheitliche Position zu finden. In Polen oder den baltischen Staaten etwa ist das Misstrauen gegenüber Russland deutlich stärker ausgeprägt, als in Deutschland. Von Verhandlungen mit Moskau hält man dort aber nicht viel. So bleiben wir Spielball statt Akteur und das ist zutiefst zu bedauern.

Wie könnte Europa denn handlungsfähig werden?

Ischinger: Es gibt nichts Wichtigeres, als alles daran zu setzen, dass die [Europäische Union](#) in die Lage kommt, außenpolitisch mit einer Stimme zu sprechen. Und das geht nur, wenn das Prinzip der Mehrheitsentscheidung eingeführt wird. Wenn wie bisher jedes Land sein Veto einlegen kann, wird es nie etwas werden mit einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Ein Ausbau der militärischen Fähigkeiten Europas ist natürlich wichtig, aber bessere Entscheidungsmechanismen wären im Moment viel wichtiger. Es geht dabei übrigens nicht um die Entscheidung über ein militärisches Eingreifen der EU in Krisenfällen, sondern etwa um politische oder wirtschaftliche Fragen. Gemeinsame europäische Streitkräfte bleiben ein Fernziel, aber das wird wohl noch eine Generation dauern.

Europäische Mehrheitsentscheidungen könnten sich aber auch gegen deutsche Interessen richten...

Ischinger: Im Grundsatz ja, und wenn das mal der Fall wäre, müssten wir es eben akzeptieren. So ist das eben mit Mehrheitsentscheidungen. Doch die Gefahr sehe ich gar nicht so sehr. Deutschlands Interessen haben in der Vergangenheit meist sehr gut zu denen der anderen EU-Staaten gepasst. Aber eine Ausnahme muss es geben: Wenn sich eine europäische Mehrheit etwa gegen Israel stellt und Sanktionen fordert, dann müsste es Deutschland aufgrund seiner historischen Verantwortung möglich sein, da nicht mitzumachen.

Mal angenommen, es gäbe schon europäische Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik: Könnte dann etwa auch die in Osteuropa stark umstrittene Erdgaspipeline Nordstream 2 verhindert werden, die mehr russisches Erdgas nach Deutschland transportieren soll?

Ischinger: Ja, das könnte passieren. Wenn wir wollen, dass europäische Außenpolitik glaubwürdig ist, darf sie nicht vor Energieaußenpolitik halt machen. Im Augenblick gibt es allerdings keine europäische Rechtsgrundlage, um Nordstream 2 zu verbieten. Wir müssen hier auch Selbstkritik üben. Schon bei der ersten Nordstream-Pipeline hätten die Ukraine und Polen besser beteiligt werden müssen. Wie beim Vertrag von Rapallo von 1922 zwischen Deutschland und der Sowjetunion löst eine enge Kooperation zwischen Deutschland und Russland leider auch heute noch in Osteuropa gelegentlich Misstrauen aus. Darauf können und sollten wir Rücksicht nehmen.

Russland schürt in Syrien und der Ukraine bewaffnete Konflikte. Wie sollte Deutschland mit Moskau umgehen?

Ischinger: Russland ist zwar nicht wirtschaftlich, aber militärisch eine Weltmacht, an der bei der Lösung dieser Konflikte kein Weg vorbei führt. Wir müssen also mit Moskau im Gespräch bleiben. Im Ukraine-Konflikt sind die bisherigen Friedensbemühungen unter deutscher Beteiligung an ihre Grenzen gekommen. Hier sollte es einen neuen Anlauf unter Federführung der Vereinten Nationen geben. Sanktionen sind kein Allheilmittel, aber im Fall Russlands bleiben sie weiter notwendig. Neben viel Schatten gibt es ja auch Licht. So ist es ja erfreulich, dass sich die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen trotz Sanktionen, trotz aller Unkenrufe, positiv entwickelt haben. Es gibt aber das Problem, dass Teile der Politik und der Medien in Deutschland der Ansicht sind, dass das Erbe der Ostpolitik von Willy Brandt nur aus dem Streben nach einem harmonischen Verhältnis mit Russland besteht. Doch dabei wird vergessen, dass Brandts Ostpolitik eben mit dem Kniefall von Warschau in Polen begann.

Welche Lehren bietet das für die Gegenwart?

Ischinger: Auch heute müssen wir uns in unserer Ostpolitik nicht nur mit Russland, sondern auch mit den Interessen unserer osteuropäischen EU- und Nato-Partner, mit der Ukraine und anderen Staaten in der Region auseinandersetzen. So schwierig das sein mag, wenn man etwa an den Abschottungskurs von Viktor Orbán in Ungarn denkt. Doch in Polen oder den baltischen Staaten ist die Angst vor russischer Aggression sehr präsent, diese Länder haben das Beispiel Ukraine ja direkt vor Augen. Da gibt es dann eben wenig Verständnis, wenn Deutschland mit Russland Gasgeschäfte macht. Und in der Ostpolitik muss es auch um Länder wie Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Moldawien gehen.

Von diesen Staaten ist in der außenpolitischen Debatte in Deutschland ja nur am Rande die Rede...

Ischinger: Genau, und das ist sehr gefährlich. Denn das sind die Staaten, die in der einen oder anderen Hinsicht dazwischen liegen, geografisch, aber auch hinsichtlich ihrer außenpolitischen Ausrichtung. Manche sind sicherheitspolitisch mehr in Richtung Nato orientiert, andere blicken eher nach Moskau. Aber sie teilen weder die russische Darstellung, das alles, was schlecht läuft, auf das Konto der Nato geht, noch die westlich Erzählung, das Moskau an allem Schuld ist. Diese Länder bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Was wünschen sich diese Staaten?

Ischinger: Sie eint ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit. Und dass auch sie sich geschützt fühlen, ist der Schlüssel zu einer Entspannung zwischen Russland und dem Westen, Voraussetzung für dauerhaftem Frieden in der gesamten Region. Darum geht es in diesen Tagen bei einem hochrangigen Treffen der Core Group, der Kerngruppe der Münchner Sicherheitskonferenz, in Minsk, der Hauptstadt Weißrusslands. Erörtert werden dabei unter anderem auch Maßnahmen zur Rüstungskontrolle. Und im kommenden Jahr ist ein Treffen in Tiflis geplant. Schon dass diese Begegnungen überhaupt stattfinden, zeigt diesen Ländern, dass sie mit ihren Problemen gesehen bzw. nicht vergessen werden.

Deutschland hat sich in Sachen Sicherheit jahrzehntelang auf den Beistand der USA verlassen können. Jetzt stellt US-Präsident Donald Trump die alten Gewissheiten in Frage. Welche Konsequenzen hat das?

Ischinger: Wir sind auf den nuklearen Schutz der USA auch in Zukunft angewiesen. Leider blüht in Deutschland weiter ein gefährlicher Antiamerikanismus. Doch von der immer wieder zu hörenden Forderung, dass sich Deutschland von den USA abnabeln müsse, halte ich gar nichts. Alternativen drängen sich auch nicht auf – China mag bei Handel und Klimaschutz Partner sein, doch dort herrschen völlig andere Vorstellungen in Sachen Menschenrechte und Demokratie.

Trump gibt offensichtlich nicht viel auf internationale Verträge...

Ischinger: Natürlich ist es für die Weltlage besorgniserregend, was US-Präsident Trump etwa mit der Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran oder dem Ausstieg aus dem Klimaschutz anrichtet. Doch es gibt 340 Millionen Amerikaner, nicht nur den Präsidenten. Da sind 50 Gouverneure, 100 Senatoren, vielfältige Wirtschaftskontakte zwischen deutschen und amerikanischen Firmen. Wir sollten mit unseren Anstrengungen nicht nachlassen, sondern sie verdoppeln. Die Devise muss lauten „Umarmen, Umarmen, Umarmen.“

Bald stehen in den USA die wichtigen Zwischenwahlen an. Könnte Präsident Donald Trump seinen Kurs in der Außenpolitik ändern, wenn er von den Amerikanern einen Denkkzettel bekommt?

Ischinger: Von den Midterms erwarte ich keinerlei Marscherleichterung. Wenn das Trump-Lager sich durchsetzt, fühlt sich der Präsident in seinem außenpolitischen Kurs bestätigt. Und wenn die Demokraten siegen, wird er nach dem Motto „jetzt erst recht“ noch energischer seine Interessen verfolgen.

Glauben Sie, dass in einer Zeit nach Trump eine Rückkehr zum alten deutsch-amerikanischen Verhältnis möglich sein wird?

Ischinger: Nicht, was den amerikanischen Beitrag zur Sicherheit in Europa betrifft. Wir müssen die Art, wie Trump uns einen Weckruf verpasst hat, als hilfreichen Anstoß zum Erwachsenwerden werten. Es ist auch gar nicht einzusehen, warum ein Farmer in Idaho drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg noch einen größeren Beitrag zur Verteidigung Deutschlands übernehmen soll, als ein Deutscher. Für uns geht es darum, die Dinge stärker in die Hand zu nehmen, die wir können. Und das ist alles, was nicht nuklear ist: Aufklärung, Transport, Artillerie, Kommunikation oder Cyberabwehr. Die europäische Verteidigung ist in vielerlei Hinsicht viel zu sehr von den USA abhängig.

Was also muss Europa tun?

Ischinger: Die europäische Rüstung ist geprägt davon, dass jedes Land sein eigenes Ding macht. So haben wir in der EU etwa sechsmal so viele schwere Waffensysteme wie die USA. Das hat weitreichenden Folgen. Nehmen wir etwa Hubschrauber. Weil es von Land zu Land unterschiedliche Typen gibt, sind die Kosten pro Stück extrem hoch. Und

Mechaniker können nicht gemeinsam ausgebildet werden, Piloten können nicht alle Modelle fliegen. Hier muss Europa einheitlicher und stärker werden.

Sehen Sie Anlass zur Hoffnung, dass dies geschieht?

Ischinger: Wenn es derzeit etwas Erfreuliches gibt, dann sind das Umfragen, die belegen, dass die überwiegende Mehrheit der EU-Bürger eben nicht europafeindlich denkt, sondern im Gegenteil bei der Lösung großer Aufgaben auf Europa setzt. Die Menschen wünschen sich, um es mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu sagen, ein Europa, das schützt. Mehr gemeinsame Verteidigungspolitik, mehr Grenzschutz, mehr Schutz vor grenzüberschreitender Kriminalität. Warum führen wir keine europäische Variante der amerikanischen Bundespolizei FBI ein? Im Kampf etwa gegen international aktive Einbrecherbanden könnte eine solche Behörde viel effektiver arbeiten - und damit auch die Akzeptanz und die Wahrnehmung Europas verbessern. Wir kriegen die Lösung der großen Probleme von heute nicht gebacken, wenn wir in den kleinstaatlichen Strukturen des 19. Jahrhunderts denken. Darum müssen wir den Wandel aktiv annehmen und mitgestalten. Das ist unsere einzige Chance.

***Zur Person** Wolfgang Ischinger, Jahrgang 1946, ist Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Zuvor war er Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Botschafter in Washington und London.*

Als potentestes europäisches Land muss Deutschland mehr Führungsstärke zeigen

In einer immer mehr von politischen Schachzügen geprägten Welt sollte Deutschland als europäische Hegemonialmacht vermehrt Führungsstärke markieren. Stattdessen hegt die deutsche Außenpolitik eine Abneigung gegen strategisches Denken. Noch immer lockt der Sonderweg des Pazifismus.

Ulrich Schlie 18.10.2018, 05:30 Uhr



Während man in Deutschland mit Vorliebe Skat spielt, haben sich die Chinesen schon immer im strategischen Brettspiel geübt. (Bild: Imago Stock)

Strategie übersetzt Macht in politisches Handeln. Raymond Aron hat einst in Fortführung von Clausewitz unter Strategie die Einheit von Militärstrategie und Diplomatie definiert. In Deutschland hat insbesondere Helmut Schmidt ein strategisches Defizit beklagt und seit den sechziger Jahren dafür geworben, die Weltlage und die Lage Deutschlands methodisch zu analysieren und die eigene Strategie danach auszurichten. Bis heute sind in Deutschland strategische Defizite geblieben, die Auswirkungen auf das Grundverständnis von Sicherheitspolitik, auf die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und das Verhältnis zum Militärischen als Instrument der Politik haben.

Das Studienfach «Strategische Studien» als Äquivalent zu den angelsächsischen «Strategic Studies» sucht man an deutschen Universitäten vergeblich. Die Politische Wissenschaft in Deutschland macht um Strategie gerne einen Bogen. Wenn Deutschland aber so lange ohne Strategie ausgekommen ist, kann es sich dann nicht leisten, auch in Zukunft darauf zu verzichten? Worin liegen die Gründe, weshalb die Deutschen mit Blick auf Strategie einen Sonderweg eingeschlagen haben?

Neuausrichtung der Bundeswehr

Die deutsche Aussenpolitik seit der Wiedervereinigung kann entlang des Narrativs «grössere Verantwortung» erzählt werden. Sie war seit 1990 mit vielfältigen, manchmal auch einander widersprechenden Erwartungen des Auslands konfrontiert. In den Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat sie das Symbol für ihre Veränderungen gefunden. Die Einsätze wurden weitgehend im überparteilichen Konsens verabschiedet, waren aber oft genug mit innenpolitischem Gezerre, mit dem

Ringen um Obergrenzen, Mandatsvorbehalten und Abzugsdaten verbunden. Erst durch die Beteiligung an den Auslandseinsätzen hat sich die Bundeswehr in Selbstverständnis, Struktur und Fähigkeiten neu ausrichten können.

Die internationale Ordnung heute unterscheidet sich ganz wesentlich von derjenigen etwa des Jahres 1990 oder auch von 1975.

Ein anderes Charakteristikum deutscher Aussenpolitik steht dazu in gewissem Widerspruch und stammt aus einer älteren, pazifistischen Tradition. Willy Brandt hatte Aussenpolitik einst als Friedenspolitik definiert, und im Kalten Krieg gebot begrenzte Souveränität eine Reihe von Einschränkungen. Das Bekenntnis zur «Kultur der Zurückhaltung» ist geblieben. Was darunter verstanden werden soll, ist politisch umstritten. Eine Absage an Säbelrasseln und Kanonenbootpolitik wäre selbstverständlich, für viele bleibt es aber das Plädoyer für den Rückzug auf die Nichts-als-Zivilmacht. Für die Nichtbeteiligung am Irakkrieg bemühte der damalige Bundeskanzler Schröder 2003 den Satz: «Wir gehen unseren deutschen Weg», und immer wieder werden rechtliche Vorbehalte beim Streitkräfteeinsatz angeführt.

Noch immer fällt es in Deutschland schwerer als anderswo, nationale Interessen zu definieren, Aufgaben *out of area* zu übernehmen und Verteidigungsausgaben zu begründen. Die Last der Geschichte wird nicht nur häufig bemüht, sondern hat ein bleibendes Trauma ausgelöst und das schwierige Verhältnis zum Militärischen seitdem das Gewicht der Militärs in der strategischen Debatte reduziert. Mansteins «Verlorene Siege» im Zweiten Weltkrieg waren eben doch militärische Niederlagen, und Hitlers «Strategie» nach 1941 der Verzicht auf Politik, sein Regime eine politische und moralische Katastrophe zugleich.

Geringschätzung der Nachrichtendienste

Die Aufnahmebereitschaft der aussen- und sicherheitspolitischen Community für militärpolitische Fragestellungen ist in Deutschland, darin unterscheidet sich das wiedervereinigte Deutschland wenig von der alten Bundesrepublik, reduziert geblieben. Wenn Deutschland im Bündnis einen strategischen Part übernommen hat – bei der Implementierung des PRT-Konzeptes in Afghanistan, 2007 bei der Einführung des Comprehensive Approach in Afghanistan oder 2013 beim Framework Nation Concept –, blieb das Echo zu Hause verhalten und die Folgerungen für die eigene sicherheitspolitische Aufstellung begrenzt. Zur fehlenden strategischen Kultur gehört auch die verbreitete Geringschätzung nachrichtendienstlicher Instrumente und die zögerliche Bereitschaft, über strategische Grundsatzdokumente politische Richtungsentscheidungen vorzubereiten.

Strategisches Denken ist in einer Welt, die sich seit 2008 mit der Finanzkrise und der Rückkehr der strategischen Ungewissheiten auch im Zusammenhang mit einer nunmehr sichtbaren Kursänderung der russischen Aussenpolitik schwertut, nötiger denn je. Die internationale Ordnung heute unterscheidet sich ganz wesentlich von derjenigen etwa des Jahres 1990 oder auch von 1975.

Albert Einstein hatte einmal bemerkt, dass die Entwicklung der Nuklearwaffen alles verändert habe – bis auf unser Denken. Ähnlich verhält es sich mit den grossen technologischen Entwicklungen unserer Zeit, mit der Digitalisierung, mit Blockchain und künstlicher Intelligenz. Sie kommen als grosse Beschleuniger von Veränderungsprozessen daher und erfordern aufgrund ihrer tiefgreifenden

Auswirkungen mehr denn je zunächst eine Beschreibung und Analyse und sodann Folgerungen auch für Politik und Militärstrategie. Deutschland hat auch hier Nachholbedarf: Gegenüber technologischen Möglichkeiten und der Entwicklung militärischer Fähigkeiten bestehen bisweilen noch immer tiefsitzende Vorbehalte.

Ein strategischer Gesamtansatz liegt in der Konsequenz der immer deutlicher hervortretenden Notwendigkeit der Vernetzung, auch einer gemeinsamen Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union sowie des strategischen Konzepts und der integrierten Strukturen der Nordatlantischen Allianz. Für Deutschland heisst dies, dass das Erfordernis eines konsistenteren strategischen Gesamtansatzes in den kommenden Jahren weiter wachsen und in dem Masse zum Problem wird, in dem es nicht gelingt, strukturelle und mentale Anpassungen an die sich verändernde Wirklichkeit zu vollziehen. Dies schliesst ein gemeinsames Lagebild, gemeinsame Planungs- und Analyseinstrumente und einen konsequent Ressort-gemeinsamen Ansatz in der Sicherheitspolitik ein. Der intensivierete Dialog mit der Öffentlichkeit über strategische Fragen ist gleichfalls eine *conditio sine qua non* auf dem Weg dorthin.

Dem Rad in die Speichen greifen

Änderungen im Verhältnis zur Strategie finden zunächst in den Köpfen statt: beim öffentlichen Bewusstsein, dem Abschied von Frage- und Denkverboten sowie bei der Pflege von aus der Zeit gefallenem Steckpferden mit einem Verständnis für die treibenden Kräfte der Umverteilung von Macht, von technologischen Entwicklungen, wirtschaftlichem und sozialem Wandel, für die Kraft neuer Ideen. Strategisches Denken erfordert ein neues Bewusstsein für die Erfordernisse und Möglichkeiten von Technologie, Militärstrategie und politischer Planung. Dies bezieht sich auf die strukturellen Organisationsfragen von Sicherheitspolitik, auf das Verhältnis zwischen Streitkräften und Politik und auf den Bereich Parlament und Aussenpolitik.

So gelingt eine langfristige strategische Ausrichtung der Politik an die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen: Sie setzt die Fähigkeit voraus, eigene Interessen zu definieren und durchzusetzen, die Bereiche miteinander zu verknüpfen und die budgetären Voraussetzungen zu schaffen, damit die künftig noch besser miteinander verbundenen Instrumente mit den Mitteln ausgestattet werden können, die sie zur Erfüllung ihrer veränderten Aufträge brauchen. Die beste politische Konzeption ist folgenlos, wenn der richtigen strategischen Analyse keine entsprechende Umsetzung folgt. Wer an den Veränderungen teilhaben will, muss dem Rad in die Speichen greifen. Dazu gehört insbesondere die Einsicht, dass Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik und Militärstrategie in ein und demselben Rahmen operieren und von einem einheitlichen Konzept geleitet werden.

Ulrich Schlie ist Professor of Practice und Historiker. Er gehört dem deutschen Auswärtigen Dienst an und war von 2005 bis 2014 Leiter Planungsstab und Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung.

DEUTSCHLAND:

In der Verantwortung

- EIN KOMMENTAR VON KLAUS-DIETER FRANKENBERGER
- -AKTUALISIERT AM 14.03.2019-20:40



Das Ankerland im Herzen Europas hat an Einfluss gewonnen. Ein Grund, selbstgefällig zu werden, ist das nicht. Die Welt ist von einer geradezu umstürzlerischen Unruhe erfasst. Eine Analyse vor der „Denk ich an Deutschland“-Konferenz.

Wie oft hat man in den vergangenen Jahren nicht diesen Satz gehört: Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen! Man hörte ihn von Politikern, oft aus dem Ausland, von Politologen und von Historikern. Deutschland, das Ankerland im Herzen Europas, die „Macht in der Mitte“, müsse endlich die Verzagtheit der alten Bundesrepublik ablegen und in seiner Gewichtsklasse boxen. Also in der Klasse einer großen Mittelmacht, mindestens.

Denn die sicherheits-, außenwirtschafts- und ordnungspolitischen Interessen der viertgrößten Wirtschaftsmacht enden tatsächlich nicht am Mittelmeer oder am Atlantik, sondern reichen weit darüber hinaus – auch wenn die europapolitischen Belange für Deutschland zentral sind und zentral bleiben werden. Stabilität und Frieden auf dem Kontinent wie auch Effizienz und Zusammenhalt der EU bleiben Priorität für deutsche Politik. Die transatlantische Gemeinschaft ist die zweite Schicht ihres Fundaments, trotz des unberechenbaren Nationalisten im Weißen Haus.

Blickt man im dreißigsten Jahr des Falls der Mauer zurück, wird man nicht behaupten können, die Aufforderung, mehr Verantwortung zu übernehmen, sei gänzlich auf taube Ohren gestoßen. Es mag immer noch zu wenig sein, was Deutschland sicherheitspolitisch und erst recht militärisch auf die Beine stellt. Der desolate Zustand der Bundeswehr ist ein Skandal (immerhin sind die Defizite erkannt), und die Deutschen mögen auch erst spät an Konfliktschauplätzen auftauchen. Allerdings kann man anderen das auch vorhalten. Doch wer hätte sich vor zwanzig Jahren vorstellen können, dass Soldaten der Bundeswehr einmal in Mali im Einsatz sein oder kurdische Kämpfer im Nordirak ausbilden würden? Und noch immer ist ein starkes Kontingent in Afghanistan präsent – mehr als 17 Jahre nach „9/11“.

Deutschland hat eine außen- und sicherheitspolitische Lernkurve vorzuweisen, die vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit und angesichts einer unverändert großen Interventionskepsis in der Bevölkerung nicht kleingeredet werden sollte. Auch andere westliche Länder, darunter solche mit robustem Verhältnis zum Militärischen, wollten von der Friedensdividende profitieren, weil ihnen die Lasten, zum Teil nach militärischer Überanstrengung, über den Kopf gewachsen waren. Sie legen jetzt, wie zum Beispiel das Vereinigte Königreich, den Schalter wieder um. Deutschland warf in den vergangenen Jahren nicht mehr nur seine wirtschaftliche Stärke in die Waagschale, sondern auch seinen gewachsenen politischen Einfluss. Das wurde spätestens in der Finanz- und in der Staatsschuldenkrise offenbar. Nicht alle Partner waren von diesem Einflusszuwachs und der Art begeistert, wie er geltend gemacht wurde; alte Ressentiments lebten wieder auf. Aber aus jener Zeit, auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise, stammt auch das erstaunliche

Diktum, Deutschland sei die unentbehrliche Nation in Europa – erstaunlich vor allem deshalb, weil es vom damaligen Außenminister Polens, Radek Sikorski, stammte.

Aber unabhängig davon, zu welchem Ergebnis man kommt, wenn Bilanz gezogen wird im dreißigsten Jahr nach der großen europäischen Wende: Die Zeiten heute erlauben es nicht, sich zurückzulehnen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Prädikat „unentbehrlich“ hat keinen musealen Wert, es ist die Aufforderung zu fortwährendem Engagement der Deutschen – in Europa und jenseits davon, im deutschen Interesse und in dem ihrer Partner. Denn die Welt ist von einer geradezu umstürzlerischen Unruhe erfasst. Neue Großmachtrivalitäten, der ökonomische und geopolitische Expansionismus Chinas, der russische Revisionismus, territoriale Konflikte und Ordnungszersplitterung sind Treiber dieser Unruhe, wenn auch nicht die einzigen. Der Westen selbst ist nicht immun gegen Anfeindungen und Erosion. Die Verachtung für den Multilateralismus, die in Politik und Rhetorik Donald Trumps zum Ausdruck kommt, setzt Deutschland besonders zu. Nicht nur der russische Präsident stellt Grundprinzipien der Nachkriegsordnung in Frage, auch der amerikanische Präsident tut das; er stellt sogar Bündnisbeziehungen und Allianzloyalitäten zur Disposition. Auf besseres Wetter kann Deutschland nicht warten. Von allein wird nichts besser werden.

Wir werden künftig noch mehr in den Bestand und die Handlungsfähigkeit der EU investieren müssen. Und nicht immer werden wir es bei Vetopositionen und dem Zurückweisen von Vorschlägen der Partner belassen können. Investieren muss Deutschland in alles, was auch nur entfernt mit seiner Sicherheit und seinen Außenbeziehungen zu tun hat. Sicherheit und Wohlstand fallen nicht vom Himmel; sie sind ebenso wenig gottgegeben wie die Demokratie.

Dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer ist Deutschland alten Beschränkungen entwachsen. Doch wie weltpolitikfähig ist es? Was immer den Deutschen am liebsten wäre: Die Welt wird uns nicht mit Zumutungen verschonen. In der neuen Ungemütlichkeit muss Deutschland sich zu behaupten lernen und umsichtig seine Interessen wahren – ob es den Titel Ersatzanführer des Westens akzeptiert oder nicht.

Außenpolitik:

Wofür eigentlich?

Mehr deutsche Verantwortung werden auf der Münchner Sicherheitskonferenz wieder viele fordern. Die Bürger sind skeptisch, weil die Politik nicht verrät, was das bedeutet.

Ein Gastbeitrag von Sarah Brockmeier und Philipp Rotmann

15. Februar 2019, 7:48 Uhr

Sarah Brockmeier und Philipp Rotmann arbeiten am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin unter anderem zur deutschen und europäischen Außenpolitik. Rotmann verantwortet als stellvertretender Direktor am GPPi die Themen Frieden und Sicherheit. Gemeinsam haben die beiden Politikwissenschaftler gerade das Buch "Krieg vor der Haustür: Die Gewalt in Europas Nachbarschaft und was wir dagegen tun können" (Dietz-Verlag) veröffentlicht. Hier antworten sie auf einen Beitrag von Nora Müller auf ZEIT ONLINE ("Den Schuss nicht gehört"), die den Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung in Berlin leitet. Sie hatte unter anderem gefordert, Deutschland müsse zeigen, dass es dem Land ernst ist mit dem Anspruch, eine seinem wirtschaftlichen Gewicht angemessene internationale Rolle zu spielen.

Alle Jahre wieder: Zu Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz an diesem Freitag sind die Medien voll mit Beiträgen dazu, ob Deutschland seiner internationalen Verantwortung gewachsen ist. Fünf Jahre ist es her, dass der damalige Bundespräsident Joachim Gauck dort ungeduldig für eine engagiertere Außenpolitik warb und damit den meisten Experten aus dem Herzen sprach. "Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält", sagte Gauck damals, "wird kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen". Wie recht er hatte. In den Wochen und Monaten nach seiner Rede überschlugen sich die Ereignisse: Ukraine-Krieg, Krim-Annexion, IS-Terror, Flüchtlingskrise, Jemenkrieg – und auch das Brexit-Referendum und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten gehören auf diese Liste, denn dadurch sind Deutschland und Resteuropa noch stärker gezwungen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Doch die Deutschen wollen das mit der Verantwortung einfach nicht verstehen, so lamentiert seitdem die Mehrzahl der Experten in Berlin. Das Argument stützt sich vor allem auf Umfragen: Nur vier von zehn Bürgerinnen und Bürgern sind für eine aktivere deutsche Rolle in der Welt, so berichtet zum Beispiel Nora Müller bei ZEIT ONLINE.

Deutsche sehen militärische Mittel differenziert

Doch das Problem sind nicht die deutschen Bürger, sondern ihre Politiker und Politikerinnen. Denn diese bleiben seit fünf Jahren eine überzeugende Antwort darauf schuldig, was das eigentlich heißt, "mehr Verantwortung" zu tragen und "unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand zu nehmen", wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017 im Truderinger Bierzelt gefordert hat. Wer seitdem die

politische Debatte verfolgt, hat vor allem von einem Riesenstreit um die Verdoppelung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung gehört, jede Menge Probleme mit der Rüstung verfolgt und vielleicht am Rande mitbekommen, dass gemeinsame europäische Militärprojekte verabredet worden sind.

Alles Militärthemen. Nun ist die Mehrheit der Deutschen eher skeptisch, was den politischen Nutzen militärischer Gewalt betrifft. 82 Prozent halten Friedensförderung für "lebensnotwendig", 70 Prozent fordern höhere Investitionen dafür, 85 Prozent unterstützen diplomatisches Engagement – doch nur 27 Prozent befürworten "Kampfeinsätze" als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir Deutschen sind dabei durchaus differenziert: Leichte Mehrheiten tragen Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze, auch die Idee einer "europäischen Armee" und die Milliardenenerhöhungen des Wehretats in den vergangenen Jahren werden unterstützt – nur die Zustimmung zu weiteren Erhöhungen in Richtung zwei Prozent bleibt gering. Angesichts der Dauerbaustellen im Verteidigungsministerium und in der Bundeswehr kein Wunder.

Wir kümmern uns zu spät um Krisen

Wer also Jahr für Jahr auf die inzwischen wieder sinkenden Zustimmungsraten zu "aktiver Außenpolitik" starrt, sollte die differenzierteren Befunde nicht aus den Augen verlieren. Die Befragten können nur bewerten, was sie sehen – und sichtbar ist vor allem das Militärische.

Es ist die Aufgabe der Spitzenpolitiker – der Kanzlerin, des Außenministers, der Parteivorsitzenden –, dem Land konkret zu erklären, wie es "sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen" kann. Das hat natürlich auch wichtige militärische Aspekte, doch die Deutschen sind zu Recht misstrauisch, wenn ihre Politiker nur über militärische Mittel wie Schiffe, Flugzeuge oder Panzer streiten, doch kaum etwas dazu sagen, was sie damit eigentlich erreichen wollen. Es fehlen ja schon dort die konkreten Vorschläge, wo bereits überwältigende gesellschaftliche Unterstützung besteht.

Zum Beispiel bei der Krisenvorsorge. Obwohl alle dafür sind, kümmern wir uns immer noch meist erst dann um Krisen, wenn es schon zu spät ist. Ob und wie schnell zum Beispiel der derzeit noch sehr einseitig regierte irakische Staat das Vertrauen aller Bevölkerungsgruppen gewinnt, könnte eine entscheidende Rolle spielen für die Bewahrung der brüchigen Ordnung im Mittleren Osten, so das Ergebnis einer noch unveröffentlichten Risikoanalyse des Global Public Policy Institute im Rahmen des EU-finanzierten Forschungsprojektes EU-Listco. Doch der "Islamische Staat" ist von den Bildschirmen verschwunden und schon erlahmt das politische Interesse. Was ist unser Ziel im Irak, und was machen wir mit den Hunderten von Millionen Euro für Stabilisierung und Entwicklung dort? Welche Rolle spielt die klitzekleine militärische Ausbildungsmission dabei?

Zumindest keinen zusätzlichen Schaden anrichten

Auch dort, wo die Prävention schon gescheitert ist, gibt es konkrete Ziele zu diskutieren: Wollen wir an den meisten Schauplätzen weiter nur mitschwimmen und traurig seufzen, oder sind wir bereit, den Akteuren in Berlin und Brüssel die notwendigen Mittel in die Hand zu geben, damit sie alles Menschenmögliche versuchen können, um in Afghanistan, Mali, Syrien oder im Jemen einen Weg zum Frieden zu finden? Oft haben wir nicht genug Einfluss auf Warlords und Diktatoren, um viel auszurichten – doch zumindest sollten wir keinen zusätzlichen Schaden anrichten.

Beispiel Mali: Bis 2011 hat der Westen Mali als Musterland behandelt. Länger als ein Jahrzehnt flossen immer mehr Entwicklungsmillionen, obwohl die Korruption immer schlimmer und die Justiz immer schwächer wurde. Damit haben wir es korrupten malischen Politikern, Beamten und Offizieren immer leichter gemacht, die ohnehin schwachen Institutionen vollkommen auszuhöhlen. Und wir haben zugeschaut. Bis zum Crash: Kleine, mäßig ausgerüstete Rebellengruppen rollten 2011 und 2012 innerhalb weniger Monate das Land auf und konnten erst in letzter Minute militärisch gestoppt werden. Heute sind im Rahmen der Stabilisierungsmission der UN mehr deutsche Soldaten in Mali stationiert als irgendwo sonst, und sie riskieren täglich mit den malischen und anderen internationalen Kameraden ihr Leben.

Die Standardabläufe zu hinterfragen, für konkrete Ziele zu kämpfen, das wäre "mehr Verantwortung" übernehmen. So wie im Jemen, wo das Auswärtige Amt begonnen hat, eine zentrale diplomatische Rolle anzunehmen, damit der vor Weihnachten in Stockholm geschlossene Waffenstillstand überlebt und hoffentlich ein erster Schritt zu einem echten Friedensprozess werden kann. Doch dem Diplomatischen Dienst geht es kaum anders als der Bundeswehr: Nach Jahrzehnten der Kürzungen und der Stagnation fehlt die Kapazität, angefangen beim Personal.

Kriegsverbrecher konsequenter verfolgen

Mehr Verantwortung hieße auch, bei uns zu Hause in Deutschland und Europa anzufangen, Kriegsverbrecher konsequenter zu verfolgen und Sanktionen und Reisesperren effektiver umzusetzen. Denn es gilt zu verhindern, dass von Deutschland aus Kriegsverbrechen geplant werden – oder dass Kriegsverbrecher sich frei zum Shoppen nach Europa aufmachen können. Seit dem Syrien-Krieg gibt es hier Fortschritte, bis hin zu Gerichtsverfahren gegen Angehörige des syrischen Regimes. Doch fehlt es hier überall an Kapazitäten, vom Bundeskriminalamt bis hin zu den deutschen Gerichten. Im Vergleich zu den vielen Tausend Experten, die deutschlandweit in den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten arbeiten, wären die notwendigen spezialisierten Ermittler und das Geld für besseren Zeugenschutz und die Ausstattung der Gerichte keine große Investition.

Dies sind nur drei Beispiele für konkrete Wege, "mehr Verantwortung" zu übernehmen und sich dabei nicht in der Militärfalle zu verheddern. Natürlich sind auch mehr Investitionen in militärische Fähigkeiten nötig. Doch die Deutschen erwarten zu Recht, dass sich hehre Prinzipien wie der Primat der Politik und der Prävention nicht nur in Kabinettsbeschlüssen, sondern auch darin widerspiegeln,

über welche außenpolitische Themen ihre Spitzenpolitiker sprechen und welche konkreten Vorschläge sie dabei machen.

Wenn die Argumente stimmen, gibt es auch Mehrheiten

Und wenn es dann doch auch ums Militär gehen soll, dann sind die Deutschen durchaus offen für gute Argumente. Das haben wir in den vergangenen fünf Jahren immer wieder gesehen, von den Debatten um Russlands Krieg in der Ukraine über den Friedenseinsatz in Mali bis hin zu Waffenlieferungen für kurdische Truppen im Irak: Wenn die Politik führt, wenn sie konkrete Ziele und Mittel begründet und sich damit auch angreifbar macht, dann kann sie auch Mehrheiten auf ihre Seite bringen. Dann folgen breit getragene Trendwenden im Verteidigungsbudget, dann werden Soldaten unter UN-Flagge nach Afrika entsandt, dann können Waffen in einen Krieg geliefert werden, um einen Völkermord zu stoppen. In derselben Umfrage, in der nur 14,4 Prozent ein "stärkeres Engagement der Bundeswehr im Ausland" befürworten, unterstützen 47 Prozent der Deutschen ein Verteidigungsbudget von 1,5 oder 2 Prozent der Wirtschaftsleistung. Nur 33 Prozent der Bevölkerung wollen weniger oder gleich viel wie heute fürs Militär ausgeben.

Statt sich also über fehlende Blankoschecks des Wählers oder der Wählerin zu beschweren, wäre es fünf Jahre nach dem "Münchner Konsens" an der Zeit, zu führen: Verantwortung in Bezug auf konkrete Herausforderungen zu definieren, sie zu erklären und umzusetzen.

Der Abgesang auf Deutschland ist voreilig

Zukunft verschlafen – «schwarze Null» als überflüssiges Korsett: Die Kritik an Deutschland wächst. Doch ein nüchterner Blick zeigt: Die Wirtschaft schlägt sich wacker. Wenn jemand in den fetten Jahren geschlafen hat, dann die Regierung.

Christoph Eisenring, Berlin 15.5.2019, 13:54 Uhr



Die deutsche Wirtschaft ist solide gewachsen: Baustelle in Berlin-Mitte. (Bild: Theo Heimann / AP)

Vor zwanzig Jahren galt Deutschland als der kranke Mann Europas. In den letzten Jahren war aber plötzlich von «Cool Germany» die Rede. Doch jetzt, wo sich die Konjunktur abschwächt, ist die Stimmung unter ausländischen Beobachtern erneut gekippt. «Le Monde» schreibt von einem Land in Atemnot, «Businessweek» sieht schon ein Ende der Nachkriegsprosperität kommen. Blickt man kurz auf drei wichtige Zahlen, gibt es für die Diagnose des «doom and gloom» jedoch wenig Grund. Erstens ist die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal um 0,4 Prozent gegenüber den letzten drei Monaten des Vorjahres gewachsen. Das ist ein überraschend solider Wert, nachdem zuvor Rezessionsängste die Runde gemacht hatten.

Der Mythos «Austerität»

Zweitens zeichnet sich am Arbeitsmarkt vorderhand keine Schwäche ab. Die Erwerbslosenquote lag 2018 bei 3,4 Prozent, ein Wert, der in der EU nur von Tschechien unterboten wurde. Die Jugendarbeitslosigkeit ist sogar so gering wie in keinem anderen EU-Land. 45 Millionen Menschen sind in Arbeit – so viele wie nie seit der Wiedervereinigung. Drittens schliesslich dürfte im laufenden Jahr die Schuldenquote des Staates erstmals seit 17 Jahren die Maastricht-Grenze von 60 Prozent wieder unterschreiten. Die «schwarze Null» des früheren Finanzministers Wolfgang Schäuble ist gewiss keine Kategorie aus der ökonomischen Theorie, aber die einprägsame Formel hat zu diesem Erfolg beigetragen. Frankreichs Staatsschulden sind dagegen so hoch wie die gesamte Wirtschaftsleistung eines Jahres.

Und noch eine gute Nachricht gab es diese Woche: Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erreichten 2017 (neuere Zahlen gibt es nicht) erstmals die Quote von 3 Prozent – für Frankreich gibt die OECD 2,2 Prozent an, für die Schweiz 3,4 Prozent. Und besonders erfreulich: Verantwortlich dafür ist vor allem die Wirtschaft, die zwei Drittel der Ausgaben trägt. Dass hier wiederum die Autofirmen positiv hervorstechen, sollte all denjenigen zu denken geben, die bei jeder Gelegenheit auf der Branche herumhacken. Und es relativiert auch den Vorwurf in der «Businessweek», die deutschen Hersteller hätten die Zukunft verschlafen.

Die Franzosen, aber auch internationale Organisationen kritisieren seit Jahren die angeblich «starre Budget-Orthodoxie» («Le Monde») Deutschlands, unter der die Nachbarn litten. Und selbst in Deutschland heisst es seit kurzem, der Finanzminister stelle die Nation aufs Sparen ein. Doch auch hier sagt ein nüchterner Blick auf die jüngsten Steuerschätzungen etwas anderes: Der Staat nimmt Jahr für Jahr mehr Geld ein – die Steigerungen werden nur nicht so hoch ausfallen wie noch vor einem halben Jahr prophezeit. Von Sparen oder Austerität kann da nicht die Rede sein.

Gegenseitige Geschenke

Deutschland hat ein Jahrzehnt mit wachsender Prosperität hinter sich. Die Einkommen sind gestiegen, die Ungleichheit ist international gesehen relativ gering. Wenn man etwas kritisieren will, dann, dass die Regierung falsche Prioritäten setzt: Sie bedient wechselseitig ihre Klientel, mal mit einem Baukindergeld, das die Baupreise anheizt, mal mit einer Rente mit 63, die das Reservoir an Gutqualifizierten verringert. Derzeit ist eine «Respektrente» im Gespräch, die die Pension von Niedrigverdienern aufstocken soll. Mehr als jeden zweiten Euro gibt der Bund für Soziales aus – Tendenz steigend.

Die Frage, die sich die Regierung stellen muss, lautet somit: Hat sie die fetten Jahre genutzt, um den Standort Deutschland voranzubringen, die Infrastruktur à jour zu halten, die steuerliche Attraktivität zu verbessern, die Menschen zu entlasten? Hier fällt die Antwort derzeit wenig schmeichelhaft aus.

Fin des épreuves écrites, quota de boursiers : Sciences Po Paris chamboule sa sélection

Sciences Po Paris va supprimer ses épreuves écrites d'entrée en première année, au profit d'une sélection sur dossier, notes du bac et entretien. L'occasion, aussi, de réformer son système d'ouverture sociale, en partie détourné de son esprit initial.

Par [Jessica Gourdon](#) Publié aujourd'hui à 17h06, mis à jour à 17h15

C'est une secousse dans le monde de l'enseignement supérieur : la fin du concours symbolique d'une grande école, et son entrée dans une nouvelle ère de la sélection, plus individualisée, où l'oral prend désormais la place de la sacro-sainte dissertation.

Sciences Po Paris a annoncé, mardi 25 juin, une refonte de sa procédure d'entrée en première année, à partir de 2021. Finies les épreuves communes d'admission, emblématiques du « concours à la française ». Terminées la dissertation d'histoire, l'épreuve en sciences économiques ou en philosophie et l'épreuve de langue vivante, trio sur lequel ont planché en 2019 plus de 5 000 lycéens.

Désormais, comme dans les universités anglo-saxonnes, la sélection s'effectuera essentiellement sur dossier : notes obtenues pendant le lycée, rédaction d'un « essai » personnel, résultats du bac. A ce tiercé s'ajoutera un oral, auquel seront soumis tous les candidats présélectionnés, et qui mêlera entretien de motivation et discussion autour d'un document. La procédure sera identique pour tous, y compris pour les lycéens issus d'établissements étrangers (qui disposent aujourd'hui d'une procédure parallèle), ainsi que pour les jeunes des 106 établissements défavorisés avec lesquels Sciences Po a signé des « conventions éducation prioritaire » (CEP). Ce concours spécifique, créé en 2001 et basé sur des oraux, a permis à 160 jeunes d'intégrer Sciences Po en 2018 (environ 10 % de la promotion).

« *Nous faisons face à une crise globale de la légitimité des élites, qui nous amène à remettre sur le métier toute notre procédure, explique Frédéric Mion, le directeur de Sciences Po. Nous voulons plus de diversité des parcours et des origines, et nous voulons aussi prendre en compte divers critères d'excellence, pas seulement académique : l'ouverture d'esprit, la persévérance, la capacité d'invention ou de résilience d'un candidat.* » Il inscrit aussi cette réforme dans le contexte des réflexions en cours pour amener plus de diversité dans la très haute fonction publique, à laquelle Sciences Po constitue le principal sas d'entrée.

La fin du concours d'entrée en première année n'est finalement que la dernière marche d'une stratégie initiée il y a vingt ans par Richard Descoings pour assouplir un système qui avait tendance à sélectionner des étudiants aux profils trop homogènes. Outre les CEP, lancées en 2001, Sciences Po a supprimé en 2013 l'épreuve de culture générale de son concours, considérée comme la plus discriminante socialement. Puis, en 2017, a éliminé les épreuves écrites pour l'entrée en master au profit d'une sélection sur dossier.

Ces évolutions successives répondent à un biais largement documenté par la recherche. Alors qu'elles sont censées mettre tous les candidats sur la même ligne de départ, les épreuves écrites deviennent, dans un contexte d'hyper-sélection (13 % d'admis en première année à Sciences Po), un instrument de reproduction sociale des élites. Et un outil de légitimation de leur place par celles-ci. Ainsi, à Sciences Po, la part de « CSP + » admis par l'examen d'entrée atteint 70 %, selon les derniers chiffres disponibles. Au vu de la sélectivité du concours, et d'après une enquête réalisée auprès de 700 étudiants de première année, la moitié des admis ont eu recours pendant leur lycée à des prépas privés pendant leur lycée, au coût moyen de 2 000 euros, renforçant encore les biais sociaux intrinsèques.

« L'intérêt de cette nouvelle procédure, c'est de pouvoir sélectionner des candidats en les situant dans leur territoire, dans leur origine sociale, dans leur genre, et ainsi ne pas se centrer uniquement sur le mérite académique, extrêmement corrélé au niveau social de la famille », estime Vincent Tiberj, sociologue, qui travaille sur une réforme du même type à l'IEP de Bordeaux.

La suppression des épreuves écrites, qui représentaient par ailleurs un coût important pour l'établissement, est aussi, selon Sciences Po, une question de bon sens. « La corrélation entre le dossier scolaire et la réussite de nos épreuves était très forte, observe Frédéric Mion. Elles confirment des résultats déjà mesurés par ailleurs. Elles ne nous apprennent rien de plus sur nos candidats. » Et de préciser : « S'il s'agit de tester la capacité des candidats à rédiger dans un temps limité, nous faisons confiance au bac. »

Ou, pour être précis, au nouveau bac : avec cette nouvelle procédure, qui permet au passage à l'établissement de se glisser dans le calendrier de Parcoursup, Sciences Po joue aussi le jeu de la réforme du lycée. Celle-ci entre en vigueur pour les élèves de première à la rentrée et veut aussi valoriser la diversité des parcours et les compétences à l'oral. A Sciences Po, le mot d'ordre est clair : aucune combinaison de spécialité ne sera requise pour être admissible.

Reste que la fin des épreuves écrites n'est pas du goût de tous. Le système pose la question de la prise en compte de la « valeur » des notes d'un lycée à l'autre, des notations plus ou moins sévères... Pour juger les élèves à l'aune de leur environnement, Sciences Po va se constituer « des outils d'évaluation » des établissements. En outre, l'oral comporte aussi de nombreux biais sociaux. « Il n'est pas moins discriminant que l'écrit, estime Annabel Allouch, sociologue, maître de conférences à l'université de Picardie-Jules-Verne. Il agit différemment. Il faut savoir se mettre en scène, hiérarchiser ses idées, savoir ce dont on peut parler et ne pas parler. » De plus, cette nouvelle procédure ne mettra pas un terme à l'hyper-sélection, au contraire. Avec la fin des épreuves écrites et l'entrée dans Parcoursup, Sciences Po s'attend « à une augmentation de 30 %, voire plus, des candidatures » – et offrira toujours le même nombre de places en première année.

Quota de places pour les boursiers

Outre la fin des écrits, l'autre changement majeur concerne les lycées conventionnés CEP. Le système avait montré ses limites. Si le dispositif a amélioré de manière significative la diversité à Sciences Po (le nombre de boursiers a quadruplé en dix ans), il était en partie détourné de son esprit initial, créant un effet d'aubaine. Parmi les bénéficiaires de cette voie d'entrée parallèle figurent environ 40 % d'enfants de CSP + – un chiffre qui a doublé en dix ans.

Dans le nouveau système, 15 % des places de première année seront réservées aux candidats qui répondent aux critères sociaux d'une bourse de l'enseignement supérieur et qui sont scolarisés dans ces lycées conventionnés. L'institution va d'ailleurs en doubler le nombre, en passant de 106 à plus de 200 établissements. Le programme d'accompagnement à l'admission, qui restera ouvert à tous les lycéens même non boursiers, sera également rénové, avec une visée plus large que l'entrée à Sciences Po.

Avec cette réforme, Sciences Po s'engage désormais à recruter en première année un quota de 30 % de boursiers dans chaque nouvelle promotion. Un pourcentage deux à trois fois plus élevé que celui observé dans les grandes écoles de commerce. Mais équivalent à celui des masters à l'université.

Jessica Gourdon

155,68

https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/06/24/epr-de-flamanville-visualisez-comment-le-cout-et-la-duree-du-chantier-ont-triple-depuis-2007_5480745_4355770.html

EPR de Flamanville : visualisez comment le coût et la durée du chantier ont triplé depuis 2007

Par [Pierre Breteau](#)

DÉCRYPTAGES

Publié hier à 12h06, mis à jour hier à 12h22

En 2007, le chantier devait durer cinq ans pour un coût de 3,3 milliards d'euros. Il devrait finalement durer quinze ans pour une facture estimée à onze milliards.

Le 11 avril 2007, le décret « *autorisant la création de l'installation nucléaire de base dénommée Flamanville 3* » est publié au *Journal officiel*. Ce réacteur européen à eau pressurisée (EPR) doit être construit en cinq ans pour un montant de 3,3 milliards d'euros. Mais le chantier situé dans le nord de la Manche a pris du retard : soudures défectueuses, dalles de béton à renforcer, un durcissement de normes liées à la catastrophe nucléaire de Fukushima...

L'EPR ne devrait pas être terminé avant la fin de l'année 2022, au mieux, soit quinze ans de chantier, trois fois plus que prévu au départ. Non seulement la construction s'étale dans le temps, mais elle alourdit la facture : de 3,3 milliards d'euros envisagés en 2007, on passe à 6 milliards en 2011, à 9 milliards en 2015 et à 11 milliards d'euros en 2019, soit un budget multiplié par 3,3 en douze ans.

Plusieurs organisations non gouvernementales (ONG) demandent de longue date à mettre fin au chantier et en profitent pour dénoncer « *le mythe du nucléaire pas cher* ».

Comment lire ces graphiques ?

Chaque graphique représente à la fois la durée prévue du chantier à Flamanville ainsi que l'évolution du coût, à une date précise.

Début du projet Date de fin prévisionnelle Budget initial Budget revu à la hausse

Faites défiler la page pour afficher d'abord les graphiques, puis le contexte pour chaque report de la date de fin du chantier, et la hausse de son coût.

3 avril 2007 : fin du chantier prévue en 2012

Le décret autorisant EDF à construire un nouveau réacteur de type « EPR » sous le nom de Flamanville 3 dans la commune manchoise du même nom est publié au *Journal officiel*. Parmi les points de sécurité sur lesquels insiste le décret, le réacteur devra entre autres « *résister à la chute accidentelle d'un aéronef* ». Il devra également être opérationnel en cas de séisme.

Source : *Journal officiel*

200720123,3 Mds.4 Mds.+ 21 %

4 décembre 2008 : fin du chantier prévue en 2012

Coût : + 21 %

L'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) met EDF en demeure d'ajouter les barres d'acier manquantes dans le béton qui constitue la chape sous le futur emplacement du réacteur. Malgré « *les aléas* », EDF annonce que la mise en service de ce réacteur est maintenue pour l'année 2012.

Source : *L'Usine nouvelle*

200720153,3 Mds.5 Mds.+ 52 %

3 octobre 2010 : fin du chantier prévue en 2015

Coût : + 52 %, durée + 60 %

Selon la presse, le génie civil, et en particulier la mise en place des bétons, est très compliquée ; les ingénieurs sont confrontés aux difficultés inhérentes à la première construction d'un EPR. Selon les observateurs, ces problèmes décalent a priori de deux, voire trois ans la mise en service du réacteur, jusqu'en 2014, voire 2015.

Source : *Le Figaro*

200720163,3 Mds.6 Mds.+ 82 %

4 juillet 2011 : fin du chantier prévue en 2016

Coût : + 82 %, durée + 80 %

La mort de deux salariés de Bouygues sur le chantier en janvier et en juin 2011 a provoqué un retard d'environ cinq mois selon EDF, l'électricien se prépare aussi aux tests de résistance décidés après la catastrophe de Fukushima. La société envisage au mieux un démarrage du réacteur en 2016 à ce stade.

Source : *Le Monde*

200720163,3 Mds.8,5 Mds.+ 158 %

1^{er} décembre 2012 : fin du chantier prévue en 2016

Coût : + 158 %, durée + 80 %

La révision de la conception du cœur du réacteur (la chaudière, en somme), l'intégration de nouvelles exigences réglementaires de sécurité ainsi que les nécessaires modifications postérieures à la catastrophe de Fukushima rallongent la facture de la construction de l'EPR.

Source : *Le Monde*

200720173,3 Mds.8,5 Mds.+ 158 %

2 novembre 2014 : fin du chantier prévue en 2017

Coût : + 158 %, durée + 100 %

A ce stade, le réacteur pourrait ne démarrer qu'en 2017 : EDF attribue ce nouveau retard à des difficultés pour Areva – la société qui conçoit le réacteur – à livrer des équipements tels que le couvercle et les structures internes de la cuve du réacteur. Le coût atteint désormais 8,5 milliards d'euros.

Source : *Le Monde*

200720183,3 Mds.9 Mds.+ 173 %

3 avril 2015 : fin du chantier prévue en 2018

Coût : + 173 %, durée + 120 %

Le rapport annuel de l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) pointe des « anomalies de fabrication » sur la cuve de l'EPR de Flamanville. En l'état, l'ASN estime que le manque de fiabilité sur ce « composant crucial » pourrait empêcher la mise en service du réacteur.

Source : *Le Monde*

200720183,3 Mds.10,5 Mds.+ 218 %

1^{er} juin 2017 : fin du chantier prévue en 2018

Coût : + 218 %, durée + 120 %

Le couvercle de la cuve ne satisfait pas aux exigences de sécurité en ce qui concerne l'acier, la manière dont il est forgé ne garantit pas qu'il tiendra au-delà de 2024 en cas de mise en route en 2018, soit six ans.

Source : *Le Monde*

200720203,3 Mds.11 Mds.+ 233 %

4 octobre 2018 : fin du chantier prévue en 2020

Coût : + 233 %, durée + 160 %

Dans un rapport, l'ASN est très critique vis-à-vis d'EDF ; l'Autorité de sûreté nucléaire estime que l'électricien public ne fait pas respecter les standards de construction de « *haute qualité* » par ses sous-traitants. Par ailleurs, de nouvelles soudures défectueuses ont été repérées sur la cuve qui sera soumise à la pression : EDF doit en reprendre 53, chacune demandant au moins huit semaines de travail supplémentaires.

Source : *Le Monde*

200720223,3 Mds.11 Mds.+ 233 %

4 juin 2019 : fin du chantier prévue en 2022

Coût : + 233 %, durée + 200 %

L'autorité de sûreté nucléaire demande à EDF de reprendre à nouveau huit soudures, dont la qualité n'est pas suffisante, situées dans des endroits difficilement accessibles : le chantier est retardé à nouveau de deux ans, mais le coût n'est pour le moment pas réévalué à la hausse.

Source : *Le Monde*

Pierre Breteau

So sieht Europas Parteienlandschaft aus

181 Parteien aus 28 Ländern sind ins neu gewählte Europäische Parlament eingezogen. Dort verbünden sie sich zu verschiedenen Fraktionen. Aber wie gut passen diese Gruppierungen politisch zusammen? Eine Analyse in Grafiken.

Von Yannik Buhl, Christian Endt und Sarah Unterhitzberger

Das Europaparlament ist ein bunter Haufen. Die 751 neu gewählten Abgeordneten kommen nicht nur aus 28 verschiedenen Ländern, sie gehören auch 181 unterschiedlichen nationalen Parteien an. Um einigermaßen effektiv arbeiten zu können, schließen sich diese Parteien im Europäischen Parlament zu länderübergreifenden Fraktionen zusammen. Die Fraktionen bilden sich entsprechend politischer Lager: Sozialdemokraten gehören zur S&D, Liberale zur Alde, Christdemokraten zur Europäischen Volkspartei (EVP).

Doch viele dieser Gebilde sind fragil. Wie eine Großfamilie, wo zwar alle miteinander verwandt sind, aber nicht unbedingt immer gut miteinander auskommen. Manchmal kommt es zum Bruch, wie etwa bei der EVP, die im März die Mitgliedschaft der Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán aussetzte.

Die Verbindungen und Brüche in Europas politischer Landschaft werden deutlich, wenn man sich die Positionen der Parteien ansieht. Internationale wissenschaftliche Studien ermöglichen es, politische Ausrichtungen über Ländergrenzen hinweg zu vergleichen. Wir haben dafür auf die [Chapel Hill Expert Survey](#) (CHES) zurückgegriffen. Dafür hat ein Team aus europäischen und amerikanischen Politikwissenschaftlern für jedes EU-Mitgliedsland die Positionen der wichtigsten Parteien ermittelt.

Wir nutzen für unsere Auswertung einerseits eine generelle Links-rechts-Dimension. Sie bildet vor allem den traditionellen politischen Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Umverteilung und einem starken Staat (links) und einer möglichst freien Wirtschaft und einem schmalen Staat (rechts) ab.

Eine weitere Dimension ist die Einstellung zur EU: Ist die Partei eher für mehr oder für weniger europäische Integration?

Die **CDU** steht nach Einschätzung der Chapel Hill-Experten beispielsweise leicht rechts der Mitte und ist klar pro-europäisch ausgerichtet.

Die Schwesterpartei **CSU** ist deutlich EU-skeptischer und auch weiter rechts positioniert.

Beide Parteien passen jedoch gut zu ihrer Parteifamilie, der **Europäischen Volkspartei**.

Die ungarische **Fidesz**, formal weiterhin Mitglied der **EVP**, ist dagegen weit von ihren Schwesterparteien entfernt. Politisch steht sie eher den Konservativen der **EKR** nahe. Oder gar den **Rechtspopulisten**, die sich bisher in den Fraktionen ENF und EFDD versammelten und sich im künftigen Parlament neu formieren wollen.

Prominente Mitglieder der **EKR** sind die polnische **PiS**...

... und die britischen **Tories**. Wirtschaftspolitisch stehen die beiden nicht weiter rechts als die **Christdemokraten** – es ist ihr anti-europäischer Kurs, der sie klar von der **EVP-Fraktion** unterscheidet.

Die **AfD** steht in der CHES-Verortung weit rechts, gehört allerdings nicht zu den größten Europafeinden.

Der britische Sonderfall ist auch links der Mitte sichtbar: Die britische **Labour Party** ist deutlich EU-skeptischer als ihre Schwestern in der sozialdemokratischen **S&D-Fraktion**. Die **SPD** gehört dagegen zu den stärksten Befürwortern des vereinten Europas.

Große politische Ähnlichkeit gibt es zumindest laut der Chapel Hill-Studie zwischen **Sozialdemokraten** und **Grünen**. Sie dürften sich vor allem in ökologischen und gesellschaftspolitischen Fragen unterscheiden – die weder auf der Links-rechts-Achse noch in der europäischen Dimension sichtbar sind.

La République en Marche, die Partei des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, hat vor der Europawahl die Nähe zu den Parteien der liberalen **Alde** gesucht. Inhaltlich könnte das durchaus funktionieren. Macron möchte die europäische Integration deutlich vorantreiben. Dementsprechend befindet sich seine Partei am obersten Ende des Spektrums.

Die deutsche **FDP** dagegen gehört innerhalb der **Alde** eher zu den EU-Skeptikern.

Vervollständigt wird Europas Parteienlandschaft durch die **Linksfraktion**. Einige ihrer Mitgliedsparteien werden von CHES ebenso EU-skeptisch eingestuft wie manche **Rechtspopulisten**.

Für die inhaltliche Bewertung haben die CHES-Wissenschaftler pro Land im Schnitt 16 Länderexperten, in der Regel Politikwissenschaftler, nach den

Positionen der Parteien auf vorgegebenen Politikdimensionen befragt und aus den Antworten den Mittelwert berechnet. Positionsdaten für die 14 wichtigsten EU-Staaten liegen aus dem Jahr 2017 vor, für den Rest aus 2014.

In der CHES sind außer der Links-rechts- und der Europa-Dimension noch weitere Parameter enthaltenen, wie etwa die Position zu Einwanderung oder zu Staatsausgaben. Diese hängen allerdings eng mit der Links-rechts-Dimension zusammen. Ein zusätzlicher Unterschied ist nur zu sehen, wenn man gesellschaftspolitische Dimensionen hinzuzieht: Hier wird deutlich, dass die liberalen Parteien der Alde-Fraktion zwar auf der Links-rechts-Skala eher rechts stehen, sich gesellschaftspolitisch aber deutlich von den konservativen Parteien abgrenzen und zu Themen wie Abtreibung oder der Ehe für alle liberale Standpunkte einnehmen.

Die Nachteile der CHES-Daten liegen darin, dass sie nicht jede Partei in der kommenden Legislaturperiode des EU-Parlaments beinhalten. Kleine Splitterparteien oder Ein-Personen-Listen sind nicht enthalten, ebenso wie Parteien, die nach 2014 beziehungsweise nach 2017 gegründet wurden. Mit wenigen Ausnahmen sind jedoch alle Parteien enthalten, die den politischen Diskurs in den EU-Staaten bestimmen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/peter-schaefers-ruecktritt-im-juedischen-museum-berlin-muss-beunruhigen-16247747.html?premium>

RÜCKTRITT IM JÜDISCHEN MUSEUM:

Da läuft etwas ganz fürchterlich schief

- VON DAVID N. MYERS
- -AKTUALISIERT AM 22.06.2019-16:28



Peter Schäfer wurde ein Opfer der immer giftigeren Auseinandersetzungen um Israel, analysiert David N. Myers, Professor für jüdische Geschichte, in seinem Gastbeitrag. Schäfers Rücktritt als Direktor des Jüdischen Museums Berlin muss beunruhigen.

Peter Schäfer gehört zu den weltweit angesehensten Kennern des antiken Judentums und lehrte bis vor kurzem in Princeton, wo er eine Generation führender Forscher auf dem Gebiet der Judaistik heranbildete. 2014 kehrte er nach fünfzehn Jahren in Amerika in seine Heimat Deutschland zurück und übernahm die Leitung des Jüdischen Museums Berlin (JMB), einer außerordentlich bedeutsamen Kultureinrichtung dieser Stadt. Er brachte ein ungewöhnlich breites Wissen, institutionelles Knowhow und Vertrautheit mit der einheimischen Kultur mit in sein Amt.

Vergangene Woche trat Schäfer plötzlich von seinem Amt zurück. Er wurde ein Opfer der immer giftigeren Auseinandersetzungen um Israel und die Israel-Kritik in Deutschland, Europa und Nordamerika. Als besonderer Katalysator wirkte eine mit dem JMB-Twitter-Feed verlinkte Petition, die gegen eine vom **Bundestag** am 17.Mai 2019 verabschiedete Resolution protestierte. Diese Resolution verurteilte nicht nur die Boycott-Divestment-and-Sanctions-Bewegung (BDS), sondern erklärte unzweideutig: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“ Auf dem Twitter-Feed des Museums hieß es, die Entscheidung des Bundestags sei im Kampf gegen den Antisemitismus nicht hilfreich.

Ein erstklassiger Leiter

Die scheinbare Kritik des Museums an der Resolution des Bundestags erregte den Zorn der israelischen Regierung und der organisierten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, die nun Druck auf deutsche Politiker auszuüben begann, um einen Wechsel beim Jüdischen Museum herbeizuführen. Gegner von Schäfer versuchten, Verbindungen zwischen künstlerischen oder programmatischen Entscheidungen und dem kürzlich erfolgten Besuch eines iranischen Kulturfunktionärs sowie dem Tweet herzustellen.

Das alles fügte sich nach Ansicht von Kritikern zu einer klaren antisemitischen Tendenz zusammen. Angesichts der steigenden Flut antijüdischer Äußerungen und Handlungen ist die wachsende Empfindlichkeit verständlich. Aber Schäfer mit dem groben Pinsel des Antisemitismus zu malen entbehrt jeglicher Glaubwürdigkeit. Er war einer der Ersten aus seiner Generation deutscher Christen, die viele Jahre in Israel verbrachten, um dort Hebräisch und Aramäisch, Talmud und Kabbala zu studieren. Er widmete seine gesamte berufliche Laufbahn dem Bemühen, Licht auf die jüdische Geschichte und Kultur von der Antike bis in die Moderne zu werfen. Und er war ein erstklassiger Leiter der im Kontext des Judentums wichtigsten kulturellen Institution Deutschlands.

Eine Kultur des Misstrauens

Sein Fall zeigt, dass da etwas fürchterlich schief läuft. Ganz abgesehen von der absurden Behauptung, Schäfer fördere in irgendeiner Weise den Antisemitismus, gibt es einen wachsenden und gefährlichen Hang, nicht nur die BDS-Bewegung mit Antisemitismus gleichzusetzen, sondern all jene als Antisemiten zu brandmarken, die es für zulässig halten, Unterstützung für die Bewegung zum Ausdruck zu bringen. Zur letztgenannten Gruppe gehören auch viele, die die BDS-Bewegung ablehnen und dennoch der Ansicht sind, dass man sie aus Gründen der Meinungsfreiheit nicht kriminalisieren dürfe.

Auch ich gehöre zu dieser Gruppe. Ich bin gegen die BDS-Bewegung, aber ich glaube nicht, dass der Ausdruck von Unterstützung für diese Bewegung verboten werden sollte. Ich bin außerdem Vorsitzender des Vorstands des New Israel Fund, der seit vierzig Jahren zu den führenden Unterstützern einer progressiven Zivilgesellschaft einschließlich der Menschen- und Bürgerrechte in Israel gehört. Der NIF unterstützt die BDS-Bewegung nicht. Das hindert fehlgeleitete Kritiker indessen nicht, haltlose Anschuldigungen gegen den Fund zu erheben – etwa die Behauptung, die Verteidigung der Menschenrechte in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten sei gleichbedeutend mit Antisemitismus. Leider fördert die Resolution des Bundestags eine Kultur des Misstrauens, die böswillige Gegner und wohlmeinende Kritiker in einen Topf wirft.

Die Zeiten in Deutschland – und in Europa – sind beunruhigend und von Ängsten geprägt. Es gibt schwerwiegende Gefahren, vor allem die wachsende Flut „illiberaler Demokratie“, wie sie ihren Ausdruck in Gruppierungen wie der AfD in Deutschland findet. Zugleich erleben wir eine beunruhigende Zunahme antisemitischer Äußerungen und Taten auf dem Kontinent. Sie stammen weit eher von rechtsextremen Neofaschisten und radikalen Islamisten als von Fürsprechern der BDS-Bewegung. Wir sollten uns auf die tatsächlichen Bedrohungen konzentrieren. Es ist wichtig, gleichermaßen die illiberale Fremdenfeindlichkeit und den Antisemitismus zu bekämpfen. Gelegentlich, aber keineswegs immer sind sie identisch. Wir dürfen uns bei diesem Kampf nicht zu extremen Maßnahmen hinreißen lassen, die zentrale demokratische Grundsätze aushöhlen. Solche Maßnahmen, auf die auch die Resolution des Bundestags hindeutet, können zu einer allgemeinen Kultur des Konformismus führen, die nicht nur die freie Meinungsäußerung, sondern auch jene kulturelle und künstlerische Innovation behindert, die ein Gütesiegel Deutschlands in seinen aufgeklärtesten Bereichen darstellt.

Die schlimmen Auswirkungen der Bundestagsresolution sind inzwischen spürbar, aber schon vor Monaten hatte ich eine unheimliche Vorahnung dessen, was da kommen sollte. Damals bat mich Schäfer, dem internationalen Beratungsbeirat des Jüdischen Museums beizutreten. Nach langer Verzögerung schrieb er mir, die zuständigen staatlichen Stellen hätten meine Berufung abgelehnt, und zwar aufgrund von Bedenken wegen meiner politischen Ansichten und meines Engagements (wahrscheinlich wegen meiner Verbindungen zum New Israel Fund). Das hatte nichts mit meiner Qualifikation im Blick auf die betreffende Aufgabe zu tun. Vielmehr zeigte sich darin das schädliche Eindringen politischer Erwägungen – und einer unverblümt rechtsgerichteten Agenda – in die Arbeit kultureller und künstlerischer Institutionen. Peter Schäfers Rücktritt als Direktor des Jüdischen Museums ist ein weiteres unheilvolles Indiz für die Macht der gegenwärtig herrschenden Illiberalität. Wir dürfen die Warnzeichen nicht übersehen. Zugleich sollten wir aber auch sehen, dass es eine andere Alternative für Deutschland gibt, die dem Weg der Urteilskraft, der Offenheit, der Gleichheit und der liberalen Demokratie folgt.

Aus dem Amerikanischen von **Michael Bischoff**.

David N. Myers ist Sady and Ludwig Kahn Professor für jüdische Geschichte an der University of California in Los Angeles und Vorsitzender des International Board des New Israel Fund.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ein-juedisches-museum-was-ist-das-ueberhaupt-16253726.html?premium>

ANTISEMITISMUS-DEBATTE:

Ein jüdisches Museum – was ist das überhaupt?

- VON HANNO LOEWY
- -AKTUALISIERT AM 26.06.2019-08:53



Der Streit um das jüdische Museum in Berlin wird erbittert geführt. Hanno Loewy, Direktor des jüdischen Museums Hohenems, benennt in seinem Gastbeitrag die Dimension: Es geht um die Definitionsmacht des Jüdischen.

Was bedeutet es, ein „jüdisches Museum“ zu sein? Und wer hat das Recht, darüber zu entscheiden? Manche Museumsgründer haben versucht, diese Fragen zu entschärfen, indem sie komplizierte Namen erfanden. Ein Museum in Laupheim nennt sich bis heute „Museum zur Geschichte von Christen und Juden“. Das zweitgrößte jüdische Museum Europas firmiert in Warschau unter dem Namen „POLIN – Museum der Geschichte der polnischen Juden“, und in Paris gibt es das „Museum für jüdische Kunst und Geschichte“. In Köln hat man sich auf „MiQua“ geeignet, was kurz „Museum im Quartier“ und lang „Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier“ heißen soll. Am Ende fragt aber jeder potentielle Besucher doch den nächstbesten Passanten nach dem Weg zum „jüdischen Museum“.

Nun ist der Streit um die Definitionsmacht des „Jüdischen“ rund um das Jüdische Museum Berlin aufs Neue und mit nie gekannter Heftigkeit entbrannt. Es lohnt, einen Blick in die Geschichte „jüdischer Museen“ zu werfen, um zu begreifen, wie viel dabei auf dem Spiel steht.

Begonnen hat diese Geschichte im neunzehnten Jahrhundert mit einer Krise des jüdischen Selbstverständnisses, mit der Auflösung traditioneller jüdischer Lebenswelten, der Säkularisierung auch des jüdischen Alltags, mit dem Niedergang von Landgemeinden und der Aufgabe von Synagogen. Und während in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts überall in Europa neu entstehende Nationen und Länder nach ihrer kulturellen „Identität“ suchten und die Grabung nach Artefakten oder auch ihre Fälschung den Markt für die neu entstehenden National- und Landesmuseen befriedigte, verwandelten sich auch jüdisch-religiöse Gebrauchsobjekte in Zeugnisse „kultureller Identität“ jenseits ihrer religiösen Funktion. Und zur potentiellen Ware auf einem zunehmend beliebigen Markt.

Die Schoa vernichtete nicht nur jüdisches Leben

Jüdische Sammler wie Isaac Strauss reagierten auf diese Krise, indem sie tatsächliche und vermeintliche jüdische Ritualobjekte zusammentrug und in ersten Ausstellungen, wie im Rahmen der Pariser Weltausstellung 1878, präsentierten. 1887 folgte mit der Anglo-Jewish Historical Exhibition in London die womöglich erste eigenständige Schau „jüdischen Kulturguts“. Die ersten Jüdischen Museen entstanden schließlich aus dem Anliegen, diese jüdischen Zeugnisse zu bewahren, zu beforschen und zu präsentieren, auch aus der Einsicht, dass die materielle Kultur des europäischen Judentums kaum Eingang in die sich soeben etablierenden Volkskundemuseen finden würde. Sie standen in der Trägerschaft jüdischer Gemeinden, ihnen nahestehender Kulturvereine oder religiöser Institutionen und wurden 1895 in Wien, 1904 in New York, 1906 in Prag, 1909 in Budapest, 1912 in

Worms, 1922 in Frankfurt am Main, 1927 in Breslau, 1932 in London, 1933 in Berlin und 1938 in Nikolsburg eröffnet. Es waren „Community-Museen“, denen der Versuch gemeinsam war, eine partikuläre Tradition in die europäische einzuschreiben. Heimat- und funktionslos gewordene Objekte sollten zu Trägern einer neu konstruierten kulturellen Überlieferung und einer besonderen historischen Identität umgedeutet werden. Schließlich begannen sich diese Museen auch in der Tradition der Wissenschaft des Judentums zu verstehen und entsprechend historisch-kritisch zu arbeiten.

Und dann war alles anders.

Mit der Schoa wurde nicht nur jüdisches Leben vernichtet, sondern auch die Erinnerung daran in Frage gestellt, und dies nicht nur von außen, sondern auch von innen. Mit der Entstehung des Staates Israel, so wurde kontrafaktisch behauptet, sei die jüdische Diaspora überhaupt Geschichte.



Der Menoraring aus dem 4. Jahrhundert wurde 2001 in der Schweiz gefunden. Er erinnert an den siebenarmigen Leuchter, den die Römer bei der Eroberung Jerusalems aus dem Tempel entwendeten. Die Arme symbolisieren die sieben Schöpfungstage. :Bild: Augusta Raurica/U. Schild

Die jüdischen Museen in Europa nach 1945 entstanden unter gänzlich veränderten Vorzeichen. Jüdische Museen waren nun, bis auf wenige Ausnahmen, nicht länger säkulare Schreine jüdischer Selbstvergewisserung. Nicht zuletzt in Deutschland oder in Österreich, aber auch in anderen Ländern sind die meisten jüdischen Museen in öffentlicher Trägerschaft entstanden und durch die öffentliche Hand finanziert. Das heißt, sie sind nicht den jüdischen Gemeinden gegenüber verantwortlich, sondern dem öffentlichen Interesse an allem, was als „jüdisch“ bezeichnet werden kann. So ist der Raum der jüdischen Museen notwendigerweise zweideutig. Und genau das mag das „Jüdische“ an ihnen sein. Denn das „Jüdische“ ist in seiner grob gesagt zweitausendsechshundertjährigen Geschichte – alles davor ist eher ins Reich mythischer Erzählungen einzuordnen – zu einem überwiegenden Teil Diasporageschichte und damit eine Beziehungsgeschichte zwischen jüdischen Minderheiten und den unterschiedlichsten sozialen, kulturellen, religiösen und schließlich nationalen Umwelten.

Eine Beziehungsgeschichte war dies, in der jüdische Lebenswelten, Kulturen und Geschichten in ihrer Vielgestaltigkeit und Widersprüchlichkeit vor allem von außen als etwas Hermetisch-Einheitliches imaginiert wurden – während **Juden** zurecht auf einem Pluralismus beharrten, auf einer nie enden wollenden Diskussion, in der Denkverbote eigentlich das einzige Tabu sind. Es ist aber auch eine Beziehungsgeschichte, die – wo immer Juden als Minderheit unter Christen oder Muslimen lebten und leben – davon geprägt ist, dass wir als Juden eben nicht nur eine Minderheit „für uns“ darstellen, die ihre Eigenheiten mehr oder minder bewahren will, sondern dass unsere Geschichte ein bedeutsamer Teil der Geschichte (und eben auch reklamierten, vereinnahmten Vorgeschichte) dieser in Europa christlich geprägten Mehrheitsgesellschaft ist.

Göttliches Privileg hat im Museum nichts verloren

So ist der Gegenstand „jüdischer Museen“ notwendigerweise die Zweideutigkeit in den Beziehungen zwischen Mehrheiten und Minderheiten, ein Spiegelkabinett, in dem sich beide Seiten betrachten und

dabei sich selbst immer auch als andere erkennen müssen. Ein Ort, an dem Identitäten in Frage gestellt werden.

Es ist kein böser Wille, wenn sich Christen oder Muslime mit ihren ganz eigenen Vorstellungen „vom Judentum“ mit jüdischen Selbstäußerungen beschäftigen, es ist schlicht unvermeidbar. Und es hat erst recht nichts mit „doppelten Maßstäben“ zu tun, wenn sich Christen und Muslime mehr mit dem beschäftigen, was in Jerusalem passiert als in Tibet oder Ruanda. Mit der Geburt von Christentum und Islam ist aus dem geographischen und ökonomischen Kreuzungspunkt (mit den ihn wechselnd kontrollierenden Mächten) eben auch der Ort geworden, an dem drei Monotheismen ihre Konflikte um die Deutung der Welt austragen. Das können wir ungerecht finden. Aber das ist irrelevant und letztlich auch eine Selbstüberhebung. Wenn irgendetwas an unseren ältesten Mythen dran ist, dann doch wohl, dass auch die Israeliten nur zu den vielen gehören, die dieses Land irgendwann, von außen kommend, für eine Zeitlang erobert haben. Es sei denn, wir glauben an ein göttliches Privileg – doch das hat im Museum nichts verloren.

„Jüdische Museen“ handeln im öffentlichen und nicht im göttlichen Auftrag. Sie sind wissenschaftliche Einrichtungen, folgen einem Bildungsauftrag und haben sich nicht zuletzt mit der ganzen Pluralität jüdischer Stimmen und Lebensäußerungen zu beschäftigen, genauso wie mit jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen, und dies unabhängig von politischer Einflussnahme. Zu ihren Gegenständen gehört jüdisches Leben gleich wo, ob in Berlin, New York oder Teheran, genauso wie das, was die Öffentlichkeit in Deutschland offenbar auch interessiert: Antisemitismus zum Beispiel oder die vielschichtige Realität des Staates Israel.

Wenn das Berliner Museum sein Publikum darüber informiert, dass 240 jüdische Wissenschaftler aus Israel und dem Rest der Welt (darunter vier Israel-Preisträger) eine andere Auffassung von „Antisemitismus“ haben als der Deutsche Bundestag, dann kommt dieses Museum nur seinen Aufgaben nach. Auch dann, wenn diese jüdischen Wissenschaftler finden, dass die pauschale Gleichsetzung von BDS (der Israel-Boykott-Kampagne) mit Antisemitismus dem Kampf gegen Antisemitismus mehr schadet als nutzt. Auch dann, wenn sich Juden in aller Welt, aber eben auch jüdische Museen weder von der israelischen Regierung noch von der deutschen Bundesregierung, aber auch nicht vom Zentralrat der Juden in Deutschland vorschreiben lassen, was „jüdisch“ ist und was nicht.

Die gegenwärtige Tabuisierung jeder offenen Diskussion über Israel oder über den Antisemitismus der Gegenwart, die in der Kampagne gegen das Berliner Museum seinen fatalen Ausdruck gefunden hat, sie trifft vor allem: Juden. Wenn jüdische Stimmen, die sich solchen Denkverböten nicht beugen wollen, mit versteckten und offenen Drohungen zum Schweigen gebracht werden, dann sind jüdische Museen, die dieser Vielfalt eine Bühne bieten, offenbar nötiger denn je.

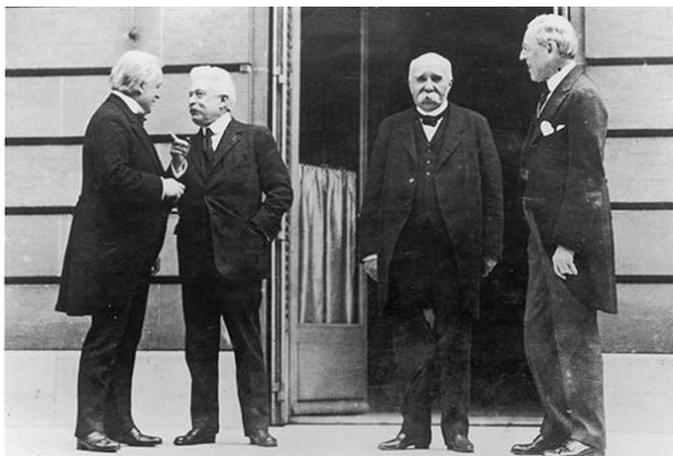
Quelle: F.A.Z.

Laurence Badel : « La grave erreur du traité de Versailles a été de vouloir imposer un modèle libéral à l'Europe »

Cent ans après la signature, entre les Alliés et l'Allemagne, du traité de paix qui a mis un terme à la première guerre mondiale, l'historienne appelle, dans un entretien au « Monde », à tirer les leçons de ce texte et de ses conséquences.

Propos recueillis par Gaïdz Minassian Publié aujourd'hui à 06h15, mis à jour à 07h02

Entretien. *Vainqueurs de la Première guerre mondiale, les Alliés signent le 28 juin 1919 le traité de paix dans la galerie des Glaces du château de Versailles. Français, Britanniques et Américains imposent à l'Allemagne, exclue des négociations, les conditions de la paix de Versailles. Avec cent ans de recul, Laurence Badel, spécialiste des relations internationales à l'université Paris-I-Panthéon-Sorbonne (UMR 8138 Sirice), revient sur les conséquences de ce traité de paix. Elle considère que les Européens n'en ont pas tiré toutes les leçons et met en garde les diplomaties occidentales actuelles tentées par la politique d'exclusion.*



De gauche à droite : les principaux représentants des Alliés signataires du traité de Versailles (1919) : Lloyd George (Royaume-Uni), Vittorio Orlando (Italie), Georges Clemenceau (France) et Woodrow Wilson (Etats-Unis). Mary Evans Picture Library / Photononstop / Mary Evans Picture Library / Photononstop

Avait-on le sentiment, lors de la signature du traité de Versailles, que les conditions imposées à l'Allemagne étaient de nature à nourrir les rancœurs des Allemands et à relancer une logique de guerre ? Vingt ans plus tard, éclatait la seconde guerre mondiale.

Représentants d'Etats démocratiques, les négociateurs avaient conscience des attentes très fortes de leurs sociétés, des grandes espérances comme des critiques qui se sont exprimées dès le début de la conférence de Paris, de la lourdeur des conditions imposées à l'Allemagne. Certains d'entre eux, à commencer par le jeune économiste du Trésor, John Maynard Keynes, membre de la délégation britannique, ont alimenté le discours sur une paix « *carthaginoise* ». Ce qu'elle ne fut pas : en dépit de l'extrême dureté des conditions imposées, le traité de Versailles ne détruisit pas l'Etat allemand, et l'Allemagne demeura une puissance européenne.

Quels sont les bons côtés de la paix de Versailles ?

Si l'on s'en tient au seul traité de paix entre les puissances alliées et associées et l'Allemagne, il faut expliquer qu'il ne crée pas un cadre fixe et figé dans le marbre mais un processus évolutif. Tout n'était pas joué en 1919-1920, ce qui a eu aussi, c'est certain, un caractère déstabilisant. Les articles du traité

laissaient souvent la possibilité d'évolutions ultérieures. Le traité de Versailles a aussi fait sortir de terre deux organisations internationales, la Société des nations [*SDN, l'ancêtre des Nations unies*] et l'Organisation internationale du travail (OIT), cette dernière (fondée par la partie XIII du traité de Versailles) ayant survécu sans solution de continuité jusqu'à nos jours. Par-delà l'essor des dictatures et la seconde guerre mondiale, ces organisations ont enraciné la diplomatie multilatérale et favorisé dans le domaine social, économique, sanitaire, culturel des échanges de pratiques et l'adoption de normes qui marquent encore notre temps.

Enfin, le « petit traité de Versailles », signé le même jour avec la Pologne, met en place un système d'internationalisation de la protection des minorités nationales, garantissant leurs droits civiques et politiques. Le dispositif a servi de modèle aux autres traités de 1919-1920.

La paix de Versailles constitue-t-elle un échec de la diplomatie de puissance ?

Paix « inachevée », « bâclée », paix « manquée », les épithètes ont été légion pour accabler les négociateurs de 1919. Elle conjugue en réalité le réalisme géopolitique, défendue par Georges Clemenceau [*le chef du gouvernement français*], et la « nouvelle diplomatie », incarnée par Woodrow Wilson [*le président américain*], une diplomatie de puissance et une diplomatie « des valeurs », comme l'on dit aujourd'hui. En cela, elle ne signe pas plus l'échec de l'une que de l'autre, d'autant que l'ensemble des négociateurs souscrivait à l'idée de fonder le nouvel ordre international sur le droit.

La paix de Versailles a été, fondamentalement, une paix de compromis, non avec l'Allemagne d'ailleurs, avec laquelle on ne négocia pratiquement pas, mais entre des Alliés aux intérêts contradictoires. Les livres récents des historiens français et allemands convergent en ce sens, que ce soit *La Grande Illusion. Comment la France a perdu la paix, 1914-1920* (Tallandier, 2016), de Georges-Henri Soutou ou bien deux livres allemands signés Eckart Conze (*Die Große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt* [Siedler, 2018, non traduit]) ou Jörn Leonhard (*Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923* [C.H. Beck, 2018]).



Manifestation contre les effets du Traité de Versailles, à Berlin, en 1920. Mary Evans Picture Library/Photononstop

Que reste-t-il aujourd'hui de cette « diplomatie de punition » menée par la France en 1919 ?

Faut-il négocier avec le diable ? La conférence de la paix de Paris de 1919 constitue un cas d'école car elle a lié, de manière inédite, le règlement de la guerre et la redéfinition de l'ordre international en faisant du pacte fondateur de la Société des nations le préambule du traité de Versailles. La grave erreur des négociateurs du traité de paix, par-delà le diktat, a été de ne pas associer les Allemands à la définition du nouveau système et, au-delà, de croire qu'ils imposeraient leur modèle idéologique libéral à l'ensemble de l'Europe. Cette politique d'exclusion comme la sous-estimation de la résistance des principes et visions du monde des adversaires doivent être méditées sans relâche par les hommes politiques, les diplomates, les fonctionnaires et tous ceux qui exercent une responsabilité internationale.

Selon certains observateurs, les problèmes que l'Europe rencontre aujourd'hui – rapports avec la Russie, la Turquie, la Hongrie, la Chine – ont pour origine les dysfonctionnements de la paix de Versailles. Qu'en pensez-vous ?

Je me refuse à ce type d'assimilation qui lisse les discontinuités historiques et exonère les dirigeants actuels de leurs responsabilités en culpabilisant les arrière-petits-enfants des négociateurs de 1919. En revanche, il existe toujours des représentations contrastées et non apaisées des traités de paix dans les Etats que vous citez. La fin du système bipolaire de la guerre froide, l'émancipation du bloc socialiste des Etats de l'« *Autre Europe* » (selon l'essai de l'écrivain polonais Czeslaw Milosz, paru chez Gallimard en 1980), l'échec du processus d'Oslo (1994), l'affirmation de la puissance chinoise ont ravivé, à l'échelle nationale, la mémoire des traités de paix.

Si l'on prend l'exemple de la Chine, la forte humiliation ressentie à Versailles du fait de l'attribution du Shandong au Japon n'explique pas sa politique hégémonique, mais a nourri une politique plus générale du ressentiment contre l'Occident (et le Japon) et de la compensation. Les guerres des Balkans des années 1990 ont ravivé dans une partie de l'opinion européenne la mémoire d'une politique alliée anti-allemande et anti-hongroise fondée sur l'alliance avec la Serbie au début de la Grande Guerre.

L'humiliation est un ressort des politiques internationales et il faut en tenir compte dans la définition des relations que l'on souhaite conduire avec ces Etats. Mais 1919 ne saurait décharger les dirigeants de 2019 des responsabilités qu'ils doivent assumer et des choix qu'ils font.

Laurence Badel est historienne, spécialiste des relations internationales à l'université Paris-I-Panthéon-Sorbonne (UMR 8138 Sirice).

Gaïdz Minassian

Fin des épreuves écrites, quota de boursiers : Sciences Po Paris chamboule sa sélection

Sciences Po Paris va supprimer ses épreuves écrites d'entrée en première année, au profit d'une sélection sur dossier, notes du bac et entretien.

Par Jessica Gourdon Publié hier à 17h06, mis à jour à 11h13



A partir de 2021, les candidats à Science Po Paris seront évalués à partir de leurs notes au lycée et au baccalauréat, et par un oral. MARTIN ARGYROGLO / SCIENCE PO

C'est une secousse dans le monde de l'enseignement supérieur : la fin du concours symbolique d'une grande école, et son entrée dans une nouvelle ère de la sélection, plus individualisée, où l'oral prend désormais la place de la sacro-sainte dissertation.

Sciences Po Paris a annoncé, mardi 25 juin, une refonte de sa procédure d'entrée en première année, à partir de 2021. Finies les épreuves communes d'admission, emblématiques du « concours à la française ». Terminées la dissertation d'histoire, l'épreuve en sciences économiques ou en philosophie et l'épreuve de langue vivante, trio sur lequel ont planché en 2019 plus de 5 000 lycéens.

Désormais, comme dans les universités anglo-saxonnes, la sélection s'effectuera essentiellement sur dossier : notes obtenues pendant le lycée, rédaction d'un « essai » personnel, résultats du bac. A ce tiercé s'ajoutera un oral, auquel seront soumis tous les candidats présélectionnés, et qui mêlera un entretien de motivation et une discussion autour d'un document.

La procédure sera identique pour tous, y compris pour les lycéens issus d'établissements étrangers (qui disposent aujourd'hui d'une procédure parallèle), ainsi que pour les jeunes des 106 établissements défavorisés avec lesquels Sciences Po a signé des « conventions éducation prioritaire » (CEP). Ce concours spécifique, créé en 2001 et basé sur des oraux, a permis à 160 jeunes d'intégrer Sciences Po en 2018 (environ 10 % de la promotion).

CSP+ en majorité

« Nous faisons face à une crise globale de la légitimité des élites, qui nous amène à remettre sur le métier toute notre procédure, explique Frédéric Mion, le directeur de l'établissement. Nous voulons plus de diversité des parcours et des origines, et nous voulons aussi prendre en compte divers critères d'excellence, pas seulement académiques : l'ouverture d'esprit, la persévérance, la capacité d'invention ou de résilience d'un candidat. » Il inscrit aussi cette réforme dans le contexte des

réflexions en cours pour amener plus de diversité dans la très haute fonction publique, pour laquelle Sciences Po constitue le principal sas d'entrée.

La fin du concours d'entrée en première année n'est finalement que la dernière marche d'une stratégie engagée il y a vingt ans par Richard Descoings, alors directeur de Sciences Po, pour assouplir un système qui avait tendance à sélectionner des étudiants aux profils trop homogènes. Outre les CEP, lancées en 2001, Sciences Po a supprimé, en 2013, l'épreuve de culture générale de son concours, considérée comme la plus discriminante socialement. Puis, en 2017, l'école a éliminé les épreuves écrites pour l'entrée en master au profit d'une sélection sur dossier.

Ces évolutions successives répondent à un biais largement documenté par la recherche. Alors qu'elles sont censées mettre tous les candidats sur la même ligne de départ, les épreuves écrites deviennent, dans un contexte d'hyper-sélection (14 % d'admis en première année à Sciences Po), un instrument de reproduction sociale des élites. Et un outil de légitimation de leur place par celles-ci.

Ainsi, à Sciences Po, la part d'enfants de CSP+ (catégories socioprofessionnelles supérieures) admis à l'examen d'entrée atteint 70 % (contre 18 % dans la population française), selon les derniers chiffres disponibles. Au vu de la sélectivité du concours, et d'après une enquête réalisée auprès de 700 étudiants de première année, la moitié des admis ont eu recours à des prépas privés pendant leur lycée, pour un coût moyen de 2 000 euros, renforçant encore les biais sociaux intrinsèques.

Une question de bon sens

« L'intérêt de cette nouvelle procédure, c'est de pouvoir sélectionner des candidats en les situant dans leur territoire, dans leur origine sociale, dans leur genre, et ainsi ne pas se centrer uniquement sur le mérite académique, extrêmement corrélé au niveau social de la famille », estime Vincent Tiberj, sociologue, qui travaille sur une réforme du même type à l'Institut d'études politiques de Bordeaux.

La suppression des épreuves écrites, qui représentaient par ailleurs un coût important pour l'établissement, est aussi, selon Sciences Po, une question de bon sens. Depuis quelques années, 12 % des admis – les candidats les plus brillants – étaient déjà dispensés d'épreuves écrites. *« La corrélation entre le dossier scolaire et la réussite de nos épreuves était très forte, observe Frédéric Mion. Elles confirment des résultats déjà mesurés par ailleurs. Elles ne nous apprennent rien de plus sur nos candidats. »* Et de préciser : *« S'il s'agit de tester la capacité des candidats à rédiger dans un temps limité, nous faisons confiance au bac. »*

Ou, pour être précis, au nouveau bac : avec cette nouvelle procédure, qui permet au passage à l'établissement de se glisser dans le calendrier de Parcoursup, Sciences Po joue aussi le jeu de la réforme du lycée. Celle-ci entre en vigueur pour les élèves de première à la rentrée et veut aussi valoriser la diversité des parcours et les compétences à l'oral. A Sciences Po, le mot d'ordre est clair : aucune spécialité ne sera requise pour être admissible.

Ce n'est pas la fin de l'hyper-sélection

Reste que la fin des épreuves écrites n'est pas du goût de tous. Le système pose la question de la prise en compte de la « valeur » des notes d'un lycée à l'autre, des notations plus ou moins sévères... Pour juger les élèves à l'aune de leur environnement, Sciences Po va se constituer « des outils d'évaluation » des établissements.

En outre, l'oral comporte aussi de nombreux biais sociaux. *« Il n'est pas moins discriminant que l'écrit, estime Annabelle Allouch, sociologue, maître de conférences à l'université de Picardie-Jules-Verne. Il agit différemment. Il faut savoir se mettre en scène, hiérarchiser ses idées, savoir ce dont on peut parler et ne pas parler. »* De plus, cette nouvelle procédure ne mettra pas un terme à l'hyper-sélection, au contraire. Avec la fin des épreuves écrites et l'entrée dans Parcoursup, Sciences Po

s'attend à « *une augmentation de 30 %, voire plus, des candidatures* » – et offrira toujours le même nombre de places en première année.

Outre la fin des écrits, l'autre changement majeur concerne les lycées conventionnés CEP. Le système avait montré ses limites. Si le dispositif a amélioré de manière significative la diversité à Sciences Po (le nombre de boursiers a quadruplé en dix ans), il était en partie détourné de son esprit initial, créant un effet d'aubaine. Parmi les bénéficiaires de cette voie d'entrée parallèle figurent environ 40 % d'enfants de CSP+ (chiffre qui a doublé en dix ans).

Quota de places pour les boursiers

Dans le nouveau système, 15 % des places de première année seront réservées aux candidats qui répondent aux critères sociaux d'une bourse de l'enseignement supérieur et qui sont scolarisés dans ces lycées conventionnés.

L'institution va d'ailleurs en doubler le nombre, passant de 106 à plus de 200 établissements. Le programme d'accompagnement à l'admission, qui restera ouvert à tous les lycéens, même non boursiers, sera aussi rénové, avec une visée plus large que l'entrée à Sciences Po.

Avec cette réforme, l'établissement s'engage désormais à recruter en première année un quota de 30 % de boursiers dans chaque nouvelle promotion. Un pourcentage deux à trois fois plus élevé que celui observé dans les grandes écoles de commerce. Mais équivalent à celui des masters à l'université.

Jessica Gourdon

„BOMBER’S BAEDEKER“:

Handbuch für den Feuersturm

- VON REINER BURGER
- -AKTUALISIERT AM 26.06.2019-12:48



Es war die Anleitung für die britische Luftwaffe, deutsche Städte aus der Luft zu vernichten. Nun haben Mainzer Forscher den „Bomber’s Baedeker“ digitalisiert. Auch für Bombenentschärfer ist es ein wichtiges Nachschlagewerk.

Es braucht nur ein paar Maus-Klicks, um den Masterplan für die Zerstörung Deutschlands zu finden. „The Bomber’s Baedeker. A Guide to the Economic Importance of German Towns and Cities“ heißt die erste systematische Übersicht über geeignete Ziele für Bombardements, Anfang 1943 von der britischen Regierung herausgegeben. Vor wenigen Tagen hat das Leibniz-Institut für Europäische Geschichte die zweite Auflage der bisher nur in wenigen Bibliotheken einsehbaren Zielliste, 1944 erschienen, [ins Internet gestellt](#). Forscher und interessierte Laien können nun eines der wichtigsten Dokumente zum Bombenkrieg gegen Hitler-Deutschland erschließen.

Als das britische Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung den „Bombers’s Baedeker“ fertigstellte, hatte die Royal Air Force (RAF) schon mehrere verheerende Angriffe auf Städte im Reich geflogen. Die „Area Bombing Directive“ an das „Bomber Command“ von Arthur Harris vom Februar 1942 hatte sich bereits als Schlüssel für immer fürchterlichere Erfolge erwiesen. Die Direktive markierte die Abkehr vom Präzisionsangriff. Fortan sollte das Hauptziel der Operationen „auf die Moral der gegnerischen Zivilbevölkerung gerichtet sein ..., insbesondere die Industriearbeiterschaft“.

Bomben im Gewicht von rund 1500 Tonnen

Als „Wegmarke“ der neuen tödlichen Taktik gilt der „Tausend-Bomber-Angriff“ auf Köln in der Nacht auf den 31. Mai 1942. 1330 Flugzeuge warfen in nur 90 Minuten Spreng- und Brandbomben im Gewicht von rund 1500 Tonnen ab. Erst mit diesem Angriff konnte „Bomber Command“ beweisen, „dass seine Kampagne zu einem eigenen Krieg erwachsen konnte“, schreibt Jörg Friedrich in seinem Standardwerk „Der Brand“. 12.000 Einzelbrände waren beim „Tausend-Bomber-Angriff“ auf Köln zu 1700 Großbränden verschmolzen, 480 Personen waren umgekommen, 5000 verletzt worden. Mit seinem öffentlichen Lob für das „Bomber Command“ sandte Premierminister Winston Churchill zugleich eine unmissverständliche Botschaft an Hitler-Deutschland: „Der nächste Höhepunkt wird noch gewaltiger sein. Köln ist nur die Vorankündigung dessen, was eine deutsche Stadt nach der anderen von nun an hinnehmen muss.“

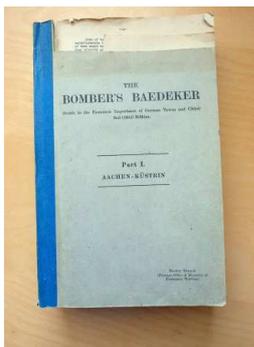


Köln 1945: Als „Wegmarke“ der neuen tödlichen Taktik gilt der „Tausend-Bomber-Angriff“ auf die Stadt am Rhein in der Nacht auf den 31. Mai 1942. :Bild: dpa

Dazu war freilich noch möglichst viel präzise Aufklärung und Planung nötig – nicht zuletzt, weil Bomberbesatzungen Städte „bestenfalls als verschwommene Silhouette im Mondschein“ sehen konnten, wie Friedrich schreibt. „Das Ziel in seiner Wirklichkeit sieht niemand, doch setzt eine Division von Ökonomen, Nachrichtendienstlern und Luftbildauswertern eine Anatomie Deutschlands zusammen, ‚The Bomber’s Baedeker‘“ – zynisch benannt nach den berühmten Reisehandbüchern, die Karl Baedeker nach 1832 herausgab.

Bombardierungswürdige Städte

Die erste Auflage des makabren „Reiseführers“ besteht 1943 aus detaillierten Beschreibungen von 392 deutschen Städten mit mehr als 15.000 Einwohnern. Ungeachtet der geltenden „Moral-Bombing“-Doktrin sollte der „Baedeker“ als Planungsgrundlage für Flächen- und Präzisionsangriffe gelten. Deshalb finden sich in dem Konvolut alle wichtigen Informationen über Eisenbahnlinien, Fabriken, Kraftwerke und Wohnsiedlungen in den aus britischer Sicht besonders bombardierungswürdigen Städten. Die zweite Auflage erschien 1944. Die beiden Bände „Aachen bis Küstrin“ und „Lahr bis Zwickau“ enthalten nun sogar kleine Orte mit weniger als 1000 Einwohnern, sofern die Briten dort kriegswichtige Betriebe vermuteten.



Analog: Titelseite des „Baedeker“ ... :Bild: Marcus Kaufhold

Zur schnellen Orientierung für die Piloten sind die aufgeführten Ziele in Prioritätskategorien von 1 bis 3 eingeteilt. Die Kategorie 1+ für Anlagen und Betriebe „von außerordentlicher Bedeutung für die deutsche Kriegsführung“ kam in der zweiten Auflage hinzu. In Stuttgart maßen die Briten der Robert Bosch AG „herausragenden Wert für die deutsche Rüstungsindustrie“ zu. Ebenfalls mit 1+ bewerteten sie die Vereinigte Deutsche Metallwerke AG in Frankfurt. Für Dresden finden sich zwar fünf Einträge der Kategorie 1 („wesentlicher Betrieb in einem wichtigen Industriezweig“), aber kein Betrieb mit „Höchstnote“. Trotzdem wurde die sächsische Hauptstadt noch kurz vor Kriegsende, Mitte Februar 1945, Ziel einer verheerenden britisch-amerikanischen Angriffswelle.

Schlussphase des Krieges

Uta Hohn, die heute einen Lehrstuhl am Geographischen Institut der Universität Bochum innehat, legte 1994 die erste ausführliche Auswertung der beiden Auflagen vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Briten auch viele Städte bombardierten, die vom Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung gar nicht in die Liste aufgenommen oder darin nur mit Betrieben der Kategorie 3 („geringe Wichtigkeit für die deutsche Kriegsführung“) verzeichnet worden waren. Hohn erklärt das mit der Politik, die Zivilbevölkerung zu demoralisieren, und mit strategischen Erwägungen.

In der Schlussphase des Krieges sei es zunehmend darum gegangen, die alliierten Bodentruppen zu unterstützen. Ein Beispiel ist Wesel. Im Februar 1945 legten britische Bomberverbände die kleine Stadt am Niederrhein mit drei Angriffswellen in Schutt und Asche. Trotzdem warfen am 23. März noch einmal 200 Flugzeuge 1100 Tonnen Bomben und Luftminen auf Wesel ab – auch die Ruinen, so glaubten die Alliierten, könnten noch Verteidigungswert für die Wehrmacht haben. Monatelang hatten die Alliierten für die Rheinquerung gebraucht. Erst als Wesel pulverisiert war, begann der Vorstoß tief ins Reich. Nur vier Wochen später erreichten amerikanische Soldaten dann Torgau, wo es an der Elbe zum symbolträchtigen Ereignis am Ende des Zweiten Weltkriegs kam: dem Handschlag mit Soldaten der Roten Armee.

Feuersturm angestoßen

Obwohl oder gerade weil die Alliierten im Frühjahr 1944 die Lufthoheit über Deutschland erlangt hatten, gingen die Bombardements verstärkt weiter. „Den Zustand des Ausgeliefertseins erreichten die Deutschen im Herbst 1944. Von da an fällt die dichteste Bombenmunition“, schreibt Friedrich. Mehr als die Hälfte ihrer Bomben in 60 Monaten Luftkrieg ließen die Briten in den letzten neun Monaten auf deutsche Städte niedergehen. Die britischen Luftkriegslogistiker arbeiteten ihren „Baedeker“ ab, indem sie sich nun gezielt ein erstmals Ende Mai 1943 in Wuppertal beobachtetes Phänomen zunutze machten: den durch eine Kombination aus Spreng- und Brandbomben ausgelösten Feuersturm.



... und eine Karte daraus. :Bild: Marcus Kaufhold

Erst nach Wuppertal und vor allem nach der verheerenden Operation „Gomorrha“ im Sommer 1943 gegen Hamburg setzte sich die Einsicht durch, „dass eine Stadt leichter abzubrennen als zu sprengen ist, ein ausreichender Brand aber beides verlangt“, wie Friedrich schreibt. „Der Feuersturm vollendet das Inbrandsetzungsverfahren, konnte aber bis September 1944 nicht produziert werden, nur angestoßen.“

In Dresden kam es am 13. Februar 1945 planmäßig zum Feuersturm, in Pforzheim zehn Tage später. Nur fünf Pforzheimer Betriebe der Kategorie 3 sind im „Bomber’s Baedeker“ aufgeführt. In der Schmuck- und Uhrenstadt am Nordrand des Schwarzwalds gab es für die Briten nach ihren Maßstäben also kein einziges Ziel von Bedeutung. Gleichwohl urteilt Friedrich: „Der militärische Wert Pforzheims war im Februar 1945 enorm gestiegen; er bestand ausschließlich aus seiner völligen militärischen Wertlosigkeit.“ Denn die Blockrandbebauung machte Pforzheim für einen Angriff

attraktiv, seine schmalen Gassen, die eng an eng stehenden Häuser, der schwache Feuerschutz. Nur 22 Minuten dauerte der Angriff, der einen verheerenden Feuersturm entfachte und 98 Prozent der Altstadt zerstörte.

Ein Fünftel der Einwohner kam ums Leben. In keiner anderen Stadt des Reiches war die erschütternde „Erfolgsquote“ so hoch. Am 16. März reichten in Würzburg dann sogar nur 17 Minuten Bombardement, um eine Feuerwalze zu produzieren, die 90 Prozent der Barockstadt vernichtete; 4000 bis 5000 Personen verloren ihr Leben. Auch in Würzburg gab es laut „Bomber’s Baedeker“ kein einziges Ziel der Kategorien 1+ oder 1. Bis auf das Umspannwerk, mit einer 2 („untergeordneter Betrieb“) bewertet, hatten die Briten allen erwähnten Firmen eine 3 gegeben.

Motiv für den Titel

In dem Band findet sich kein Hinweis darauf, warum die Autoren ihr Werk nach dem berühmten deutschen Reiseführer benannten. Zwar war „Baedeker“ schon vor dem Zweiten Weltkrieg auch in Großbritannien ein Synonym für Reiseführer. Doch liegt ein anderes Motiv auf der Hand: die in Großbritannien als „Baedeker-Raids“ bezeichneten Angriffe der deutschen Luftwaffe auf die südenglischen Städte Exeter, Bath, Norwich, York und Canterbury 1942. Diese Angriffe auf Städte, die militärisch unbedeutend waren, aber viele Denkmäler haben, hatte Hitler als Vergeltung für die Attacken der RAF auf die historischen Stadtzentren von Lübeck und Rostock befohlen.

Am 24. April 1942, dem Tag nach dem ersten Angriff auf Exeter, äußerte ein ranghoher Beamter des Außenministeriums während einer Pressekonferenz in Berlin, die deutsche Luftwaffe werde von nun an jedes Gebäude in Großbritannien bombardieren, das im „Baedeker“ als bedeutend markiert sei. Wahrscheinlich bekam die Zielliste als späte Reaktion darauf ihren Namen. Bald schon wurde er zur psychologischen Kriegsführung an die Presse zur gefälligen Verwendung durchgestochen.

Heute wichtiges Nachschlagewerk

Weil auch mehr als sieben Jahrzehnte nach der deutschen Kapitulation immer noch Zehntausende gefährliche Blindgänger unentdeckt im Boden liegen, ist „The Bomber’s Baedeker“ heute für die Bombenentschärfer der Bundesländer ein wichtiges Nachschlagewerk. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst Rheinland hat sich schon vor Jahren eine Kopie aus dem britischen Nationalarchiv beschafft.

„The Bomber’s Baedeker“ lässt zwar nur allgemeine Rückschlüsse zu, doch sie sind wichtig, um an den richtigen Stellen mit dem Suchen auf den Luftbildaufnahmen zu beginnen, die die Alliierten vor und nach den Bombardements von ihren Zielgebieten machten. Der Kampfmittelräumdienst des Landes Brandenburg hat sich 2012 von der Technischen Universität Cottbus sogar eine eigene Methodik zur Zusammenschau von Luftbildern, Akten und eben des „Bomber’s Baedeker“ erarbeiten lassen.

Quelle: F.A.Z.

155,90

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bevoelkerungszahl-in-deutschland-leben-mehr-menschen-als-je-zuvor-16256514.html>

EINWOHNERZAHLEN:

In Deutschland leben mehr Menschen als je zuvor

- AKTUALISIERT AM 27.06.2019-08:45

Obwohl in Deutschland viel mehr Menschen sterben als geboren werden, steigt die Bevölkerungszahl auf ein neues Rekordhoch. Auch der Ausländeranteil nimmt deutlich zu.

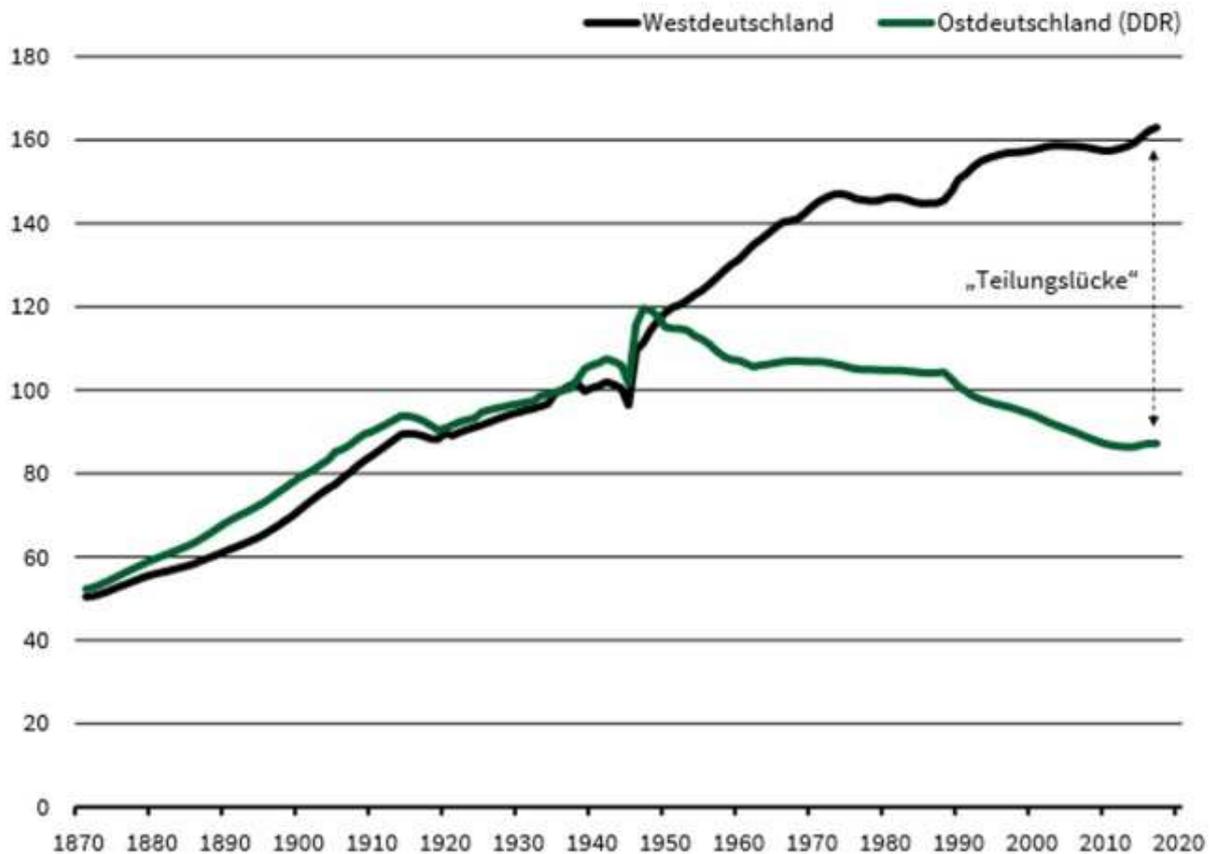
Die Bevölkerung Deutschlands ist im vergangenen Jahr um 227.000 Menschen gewachsen. Zum Jahresende lebten 83,0 Millionen Personen in Deutschland, das entspricht einer Zunahme um 0,3 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hat die Bevölkerungszahl damit erstmals die Marke von 83 Millionen Einwohnern überschritten.

Die steigende Bevölkerungszahl ist darauf zurückzuführen, dass 386.000 Personen mehr zu- als abwanderten. Allerdings lag dieser sogenannte Wanderungsüberschuss im Jahr 2017 mit 416.000 Personen noch höher. Gleichzeitig überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten um 167.000 (Geburtendefizit 2017: 147.000 Personen). Somit war der Wanderungsüberschuss etwas niedriger und das Geburtendefizit höher als im Vorjahr.

Die Bevölkerungsentwicklung verlief regional unterschiedlich: In absoluten Zahlen stieg die Bevölkerung am stärksten in Bayern (plus 79.500 Personen), gefolgt von Baden-Württemberg (plus 46.100) und Berlin (plus 31.300). Dagegen ging die Bevölkerungszahl in Sachsen-Anhalt zurück (minus 14.800), ebenso in Thüringen (minus 8100) und im Saarland (minus 3700).

Insgesamt bleibt ein deutliches Ost-West-Gefälle sichtbar: Die Bevölkerungszahl stieg in allen westlichen Ländern mit Ausnahme des Saarlands an. In den neuen Bundesländern verzeichnete hingegen nur Brandenburg einen Zuwachs (7900 Menschen), in den anderen Ländern war die Bevölkerungszahl rückläufig oder nahezu konstant. Insgesamt nahm die Bevölkerung der neuen Bundesländer (ohne Berlin) um 19.800 Personen (0,2 Prozent) leicht ab und ist nach Berechnungen des Ifo Dresden inzwischen sogar auf den Stand des Jahres 1905 zurückgefallen. „Die Einwohnerzahlen beider Landesteile driften trotz Wiedervereinigung nahezu ungebremst auseinander. Die anhaltende Wucht der deutschen Teilung wird bis heute in der Öffentlichkeit völlig unterschätzt“, sagte Studienautor Felix Rösel dazu.

Einwohnerzahl von West- und Ostdeutschland (1936 = 100)



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahl von Westdeutschland (inklusive Saarland) und Ostdeutschland (Gebiet der damaligen DDR) zwischen 1871 und 2017. Das Jahr 1936 ist auf 100 normiert. Quellen: Statistisches Amt der DDR (1990), Besser (2008) [mit weiteren Nachweisen], Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2018), Bolt et al. (2018). Eigene Darstellung. © ifo Institut.

Bild: F.A.Z. / ifo Institut

Ausländeranteil steigt auf 12,2 Prozent

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 11,7 auf 12,2 Prozent. Am 31. Dezember 2018 lebten rund 72,9 Millionen deutsche und 10,1 Millionen ausländische Staatsbürger in Deutschland.

Generell ergibt sich die Entwicklung der Bevölkerung zum einen aus den Geburten und Sterbefällen, zum anderen aus den Zu- und Fortzügen, die von den Meldebehörden den Statistischen Ämtern mitgeteilt werden. Zudem fließen Korrekturen in die Berechnung ein. Korrekturen entstehen, wenn Behörden zuvor mitgeteilte Datensätze vervollständigen oder berichtigen.

<http://www.lefigaro.fr/politique/l-assemblee-se-prononcera-debut-octobre-sur-le-lien-entre-l-antisionisme-et-l-antisemitisme-20190626>

L'Assemblée se prononcera « début octobre » sur le lien entre l'antisionisme et l'antisémitisme

- Par Arthur Berdah
- Publié le 26/06/2019 à 18:04

INFO LE FIGARO - Rédigé par Sylvain Maillard au lendemain de l'agression d'Alain Finkielkraut par des «gilets jaunes», ce texte vise à adopter la définition de l'Alliance internationale pour la mémoire de l'Holocauste (IHRA).

Cette fois, c'est la bonne. Et c'est Richard Ferrand lui-même qui l'assure. Selon le président du Palais Bourbon, contacté par *Le Figaro*, «les députés se saisiront de la proposition de résolution (de Sylvain Maillard) sur l'antisémitisme dès les tout premiers jours du mois d'octobre». Rédigé en février dernier - au lendemain de l'agression d'Alain Finkielkraut par des «gilets jaunes» - par le groupe d'étude sur l'antisémitisme de l'Assemblée nationale, le texte vise notamment à adopter la définition de l'antisémitisme telle qu'elle est présentée par l'Alliance internationale pour la mémoire de l'Holocauste (IHRA). En clair, il s'agit de reconnaître l'antisionisme comme une forme d'antisémitisme.

La résolution, qui aurait dû être discutée puis soumise à un vote symbolique de l'hémicycle le 29 mai dernier, a finalement été retardée au dernier moment. «Les débats qui se sont rallongés sur le règlement intérieur de l'Assemblée nationale n'ont pas permis de l'aborder dans le calendrier initialement prévu», regrette aujourd'hui Richard Ferrand. D'où son intention d'intégrer ce texte à la prochaine session parlementaire ordinaire, à savoir «début octobre». De quoi rassurer notamment Serge et Beate Klarsfeld qui, comme l'a révélé *Le Figaro* ce mercredi matin, ont apporté leur soutien à Sylvain Maillard et à sa proposition de résolution. Le député leur en a d'ailleurs remis un exemplaire en mains propres.

Que la proposition de résolution soit votée ou non, la position d'Emmanuel Macron vis-à-vis de l'antisionisme et de l'antisémitisme semble déjà arrêtée. Avant de se rendre au «Dîner du Crif» pour y prononcer un discours, le 20 février dernier, le président de la République a en effet passé un coup de fil au premier ministre israélien, Benjamin Netanyahu. Selon les informations d'i24News, confirmées à l'époque par l'Élysée, il lui a alors fait part de son intention d'endosser la définition de l'IHRA. L'entourage du chef de l'État avait toutefois souligné avec insistance le refus du président de modifier la législation ou la jurisprudence pour pénaliser l'antisionisme comme une forme d'antisémitisme.

27. Juni 2019, 16:35 Uhr

Statistisches Bundesamt

Jeder zweite Deutsche ist älter als 45



Der Anteil der Senioren in Deutschland wird immer größer - daran wird wohl auch die Zuwanderung nichts ändern. (Foto: Bernd Wüstneck/dpa)

- Deutschlands Bevölkerung ist dank der Einwanderer marginal gewachsen, zugleich wird sie im Schnitt immer älter.
- Schon jetzt ist jede zweite Person älter als 45, jede fünfte Person älter als 66 Jahre.
- Immer weniger Erwerbsfähige müssen immer mehr Senioren versorgen, denn in den kommenden Jahren geht die Babyboomer-Generation in Rente.

Von Markus C. Schulte von Drach

Deutschlands Bevölkerung ist 2018 weiter gewachsen. Mit etwa 227 000 Menschen mehr als im Jahr davor liegt der Zuwachs allerdings nur bei 0,3 Prozent. Und verursacht hat die Zunahme lediglich die Zuwanderung, sagt Sabine Bechtold vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden bei der Vorstellung der jüngsten "[Bevölkerungsvorausberechnung](#)" der demografischen Entwicklung.

Zwar, so Bechtold, steigen die Geburtenzahlen seit 2012. Aber es sterben immer noch mehr Menschen als zur Welt kommen. Immerhin sind mehr Personen zu- als abgewandert. Für die Zukunft gehen die Fachleute auch davon aus, dass die Bevölkerung noch bis mindestens 2024 leicht zunehmen wird. Spätestens ab 2040 aber dürfte sich der Trend umkehren.

Zugleich, und das ist die wichtigste Nachricht der Experten, wird die Zahl der Menschen im Erwerbsalter in den kommenden Jahren stark sinken, weil viel mehr altersbedingt aufhören zu arbeiten als nachkommen. Darauf wird Bechtold zufolge in den kommenden 15 bis 20 Jahren auch die Zuwanderung nur einen relativ geringen Einfluss haben.

530 000 Migranten jährlich, um die Erwerbstätigen auszugleichen

"Die Alterung der Gesellschaft ist schon weit fortgeschritten", [stellt Bechtold fest](#). 2018 lebten noch 51,8 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 66 Jahren in Deutschland. Doch "jede zweite Person in Deutschland ist heute älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre". Und in 30 Jahren wird etwa jede zehnte Person mindestens 80 Jahre alt sein. Gerade in den kommenden Jahren wird außerdem ein großer Teil der geburtsstarken sogenannten Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Die "Versorgungslast" der Bevölkerung im Erwerbsalter wird also auf jeden Fall deutlich zunehmen. Während 100 Erwerbsfähigen 2018 schon 60 potenzielle Leistungsempfänger gegenüberstanden, werden es 2038 schon 80 sein und könnte bis 2060 auf 83 bis 88 steigen.

Um 4,4 bis sechs Millionen wird die Zahl der Erwerbstätigen bis 2035 demnach abnehmen. Und bis 2060 werden voraussichtlich nur noch zwischen 40 und 46 Millionen Menschen im erwerbstätigen Alter sein. Würden diejenigen, die in Rente gehen, nicht wenigstens zum Teil durch Zuwanderer ersetzt, würde die Zahl der Erwerbstätigen bis 2035 sogar um neun Millionen schrumpfen. Vollständig ließen sich die "Verluste" dem Statistischen Bundesamt zufolge allerdings nur abfangen, wenn bis zu diesem Jahr jährlich 530 000 erwerbsfähige Menschen einwandern würden - mehr als jeweils in den Jahren 2016 bis 2018. Doch ausgehend von den bisherigen Erfahrungen ist es unwahrscheinlich, dass es dazu kommt.

"Der demografische Wandel zu einer alten Bevölkerung wird durch die Zuwanderung nicht gestoppt, höchstens abgemildert", sagt Bechtold. Das liegt Olga Pötzsch zufolge auch daran, dass Ost- und Südeuropa selbst ebenfalls eine starke Alterung erleben. Noch, erklärt die Expertin des Bundesamtes, kommen die meisten Zuwanderer von dort aus nach Deutschland, insbesondere aus Rumänien, Polen, Bulgarien sowie den Staaten des Westbalkans. Doch während weltweit Krisen auch in Zukunft dazu führen werden, dass Menschen hier Schutz suchen, wächst der Bedarf an jungen Arbeitskräften in Ost- und Südeuropa selbst. Die Zuwanderung durch Menschen im erwerbsfähigen Alter dürfte demnach deutlich nachlassen.

83 Junge und Alte auf 100 Versorger

Die Geburtenrate wird dieser Entwicklung kaum entgegenwirken. Zwar ist die Zahl der Kinder zwischen 2014 und 2018 durch mehr Geburten und die Zuwanderung seit Jahren wieder gestiegen und wird das bis Anfang der 2030er Jahre auch weiterhin tun. Für die Zeit danach rechnen die Fachleute aber höchstens mit einer Stabilisierung. Folge dieser Entwicklungen ist voraussichtlich, dass sich das Verhältnis von jungen Menschen unter 20 Jahren und im erwerbsfähigen Alter bis 66 Jahren gegenüber den Alten (mindestens 67) deutlich verschiebt.

Für 2060 etwa berechnet das Bundesamt bei einer moderaten Entwicklung bei Geburten, Zuwanderung und Lebenserwartung, dass auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter insgesamt 83 junge oder alte Personen kommen.

Deutliche Unterschiede sehen die Fachleute zwischen alten und neuen Bundesländern. Bis 2060 wird die Bevölkerungszahl im Westen voraussichtlich um vier Prozent, im Osten dagegen um 18 Prozent abnehmen - zumindest bei einer moderaten Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Nettozuwanderung. In den Stadtstaaten dagegen erwarten sie eine Zunahme von zehn Prozent. Überall aber sinkt in diesem Zeitraum die Zahl der erwerbsfähigen Personen.

"Die amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen erheben keinen Anspruch, die Zukunft vorherzusagen", betonen die Fachleute des Bundesamtes in ihrem Bericht. "Sie helfen zu verstehen, wie sich die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur unter bestimmten demografischen Voraussetzungen entwickeln würden." Damit ist nun wieder die Politik am Zug.

(Um die Entwicklung der Alterspyramide in Deutschland zu veranschaulichen, hat das Statistische Bundesamt [hier](#) eine [Infografik](#) veröffentlicht.)

28. Juni 2019, 10:56 Uhr

100 Jahre Frieden von Versailles

"Für die Franzosen waren die Deutschen Verbrecher"



*Vertragsunterzeichnung im Spiegelsaal von Versailles: Wo die Kriegsversehrten als Mahnung für die deutsche Delegation platziert wurden, ist auf dem Foto nicht zu erkennen.
(Foto: Süddeutsche Zeitung Photo)*

Mit dem Versailler Vertrag zerstoben die Hoffnungen der deutschen Demokraten auf einen milden Frieden. Historiker Gerd Krumeich über eine erniedrigende Inszenierung, linke Illusionen und das Trauma der deutschen Niederlage.

Interview von Barbara Galaktionow

Am 28. Juni 1919 wurde der Versailler Friedensvertrag unterzeichnet. Damit endete formell der Erste Weltkrieg. In Deutschland hatte man sich nach dem Sturz des Kaiserreichs im November 1918 Hoffnungen auf mildere Friedensbedingungen gemacht. Doch die Realität sah anders aus. Den Deutschen wurden harte Reparationen auferlegt - und sie mussten die Schuld für den Krieg auf sich nehmen. Historiker Gerd Krumeich erläutert, welche Demütigungen die Deutschen beim Friedensschluss hinnehmen mussten, wie Versailles den Verlauf der Weimarer Republik belastete und warum man auch heute noch auf die Verlierer einer Situation besonderes Augenmerk richten sollte.

Krumeich gilt als einer der führenden deutschen Weltkriegsexperten. Zuletzt hat er ein Buch über die Folgen des Kriegsendes in Deutschland veröffentlicht (Die unbewältigte Niederlage, Herder-Verlag, München 2018).

SZ: Herr Krumeich, wie lief die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Schloss von Versailles vor 100 Jahren ab?

Gerd Krumeich: Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs hatten sich eine spezielle Inszenierung ausgedacht. Im Spiegelsaal von Versailles, dort wo Bismarck 1871 das Kaiserreich ausgerufen hatte, wurde der Delegation aus Berlin ein lebendiger "Beweis" für die deutschen Menschheitsverbrechen vor Augen geführt. Vor den deutschen Abgesandten wurde eine Gruppe von fünf *Gueules cassées* platziert, also Soldaten mit schweren Gesichtsverwundungen. Einem fehlte die Nase, einem anderen das halbe Kinn, einer hatte eine Binde überm Auge. Das war offensichtlich so traumatisierend, dass kein beteiligter Deutscher in seinen Memoiren oder Berichten über Versailles in einem Wort darauf eingegangen ist. Auf den üblichen Bildern von der Vertragsunterzeichnung ist diese Szene nicht zu sehen. Deshalb ist die [Geschichte](#) auch völlig verschüttet gewesen. Erst vor etwa zehn Jahren hat der französische Historiker Stéphane Audoin-Rouzeau eine Postkarte entdeckt, auf der die *Gueules cassées* zu sehen sind, und das öffentlich gemacht.

Diese Szenerie stand ja in einer ganzen Reihe von Demütigungen, denen die deutschen Kriegsverlierer ausgesetzt waren.

So ist es. Die erste große Demütigung war, dass die Deutschen nicht zu den Friedensverhandlungen eingeladen wurden. Dann stellte die Verantwortlichkeitskommission im März 1919 in ihrem Bericht fest: Die Deutschen haben diesen Krieg geplant und brutalst durchgeführt. Dafür müssen sie bestraft werden. Drittens reisten die Deutschen Mitte April nach Versailles. Auf dem Weg dorthin wurden sie übrigens, wie der Journalist Victor Schiff so anschaulich berichtet hat, langsam durch das verwüstete Gebiet gefahren mit ihrem Zug. Die deutschen Delegierten konnten das kaum aushalten und weinten - so hatte sich keiner von denen den Krieg vorgestellt. In Versailles angekommen, wurden sie in ihrem Hotel eingesperrt wie Verbrecher. Sie durften nur in schriftlicher Form mit den Siegern verkehren. Und so ging es weiter, bis hin zur Übergabe der Friedensbedingungen, bis hin zur Unterzeichnung des Vertrags.

Dabei hatte sich die neue demokratische Regierung in Berlin nach dem Sturz des Kaiserreichs ganz anderes erhofft - nämlich mildere Friedensbedingungen. Woher rührte diese Erwartung?

US-Präsident Woodrow Wilson hatte Anfang Oktober 1918 in einem Briefwechsel gesagt, er verhandle überhaupt nur mit einer demokratisch gewählten Regierung. Mit den alten Gewalten könne es nur Kapitulation geben. In Deutschland war diese Aussage auch eines der großen Motive für die Demokratisierung der Reichsverfassung. Deshalb erwarteten die Deutschen, nun auch vernünftige Friedensbedingungen zu bekommen - und mussten schließlich erkennen, dass das absolut nicht der Fall war. Sie fühlten sich betrogen.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner ging in seiner Distanzierung von der alten Reichsführung sogar so weit, explizit die alleinige Kriegsschuld Deutschlands einzuräumen. Genau dieses Bekenntnis wurde dann aber von den alliierten Mächten als Beweis gegen Deutschland gewendet. Geradezu tragisch, oder?

Max Weber hat es als "Narretei" bezeichnet. Weber hat aufgrund der Eisnerschen Veröffentlichungen in der *Frankfurter Zeitung* im Januar 1919 einen sehr berühmten Artikel geschrieben über Schuld und Krieg. Da klagt er über diese banausischen Narren, die sich das so vorgestellt haben.

Aber war es denn völlig abwegig, dass sich das revolutionäre Deutschland bessere Friedensbedingungen erhoffte?

Man kann viel erhoffen. Doch die deutsche Zivilbevölkerung, auf deren Gebiet der Krieg ja nicht stattgefunden hatte, für die die Front letztlich sehr fern war, konnte sich einfach nicht vorstellen, was der Krieg in Frankreich angerichtet hatte. 13 Departements waren nahezu zerstört und 500 000 Häuser. Der ganze Norden Frankreichs war kaputt. Die Franzosen verlangten, dass Deutschland zahlen muss, auch weil sie Geld brauchten. Die Franzosen waren hochverschuldet bei den Amerikanern; Briten und Deutsche waren im Übrigen auch aufs Äußerste verschuldet. Dazu kam natürlich der über vier Jahre ungeheuer propagandistisch aufgestachelte Zorn auf den deutschen Aggressor, auf den *Boche*, den Barbaren. Für die Franzosen waren die Deutschen Verbrecher, weil sie 1914 den Krieg angefangen hatten.

Ging es bei der Frage der Kriegsschuld nicht vor allem um die Rechtfertigung der massiven Reparationsforderungen? Haben die Deutschen dem Vorwurf erst selbst so hohe Bedeutung verliehen, indem sie so darauf herumritten?

Die Deutschen spitzten es tatsächlich auf diese Frage zu, aber sie waren damit nicht alleine: Wer hat Schuld am Weltkrieg - diese Frage stand im Zentrum des Interesses aller Länder. Das hat damals natürlich sehr viel geheißen. Da waren, wie Clemenceau am 17. Juni 1919 sagte, sieben Millionen Tote - man wusste ja damals nicht, dass es noch sehr viel mehr waren. Das Blut von sieben Millionen Toten, so Clemenceau, "düngt den Boden Europas" und die Deutschen sollten alleine daran schuld sein. Wie konnte man mit diesem Vorwurf leben? Wo die Deutschen doch bisher dachten, sie hätten einen Verteidigungskrieg geführt.

Hätten die Deutschen den Versailler Vertrag auch einfach nicht unterschreiben können?

Wer will's wissen? Der deutsche Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann hielt den Vertrag für unannehmbar - und trat zurück. Auch Max Weber riet als Sachverständiger der deutschen Delegation dazu, nicht zu unterschreiben. Ob der Krieg dann tatsächlich wiederaufgenommen worden wäre? Kenner der Materie in Frankreich bezweifeln das. Sie sind der Ansicht: Die französischen Frontsoldaten wären auf keinen Fall mehr marschiert.

Die Schmach und die harten Bedingungen des Versailler Vertrags befeuerten in Deutschland die Debatte darüber, ob nicht die Revolution verantwortlich sei für diese extreme Niederlage, die sogenannte Dolchstoßlegende entstand. Sie sehen darin einen realen Kern - das müssen Sie erklären.

Der Gedanke, dass Deutschland noch hätte siegen können und nur von kommunistischen Juden oder jüdischen Kommunisten in der Heimat daran gehindert worden sei - das ist die Dolchstoßlegende, wie die Nazis sie propagiert haben. Und die verbreitete nach Versailles ihre ganz zerstörerische Kraft. Doch der Punkt für die meisten Zeitgenossen war nicht die Frage: Hätten wir noch siegen können? Der Krieg war verloren, das wussten sogar die verantwortlichen Militärs. Es ging um die Frage: Hätten wir einen milderen Frieden bekommen können?

Und das war nach der Revolution nicht mehr möglich?

Sehen Sie, noch am 30. Oktober 1918 sagte der alliierte Oberkommandierende, Marschall Ferdinand Foch, im Alliierten Rat, man dürfe den Deutschen nicht zu schwere Bedingungen stellen, sonst könnte sie das dazu bewegen, noch einmal zu kämpfen. Die Deutschen standen da noch in Nordfrankreich und Belgien. Nicht nur die deutschen, auch die französischen und die britischen Soldaten wollten angesichts eines offenbar bevorstehenden Friedens nicht mehr kämpfen, das ist ganz klar. Keiner wollte mehr sterben zu dem Zeitpunkt. Doch am 8. November vormittags - die Revolutionäre hatten in München bereits die Macht übernommen und die Revolution in Berlin war in vollem Gange - sagte Foch in Compiègne zum deutschen Verhandlungsführer Matthias Erzberger sinngemäß: "Sie haben nichts mehr zu verhandeln." Das war der riesige Unterschied. Noch "im Feindesland stehend", wie es damals hieß, hätte man womöglich bessere Friedensbedingungen erzielen können als nach einer Kapitulation.

"Dass Weimar scheiterte, war kein Zufall"

Sie behaupten also, dass die Revolutionäre, die einen demokratischen Staat aufbauen wollten, dem damaligen Deutschland geschadet haben, wenn auch, ohne es zu wollen?

Wenn Sie es so zuspitzen wollen, ja. Aber ich habe nicht ein Wort der Kritik, dass die Revolutionäre es anders hätten machen können. Für sie war der Krieg eben auch so weit weg, sie konnten nicht ahnen, was der Krieg für Frankreich bedeutete und auf welche Unnachgiebigkeit sie da treffen würden.

Ihnen zufolge belastete ein bislang unbeachtetes Weltkriegstrauma, das sich aus der krassen Niederlage ergab, die Weimarer Republik. Woran machen Sie das fest?

Ich muss als Historiker versuchen, an die Menschen von damals dranzukommen. Wenn ich mir vorstelle, ich wäre ein Soldat von damals: Ich habe die Schlachtfelder von Verdun und Somme überlebt, ich habe nur alle vier Wochen meine Unterhosen gewechselt und ich habe gesehen, wie der Kamerad neben mir durch eine Explosion zerrissen wird. Ich habe all das ausgehalten in der Überzeugung, dass es für Deutschland notwendig ist. Dann komme ich zurück. Und statt großer Ehren und Triumphbögen heißt es bloß: "Ja schön, dass du wieder da bist, aber jetzt ordne dich bitte ein, du wirst einfach genauso versorgt wie die Zivilbeschädigten." Deutschland war unfähig, der Gefallenen zu gedenken, die Verwundeten zu würdigen, gemeinsam eine Gedenkkultur zu entwickeln. Viele Soldaten haben es trotzdem genauso gemacht, sie waren froh, ihr Gewehr in die Ecke zu stellen. Doch es gab eben auch 200 000 bis 400 000, die mit dieser Behandlung nicht zufrieden waren. Die Stahlhelmer und so weiter, die keineswegs bereit waren, Frieden zu schließen und sich einzuordnen.



Der Historiker Gerd Krumeich gilt als einer der besten deutschen Kenner des Ersten Weltkriegs. Er hat zahlreiche Bücher zum Thema geschrieben und herausgegeben. Zuletzt erschien: Die unbewältigte

Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Herder, Freiburg 2018. Krumeich war bis zu seiner Emeritierung 2010 Professor für Neuere Geschichte an der Uni Düsseldorf.

(Foto: Herder-Verlag)

Hatten nur kämpfende Soldaten das Trauma des verlorenen Krieges oder erstreckte sich das auf die Deutschen insgesamt?

Ich weiß, dass sich diese Auseinandersetzung durch alle Schichten der Weimarer Republik zog, aber exakt lässt sich das schwer sagen. In Deutschland gab es 1928/29 - also zehn Jahre nach dem Krieg - eine Explosion des Kriegsgedenkens. Plötzlich wollten Millionen Menschen Remarques "Im Westen nichts Neues" lesen. Ich habe mich gefragt, was war da los? Und so bin ich auf die Idee eines kollektiven Traumas gekommen. Hunderttausende hatten dasselbe erlebt: die Niederlage an sich - und dann noch die Schmach von Versailles. In zwei Gruppen war das Trauma besonders verbreitet. Unter den Soldaten und bei den Kriegskindern. Die führenden Nazis entstammten fast immer der Kriegskinder-Generation. Man muss sich einmal vorstellen, was das hieß, wenn man mit 15 Jahren dastand und war vollgepaukt worden mit Siegesnachrichten und auf einmal war alles nur noch der letzte Mist. Wie wolltest du das denn verstehen? Wie konnte es dazu kommen? Und dann kam da einer und hat eine falsche, aber simple Antwort: "Der Jude war's."

Das klingt nach einem direkten Weg vom Kriegstrauma zu Hitler. Ist Ihre Sicht nicht zu fatalistisch? [Andere Historiker wie zum Beispiel Robert Gerwarth](#) betonen, dass es in der Weimarer Republik eine enorme Aufbruchstimmung gegeben hat und der Ausgang des demokratischen Experiments offen war.

Es ist richtig, dass meine Gesamtsicht recht düster ist. Ich übersehe die Aufbruchstimmung nicht, auch nicht die vielen demokratischen Errungenschaften, und ich will auch nicht sagen, dass Weimar scheitern musste. Vielleicht hätte es ja andere Wege der Trauma-Überwindung geben können. Aber dass Weimar scheiterte, war kein Zufall und ist auch nicht hauptsächlich mit der Weltwirtschaftskrise zu erklären. Diese Krise hat andere Länder auch schlimm getroffen, die deshalb aber nicht in den Faschismus abstürzten. Für mich ist die Ausgangsbelastung, nämlich die nicht verstandene Niederlage, und dann noch "Versailles", einfach zu stark gewesen und hat der Republik den inneren Frieden versagt, der nötig gewesen wäre.

Warum blieb das kollektive Trauma nach dem Zweiten Weltkrieg aus? Die Deutschen haben ihn ja auch verloren - und dass sie ihn angezettelt haben, steht außer Frage.

Das ist eine ganz andere Situation. Der Krieg war komplett nach Deutschland gekommen. Es stand kein Haus mehr und kein Stein mehr auf dem anderen in den Städten. Die Zivilisten hatten alles erlebt, was die Soldaten auch erlebt hatten. Jeder wusste, dass das kein Verteidigungskrieg gewesen war. Die Deutschen waren besiegt und besetzt und wussten, dass sie Schrecklichstes angerichtet und mitgetragen hatten. Daraus kann sich kein kollektives Trauma entwickeln, auch wenn viele Menschen individuell traumatisiert wurden.

Mir scheint Ihre These von der nichtverarbeiteten Niederlage womöglich auf ein anderes Ereignis in der deutschen Geschichte zu passen: den Zusammenbruch der DDR. Sehen Sie das auch?

Das ist ein sehr interessantes Phänomen, dieser Zusammenbruch der DDR und was die Politik da für Fehler gemacht hat in der Integration der neuen Bundesbürger. Um es bildlich zu sagen: In Berlin haben sie auf der Mauer noch getanzt, als schon die ersten Notare und Grundstückspekulanten in Leipzig einfielen.

Ich meine vor allem den Punkt, dass die Erfahrung der DDR-Bürger entwertet wurde und ein Gefühl der Trauer um den verlorenen Staat in all der Wende euphorie nicht opportun schien.

Es ist damals sicherlich nicht genug getan worden, um den Menschen in Ostdeutschland ihr Selbstbewusstsein zu lassen. Sie sollten jetzt einfach dem Westen angegliedert werden, hier war alles besser, es gab neue Telefonzellen, mehr Geld und - basta! - nun sollten sich die Ostdeutschen arrangieren. Das wurde ohne Rücksichtnahme durchgesetzt, auch auf Gefühle, dass vielleicht auch die DDR trotz aller Schikanen manche Vorzüge hatte, insbesondere in der Gleichstellung der Frauen und der Gesundheitsvorsorge. Das hätte man ja diskutieren können.

Muss man also gerade auf die Verlierer einer historischen Situation immer ein besonderes Augenmerk richten?

Absolut, man muss schauen, dass der Verlierer nicht zu viel verliert - das ist extrem wichtig. Auch heutzutage in weltpolitischen Auseinandersetzungen. Wie geht man um mit Leuten, die in einer historischen Situation verloren haben, aber weiterleben? Wie kann man die integrieren? Das ist eine interessante Aufgabe. Aber nicht für den Historiker.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wie-fluechtlinge-in-buedingen-ihre-situation-erleben-16257423.html?premium>

FAZ PLUS ARTIKELFLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN:

Sind wir noch willkommen?

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 28.06.2019-06:43



Viele Flüchtlinge fühlen sich um ihre Hoffnungen betrogen. Die Enttäuschung über ihre Situation ist groß. Und die Zahl der Helfer nimmt ab. Ein Besuch in der hessischen Kleinstadt Büdingen.

Irgendjemand musste Mohammed Fared verraten haben. Jedenfalls tauchten plötzlich Milizen im Haus seiner Eltern auf und fragten nach ihm. Es lief das Gerücht, er sei zu Assads Armee übergelaufen, und das galt als Kapitalverbrechen, seit Kurden die Macht über das Dorf im Norden Syriens übernommen hatten. Der Vater gab Schutzgeld. Aber die Männer kamen wieder. Einen Freund hatte Mohammed schon verloren, als er unterwegs mit dem Moped von einer Bombe getroffen worden war. Er macht eine Geste: Kopf ab! Das blühe in seinem Dorf jedem, der zur falschen Partei gehöre, oder zu keiner, wie er. Die Eltern gaben ihm tausend Euro für die Flucht.

An der türkischen Westküste angekommen, musste er seine Tasche auf einen großen Haufen werfen, zu dem Gepäck der anderen **Flüchtlinge**. Viel war ihm ja nicht geblieben. Und jetzt musste er auch noch mit ansehen, wie die Schlepper die Taschen in ein Schlauchboot trugen, aufs Meer hinausfuhren und sie über Bord warfen. Versenkt, mitsamt den Papieren. Das Boot war jetzt leicht genug für die Überfahrt. Mohammed packte der Zorn. Da spürte er einen Revolverlauf an seiner Schläfe und gab den Widerstand auf. Seinem kleinen Neffen, der mit ihm geflohen war, erklärte er es wie immer: Das ist nur ein Spiel, ein Teil des großen Abenteuers, das an der türkischen Grenze begonnen hatte, ein endlos langer Urlaub. Irgendwie kamen die beiden nach Deutschland.

Mohammed sitzt im Café des Büdinger Rewe-Markts. Neben ihm Daniela Kaiser und Katja Schneidt, die in der hessischen Kleinstadt zu den wenigen verbliebenen Flüchtlingshelfern gehören. Katja Schneidt ist eine lokale Berühmtheit. Sie schreibt Bücher, war oft im Fernsehen. Dort machte sie sich wenig Freunde mit den klaren Worten, die sie über die Situation in den Flüchtlingsunterkünften ihrer Heimatstadt sagte. Die Lokalpolitiker wollten das alles nicht hören. Man muss der in Büdingen außergewöhnlich erfolgreichen **NPD** doch nicht noch weitere Wähler in die Arme treiben. Aber hilft es, die Wahrheit zu verschweigen?

Rückzug und Isolation

Sie werden eine große Wut bei den Menschen erleben, hat Katja Schneidt im Voraus gesagt. Als wir die Unterkunft in der Mühltorstraße besuchen, ist dort aber erst einmal niemand anzutreffen. Eine gespenstische Ruhe liegt über dem Anwesen. Die Jalousien sind heruntergelassen, Rufe bleiben unbeantwortet, eine Klingel gibt es nicht, aber die Tür steht offen. Also hinein. Der Flur ist dunkel und modrig. Über der Diele liegt ein beizender Geruch, im Bad ist der Brechreiz kaum zu unterdrücken. Im Zimmer nebenan sitzen zwei Männer und wissen nicht wohin mit sich und der Zeit. Sie holen eine

Gabel hervor und halten sie wie ein Beweisstück in die Luft, es ist die einzige, die sie haben, und auch noch kaputt. Das Zimmer ist schlicht möbliert, nicht unbewohnbar, aber die Stimmung ist morbide. Meist schlafen die Männer bis in den späten Mittag. Arbeiten dürfen sie nicht. Abends gehen sie hinaus, treffen sich mit Freunden, lassen die Zeit vergehen. Wenn sich Gruppen bilden, kann es schon mal brenzlich werden. So leben sie schon seit Jahren vor sich hin, ein Teil der unsichtbaren Gemeinde der Geduldeten, knapp vierhunderttausend sind es schon.

Katja Schneidt ist eine energische Frau. Auch sie ist manchmal wütend. Beispielsweise auf die SPD. Schneidt ist Mitglied dieser Partei, über die Ansichten ihrer Genossen muss sie sich in letzter Zeit oft wundern. Wenn sie davon erzählt, was sie täglich erlebt, heißt es, sie habe die falsche Einstellung. Oder man nennt sie Rassistin. Ende der Diskussion. Als ob sie sich seit mehr als 25 Jahren aus rassistischen Motiven für Flüchtlinge engagierte.

In der Erlebnisbäckerei Brotzeit in der schmucken Büdinger Altstadt hängt ein Plakat, auf dem sich Bürger der Stadt als weltoffene, bunte Gesellschaft präsentieren. Man wird diese Leute in den Unterkünften nicht antreffen, sagt Schneidt, aber natürlich wissen sie besser, wie es dort wirklich aussieht. „Das nervt, das nervt richtig.“ Katja Schneidt ist längst eine Einzelkämpferin. Es gibt noch einige Bürger, die mit Flüchtlingen musizieren oder Honig schleudern. Sie will das nicht kleinreden, es sei richtig und gut, aber worauf es wirklich ankomme, das sei die Arbeit mit den Behörden. Oft sprechen sie Flüchtlinge auf der Straße an, bitten sie, schnell noch ein Formular auszufüllen. Mohammed schüttelt den Kopf. Bürokratie! Er versteht sie nicht.

Blind lässt er sich nach hinten fallen und sagt: „Ich habe Rücken.“ Rückhalt, korrigiert Daniela Kaiser nachsichtig, die sich von der anderen Seite gegen ihn lehnt. Mohammed hat Glück. Andere nicht. Sie müssen allein klarkommen. Auch Mohammed hat eine Zeit in einem Flüchtlingsheim verbracht. Oh mein Gott, dachte er, als man ihm das Zimmer zuwies. Womit habe ich das verdient? Man muss das relativieren. Manche Vermieter, sagt Schneidt, geben sich richtig Mühe, aber das sei eher die Ausnahme. Mit Flüchtlingswohnungen lässt sich viel Geld verdienen. Der Tagessatz liegt bei fünfzehn bis fünfundzwanzig Euro pro Person. Die wenigsten Unterkünfte sehen danach aus.

Religion als Rettungsanker

Mohammed rennt auf die Straße. Er hat zwei Freunde gesehen und muss sich unbedingt mit ihnen unterhalten. Das dauert ein Weilchen. Er ist ein geselliger Typ, trotzdem hat er nur wenig Kontakt zu Einheimischen. „Die Deutschen halten nicht zusammen“, sagt er mit einer Mischung aus Missmut und Enttäuschung. Die Schnittflächen zwischen den Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung sind sehr klein. Das wundert nicht, wenn man einmal versucht hat, ein Flüchtlingsheim zu betreten. Das geht nicht, sagen die Behörden, wir müssen die Flüchtlinge schützen. Dass ein Flüchtling nicht nur geschützt, sondern auch einmal besucht werden will, ist im Regelwerk nicht vorgesehen. Dunkel erinnert man sich an das Wort Willkommenskultur.

So haben es Flüchtlinge schwer, sich aus ihren Milieus zu lösen, aber manche müssen das tun, um sich frei entfalten zu können. Die Zahl dieser Personen schätzt Schneidt auf zwanzig bis dreißig Prozent. Die große Masse lebe zurückgezogen in ihren Milieus, sagt Schneidt, die immer selbstbezogener und konservativer würden, je breiter der Graben zur Bevölkerung werde. Der Glaube wird dann zum Rettungsanker. Er gibt denen, die sich in der neuen Welt ungeliebt fühlen, eine Heimat und ein Überlegenheitsgefühl. Und er wird nicht immer so modern interpretiert, wie sich Politiker das wünschen. Katja Schneidt, die sich in den christlichen Kirchen nicht geborgen fühlte und deshalb zum Islam konvertierte, musste erleben, wie mancher ihrer muslimischen Bekannten, der vorher eine offene Weltsicht hatte, immer engstirniger wurde. Manche Frau trage jetzt einen Schleier, obwohl sie in ihrer Heimat unverhüllt war. Selbstverständlich sagen sie, das sei allein ihre Entscheidung.

Wer sich an die Gruppenregel hält, fühlt sich unangreifbar, sagt Katja Schneidt. Man spreche geringschätzig über den Staat und die Deutschen, trotz der materiellen Hilfe und dem Schutz, den sie bieten. Man hat ihnen eben mehr versprochen. Menschlichkeit, Wärme. Und überhaupt: Wir waren doch willkommen! Jetzt stehen sie auf der großen Party und niemand will mit ihnen reden. Man

wünscht sie sich unsichtbar. Also legen sie das Geld auf einen Haufen, knipsen ein Foto und schicken es in die Heimat. Niemand weiß dort, wie sie hier wirklich leben. Auch Mohammed hat es so gemacht. Seine Familie hat alles getan, um ihm die Flucht zu ermöglichen, er will sie nicht enttäuschen.

Gefühl der Nutzlosigkeit

Mohammed ist von Deutschland enttäuscht, da muss er nicht lange überlegen. Er sagt ja auch nur, was viele denken. Er steht jetzt am Bahnhof in einer Gruppe von Flüchtlingen, einem Chor der Empörten. Man schimpft über die vergammelten Unterkünfte, die Jobcenter, die keine Arbeitserlaubnis geben. Die Idee, einen Pinsel in die Hand zu nehmen und wenigstens das eigene Zimmer zu streichen, scheint fernzuliegen.

Katja Schneidt kann das Gemeckere nicht mehr hören. „Man muss auch sagen, dass viele zu wenig tun. Es gehen viel zu wenige in die Sprachkurse. Viele haben kein Interesse daran. Das ist auch eine Realität.“ Fared schaut betroffen. Angesichts dessen, was er in Syrien erlebt habe, sei Deutschland doch ein Paradies, fährt Schneidt fort. Warum wollten sich nur so wenige integrieren?

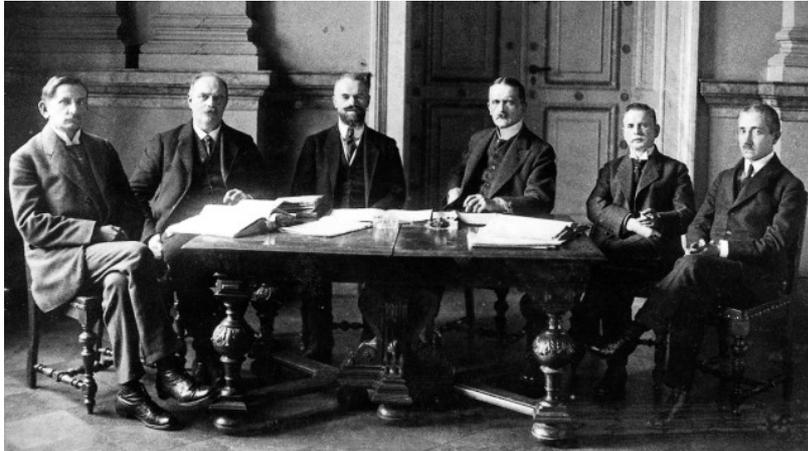
Das liegt am Einzelnen wohl so sehr wie an der fehlenden Perspektive, an dem Herumdämmern in den Heimen und dem sich aufschaukelnden Missmut. Man habe keine Vorstellung von der Scham, mit der Flüchtlinge auf die Straße gehen, sagt Mohammed, besonders die Frauen. Sie fühlen sich schuldig, nutzlos. So stehen sie herum und lassen die Zeit verstreichen, in Büdingen, Darmstadt oder Gießen, als hätte man sie am falschen Ort abgestellt und einfach dort stehen lassen, während Menschen zielstrebig an ihnen vorübergehen.

Quelle: F.A.Z.

28. Juni 2019, 14:25 Uhr

100 Jahre Friedensvertrag von Versailles

"Wir kennen die Wucht des Hasses"



*Die Mitglieder der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles, v.li.: Prof. Walther Schücking, Reichspostminister Johann Giesberts, Reichsjustizminister Otto Landsberg, der Leiter der deutschen Delegation Reichsminister des Auswärtigen Dr. Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, Präsident der preußischen Landesversammlung Robert Leinert, Dr. Karl Melchior.
(Foto: Süddeutsche Zeitung Photo)*

Vor 100 Jahren endet der Erste Weltkrieg formell - die besiegten Deutschen unterzeichnen den Versailler Vertrag. Die junge Weimarer Republik wird sehr schwer daran tragen - und der nächste Krieg ist nur zwei Jahrzehnte entfernt.

Von Robert Probst

Adolf Gröber wagt Unerhörtes. Am 22. Juni 1919 debattiert die Nationalversammlung in Weimar hitzig über den Friedensvertragsentwurf von Versailles.

Der neue Reichsministerpräsident Gustav Bauer (SPD) hat gerade von einem "Unrechtsfrieden" gesprochen. Letztlich sehen das alle Deutschen so. Gleichwohl plädiert Bauer dafür, den Vertrag zu unterschreiben. Die Franzosen stehen schon bereit, bei einem Nein sofort in Deutschland einzumarschieren. "Ein Nein wäre nur ein kurzes Hinausschieben des Ja! Unsere Widerstandskraft ist gebrochen; ein Mittel der Abwendung gibt es nicht", sagt Bauer.

Und was macht Adolf Gröber, Vorsitzender der Zentrumsfraktion - und einer der wenigen Verbündeten der SPD in diesen chaotischen und emotional aufgeladenen Tagen? Er zählt die Vorzüge des Vertrags auf. Vorzüge, die damals kaum jemand wahrzunehmen bereit ist.

Der Vertrag ist hart - aber er belässt der jungen Republik gute Entwicklungsmöglichkeiten

"Der Friede bringt Hunderttausende von Gefangenen in die deutschen Familien alsbald zurück", sagt also der vollbärtige Württemberger Gröber. "Durch den Frieden wird die Hungersnot beendet."

Gemeint ist hier die alliierte Blockade, die offiziell auch über den Waffenstillstand vom 11. November 1918 weiter besteht und das Reich von der Zufuhr dringend benötigter Lebensmittellieferungen weitgehend abschneidet - mit katastrophalen Folgen.

Und dann kommt Gröber zu zwei noch wichtigeren Punkten: "Der Friede kann uns allein die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus für Deutschland bringen." Und: "Viertens bietet uns der Frieden auch die Möglichkeit, unsere deutsche Einheit, wenn auch im geschwächten Umfang, aufrechtzuerhalten."

Adolf Gröber sieht klarer als die meisten Deutschen damals, wie man den Vertrag auch lesen kann: Er ist hart - aber er belässt der jungen Republik gute Entwicklungsmöglichkeiten. Das Habsburgerreich und das Osmanische Reich sind zerfallen, das einstige Romanow-Reich durch Revolution und Kriegsniederlage gelähmt, alle drei scheiden als Wirtschaftskonkurrenten aus; und sogar eine potenzielle europäische Großmacht bleibt das Deutsche Reich - im Gegensatz zu 1945.

Oder anders gesagt: Der Vertrag ist nicht hart genug, um die Deutschen auf Dauer vom erneuten Machtstreben abzuhalten.

Am Ende der Debatte votieren 237 Abgeordnete von SPD, USPD, die Mehrheit des katholischen Zentrums und einige Mitglieder der liberalen DDP für die Unterschrift, alle anderen Fraktionen - insgesamt 138 Abgeordnete - lehnen ab.

Diese Männer und Frauen, die für den Erhalt des Nationalstaats stimmen, wird alsbald von rechts der perfide Vorwurf treffen, sie hätten das Vaterland verraten. Die Schuld wird wieder denen zugewiesen, die seit 1871 als "innere Reichsfeinde" gelten: Linken und Katholiken. Zuvor schon ist nach dem Waffenstillstand die Lüge vom "Dolchstoß" aufgekommen, auch sie trifft vor allem Sozialdemokraten.

Die Revolution habe das im Felde unbesiegte Militär des Kaiserreichs von hinten gemeuchelt, lautet die weit verbreitete Verschwörungstheorie. Im Osten habe man schließlich den Krieg gewonnen, argumentieren die Militaristen - und haben dabei offenbar schnell vergessen, welche überharte Bedingungen man in Brest-Litowsk den Russen diktiert hatte.

Frieden von Brest-Litowsk

Nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 und dem Sieg der Bolschewiki im Herbst zerfällt die staatliche Ordnung in Russland rapide, die Disziplin der Armee löst sich auf. Die deutsche Reichsleitung ist daher stark an einem Separatfrieden mit den neuen Machthabern interessiert, zumal im Jahr 1917 die USA in den Weltkrieg eingetreten sind. Die Oberste Heeresleitung hofft so, den Zweifrontenkrieg schnell zu beenden und die Entscheidung an der Westfront suchen zu können. Die verzweifelte Lage der neuen Machthaber in Petrograd macht es den Deutschen leicht, harte Bedingungen zu diktieren, die die Armee teilweise ungehindert nach Osten vorrücken.

Am 3. März 1918 wird der Vertrag in Brest-Litowsk unterzeichnet. Russland muss unter anderem Finnland, den baltischen Staaten, Polen und Georgien die Unabhängigkeit gewähren. Russland verliert rund ein Viertel seines europäischen Machtbereichs, gut ein Drittel seiner Bevölkerung, über die Hälfte seiner industriellen Anlagen sowie einen Großteil seiner wichtigsten Rohstoffquellen. Schnell ist vom deutschen "Raubfrieden" die Rede. Der Waffenstillstandsvertrag mit den Alliierten vom 11. November 1918 und der Vertrag von Versailles erklären den Vertrag von Brest-Litowsk für ungültig. Zur Schmähung "Novemberverbrecher" kommt nach 1919 das böse Wort vom "Erfüllungspolitiker"; gemeint sind Politiker, die die Bedingungen des "Schandfriedens von Versailles", vor allem die Reparationszahlungen, umsetzen. All dies ist eine große Belastung für die junge Republik - wenn auch bei weitem nicht die einzige.

Dabei haben fast alle Deutsche den 7. Mai ähnlich erlebt. An diesem Tag überreichen die Alliierten der deutschen Delegation in Paris den Vertragsentwurf. Die Reaktion im Reich ist einhellig von links bis rechts: unannehmbar. Der Schock ist größer noch als beim Waffenstillstand (auch damals war das Volk völlig unvorbereitet gewesen). Eine Welle des Protests rollt durch Deutschland, an vorderster Spitze agitieren die Regierungsvertreter.

Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) ruft am 12. Mai in einer Versammlung: "Dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung abgepresst werden soll, dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden."

Seine Suada gipfelt in dem berühmten Satz: "Welche *Hand* müsste nicht *verdorren*, die sich und uns in solche Fesseln legte?"

Für einen kurzen Moment scheint von diesem dicken Papier-Konvulut eine einigende Wirkung auszugehen - nach all den blutigen Kämpfen, einem Bürgerkrieg nicht unähnlich, und der Niederschlagung der Räterepublik in München im Frühjahr.

Doch dieser Anti-Versailles-Konsens, schreibt der Historiker Eckart Conze, "richtete die Deutschen auf ein negatives Ziel aus, er entfaltete keine konstruktive Wirkung". Weder trägt er bei zur Überwindung politischer und sozialer Gegensätze, noch zur Stabilisierung der fragilen Republik und schon gar nicht zur Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie. Doch die Siegermächte machen schnell klar: Entweder Unterschrift oder Einmarsch. Aber der Hass der zahllosen Republikgegner findet hier neue Nahrung.

Überhaupt ist "Hass" ein viel gebrauchtes Wort in diesen dramatischen Wochen der Friedenskonferenz. Das ist neu, denn nichts liegt der Diplomatie ferner als Emotionen. Und doch werden sie in Paris gezielt eingesetzt, vor allem von den gastgebenden Franzosen.

Am 18. Januar hat die Konferenz begonnen - ganz gezielt zum selben Datum, an dem 1871 im Spiegelsaal von Versailles das deutsche Kaiserreich proklamiert worden war, nicht zuletzt als demütigende Geste nach dem Sieg über Frankreich. Erst vier Monate später bekommen die unterlegenen Deutschen präsentiert, was man von ihnen verlangt. Die deutsche Delegation wird mit Sonderzügen durch völlig zerstörte Regionen in Frankreich gefahren, damit sie mit eigenen Augen sieht, was der totalisierte 52 Monate dauernde Weltkrieg angerichtet hat.

Frankreichs greiser Premierminister George Clemenceau, Vorsitzender der Konferenz, erklärt den Deutschen am 7. Mai ganz unverblümt, worum es geht: "Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. (...) Die Stunde der Abrechnung ist da: Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren." Angesichts der Opfer des Krieges sei man entschlossen, "sämtliche uns zu Gebote stehende Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen".

Woodrow Wilsons 14 Punkte

Grundsätze für eine Friedensordnung nach dem Ende des Weltkrieges, vorgetragen von US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 (Paraphrase):

- 1 Abschaffung der Geheimdiplomatie
- 2 Freie Seeschifffahrt in Frieden und Krieg
- 3 Beseitigung von Schranken und Ungleichheiten im Handelsverkehr
- 4 Abrüstung
- 5 unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche
- 6 Räumung aller besetzten Gebiete Russlands durch die Mittelmächte
- 7 Wiederherstellung Belgiens
- 8 Räumung des besetzten französischen Territoriums und Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich
- 9 Bereinigung der italienischen Grenzen entsprechend klar erkennbarer Nationalitätsgrenzen
- 10 Autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns
- 11 Räumung durch die Mittelmächte und Restitution Rumäniens, Serbiens (mit Zugang zum Meer) und Montenegros
- 12 Autonome Entwicklung der Völker des Osmanischen Reiches und Öffnung der Dardanellen
- 13 Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates unter Einschluss aller Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung und mit freiem Zugang zur See
- 14 "Es muß zum Zwecke wechselseitiger Garantieleistung für politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Staaten unter Abschluß spezifischer Vereinbarungen eine allgemeine Gesellschaft von Nationen gebildet werden."

Der Leiter der deutschen Delegation, Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, ein früherer kaiserlicher Botschafter, antwortet ebenso emotional - und bleibt dabei auch noch sitzen, was die Alliierten als Beweise dafür nehmen, dass die arroganten Deutschen nichts gelernt haben:

"Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, dass die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftlichen Forderungen gehört, dass die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen wollen."

Die Deutschen bekommen eine Frist von zwei Wochen für schriftliche Einlassungen gesetzt, mündliche Verhandlungen sind nicht vorgesehen.

Die Hoffnung der Deutschen auf einen "gerechten Frieden"

Geradezu niederschmetternd wirkt der Artikel 231, nach dem das Reich und seinen Verbündeten vermeintlich die Verantwortung für den Kriegsbeginn 1914 angelastet wird. Daraus wollen die

Alliierten zunächst lediglich die Legitimation zu hohen - vorerst noch unbezifferten - Reparationsleistungen (auch von den übrigen Mittelmächten) ableiten.

In Deutschland werden die Artikel jedoch als eine Aufbürdung der alleinigen Schuld an diesem Weltenbrand empfunden - den man ja bis in den Herbst 1918 von der Militärführung als "Verteidigungskrieg" verkauft bekommen hatte.

Zudem wird die Auslieferung von [Kaiser Wilhelm II.](#) und den Kriegsverantwortlichen gefordert - was nie passieren wird, aber als weitere Demütigung empfunden wird.

In einer Mantelnote vom 16. Juni formulieren die Alliierten den Vorwurf dann noch schärfer und mit moralischer Aufladung: "Nach Anschauung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgehende Nation jemals mit Bewusstsein begangen hat."

Artikel 231 des Vertrages von Versailles

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Das klingt nun ganz und gar nicht mehr nach einem "gerechten Frieden", wie ihn der US-Präsident Woodrow Wilson noch im Herbst 1918 versprochen hat.

Genau auf so einen Frieden hoffen die Deutschen - Bürger und Politiker gleichermaßen - aber seit Monaten: auf gleichberechtigte, offene Verhandlungen, auf eine "Neuordnung der Welt", die das Existenzrecht Deutschlands nicht gefährdet, auf die Möglichkeit, das "Selbstbestimmungsrecht" auch anwenden zu dürfen auf die Gebiete im Osten, die der neu gegründete polnische Staat für sich beansprucht.

Man hat doch die Voraussetzungen dafür erfüllt: sich der wilhelminischen Autokraten, Militaristen und Siegfrieden-Fraktion (vermeintlich) entledigt und die Demokratie erkämpft.

Nun werde "der Friede diskreditiert sein, nicht der Krieg", prophezeit Max Weber

Doch einen "Wilson-Frieden" wird es nicht geben. Die Regierung in Weimar hat sich verspekuliert. "Ausgerechnet auf den humanitären Idealismus der politischen Kultur des Westens setzte man, den man vier Jahre lang im Namen der ‚Ideen von 1914‘ bekämpft hatte", schreibt die Historikerin Birte Förster.

Die "Ideen von 1914" sind eine Art aggressiver deutscher Kriegsphilosophie, die bewusst den "Ideen von 1789" - also Liberalismus und Demokratie - entgegengestellt wurden.



Im Spiegelsaal von Versailles unterschrieben die Vertreter des Deutschen Reichs den Vertrag. Am selben Ort war 1871 das Kaiserreich der Hohenzollern ausgerufen worden.

(Foto: Imago)

Die Regierung aber hofft, wohl wissend um den völkerrechtswidrigen Einmarsch in Belgien, den grausamen Stellungskrieg, die Verwüstungen von Hunderten Städten und Dörfern, die weltweit zehn Millionen toten Soldaten und Millionen toten und verwundeten Zivilisten - und nicht zuletzt den Diktatfrieden von Brest-Litowsk, den man im Frühjahr 1918 den in Russland an die Macht gekommenen Bolschewiki aufgedrückt hatte.

Die Deutschen leben, so drückt es der Theologe Ernst Troeltsch aus, im "Traumland der Waffenstillstandsperiode".

Auch auf alliierter Seite gibt es viele Gründe, warum es kein Wilson-Friede wird. Der wichtigste ist das Trauma der Franzosen. Sie vertreten den extremsten Standpunkt: Deutschland muss zerschlagen, sein Potenzial zur europäischen Hegemonialmacht für immer zerstört werden, alle Gebiete links des Rheins müssen abgespalten werden - so lautet die Maximalforderung in Paris.

Damit kann sich Frankreich zwar nicht durchsetzen, vor allem der englische Premier David Lloyd George und Wilson lehnen es strikt ab, Paris auf diese Weise zu einer beherrschenden Stellung in Europa zu verhelfen.

Den Briten wiederum ist viel wichtiger, die deutsche Hochseeflotte als Konkurrenten auszuschalten (die sich dann kurz vor Vertragsunterschrift bei Scapa Flow, wo sie seit dem Waffenstillstand interniert ist, durch Selbstversenkung selbst ausschaltet) und die kurze [Geschichte](#) Deutschlands als Kolonialmacht für immer zu beenden.

Und Wilson hat große Probleme, im US-Kongress seine Pläne für einen Völkerbund - "ein Verband der Nationen zur Wahrung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten" - durchzubekommen. Letztlich wird er dort an der republikanischen Mehrheit scheitern - die USA ratifizieren weder den Vertrag von Versailles, noch treten sie dem Völkerbund letztlich bei.

Andererseits wollen sich die USA nicht wie früher wieder auf ihren Kontinent zurückziehen, sie bleiben von nun an ein Hauptakteur in Europa. Und zwar vor allem als Gläubiger der Franzosen und Briten, denen man enorme Kredite für die Kriegsanstrengungen gewährt hat und auf deren Rückzahlung man besteht.

Auch das Versprechen einer "neuen Diplomatie" ohne Geheimverhandlungen, das Wilson in seinen berühmten 14 Punkten an erste Stelle gesetzt hat, wird sich nicht erfüllen. In Paris beraten etwa 10 000 Teilnehmer der alliierten und assoziierten Mächte - das sind mehr als 30 Staaten - in 58 Ausschüssen in 1646 Sitzungen.

Außer Deutschland dürfen auch Russland und die übrigen Mittelmächte nicht teilnehmen. Mit den einstigen Verbündeten des Kaiserreichs werden später eigene - ebenfalls teilweise harte - Verträge geschlossen.

Die Entscheidungen werden aber letztlich in einem Rat der Zehn und später in einem Rat der Vier (Wilson, Clemenceau, Lloyd George und bis kurz vor Schluss der italienische Premier Vittorio Emanuele Orlando) getroffen. Hier werden Forderungen rund um den Globus aufgestellt, miteinander verrechnet und mühsame Kompromisse erarbeitet.

Ein niemand wirklich zufriedenstellender Kompromiss

Die Deutschland-Frage ist in Paris von großer Bedeutung, aber bei weitem nicht das einzige Problem: Es gilt die Überreste des zusammengebrochenen Habsburgerreiches zu verteilen, das Herrschaftsgebiet des einstigen Osmanischen Reiches neu zu ordnen, mit dem neuen Selbstbewusstsein der britischen Dominions umzugehen, und sich der Träume in den Kolonien vom Selbstbestimmungsrecht zu erwehren - und nicht zuletzt sich mit der neuen "bolschewistischen Gefahr" in Russland zu befassen.

All das vor dem Hintergrund sich neu bildender Staaten in Ost- und Mitteleuropa, die teils mit Gewalt vollendete Grenzen zu schaffen trachten und den immer wieder aufflammenden Kämpfen um die Entstehung von Räterepubliken, etwa in Deutschland und Ungarn.

Als die Siegermächte endlich einen niemand wirklich zufriedenstellenden Kompromiss für den Vertrag erarbeitet haben, wissen sie: Unsere Interessensgegensätze sind so groß, unsere Handlungsspielräume sind so klein, wenn wir Deutschland jetzt noch mitreden lassen, wird unsere Koalition sofort gesprengt. Das darf nicht passieren. Darum setzt man den Deutschen einen Definitivfrieden vor, Wilson-Versprechen hin oder her.

Pariser Vorortverträge

Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten (Versailler Vertrag) vom 28. Juni 1919

Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und den alliierten und assoziierten Mächten (Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye) vom 10. September 1919

Friedensvertrag zwischen dem Königreich Bulgarien und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Neuilly-sur-Seine) vom 27. November 1919

Friedensvertrag zwischen Ungarn und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Trianon) vom 4. Juni 1920

Friedensvertrag zwischen dem Osmanischen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Sèvres) vom 10. August 1920

(ist nie ratifiziert worden; ersetzt durch den Friedensvertrag mit der Türkei (Lausanner Vertrag) vom 24. Juli 1923

Am 28. Juni setzen Außenminister Hermann Müller (SPD) - Brockdorff-Rantzau ist nach seinem strikten Nein mit dem gesamten Kabinett Scheidemann zurückgetreten - und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) ihre Unterschriften als Bevollmächtigte der deutschen Republik unter den Vertrag.

Im Spiegelsaal von Schloss Versailles sind mehr als 1000 Menschen, die sich das Spektakel nicht entgehen lassen wollen. Es ist 15.12 Uhr, als die beiden fertig sind. Und es ist der Jahrestag des Attentats von Sarajevo.

Der [Mord am Thronfolger Österreichs-Ungarns, Erzherzog Franz Ferdinand](#) und seiner Gemahlin am 28. Juni 1914 war Auslöser der "[Juli-Krise](#)", ein weiterer Schritt in die Eskalation der allgemeinen Kriegsvorbereitungen.

"Diese Inszenierung zitierte den Anfang des Krieges, um sein Ende als historischen Moment zu beglaubigen", schreibt der Historiker Jörn Leonhard. Doch fährt er fort: "Die Unterzeichnung des Vertrages markierte den Anfang, nicht das Ende der Suche nach einer neuen Nachkriegsordnung."

Die finanziellen Folgen des Vertrags beschäftigen die junge Republik während ihrer gesamten kurzen Existenz. Nach einer Reihe internationaler Konferenzen wird dem Deutschen Reich erstmalig im Mai 1921 ein in London ausgehandelter definitiver Gesamtbetrag der Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Mark übermittelt. Die Annahme wird an ein Ultimatum geknüpft.

Das ist viel, aber angesichts der Tatsache, dass deutsche Finanzexperten schon 1919 100 Milliarden für leistbar hielten, nicht exorbitant viel. Treibende Kraft ist auch hier Frankreich, das 1923 einen Rückstand bei Sachleistungen zum Anlass nimmt, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Es kommt zum "passive Widerstand" der Deutschen und in dessen Folge zur Hyperinflation. Nicht zuletzt das Krisenjahr 1923 führt bei den Alliierten zur Einsicht, dass allen Beteiligten durch ökonomische Hilfen besser gedient ist als durch pure Konfrontation. Doch auch der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929), die dem Reich finanzielle Hilfe gewähren, beruhigen die Gemüter nicht.

Die Bewertung des Friedens von Versailles wurde nach 1945 jahrzehntelang sehr oft in der Linie "1919-1933-1939" betrachtet, die allermeisten Historiker kamen daher zu einem extrem negativen Urteil des Vertrags.

[Der Vertrag als Vehikel für eine giftige Agenda](#)

Heute wird viel stärker die Offenheit der damaligen Situation betont, kaum jemand vertritt mehr die These, Versailles habe direkt zu Hitler und zum Zweiten Weltkrieg geführt. Doch das Urteil ist auch in heutiger Zeit nicht eindeutig.

Der Historiker Conze ("Die große Illusion", Siedler 2018) hält das Vertragswerk für problematisch, weil es "den Hass und die Gegensätze des Krieges weiter geschürt hat". Keineswegs könne man aber von einem "karthagischen", also einem alles zerstörenden, Frieden sprechen.

Sein Kollege Jörn Leonhard versagt sich in seinem Monumentalwerk "Der überforderte Friede" (C.H. Beck, 2018) ein eindeutiges Urteil. Dass es überhaupt zu einem Frieden gekommen sei, sei "angesichts der immensen Erbschaften des Krieges, der Überlastung mit widerstreitenden Erwartungen und der vielen Krisen im Frühjahr 1919, die weit über Europa hinauswiesen, alles andere als selbstverständlich" gewesen.

Aus einem totalisierten Krieg sollte ein totaler Frieden hervorgehen, der allen Opfern gerecht werden sollte. Das aber konnte nicht gelingen.

Die kanadische Historikerin Margaret MacMillan ("Die Friedensmacher", Propyläen 2015) sieht es so: "Den Versailler Vertrag trifft keine Schuld. Er ist nie konsequent umgesetzt worden, sondern gerade weit genug, um den deutschen Nationalismus zu reizen, ohne die Fähigkeit Deutschlands zu begrenzen, den Frieden in Europa zu stören."

Der Versailler Vertrag und seine Folgen

Deutschland verliert 72 068 Quadratkilometer seiner Fläche, das sind 13 Prozent.

Deutschland verliert damit 6,5 Millionen Einwohner, das sind zehn Prozent.

Elsass-Lothringen, 1871 annektiert, fällt an Frankreich zurück.

Das Saargebiet wird einer Kommission des Völkerbundes unterstellt, die dortigen Kohlegruben werden für 15 Jahre Frankreich zur wirtschaftlichen Nutzung überlassen.

Das linksrheinische Gebiet bleibt für fünf bis 15 Jahre von alliierten Truppen besetzt, rechts des Rheins wird eine 50 Kilometer breite entmilitarisierte Zone eingerichtet.

Der größte Teil Westpreußens, die Provinz Posen, Teile von Ostpreußen und Hinterpommern müssen an Polen abgetreten werden. Danzig wird "Freie Stadt" unter Völkerbundkontrolle. In diesen Gebieten lebt fortan eine deutsche Minderheit.

Das Memelland wird zunächst dem Völkerbund unterstellt (und 1923 Litauen zugesprochen).

Das Hultschiner Ländchen wird der neuen Tschechoslowakei zugesprochen. Nach einer Volksabstimmung geht Nord-Schleswig an Dänemark.

Nach einer Volksabstimmung fällt die Region Eupen-Malmedy an Belgien.

Österreich darf sich nicht dem Deutschen Reich anschließen.

Deutschland verliert alle seine Kolonien.

Die allgemeine Wehrpflicht wird aufgehoben, das Heer auf 100 000 Mann begrenzt, die Marine auf 15 000. U-Boote, Luftwaffe und schwere Waffen sind verboten. Eine internationale Militärkontrollkommission überwacht die Einhaltung der Bestimmungen.

Deutschland soll umfassende Reparationen leisten - die genaue Höhe ist im Vertrag aber noch nicht geregelt (Artikel 231). Die späteren Zahlungen belasten die Weimarer Republik politisch noch stärker als wirtschaftlich.

Kaiser Wilhelm II. soll "wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes unter öffentliche Anklage" gestellt werden. Allerdings verbringt er seine Altersjahre dann ungestört im niederländischen Exil. Robert Probst

Die größte Hypothek liegt also letztlich in der Wahrnehmung und Interpretation des Friedens, in seiner "emotionalen Überhöhung" und der Demütigung des besiegten Gegners (Leonhard), weniger am Inhalt. "Nun wird - wenn die Ermattungsepoche vorbei sein wird - der Friede diskreditiert sein, nicht der Krieg", prophezeit Max Weber, Berater der deutschen Delegation, im Frühjahr 1919. So kommt es.

Die alten Eliten von völkisch-rechts bis bürgerlich-liberal nutzen den Vertrag als Vehikel für ihre politische Agenda: mehr Nationalismus, mehr militärische Stärke, weniger Multilateralismus. Kurzum: "Mit dem Kampf gegen Versailles konnte man das eigentliche Ziel, die Überwindung der Demokratie, gut tarnen", schreibt Conze.

Und dieses Gift sickerte ungehindert in die Köpfe vieler Menschen.

Kinder surprise

Why Germany's birth rate is rising and Italy's isn't

The government is making it easier to look after kids

[Print edition | Europe](#)

Jun 29th 2019 | POTSDAM

In 1907 an anxious Austrian, Emil Reich, predicted that Germany would have a population of 150m in 1980 and as many as 200m by the year 2000. It seemed plausible at the time. Germany had a high birth rate and a falling mortality rate. Reich's prediction, in his book "Germany's Swelled Head", turned out to be completely wrong. By the early 1980s East and West Germany had a combined fertility rate lower than anywhere in the world except Denmark and the Channel Islands. Far from exploding, Germany's population seemed doomed to rapid decline.

But in the past few years something unexpected has happened. The fertility rate, an estimate of the number of children each woman can expect to have in her lifetime, has climbed off the floor. Between 2006 and 2017 it rose from 1.33 to 1.57. The rate for 2018 has not yet been worked out, but more babies were born that year than in 2017. Germany's fertility rate has pulled away from Italy's and Spain's (see chart) and is now almost identical to the euro-area average. On June 17th the un estimated that in 2050 Germany will have 58 people over the age of 65 for every 100 people aged 20-64. That is a lot, but comfortably less than Italy's predicted ratio of 74 to 100.

What has happened? It is partly a statistical quirk. The fertility rate is influenced by the timing of childbirth. If women move en masse to have children at older ages, the rate will fall, then rise again as the average age of childbearing stabilises. This has happened in Germany and other rich countries. But it does not explain the whole rise in the fertility rate. German women born in 1973 (who can be assumed to be done with babies by now) have more children than women born in 1968.

Another explanation is immigration. Germany has not only accepted a lot of people in the past decade—it has taken them from countries where large families are the norm. In 2017 Syrian women in Germany had 20,100 babies, up from just 2,300 three years earlier. Afghans and Iraqis had more than 5,000 each. Tomas Sobotka, a researcher at the Vienna Institute of Demography, estimates that about half the rise of Germany's fertility rate in the past few years is explained by immigration.

That boost will not last, because immigrants adjust quickly to native ways. Mona Shinar, a Palestinian woman in her mid-30s who fled Damascus for Potsdam, near Berlin, comes from an enormous family. Before Syria's civil war began, she had 12 brothers and sisters. She already has four children,

including one who was born just two days after she arrived in Germany. She believes her children will have no more than one or two babies each. She has “an Arabic head”, as she puts it. Her children have German heads.

The other explanation for the baby boomlet is that Germany has made it easier to raise children. What crushes birth rates, whether in Europe or East Asia, is opening higher education and attractive jobs to women while continuing to expect mothers to do the great majority of child care and housework. If a society forces women to choose between jobs and motherhood, many will keep working. Western Germany has a tradition of stigmatising working mothers, and a special slur for them: *Rabenmutter* (“raven mother”).

This is gradually changing. In 2007 Germany’s federal government introduced generous parental-leave laws and tweaked the rules to encourage fathers to take time off. In 2013 it declared that children over one year old had a right to nursery places. Although there are still not enough places to meet demand, supply is growing. Between 2006 and 2017 the number of children under three enrolled in nurseries rose from 286,000 to 762,000.

Unlike those in France, Scandinavia and eastern Europe, German politicians seldom talk explicitly about boosting the birth rate—probably because the Nazis did. Instead they talk about empowering women. Still, their policies seem to promote fecundity. Lena Reibstein of the Berlin Institute for Population and Development says they could do more if they changed the tax system. At present married couples are allowed to file joint income-tax returns. This encourages mothers to stay at home by reducing their husbands’ tax bills if they do.

Compare all that to the situation in Italy. It has immigrants too—but many come from low-fertility countries like Romania and Albania. Its economy has stagnated, which puts people off having children. And Italian politicians have no idea how to raise the birth rate. Three years ago the government ran an advertising campaign informing women that their biological clocks were ticking, as though this had not occurred to them. The campaign was withdrawn amid heckling. Italy is now the world’s second-oldest country, after Japan. And the truth is, says Maria Letizia Tanturri, a demographer at the University of Padova, that “people don’t care”. ■

This article appeared in the Europe section of the print edition under the headline "A baby boomlet"

<https://www.nytimes.com/2019/06/28/opinion/versailles-treaty-woodrow-wilson.html>

Opinion

Was the Treaty of Versailles a Victory for Democracy?

Woodrow Wilson thought so. But his belief in his own righteousness undermined his vision for world peace.

By Ted Widmer

Mr. Widmer is a distinguished lecturer at the Macaulay Honors College of the City University of New York.

- June 28, 2019
-



President Woodrow Wilson, in Paris for the 1919 Versailles Peace Conference. Credit: CreditHulton Archive/Getty Images

June 28, 1919, dawned as a beautiful day; fair, with moderate winds, according to [The New York Times](#). It was a perfect day to see a baseball game, and 28,000 did, going to the Polo Grounds to watch the Yankees and Red Sox split a doubleheader. New Yorkers could only envy the Red Sox, who had won the last World Series, and seemed poised to win many more, since they boasted “the mighty Babe Ruth, Boston’s swatting all-around player.”

It was hard to believe on this sunny day, but it had been precisely five years since World War I began with the assassination of Archduke Franz Ferdinand in Sarajevo. Since then, nearly 20 million had died, and entire empires, including Franz Ferdinand’s, had vanished. But those painful memories were softened by the knowledge that nothing so terrible could ever happen again. Because June 28 was the day that a new history would begin.

Across the Atlantic, outside Paris, another huge crowd thronged the old royal seat of Versailles, where a peace treaty awaited signature. It was the culmination of months of work, led by the American president, Woodrow Wilson, who had promised to make the world safe for democracy.

The immense chateau was an unlikely backdrop for a democratic pageant. But like a versatile actress, it was ready to play this demanding new part. Auspiciously, the treaties that recognized the United States were signed here in 1783, validating the idea that one people, at least, might dare to govern itself. Less auspiciously, democracy had surged out of control during the French Revolution, when the proud buildings were stripped of their furnishings. But these were obscure footnotes on what was sure to be a great day. News cameras were on site, ready to record every detail for a voracious public.

Wilson had been waiting a long time for the new era. Few presidents ever came into office with a deeper grasp of the nuts and bolts of democracy. As a young academic, he had written ponderous tomes, examining the way that checks and balances worked between the three branches. Through hard work and genuine charisma, the professor had become a college president, a governor and then president, after the Republicans split in two in 1912.

•

Wilson expected to focus on domestic affairs, but the war had disrupted those plans. Americans played a pivotal role in the victory, and an even larger role in the peace deliberations that followed. With Europe shattered, the United States was suddenly in the ascendant, a genuine world power. Wilson tantalized millions with his vision of a better future, in which a League of Nations would prevent future wars, and democracies would allow people to select their most talented leaders. As Voltaire might have said, lounging at Versailles in an earlier century, it would be the best of all possible worlds.

To reshape the earth in America's image was an old desire, one that had animated American diplomats since the days of Benjamin Franklin and John Adams, whose idea of a "[model treaty](#)" had sketched a way for a new diplomacy, less secretive. They too had seen Versailles. But Wilson, the son of a Presbyterian minister, brought a new level of sophistication as he evangelized for the new heaven he wanted to see on earth. Americans [enjoyed his mesmerizing speeches](#), which placed America's story at the center of human history, much as Ronald Reagan's later did.

In the spring of 1919, with the fighting finished, the victors gathered in Paris to sort through the details of the peace. The American delegation was superbly prepared. In 1917, Wilson had commissioned a study group called the Inquiry to prepare for the postwar. An eclectic group of historians, librarians and cartographers, the Inquiry prepared gorgeous maps and reports, on the assumption that any government of the people ought to know who, exactly, the people were. But that was not always easy to determine in Europe's dark vales, where people of different ethnicities had coexisted uneasily for as long as anyone could remember. The Inquiry hoped to change that.

Working out of makeshift offices in the New York Public Library, and in another office close to the Polo Grounds, the Inquiry clarified every possible question related to who lived where. That would help when it came time to create a more logical set of new countries from the goulash of the late Austro-Hungarian empire. For Wilson was determined to offer "self-determination," a pleasingly American term that he had begun to use in early 1918.

At the head of the American delegation was Wilson himself, enjoying a luminous celebrity during two long visits to Paris. But an unexpected problem began to surface as the treaty was stitched together that spring. The adulation of the people deepened Wilson's certainty that he was right on every issue, which made his conversation more brittle, less open to compromise; in a word, less democratic. Convinced that he alone knew what was right, he began to alienate other diplomats. The economist John Maynard Keynes complained that it was "practically impossible for anyone to get to see him."

Other problems also bedeviled Wilson, including the vexing difficulty of determining who, exactly, deserved self-determination. Despite the precision of his maps, it was difficult to come up with clean new boundaries without stirring a hornet's nest of ethnic rivalries. A young English diplomat, Harold Nicolson, once came across the president on his knees before a large map, as if in prayer.

Exercising the right of self-determination, representatives of the world's peoples flooded into Paris, hoping to stake a claim in the new order. Many succeeded, as new countries were created out of whole cloth in Yugoslavia and Czechoslovakia. But others were disappointed, especially in Asia and Africa, where the British and French were in no mood to slough off their colonial possessions, especially since Germany's colonies were now low-hanging fruit.

The Middle East was also up for grabs after Ottoman defeats left a power vacuum. Far from being united in peace, the French and British were already competing for these broad domains, in a way that

had little to do with Wilson's impressionist canvas, and much more to do with naked power. Nicolson was appalled to stumble into a meeting in which the plenipotentiaries were "cutting Asia Minor to bits as if they were dividing a cake." So unpredictable were the shifting dynamics that the Ottoman sultan expressed his hope for an American mandate, which would have put the nominal head of Islam under the sway of the United States.

Asia was just as volatile, and hope often turned to fury when the new maps were unveiled. After a disputed peninsula was lopped off from China and given to Japan, the Chinese delegation refused to sign the treaty. Tumultuous riots soon engulfed Chinese cities. Other Asians tried and failed to build support for their causes. The story has often been told of a young Vietnamese patriot, Nguyen Tat Thanh, who came to Paris to plead for his country, to no avail. Decades later, as Ho Chi Minh, he would remember how undemocratic it had felt to be in Paris in 1919.

In other ways, as well, Wilson's understanding of democracy could be selective. An uncomfortable moment in the peace talks came when the Japanese delegation proposed a clause proposing that racial equality should be a guiding principle of the new League of Nations. Wilson dismissed the new wording through a parliamentary procedure.

ADVERTISEMENT

The more messianic Wilson acted, the more his aura shrank, especially as word trickled back from Washington that he faced rising opposition in Congress. By ignoring all of the small attentions that lubricate the work of democracy, he created a significant obstacle for the necessary work of securing Senate approval when he finally returned with the treaty in hand.

Wilson glided serenely over these contradictions for a long time, repeating his magical incantations. But as the calendar ticked down to June 28, his new order seemed less new and less orderly with every passing day. That feeling deepened with the signing ceremony, held in the cavernous Hall of Mirrors at Versailles, where the Germans had imposed a humiliating surrender upon the French in 1871. Now, history acted as a mirror of its own, as the French settled the score, beneath ceiling frescoes that celebrated even older wars. It would have been difficult to find a room less likely to inspire confidence in the future.

The signing ceremony took all of 37 minutes. Exhilarated, Wilson took a train to the seaport of Brest, and promptly sailed for America. Before leaving, he declared that his "new order" had begun. But already, there were troubling signs. Wilson's adviser, "Colonel" Edward M. House, wrote in his diary, "My last conversation with the president was not reassuring." House reminded him that the best parts of American history were built on compromise, and urged him to work with the Senate. Wilson scoffed, then sailed off.

It would turn out to be a long summer for democracy. Wilson returned to find a Republican Senate impatient with a president who had been gone for months. A few modifications to the treaty might have brought approval, but Wilson refused to alter "a single period," and grew angry at the legislators, as if he alone understood the needs of the people. "The Senate must take its medicine," he said, as if talking to a 5-year-old.

Instead, he tried to go over their heads, speaking in an increasingly erratic manner, at public rallies, far from Washington. The effort nearly killed him. After hundreds of speeches, he would finally collapse in Colorado, disabled for the rest of his presidency. In November, the Senate rejected the treaty. As a result, the United States never joined the League of Nations that it had done so much to create.

In other ways, too, Americans struggled to get right with democracy. For African-Americans, it was strange to hear Wilson's sermonettes, when it was clear that the world was not safe at all for millions living in their own country. The day before the peace treaty was signed, [The New York Times](#) reported on a horrific story from Ellisville, Miss., where a local African-American, John Hatfield, was hanged from a gum tree, shot full of bullets, then burned to ashes. Local authorities assured the press that it had been "orderly."

The problem was especially acute for African-American veterans, who were often singled out for punishment. Having survived the trenches of France, they now ran a gantlet of terror in their hometowns. Details remain difficult to come by, but a 2015 report [identified many cases](#) of violence against black veterans from 1919. A Louisiana newspaper, ironically titled *The True Democrat*, published an editorial denouncing African-American veterans for having “more exalted ideas of their station in life than really exists” and urged, “this is the right time to show them what will and will not be permitted.”

ADVERTISEMENT

Democracy survived the challenges of 1919, and in many ways it deepened over the course of the 20th century. Franklin D. Roosevelt, Wilson’s assistant secretary of the navy, came to Paris in 1919, and learned a great deal from Wilson’s mistakes. When he was creating the United Nations, he took care to consult Congress, and the result was a far more enduring success.

But the Treaty of Versailles, unveiled with such fanfare, failed in its central purpose, to build a durable peace. So unpopular was the treaty in Germany that it probably hastened the Second World War. The United States was largely on the sidelines, powerless and unrepresented in the League of Nations. For much of the century, the maps had to be redrawn, at great expense, in places ranging from Vietnam to the Balkans.

It would be easy to find fault with Woodrow Wilson for all the ways he failed to avert that outcome. With his refusal to compromise, his contempt for Congress and his casual racism, he was a very flawed messenger for the democratic era that he welcomed at every juncture.

At the same time, he was not wrong to argue that unbridled nationalism was a recipe for disaster. Or that the world was stronger with America in it. Wilson’s flaw was not that he was too bold; it was that he was not democratic enough. If he had stayed true to his original vision, expressed powerfully in the waning months of the war, we might be celebrating a very different centennial.

The word pictures that Wilson painted in 1919 remain beguiling, in spite of their overreach. Perhaps it is because the world’s leaders have become so inarticulate, at a time when we could use some new faith in democracy. In 2019, it is difficult to imagine the United States leading any meaningful treaty effort. This June 28, the centennial will present the confusing spectacle of a president antagonizing democratic allies, while cajoling adversaries who make no secret of their contempt for democracy and human rights.

Harold Nicolson cautioned, “people who study the past under the conviction that they themselves would automatically behave better in the present are adopting a dangerous habit of mind.” Perhaps it is better to retrieve what was valuable in 1919 — when America briefly stood for a higher standard — while taking care to avoid the obvious mistakes of a group of politicians who failed to rise above their circumstances. Who knows how future historians will judge us, as the world slides toward a new era that feels palpably less democratic?

Sources: David A. Andelman, “A Shattered Peace: Versailles 1919 and the Price We Pay Today”; Lawrence E. Gelfand, “The Inquiry: American Preparations for Peace, 1917-1919”; Edward Mandell House and Charles Seymour, eds., “What Really Happened at Paris: The Story of the Peace Conference, 1918-1919”; Margaret MacMillan, “Paris 1919: Six Months that Changed the World”; Erez Manela: “The Wilsonian Moment; Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism”; Harold Nicolson, “Peacemaking 1919”; Susan Schulten, “Mapping the Nation: History and Cartography in Nineteenth-Century America.”

Ted Widmer is a distinguished lecturer at the Macaulay Honors College of the City University of New York and a fellow of the Carnegie Council for Ethics in International Affairs.

Ein Anspruch auf tönernen Füßen

-
- VON HEINRICH AUGUST WINKLER
- -AKTUALISIERT AM 29.06.2019-14:36
-

Mit der Überhöhung des Prinzips, nur einer der Spitzenkandidaten könne Präsident der EU-Kommission werden, ist viel Verwirrung gestiftet worden. Denn: Die Mitgliedstaaten sind und bleiben die Garanten der europäischen Demokratie. Ein Gastbeitrag.

Von Kungeleien, von Geschachere und Geheimabsprachen in Hinterzimmern war die Rede: An starken Worten ließen es manche deutsche Kommentatoren nicht fehlen, als sich seit Mitte Juni 2019 abzeichnete, dass die Staats- und Regierungschefs der **EU** keinen der von den europäischen Parteifamilien nominierten Spitzenkandidaten dem Europäischen Parlament zur Wahl als Präsident der Kommission vorschlagen würden. Einige Autoren wollten die Europawahl vom Mai 2019 gar als Plebiszit für das Prinzip der Spitzenkandidatur verstanden wissen: Wenn der Europäische Rat sich nicht auf einen der Spitzenkandidaten, vorzugsweise den der stärksten Gruppierung, einigen könne, sei das Verrat am Wählerwillen und die Preisgabe der großen demokratischen Errungenschaft von 2014 – jenes Jahres, in dem das Straßburger Parlament den erfolgreichsten unter den Spitzenkandidaten auf Vorschlag des Europäischen Rats zum Kommissionspräsidenten gewählt und damit die Kommissionsspitze de facto parlamentarisiert hatte.

2014 war freilich manches anders als 2019. Die beiden Spitzenkandidaten, auf die es ankam, der luxemburgische Christdemokrat Jean-Claude Juncker und der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz, hatten sich von vornherein darauf verständigt, dass der erfolgreichere an die Spitze der Kommission treten, der andere ein anderes europäisches Spitzenamt übernehmen sollte. Dass Christ- und Sozialdemokraten zusammen über die Mehrheit der Sitze im Europäischen Parlament verfügten, war ein starkes Argument zugunsten dieses Arrangements. Der **Europäische Rat** fügte sich widerstrebend, ohne daraus einen Präzedenzfall machen zu wollen. Juncker wurde zum Kommissionspräsidenten, Schulz ein weiteres Mal zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Zwei Spitzenkandidaten blockieren sich gegenseitig

Weder 2014 noch 2019 haben die Spitzenkandidaten, von ihren jeweiligen Heimatländern abgesehen, in den Wahlkämpfen eine markante Rolle gespielt. Entsprechend gering war ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung. In Deutschland büßten die Unionsparteien, obwohl sie mit dem CSU-Politiker **Manfred Weber** diesmal den Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei stellten, gegenüber der vorangegangenen Wahl sogar erheblich an Stimmen ein. Dass die Wahlbeteiligung in Deutschland wie in der EU insgesamt anstieg, hatte andere Gründe: Mobilisierend wirkten der Brexit und die Sorge vor dramatischen Stimmengewinnen rechter Parteien.

Anders als 2014 verfügen Christ- und Sozialdemokraten im neuen **Europäischen Parlament** zusammen über keine Mehrheit mehr. Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl gab es 2019 auch keine Absprachen zwischen den beiden wichtigsten Spitzenkandidaten. Die Ansprüche, die Manfred Weber und sein sozialdemokratischer Konkurrent Frans Timmermans auf das Amt des Kommissionspräsidenten erhoben, blockierten sich vielmehr gegenseitig. Eine parlamentarische Mehrheit war für keinen der beiden in Sicht. Es hätte also gar nicht des massiven Widerstands des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gegen Weber als Person und die Spitzenkandidatur als Prinzip bedurft, um eine Wiederholung der Konstellation von 2014 zu verhindern. In deutschen Medien war denn auch prompt von einem Versagen des Europäischen Parlaments die Rede.

Dasselbe hört man aus der Chefetage der Europäischen Volkspartei in Brüssel, der Protagonistin des Projekts Spitzenkandidatur. Hier, in der ehemals hegemonialen Formation der **Europäischen Union**,

wird vor allem an jener Lesart gestrickt, der zufolge das Europäische Parlament das öffentlich agierende Sprachrohr der europäischen Demokratie sei, wohingegen sich im Europäischen Rat die partikularen, nationalstaatlichen Obrigkeiten artikulierten; und das grundsätzlich hinter verschlossenen Türen. Dass es auch parlamentarische „Hinterzimmer“ gibt, in denen zum Beispiel Spitzenkandidaturen und Vereinbarungen zwischen Spitzenkandidaten ausgehandelt werden, gerät bei dieser Betrachtungsweise nicht ins Blickfeld.

Die Gleichsetzung von Europäischem Parlament und europäischer Demokratie

Kritische Einwände drängen sich aber auch im Hinblick auf den demokratischen Anspruch des Europäischen Parlaments auf. Es wird seit 1979 in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer, aber nicht in gleicher Wahl gewählt. Vielmehr verfügen die Mitgliedstaaten über vertraglich gesicherte Mandatskontingente, die die kleineren Staaten bevorzugen und die größeren benachteiligen. Das ist durchaus sinnvoll, ja unvermeidlich, um die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu sichern und Staaten wie Malta, Luxemburg oder Estland zu einer parlamentarischen Vertretung zu verhelfen. Doch der Verzicht auf das Prinzip „one person, one vote“ geht auf Kosten der demokratischen Legitimation des Europäischen Parlaments. Wenn dieses alle Rechte eines demokratischen, aus gleicher Wahl hervorgegangenen Parlaments für sich beansprucht und die Vollparlamentarisierung der EU anstrebt, stärkt das nicht die demokratische Legitimität des Staatenverbundes. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Gleichsetzung von Europäischem Parlament und europäischer Demokratie, wie sie zumal deutsche Abgeordnete des Straßburger Parlaments gern vornehmen, hat längst Züge eines erfolgreichen „framing“ angenommen. Es wird von Teilen der deutschen Presse, aber auch von manchen deutschen Politikern und Professoren erstaunlich unkritisch rezipiert und dadurch in seiner Wirkung verstärkt. Vergessen scheint, was das [Bundesverfassungsgericht](#) in seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon zu diesem Anspruch festgestellt hat. In seiner zusammenfassenden Pressemitteilung vom 30. Juni 2009 heißt es: „Das Europäische Parlament ist weder in seiner Zusammensetzung noch im europäischen Kompetenzgefüge dafür hinreichend gerüstet, repräsentative und zurechenbare Mehrheitsentscheidungen als einheitliche politische Leitentscheidungen zu treffen. Es ist gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen nicht gleichheitsgerecht gewählt und innerhalb des supranationalen Interessenausgleichs zwischen den Staaten nicht zu maßgeblichen politischen Leitentscheidungen berufen.“

Das Verdikt des Bundesverfassungsgerichts, die primäre Integrationsverantwortung liege in der Hand der für die Völker handelnden nationalen Verfassungsorgane, ist kein Ausdruck von deutschem Nationalismus, sondern eine demokratiethoretische Selbstverständlichkeit. Dass ein Teil der deutschen politischen Klasse und der deutschen Öffentlichkeit mit diesem Sachverhalt hadert, ist bemerkenswert. Deutschland hat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Nationalstaat zugrunde gerichtet und tut gut daran, sich jeder Verabsolutierung von Nation und Nationalstaat zu widersetzen. Aus der deutschen Geschichte den Schluss zu ziehen, der Nationalstaat als solcher sei gescheitert und müsse zugunsten eines europäischen Bundesstaates oder einer Europäischen Republik aufgegeben werden, wäre jedoch eine allzu deutsch zentrierte Form des Lernens aus der Geschichte. In kaum einem anderen europäischen Land findet ein solches „postnationales“ Denken breiteren Zuspruch. Vielmehr erregt es Misstrauen, wenn der Ruf nach einer Überwindung von Nation und Nationalstaat gerade aus Deutschland zu hören ist. Auch das ist eine Folge der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts.

Die Europäische Union als buntscheckiges Gebilde

Um das Demokratiedefizit der Europäischen Union zu mindern, bedarf es des Zusammenwirkens zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Es sind die in gleicher Wahl gewählten Volksvertretungen der Mitgliedstaaten, die der europäischen Einigung jenes Maß an demokratischer Legitimation zuführen können, auf das der Staatenverbund der EU existentiell angewiesen ist. Die Einführung einheitlicher transnationaler Kandidatenlisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wie sie seit einiger Zeit Präsident [Macron](#) vorschlägt, ist hingegen kein

Mittel zur Demokratisierung der EU. Zwischen den Abgeordneten, die auf diese Weise gewählt werden, und ihren Wählern bestünde eine noch tiefere Kluft als zwischen den konventionell gewählten EU-Parlamentariern und ihrer nationalen Wählerbasis. Ein Zugewinn an europäischer Legitimation für das Straßburger Parlament lässt sich über transnationale Listen nicht bewirken. Die deutsche Politik ist gut beraten, wenn sie Macron auf diesem zentralistischen Irrweg nicht folgt.

Im Vertrag über die Europäische Union aus dem Jahr 2009 kommen „Spitzenkandidaten“ nicht vor. Dem Europäischen Rat obliegt es, dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl vorzuschlagen, wobei das Ergebnis der **Europawahl** zu berücksichtigen ist. Berücksichtigen müssen die Staats- und Regierungschefs gleichzeitig aber auch die Besetzung weiterer europäischer Spitzenpositionen, nämlich die der Präsidenten des Europäischen Rats, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank sowie des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei gilt es, den unterschiedlichen Interessen von Ost und West, Nord und Süd, von großen und weniger großen Staaten sowie den rivalisierenden Parteifamilien Rechnung zu tragen; außerdem muss die Verteilung der Funktionen auf Männer und Frauen bedacht werden.

Die Europäische Union ist ein buntscheckiges Gebilde. Die nationale, kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas ist keine Last der Geschichte, die es abzuschütteln gilt; sie macht vielmehr den Reichtum des alten Kontinents aus. Der Nationalismus hat das in den Vordergrund gerückt, was die Nationen trennt; die Europäische Union baut auf dem auf, was sie verbindet. Es läge im ureigensten Interesse ihrer Mitglieder, wenn die EU nicht nur im Hinblick auf die Handelspolitik und den Binnenmarkt, sondern auch in den großen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme sprechen könnte.

Multiple Krisen

Eines aber gibt es nicht und wird es nach menschlichem Ermessen auch künftig nicht geben: ein einheitliches europäisches Staatsvolk, das sich als Souverän eine parlamentarisch kontrollierte Zentralgewalt schafft. Solange die Staatsvölker nichts anderes beschließen, wird es dabei bleiben, dass die Mitgliedstaaten des Staatenverbundes die Garanten der Demokratie sind.

Die EU steckt in einer multiplen Krise. Die Brexit-Krise wird sich in den nächsten Monaten weiter zuspitzen, die italienische Handelskrise, die bisher größte Herausforderung der Eurozone, ebenso. Dazu kommt die Krise des inneren Zusammenhalts der Staatengemeinschaft, ausgelöst durch die Gefährdung des Rechtsstaates in Staaten wie Ungarn, Polen, Rumänien und, was oft übersehen wird, Malta. Ihren Anspruch, eine Wertegemeinschaft zu sein, kann die EU nur aufrechterhalten, wenn sie ihre normativen Grundlagen auch dort zu verteidigen weiß, wo sie von den Regierungen in Frage gestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es eines engen Zusammenwirkens der im weitesten Sinn liberalen Mitgliedstaaten der Union. Eine solche intensive Kooperation ist auch aus einem anderen Grund und über den Rahmen der EU hinaus notwendig: Was wir so gerne europäische Werte nennen, sind in Wirklichkeit westliche Werte, wesentlich mitgeprägt durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Und ebendort regiert seit Anfang 2017 ein Präsident, der mit diesen Werten nicht eben pfleglich umgeht.

Was die Europäische Union des Jahres 2019 nicht braucht, sind Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat, geboren aus den persönlichen Ambitionen von Abgeordneten und dem korporativen Ehrgeiz von Fraktionen und begründet mit einem demokratischen Anspruch, der einer kritischen Überprüfung nicht standhält. Die Staats- und Regierungschefs haben ein demokratisches Mandat. Den Abgeordneten des Europäischen Parlaments könnte man ein solches Mandat uneingeschränkt nur dann zubilligen, wenn es statthaft wäre, eine Wahl demokratisch zu nennen, die nicht auf dem Prinzip der gleichen Wahl beruht. Das aber wäre ein Widerspruch in sich selbst.

Mit der ideologischen Überhöhung des Prinzips Spitzenkandidatur haben die Befürworter dieser Neuerung des Jahres 2014 vor allem in Deutschland, dem Ursprungsland des Begriffs und wohl auch

des Projekts, viel Verwirrung gestiftet. Es ist höchste Zeit, dem entgegenzuwirken. Von der Missachtung des demokratischen Gleichheitsprinzips durch vermeintliche Freunde Europas profitieren im Zweifelsfall nur die Nationalisten, die der politischen Einigung Europas den Kampf angesagt haben. Die polemische Art und Weise, wie maßgebliche Abgeordnete des Straßburger Parlaments in den letzten Wochen sich über das mühsame Aushandeln von Kompromissen im Europäischen Rat geäußert haben, entbehrt nicht der populistischen Untertöne. Kompromissbereitschaft aber gehört zu den Grundlagen jeder Demokratie und erst recht eines Zusammenschlusses demokratischer Staaten wie der Europäischen Union.

Der Präsident der Kommission bedarf einer (qualifizierten) Mehrheit im Europäischen Rat und einer (einfachen) Mehrheit im Europäischen Parlament, also einer doppelten Mehrheit. Das Europäische Parlament hat die vorrangige Aufgabe, die Europäische Kommission zu kontrollieren. Es ist nicht seine Bestimmung, zusammen mit dem Kommissionspräsidenten einen Machtblock gegen den Europäischen Rat zu bilden. Die Erfahrungen der Jahre 2014 bis 2019 wirken in dieser Hinsicht abschreckend. Je früher die Straßburger Abgeordneten sich auf ihre wichtigste Aufgabe besinnen, desto besser ist es für die Europäische Union – und für die Sache der Demokratie.

Der Verfasser lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im September erscheint sein Buch „Werte und Mächte“. Geschichte des Westens in einem Band“.

Quelle: F.A.Z.

Europäische Union:

Die Demokratie mal im Dorf lassen

Klein und übersichtlich oder groß und mächtig: Was ist eigentlich die ideale Größe für Demokratien? Und was bedeutet das für die EU?

Von **Lenz Jacobsen**

29. Juni 2019, 10:00 Uhr **288** Kommentare



Die Akropolis in Athen, eine der Urstätten der Demokratie © Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Die Demokratie mal im Dorf lassen

Wenn am Sonntagabend in Brüssel die Staats- und Regierungschefs auskungeln, wer die EU-Kommission führen darf, dann ist das einerseits normale internationale Machtpolitik. Andererseits ist es für alle eine Enttäuschung, die daran glauben, dass die EU mehr sein kann und soll. Dass sie, wenn man nur lang und intensiv genug daran arbeitet, zu einer einzigen, riesigen Demokratie wird.

Mit jedem Gipfelgekungel und jedem Wahlerfolg einer EU-kritischen Partei wird die Frage akuter: Geht das überhaupt? 512 Millionen Menschen in 28 Staaten auf 4,4 Millionen Quadratkilometern? Vielleicht ist die EU einfach zu groß, um je eine echte Demokratie zu werden.

Wie hängen Demokratie und Größe zusammen? Diese Frage, der der Darmstädter Professor für Politische Theorie Dirk Jörke nun in einem neuen Buch nachgeht, ist nicht nur für die Zukunft der EU entscheidend. Sie steckt auch in der Klage über abgehobene Eliten im vermeintlich so fernen Brüssel oder Berlin, im Bedürfnis nach mehr direkter Mitsprache und auch in der versuchten Repolitisierung des Heimatbegriffs. Vielleicht, könnte man meinen, sollten wir die Demokratie mal wieder im Dorf lassen.

5.040 Bürger, nicht mehr

Dass kleinere Gemeinschaften politisch ideal sind, dessen war man sich jedenfalls in der Antike sicher. Platon bezifferte die perfekte Größe auf 5.040 Bürger, Aristoteles bestand darauf, dass alle Mitglieder "einander kennen" müssten. Und noch vor 250 Jahren schimpfte Rousseau: "Größe der Völker! Ausdehnung der Staaten! Sie sind die erste und hauptsächliche Ursache für das Unglück der Menschheit!"

Die Vorteile der Kleinheit scheinen auf der Hand zu liegen: Mehr direkter Kontakt und damit mehr Kontrolle der Herrschenden; mehr Mitsprache, weil die eigene Stimme relativ mehr zählt als in größeren Gruppen. Weniger Konflikte, weil man sich in kleinen Gruppen tendenziell ähnlicher ist.

Nur nützt all das im Zweifelsfall wenig. Die Inselstaaten im Pazifik können so demokratisch sein, wie sie wollen – aber sie sind schlicht zu klein, um sich noch selbst retten zu können. Es liegt nicht an ihnen, ob der Klimawandel noch so gebremst werden kann, dass sie nicht überschwemmt werden. Darüber entscheiden andere, größere und mächtigere Mitspieler.

Hinter diesem Beispiel versteckt sich eine Regel für Demokratien und politische Gebilde insgesamt: Je größer sie sind, desto mehr Einfluss haben sie auf ihr eigenes Schicksal und auf das der Welt.

Je größer die Demokratie, desto weniger Mitsprache

Mit der Größe ändert sich aber auch das Verhältnis der Bürger zum Staat. In den Nationalstaaten beherrschen sie sich anders als in den antiken Stadtstaaten nun nicht mehr direkt selbst, sondern wählen dafür Repräsentanten. Es gibt also Profi-Politiker und Wähler, es gibt überhaupt viel mehr unterschiedliche Rollen in großen Gruppen als in kleinen. Die Unterschiede wachsen, die Mitsprachemöglichkeiten des Einzelnen schrumpfen.

Das ist an sich noch kein Problem. Schließlich gibt es Wahlen und alle haben die gleichen Rechte. Aber Jörke argumentiert, dass das nicht reicht. Das "zweite große Versprechen der Demokratie", sei es nämlich, so Jörke, "mehr soziale Gleichheit zu erreichen".

Womit wir wieder bei der Europäischen Union wären. Die hat zwar noch mehr Macht als Nationalstaaten und kann deshalb mehr Einfluss nehmen auf die Welt, sie ist effektiver. Aber sie ist in sich viel zu ungleich. Jörke sagt: "Eine schwedische Krankenschwester und ein bulgarischer Bauarbeiter verfügen nicht über eine gemeinsame Welt, die Solidarität erzeugen könnte." Solidarität, die nötig wäre, um die sozialen Verhältnisse anzugleichen.

Die EU als "liberale Autokratie"

Dieses größenbedingte Defizit ist für Jörke der entscheidende Grund, weswegen die EU aktuell eine "liberale Autokratie" sei. Sie baut zwar Schranken ab und Freiheiten aus, aber davon profitieren vor allem jene, die diese Freiheiten zu nutzen wissen: die eh schon weltbürgerlich Gesinnten, Mobilen und Gutausgebildeten. Diese Eliten treiben wiederum die liberale EU-Politik voran, über die sich alle, die weniger von ihr profitieren oder gar darunter leiden, beklagen, indem sie Parteien wählen, die diese EU als Ganzes ablehnen.

Ja, die EU ist zu groß, um eine gute Demokratie zu sein, findet Jörke. Er will sie deshalb zu einer Konföderation zurückbauen, zu einem lockereren Staatenbund also. Aber auch er will nicht zurück zum Dorf als wichtigste politische Einheit wie in der griechischen Antike. "Das wäre ja aus heutiger Sicht auch verrückt", sagt Jörke.

Nur: Wenn die Vergrößerung vom Stadtstaat zum Nationalstaat gelungen ist, warum soll dann nicht auch die nächste Stufe gelingen? Warum sollten die schwedische Krankenschwester und der bulgarische Bauarbeiter nicht doch eines Tages gemeinsame Sache machen? Warum sollen nicht irgendwann alle Menschen auf der Welt gemeinsame Sache machen, in einer einzigen, globalen Demokratie?

Wovon Kant träumte

Davon träumte schon Immanuel Kant. Er klagte, dass sich Menschen wie Staaten "schon durch ihr Nebeneinandersein lädieren". Eine Wahrheit, die sich ja in der vollgestopften U-Bahn ebenso beobachten lässt wie in der Weltpolitik. Der Idealist Kant kommt zu dem Schluss, die finale Lösung dafür sei ein "allgemeiner weltbürgerlicher Zustand", den "die Natur zur höchsten Absicht hat". Er glaubte, dass "wir durch unsere eigene vernünftige Veranstaltung diesen für unsere Nachkommen so erfreulichen Zeitpunkt schneller herbeiführen".

Darauf berufen sich heute EU-Idealisten, ob offen oder unausgesprochen. Für sie ist die EU genau diese "vernünftige Veranstaltung", ein Zwischenschritt auf dem Weg zu Kants "ewigem Frieden".

Aus dieser Perspektive muss jede Abweichung vom Kurs der immer tieferen europäischen Integration als Verrat erscheinen am Ziel einer endgültig und ewig friedlichen, demokratischen Weltgemeinschaft. So bleibt die EU unbedingt auf ihrem Kurs, auch wenn das der Demokratie in der grauen Gegenwart eher schadet als nutzt. Jörke nennt das den "idealistischen Fehlschluss".

Es gibt nicht nur eine Demokratie, sondern viele

Hier die Sehnsucht nach der kuscheligen Gemeinschaft, dort das Streben nach einer globalen Demokratie: Das sind also die Pole. Und was ist nun die richtige Antwort? Was ist die ideale Größe?

"Die gibt es nicht", sagt Mathias Koenig-Archibugi. "Es kommt darauf an, welches politische Problem man gerade lösen will." Koenig-Archibugi forscht an der London School of Economics, unter anderem zu Fragen der globalen Demokratie. "Wir müssen wegkommen von der Vorstellung, dass es nur eine Demokratie gibt", sagt er, "es gibt viele gleichzeitig." Stadt, Bundesland, Staat, EU, UN – sie legen sich wie größer werdende Ringe um den Einzelnen. Und welche dieser Ebenen wie viel Macht hat, das ist Verhandlungssache.

Koenig-Archibugi glaubt auch nicht daran, dass sich die Macht zwangsläufig auf die höheren Ebenen verlagert, weil nur da die wirklich großen Aufgaben zu lösen seien – Stichwort Globalisierung. "Wissen Sie, die Menschen in der EU haben nun mal unterschiedliche Prioritäten", sagt er und lächelt. "Für die einen ist Wohlstand und Mobilität wichtig, für andere ist es wichtiger, sich in einer Gemeinschaft und an einem festen Ort aufgehoben fühlen zu können. Es ist Aufgabe von Politik, das zu verhandeln."

Das heißt im Umkehrschluss auch: Wenn sich die Europäer entscheiden, Macht von der europäischen Ebene zurückzuholen, bedeutet das nicht, dass es generell keine europaweite Demokratie geben kann. Ja, selbst globale Demokratie und Kants ewiger Friede bleiben möglich.

Es gibt keine ideale Größe für eine Demokratie. Es gibt keine finale Fassung, auf die Geschichte zwangsläufig zuläuft. Es gibt nur demokratische Größenverhältnisse, denen die Bürger heute zustimmen und die darum passend sind. Und morgen vielleicht schon nicht mehr.

Kunsthfreiheit: Auf dunkler Scholle

Kunst muss autonom sein, davon waren Linke und Liberale lange überzeugt. Doch das verändert sich gerade. Jetzt treten rechts gesinnte Künstler als letzte Verteidiger der Kunstfreiheit auf – mit weitreichenden Folgen.

Von **Wolfgang Ullrich**

15. Mai 2019, 16:48 Uhr | Editiert am 21. Mai 2019, 16:11 Uhr | DIE ZEIT Nr. 21/2019, 16. Mai 2019

Wie kann das sein? War die Freiheit der Kunst nicht eine der größten Errungenschaften der modernen westlichen Gesellschaften? Erlangte die Kunstfreiheit nicht sogar Verfassungsrang, weil man weithin anerkannte, dass relevante Werke nur entstehen, wenn Künstler sich nicht an ästhetische oder moralische Konventionen halten müssen? Doch nun gerät die Idee der Autonomie gleich doppelt in die Defensive.

Zum einen durch linke Intellektuelle und Kuratoren, die in postmodernen Diskursen sozialisiert und von "Postcolonial Studies" geprägt sind. Sie begreifen freie Künstler als eine privilegierte Elite, die, gerade weil sie radikal sein darf, schnell überheblich wird und damit unsensibel für die Erfahrung von Minderheiten und Unterdrückten. Entsprechend scheint die autonome Kunst ungeeignet, die Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung voranzubringen.

Zum anderen wird die Idee autonomer Kunst infolge der Globalisierung fragwürdig. So stammen die Akteure bei Auktionen, Museumsgründungen oder Biennalen immer häufiger aus Asien, Afrika oder der arabischen Welt. Viele folgen einem anderen, nicht westlichen Kunstverständnis. So ist ihnen eine Unterscheidung wie die zwischen freier und angewandter Kunst oftmals fremd. Sie haben auch kein Problem damit, wenn Kunst als Luxusprodukt behandelt wird oder eher zur Repräsentation als zur Sinnstiftung dient.

WOLFGANG ULLRICH

Der Kunsthistoriker lebt in Leipzig; zuletzt erschien von ihm: *Selfies* (Wagenbach)

Die paradoxe Folge dieser Entwicklung: Die Kunstautonomie, zwei Jahrhunderte lang das Ideal gerade linker und liberaler Milieus, wechselt die Seiten. Plötzlich passt sie besser in das Weltbild von Rechten. Für sie nämlich sind Vertreter postmoderner und weltoffener Milieus – die "ortlosen, global mobilen ›Any-wheres‹", wie AfD-Chef Gauland sie nennt – ohnehin schon erklärte Feinde, und wer für die Heimat eintritt und stolz auf Traditionen ist, kann auch in autonomer Kunst eine spezifische Errungenschaft der westlichen Kultur sehen. Der Künstler müsse sich "aus tiefster Notwendigkeit gegen das Gewissen seiner Zeit stellen, um sich jene Unabhängigkeit zu bewahren, welche die Kunst von ihm fordert". So formuliert es Frank Lisson, ein bei Rechten beliebter Kulturphilosoph, der im selben Atemzug davon schwärmt, "die beste Kunst" entstehe "in Zeiten der Unterdrückung", verlange also mutige, willensstarke Kämpfer ("Kultur ist stets männlich").

Solche Töne gefallen etwa dem Maler Sebastian Hennig, der in den 1990er-Jahren in Dresden studierte und unterdessen für Pegida aktiv ist. Wenn er schreibt, Kunst "ist die Freiheit" und "wächst mit der Freiheit, die sich der Künstler nimmt", mögen viele ihm noch zustimmen. Doch was, wenn er seinen Kollegen vorwirft, sie vergäßen, dass "die Schönheit das Bedeutendste" sei und "der Mensch, zumal

der nackte, der wichtigste, höchste, ja hehrste Anlass der bildenden Kunst"? Auf Hennigs eigenen Bildern gibt es eher schöne Landschaften und Stillleben als nackte Menschen, und für sich genommen würde man ihnen die Gesinnung ihres Urhebers nicht ansehen – sie sind so konventionell und unverbindlich wie die allgemeine Beschwörung der Freiheit der Kunst. In Hennigs Schriften ist jedoch der Hass auf alles Linke und Multikulturelle nicht zu überlesen. Er grollt gegen die "Franzosenwirtschaft an der Kunsthochschule" – gegen "Picasso-Freaks unter den Professoren" –, die er damit provoziert habe, dass er "Hunderte Seiten" eines Romans des (antisemitischen) Heimatschriftstellers Wilhelm von Polenz "in Textur und Fraktur mit Stahl- und Gänsefeder auf Lithosteine geschrieben" und "auf Büttenpapier gedruckt" habe. Und Frauen spricht er jegliche Begabung ab, behauptet sogar, sie würden infolge der Hässlichkeit ihrer Werke selbst hässlich.

Kunstautonomie in ihrer Rechtsaußen-Version, das zeigt sich an diesem Beispiel, verlangt vom Künstler, das Eigene und Schöne heroisch-männlich zu verteidigen. Mit dieser Haltung empfahl sich Hennig auch bei Björn Höcke, der ihn als Interviewpartner für sein 2018 erschienenes Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* wählte. Davon hielt ihn nicht einmal ab, dass Hennig zum Islam konvertiert ist – vielleicht weil man Antimodernist, Antifeminist oder Antisemit als Muslim genauso gut sein kann wie als Rechtsextremer?

Einige Motive rechten Denkens finden sich selbst bei berühmteren Künstlern, allen voran bei Neo Rauch. Zwar liegt dem Leipziger Maler so etwas wie Antisemitismus fern, und er würde wohl auch nicht in die Niederungen der Politik herabsteigen. Dafür sieht er sich viel zu sehr als autonomen Künstler – und die Mischung aus Radikalität und Pathos, mit der er in Interviews auftritt, lässt sich nicht zuletzt daraus erklären. Doch trägt er aufgrund seiner Prominenz mehr als andere zur Verschiebung des politischen Klimas bei. Vor allem bedient er ein in Ostdeutschland beliebtes Narrativ, wonach Deutschland zu einer DDR 2.0 geworden sei. Wie vor 1989 sieht er sich umgeben von einer "Bagage der Blockwarte, Gesinnungsschnüffler und der Politkommissare", die "wieder da" seien. Noch schärfer wird er, wenn er den Dresdner Schriftsteller Uwe Tellkamp, der sich seinerseits in einem "Meinungskorridor" gefangen fühlt und dafür hart kritisiert wurde, zum "Wiedergänger Stauffenbergs", also zu einem opferbereiten Widerstandskämpfer heroisiert. Sollte der heutige Staat wirklich eine menschenverachtende Diktatur sein? Und was ist davon zu halten, wenn Rauch Feministinnen mit den Taliban vergleicht?

Blickt man auf seine Bilder der letzten Jahre, legen Titel wie *Vaters Acker* oder *Fremde* ebenfalls eine politische Deutung nahe. Der Acker ist eine ziemliche Scholle, und die Himmel sind unheilschwanger, allerdings waren sie das bei Rauch auch schon lange vor seinen politischen Äußerungen. Daher wäre es zu einfach, seine Kunst als Illustration politischer Überzeugungen lesen zu wollen. Zumindest aber weicht er damit der verhassten Gegenwartsgesellschaft aus. Im Spiel mit leicht surrealen Bildräumen schafft er eine autonome Gegenwelt, mit viel Platz für unerfüllte Sehnsüchte.

Folgen der Rechtsverschiebung für die Kunstwelt gravierend

Auch andere Künstler aus dem Umkreis der Leipziger Schule malen solche Bilder. Einer von ihnen ist Axel Krause, der 2018 in die Schlagzeilen geriet, weil seine Galerie die Zusammenarbeit mit ihm aufkündigte – wegen Facebook-Posts des Künstlers, in denen er die Meinung vertrat, in einem Unrechtsstaat à la DDR zu leben. Da Krauses Bilder einen apolitischen Charakter haben – verträumte Landschaften, melancholische Interieurs –, hätte die Galerie auch nicht behaupten können, sie sei mit den Aussagen seiner Kunst nicht einverstanden. Umgekehrt vermag sich der Maler in die Tradition dissidenter DDR-Malerei zu stellen, die sich oft in imaginäre Welten flüchtete, um Konflikte zu vermeiden. Krause beruft sich ebenfalls auf die Autonomie und sagt, dass ein Bild "zweckfrei" und "um seiner selbst willen" "zur Welt gebracht" werden solle.

Paradoxerweise dient die Kunst vieler rechts stehender Künstler also gerade nicht dazu, rechte Thesen zu veranschaulichen. Wegen dieses Vakuums kommt es gelegentlich sogar vor, dass Kunstwerke aus ganz anderen weltanschaulichen Zusammenhängen herausgerissen und politisch besetzt werden. So verwendete der AfD-Politiker Nicolaus Fest auf seiner Website die Abbildung einer Stahlskulptur der Hamburger Künstlerin Rahel Bruns, die den Bundesadler in stark deformierter Form zum Gegenstand hat. Als die Arbeit 2007 entstand, war sie von Bruns als linksautonome Geste gegen Obrigkeit und Staatsmacht gedacht – zehn Jahre später geriet sie zum Logo für einen rechten Politiker, der damit zum Ausdruck bringen wollte, für wie skandalös ramponiert er den Zustand des Staates hält.

Vielleicht wird die nächste Generation rechtsgerichteter Künstler die Politik mit den passenden Bildwelten versorgen. Doch selbst wenn das ausbleibt, sind die Folgen der Rechtsverschiebung für die Kunstwelt gravierend. Dass die Idee autonomer Kunst von links mit Misstrauen belegt und von rechts adoptiert wird, verändert ihren Charakter. Bedeutete Autonomie für die Künstler früher vor allem Unabhängigkeit von materiellen Statussymbolen und Publikumsgeschmack, wird daraus nun ein wehrhaftes Auf-sich-gestellt-Sein. Man sieht sich lieber als Opfer (der "linksversifften" Verhältnisse) und Held (eines völkischen Widerstands) denn als subkultureller Außenseiter, und die Distanz zur Gesellschaft lebt man nicht mehr als Bohemien aus, sondern begibt sich in eine Wahlverwandtschaft zu Reichsbürgern und Preppern, die sich in ihrem Bunker auf die finale Katastrophe vorbereiten.

Autonomie, das heißt bei rechts stehenden Künstlern: Sie ziehen sich so stark auf eine streng eingehegte westlich-europäische Identität zurück, dass die Begriffe "autonom" und "identitär" im Extremfall ineinander verschwimmen. "Autonomie" wird so zum Kampfbegriff; mit der langen Tradition von Schiller bis Adorno hat sie nichts mehr zu tun.

Deren Autonomiebegriff dürfte umso stärker erodieren, je mehr rechtsautonome Strömungen den Begriff für sich reklamieren. Denn alle, die ihn ohnehin schon problematisch fanden, fühlen sich nun bestätigt. War das nicht immer schon eine sehr männliche, sehr weiße Idee? Doch sollten sich die Kritiker auch fragen, ob diese Idee nicht auch anders gedacht werden könnte. Sollte Kunstautonomie wirklich so schlecht sein, dass man sie den Rechten einfach überlässt? Gibt man damit nicht die Möglichkeit preis, etwas zu machen, das sich von den Standards der Gegenwart emanzipiert? Autonome Kunst kann und darf mit anderen Weltbildern und Regeln experimentieren. Sie besitzt die Lizenz, beliebige Fiktionen zu entwickeln oder sich allen Erwartungen zu verweigern. Das ist ihre Stärke, und es ist noch nicht zu spät, diese Stärke neu zu entdecken.

FAZ PLUS ARTIKELANSPRÜCHE VON RECHTS UND LINKS:

Kunsthfreiheit, was ist das?

- VON KOLJA REICHERT
- -AKTUALISIERT AM 02.07.2019-12:12
-



Künstler ergehen sich in Gesinnungskritik, und Populisten verschanzen sich hinter der Autonomie. Kann es in der Kunst noch Freiheit und Fortschritt geben?

Ist es vorbei mit den Abenteuern der Avantgarde? Gibt es die Unabhängigkeit der Kunst nur noch im sogenannten rechten politischen Lager, dort, wo Künstler sich offen distanzieren von allen zuletzt an die Kunst herangetragen Ansprüchen wie Diversität, Gendergerechtigkeit, Demut gegenüber Minderheiten? Wird also das Ideal der Kunstfreiheit gerade von sogenannten linken Künstlern aufgegeben und von rechten übernommen? Zu diesem Schluss kam jüngst [ein Essay des Kunsthistorikers Wolfgang Ullrich in der „Zeit“](#), der in die originelle These mündete, dass sich bei rechten Künstlern und Autoren das Ideal der Kunstautonomie mit dem Ideal der politischen Autonomie verbünde.

Wie das Kunstwerk ist der Künstler nur sich selbst verpflichtet und gibt sich sein eigenes Gesetz. Künstlerischer Eigensinn verbündet sich mit politischem Widerstand, die Rechten hissen die Flagge der Freiheit, während die Linken das Bestehende sichern, es mit Sprachregeln durchziehen und argwöhnisch die sinnliche Welt nach Gefahren abtasten und jeden Tabubruch unterbinden und sanktionieren.

Gibt es „linke“ und „rechte“ Kunst?

Ob es „linke“ und „rechte“ Kunst überhaupt gibt und inwieweit Werke für die politische Gesinnung des Künstlers haftbar gemacht werden können, darüber wurde kurz darauf heftig diskutiert, als einer der von Ullrich ins Feld geführten Künstler, der Leipziger Maler Axel Krause, [von der Leipziger Jahresausstellung ausgeladen wurde](#), nachdem andere Teilnehmer sich weigerten, mit einem AfD-Anhänger auszustellen. Krause, ein Freund und Kommilitone [Neo Rauchs](#), hatte nur hin und wieder außerhalb Leipzigs ausgestellt, wo er von der Galerie Kleindienst vertreten wurde. Er war, wie er selbst auf seinem öffentlichen Facebook-Profil schrieb, ein „regional agierender Heimatmaler“, was nichts Schlechtes ist, im Gegenteil: Künstler, die sich ihrer Region verpflichtet fühlen und umgekehrt ihr Auskommen mit regionalen Sammlern sichern können, gibt es viel zu wenige. Größere Bekanntheit erlangte Krause, als die Galerie ihm im letzten Jahr „kündigte“, wie es immer heißt, mit der Begründung, dass er sich in seinen Facebook-Posts zur AfD bekannte.

Wenn ein Arbeitgeber einem Mitarbeiter wegen seiner politischen Ansichten kündigt, so wie das zuletzt Studenten der Dresdener Kunsthochschule im Fall ihrer Bibliothekarin forderten, weil sie in der Meißener Kommunalwahl für die **AfD** kandidierte, wäre das eine Verletzung der Meinungsfreiheit (auch wenn die Studenten ihrerseits das Recht haben, gegen die Ansichten ihrer Bibliothekarin zu demonstrieren). Ein Galerist aber kann einem Künstler nicht im engeren Sinne kündigen, weil hier selten ein Vertrag besteht, meist eher ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis. Er kann nur die Zusammenarbeit beenden, was man schlimm finden kann, aber sein Recht ist. So wie es das Recht des Künstlers Moritz Frei ist, seine Teilnahme an der Leipziger Ausstellung zurückzuziehen, weil er nicht zur „Rehabilitierung“ eines Künstlers beitragen wolle, der dem Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung angehört.



Axel Krause: „Der Zauberlehrling“, 2017 :Bild: Manuscriptum / Axel Krause

Denn das tut Krause inzwischen, womit er vom Wähler zum vordersten Künstler an der intellektuellen Front des Rechtspopulismus vorgerückt ist. Dass sich die Präsenz der AfD im **Bundestag** natürlich auch auf dessen Kunstsammlung auswirkt, zeigte jüngst der Ankauf von Krauses Bild „Das Puppenhaus“ von 2008. Die „Ausgrenzung“ hat Krauses Werk beträchtlichen politischen Kurswert verschafft. Die Sommerausgabe der rechtsintellektuellen „Vierteljahrszeitschrift für Konsensstörung“, „Tumult“, auf deren Titel eine brennende Notre Dame in blutroter Tönung einmal mehr einen Bauunfall zum politischen Ereignis mit Bürgerkriegscharakter stilisiert, druckt ein gutes Dutzend seiner Bilder und einen Essay, in dem der Maler alle bekannten Künstlerklischees bemüht: „Doch ist die Zweckfreiheit das für mich wesentliche Element, um in die Tiefen einer triebhaften Gestaltungslust hinunterzugleiten, aus Unbewusstem zu schöpfen und Unsichtbares sichtbar zu machen – der essenzielle Sinn des Bildermachens!“

Das romantische Urbild selbstbestimmten Schöpfertums

Viele Künstlerinnen erleben es so. Und vielen Nichtkünstlern imponiert die Heroik dieser seelischen Tiefentaucherei, jenes romantische Urbild selbstbestimmten Schöpfertums, an dem sie als Anwalt, Lehrer oder Chirurgin durch den Erwerb von Bildern teilhaben können.

Seit Februar finden sich zwei Werke Axel Krauses auf der Website von Manuscriptum, dem Verlag des Manufactum-Gründers Thomas Hoof, der für seine geschichtsrevisionistischen und frauen- und

schwulenfeindlichen Schriften bekannt ist (von denen sich Manufactum distanziert, das seit 2008 zur Otto Group gehört, mit dem sich Manuscriptum aber noch den Schriftzug teilt). „Die moderne und damit abstrakte Malerei entwertet seit einhundert Jahren das anschauliche Denken“, heißt es dort. „Wir stellen dem etwas entgegen mit der Manuscriptum-Galerie.“ Ein „Widerstand“ wird versprochen, und ein Feind ist ausgemacht: die „westdeutsche Kunstszene“. Tatsächlich war der westdeutsche Kunstbetrieb, trotz der beharrlichen Vermittlungsarbeit des Kunstredakteurs der F.A.Z., Eduard Beaucamp, alles andere als neugierig auf die Versuche der Kollegen aus dem Osten wie Werner Tübke und Arno Rink, der staatlichen Doktrin des Sozialistischen Realismus das Bestmögliche abzugewinnen. Nicht vergessen darf man auch die Rolle der CIA, die den Abstrakten Expressionismus kostenlos bei der Documenta ablud und europaweit Schriftsteller und Autoren auf wichtige Posten brachte. Man darf aber auch deren Soft Power nicht überbewerten, letztlich war es immer noch die Kunst, die überzeugte.

Die DDR als „Schonraum“ vor der „Selbstaflösung“?

Bei Manuscriptum aber tauscht die Diktatur im Sarrazinjargon nachträglich die Seiten: In der DDR „genoß“ die Malerei „als geleitete“ „auch einen Schonraum vor den im Westen wirksamen Tendenzen zur Selbstaflösung und Abschaffung“. Sie „konnte Kontakt zu Traditionen halten, während im Westen Traditionsbruch und Trendfolgsamkeit zur eisernen Pflicht wurden“. Im selben martialischen Jargon wird Krauses Gemälde „Der Zauberlehrling“ beworben, angeboten in fünfzig Kunstdrucken zu je 350 Euro: „Die Gewebe der Technik hängen sich wie Lianen an die stämmige alte Welt. Die wuchernden Schlingengewächse des Fortschritts hindern zuletzt diesen selbst am Fortschreiten.“

Es ist dies eine Radikalisierung der Manufactum-Prosa, die ja schon immer aus der Tiefe der angebotenen Spaten, Stiefel und Bakelit-Telefone alles mögliche Alte, Stämmige, Echte zu heben verstand, das den exklusiven Preis rechtfertigte. Was hier angeboten wird, ist eine Flucht zur Seite aus den Widersprüchen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft in eine feste Identität – während die moderne Kunst ja seit Rimbaud aus der Brechung von Identität schöpfte. Aber: „Die moderne Malerei wird im Rückblick erscheinen als ein früher Versuch der Inklusion der völlig Talentfreien in die kleine Schar der Talentierten. Letzteren gilt unsere Sorge und Aufmerksamkeit.“ Worin sich wieder die Regel zeigt, dass der rechtspopulistische Freiheitsbegriff auf Ausgrenzung hinausläuft.

Bei Manuscriptum heißt es, die Texte stammten teils von Sebastian Hennig, selbst Maler, konvertierter Muslim und zugleich Pegidist der ersten Stunde, der ein begeistertes Buch über die Pegida-Märsche geschrieben hat und gegenüber „Tumult“-Herausgeber Frank Böckelmann 2015 in der „Sezession“ erklärte: „Kunst hat vor allem die Aufgabe, zu kräftigen.“ Wie das seine blassen Gouachen bewerkstelligen sollen, die Dresdner Motive in impressionistischen Schlieren einlagern, ist schleierhaft.



Neo Rauch vor seinem Bild „Das Kollegium“ (2019) bei der Eröffnung der gleichzeitigen Ausstellung in Aschersleben im Mai :Bild: AP

Neben Krause fand sich auch Hennig unter den spärlichen Beispielen, die Wolfgang Ullrich ins Feld führte und denen er, vorsichtig und etwas verlegen, den Maler Neo Rauch beimischte, der ja [Uwe Tellkamp](#) für den jetzt so oft zu hörenden Vergleich einer auf Offenheit beharrenden Gesellschaft mit dem Unterdrückungssystem der SED einen „Wiedergänger Stauffenbergs“ genannt hatte. In dieser Woche antwortete Rauch mit großer Geste: „Die Zeit“ druckte ein neues Gemälde Rauchs, in dem ein Maler seine Exkremete in einen Topf entlässt und mit dem Pinsel abfängt, um mit der braunen Masse eine lieblos ausgeführte Figur fertigzustellen, unter der in großen Buchstaben steht: „W. U.“. Von der herabdrückenden Decke hängen expressionistische Zacken, hinter dem entblößten Hintern liegt auf einem Zeitungsstapel die „taz“, und zum Fenster schaut hinter einer als unheimliche Leerstelle fungierenden Schattenfigur ein kecker Adolf Hitler herein. Titel: „Der Anbräuner“.

Neo Rauch: das deprimierendste Scheitern eines Kunstwerks seit langem

Der Rückgriff auf das längst ausgeräumte Tabu der künstlerischen Verarbeitung von Fäkalien, den die Zeitung in einem Begleittext als ersten Ausflug Neo Rauchs auf das Feld der politischen Karikatur feiert, ist in seiner Analität unbegreiflich. Es ist dies das deprimierendste Scheitern eines Kunstwerks seit langem. Es scheint, als habe dem Künstler die Gelassenheit gefehlt, überhaupt erst mal in Ruhe sein Material zu sortieren. Es lässt sich wirklich nicht entscheiden, ob hier der Maler auf dem Topf sitzt und den Kritiker malt, oder ob das auf der Leinwand der Maler sein soll, der sich wiederum den Kritiker nicht anders vorstellen kann denn als Maler, also als Wiedergänger seiner selbst.

Das ist eben das Tolle an der Kunst: Hier reicht es nicht, einer Ansicht zu sein. Es geht tatsächlich ums Können, auch wenn immer darüber zu streiten bleibt, was genau es zu können gilt – es gibt schließlich auch gelungene wie misslungene Readymades. In der Kunst gilt es. Sie ist die konkrete Formulierung gedanklicher und sinnlicher Kohärenz. Jedes kleinste Detail ist hier Rechenschaft schuldig, nicht vor der Politik oder den Gerichten, sondern der Kunstgeschichte. Wenn es dagegen nur um Haltungen geht, gewinnt schlechte Kunst Aufwind, weil sie den künstlerischen Kurswert gegen den politischen tauscht. Das ist derzeit die große Gefahr: dass Kunst zugleich reduziert wird auf ihren subjektiven wie ihren öffentlichen Charakter, nämlich auf die Verteilung von Sprecherpositionen. Wie schlecht der Kunst das tut, beweist das Bild von Neo Rauch.

Kann man auch über Kunstentwürfe sprechen?

Kann man sich auch eine Diskussion vorstellen, die nicht von ideologischen Abstraktionen bestimmt ist, von Grenzziehungen zwischen politischen Lagern, sondern von Interessen, Bildern, Arbeitsweisen, Kunstentwürfen? Es ginge dann weniger um Lagerbildung als um das Ernstnehmen dessen, was alle Lager verbindet, die künstlerische Form, was bei Adorno heißt: sedimentierter Inhalt.

Krauses Bilder zum Beispiel tragen Ablagerungen der Kunstgeschichte als Inhalt vor sich her, bauen aber nicht darauf auf. Formal gleichen sie in ihrer Schablonenhaftigkeit abgemalten Buntstiftzeichnungen. Wenn so unterschiedliche Werke wie die von Arnold Böcklin und Edward Hopper, de Chirico und Balthus nebeneinanderstehen, dann geht das über einen Selbstgenuss der Malerei und ihrer Verfügungsmacht über das Vergangene nicht hinaus. Und dieses Vergangene mündet bei Krause immer in eine inzestuöse Einschließung europäischer Traditionen. Seine Kunst stellt eine trotzig Unbeweglichkeit zur Schau. Ihre Wirkung ist ein inneres Schaudern, das keine Richtung findet, wie ein schlechter „Tatort“.



Nicole Eisenman: „Morning Studio“, 2016 :Bild: Nicole Eisenman

Das wirkliche Abenteuer liegt eben nicht in der Selbstbehauptung, sondern im Durcharbeiten der Widersprüche. Ullrich unternimmt eine fatale Ineinsetzung von Kunstfreiheit und Kunstautonomie, die dem Klischee zuarbeitet, in der Kunst ginge es darum, dass jeder machen darf, was ihm so einfällt, was dann auch bedeutet, dass jeder alles darf. Ullrichs Empfehlung nach links, diese Freiheit wiederzuerobern, führt deshalb nicht weit genug.

Die Autonomie der Kunst ist nicht die Freiheit der Kunst

Während die Freiheit der Kunst ein Rechtsanspruch ist, dessen Träger Künstler und Institutionen sind, hat die Autonomie keinen einzelnen Träger. Das autonome Kunstwerk ist immer auch *fait social*, ist „gesellschaftliche Antithesis zur Gesellschaft“, so Adorno. „Das künstlerische Subjekt an sich ist gesellschaftlich, nicht privat“.

Es geht also in der Kunst, anders als in der Kulturpolitik, nicht um linke gegen rechte Gesinnung. Es geht um die Frage, ob eine demütige Zurücknahme des Selbst, ein angstfreies Ausliefern an die künstlerische Formfindung, die aufregenderen, stärkeren Formen schafft als das eigenbrötlerische Herumkauen auf den Klischees des Künstlereremiten.

Nehmen wir eins der vielen Bilder, für die die New Yorker Malerin Nicole Eisenman gerade auf der Venedig-Biennale gefeiert wird: Eine Frau schmiegt sich an die Brust einer anderen, die ihren Kopf sorgend neigt wie die Marien der italienischen Renaissance. Der Blick der Umsorgten holt den Betrachter hinein in die Intimität, die gegenüber durch den Milchstraßen-Desktop eines Computers gebrochen ist. Ihre gelb verfremdete Haut bricht jeden Realismus, wie auch der fast cartooneske Nachvollzug von Parkett, Schaumstoffmatratze, Kissen und der hobbithaften Füße. Bei manchen Bildern Eisenmans waten vormoderne Figuren durch Farbschlick, dass man sich bei Neo Rauch wähnt. Doch verschließen ihre Bilder sich nie im Vorzeigen von Könnerschaft, sondern zeigen, dass sie Farbe sind und Form, auf der andere aufbauen können.

Die Macht der Kunst liegt nicht in der Absicherung von Identitäten. Sie liegt in der Transzendierung der eigenen Position, der Öffnung hin zur Geschichte. Sie besetzt nicht Räume, sie öffnet Räume. Darin beweist und verleiht sie Freiheit.

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/christine-lagarde-als-ezb-praesidentin-ist-eine-verpasste-chance-16266021.html>

DRAGHI-NACHFOLGE:

Eine verpasste Chance für die EZB

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 03.07.2019-08:26



Die Unabhängigkeit der Notenbanken ist ein hohes Gut. Wird eine EZB-Chefin Christine Lagarde sie verteidigen?

Am Ende haben Deutschland und Frankreich, die zwischenzeitlich wie die Verlierer aussahen, auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU doch eigene personalpolitische Vorstellungen durchsetzen können.

Während Ursula von der Leyen als Vorschlag für die EU-Kommissionspräsidentin (sie muss vom Europaparlament bestätigt werden) überrascht, hatte **Christine Lagarde** in den Überlegungen schon früher eine Rolle gespielt - allerdings als Nachfolgerin Jean-Claude Junckers in Brüssel und nicht als Nachfolgerin Mario Draghis in Frankfurt.

Nicht nur Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der ein fachlich und persönlich sehr gut geeigneter Kandidat für die Präsidentschaft der **EZB** gewesen wäre, zählt zu den Verlierern des Brüsseler Personal-Pokers. Die Bundeskanzlerin hatte schon lange den Vorsitz der EU-Kommission gegenüber der Präsidentschaft der EZB als die wichtigere Position präferiert und beide Positionen konnten nicht mit Vertretern aus Deutschland besetzt werden.

Das in Deutschland verbreitete Argument, Deutschland wäre „dran“ gewesen, einen Landsmann als EZB-Präsidenten zu bekommen, lässt sich auch auf die Präsidentschaft der EU-Kommission anwenden. Gleichwohl wird Merkels Strategie in Deutschland auch auf Kritik stoßen.

Denn auch der Ruf der Europäischen Zentralbank hat alleine durch die Einbeziehung in den Personalpoker gelitten, denn als von Regierungsweisungen unabhängige Institution hätte die Bestimmung ihres neuen Präsidenten keine nachgeordnete Rolle in den stundenlangen Versuchen der Staats- und Regierungschefs spielen dürfen, eine Reihe europäischer Spitzenpositionen gleichzeitig zu besetzen.

Christine Lagarde wäre vermutlich als Präsidentin der EU-Kommission besser geeignet gewesen, aber sie ist zweifellos eine respektable Kandidatin für die Präsidentschaft der Europäischen Zentralbank. Als langjährige Generaldirektorin des Internationalen Währungsfonds kennt sich Lagarde in der internationalen Finanzwelt bestens aus und ihre Feuerprobe als schwer aus der Ruhe zu bringende Krisenmanagerin hat sie in der Finanzkrise vor rund zehn Jahren und in der anschließenden Eurokrise abgelegt. Ökonomen beklagen, Lagarde sei studierte Juristin und keine Ökonomin - übrigens wie der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank, Jerome Powell.

Aber Geldpolitik ist keine Geheimwissenschaft. Die EZB verfügt mit Philip Lane über einen versierten, international anerkannten Volkswirt, der die künftige Führung kundig unterstützen kann. Lane dürfte künftig eine Schlüsselrolle in der Formulierung der Geldpolitik der EZB erhalten. Und Lane steht, wie seine erste öffentliche Rede dieser Tage zeigte, in der durch [Mario Draghi](#) formulierten Tradition.

Niedrigzins ist globales Phänomen

Trotz der unzweifelhaften internationalen Statur Lagardes lässt sich eine Präsidentschaft Lagardes in der EZB als eine verpasste Chance begreifen, wenn sie mit einer Präsidentschaft [Jens Weidmanns](#) verglichen wird. Nicht, dass die EZB unter Weidmann eine fundamental andere Geldpolitik betreiben würde, in der sich der deutsche Herzenswunsch nach höheren Zinsen rasch manifestierte.

Die Vorstellung, man brauche nur einen Deutschen an der Spitze der EZB, um deutlich höhere Zinsen zu bekommen, hat viel mit realitätsfremdem Wunschdenken und gelegentlich mit Verschwörungstheorien, aber nichts mit ökonomischer Ratio zu tun. Wer den Blick über den nationalen Gartenzaun wagt, wird leicht erkennen, dass der Niedrigzins ein globales Phänomen ist - und globale Ursachen besitzt. In der internationalen Fachdiskussion ist dies längst akzeptiert.

Ein EZB-Präsident Weidmann hätte an der Zinspolitik wenig geändert, aber er hätte sehr wohl versucht, dass in den vergangenen Jahren sehr enge Band zwischen der EZB einerseits und den Staaten sowie den Finanzmärkten andererseits zumindest ein wenig zu lockern. Nicht, dass dies sofort gelungen wäre. Aber der deutsche Wirtschaftsweisen Volker Wieland hat vor Wochen auf Twitter einen möglichen Test für den künftigen EZB-Präsidenten beschrieben.

Was ist, wenn ein Mitgliedsland der Eurozone in Finanzierungsnot gerät, weil es eine unsolide Finanzpolitik betreibt und ein mit wirtschaftspolitischen Strukturmaßnahmen verbundenes OMT-Programm (das Weidmann nicht mehr ablehnt) verweigert und statt dessen von der EZB Anleihekäufe ohne wirtschaftspolitische Zugeständnisse verlangt? Man könnte sich vorstellen, dass Weidmann in einer solchen Situation die Unterstützung verweigerte. Wie würde sich Lagarde verhalten? Schwer zu sagen.

Jedenfalls ist die Berufung von Lagarde kein Signal gegen die schleichende Politisierung der Geldpolitik. Denn nicht nur Lagarde hat früher als Ministerin in einer französischen Regierung gedient, auch der Vizepräsident der EZB, Luis de Guindos, war Minister in Spanien. Der Trend, dass ehemalige Politiker in die Zentralbankräte drängen lässt sich nicht nur in der EZB beobachten. Er dient der Unabhängigkeit der Geldpolitik nicht.

Auch in einer zweiten Hinsicht lässt sich die Entscheidung der Bundeskanzlerin, nicht einer Entsendung Weidmanns an die Spitze der EZB den Vorzug zu geben, als eine verpasste Chance für die EZB begreifen. Auch wenn sich der größte öffentliche Unmut gelegt hat, ist die Geldpolitik der EZB in Deutschland, vorsichtig ausgedrückt, nicht gerade populär.

Ein Präsident Weidmann hätte die Möglichkeit besessen, das Image der EZB in Deutschland zu verbessern, was auf lange Sicht für die Währungsunion vorteilhaft wäre. Immerhin steht zu erwarten, dass auch Lagarde, die sich auf Kommunikation sehr gut versteht, die Geldpolitik der EZB den Menschen besser erläutern kann als Draghi, der hierfür keine Antenne besitzt. Die langfristigen Folgen des Brüsseler Gipfels lassen sich heute dennoch allenfalls erahnen.

FAZ PLUS ARTIKELENERGIEEFFIZIENZ:

So viel macht Deutschland aus CO2

- VON DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 03.07.2019-10:41



Kaum ein Land schafft mehr Wohlstand je Kilogramm CO2 als Deutschland, heißt es in einer Studie. Spielt diese Effizienz künftig eine größere Rolle?

Atmosphäre gelangt. Für die Menschen ist es aber nicht bedeutungslos, wie viel Wirtschaftsleistung und Wohlstandszuwachs mit den Emissionen erzeugt werden – und in dieser Hinsicht ist das Industrieland Deutschland schon jetzt besonders erfolgreich.

Jedem Kilogramm CO₂, das hier emittiert wird, steht eine im internationalen Vergleich sehr hohe Wertschöpfung gegenüber. Umgekehrt werden also Wohlstandszuwächse hierzulande mit deutlich geringeren Emissionen erkaufte als anderswo. Das verdeutlicht eine Analyse des Düsseldorfer Instituts für Angewandte Arbeitswissenschaft (ifaa), die der F.A.Z. vorliegt.

Mit jedem Kilogramm Kohlendioxid werden demnach hierzulande rechnerisch 4,60 Dollar Wirtschaftsleistung erzeugt. In Japan sind es 4 Dollar, in den Vereinigten Staaten 3,70 und in Kanada 2,90 Dollar. China erreicht gerade einmal 1,20 Dollar und Russland sogar nur 90 Cent je Kilogramm, wie Studienautor Olaf Eisele darlegt, der sich im Fachbereich Unternehmensexzellenz des Instituts mit Fragen des Produktivitätsmanagements befasst. Neben der Arbeitsproduktivität, so sein Plädoyer, sollte künftig die Kenngröße „CO₂-Produktivität“ eine größere Rolle spielen – zur Steuerung auf politischer wie auf betriebswirtschaftlicher Ebene.

Große Fortschritte

Der günstige Wert für Deutschland hat auch mit besonders großen Effizienzfortschritten in der Vergangenheit zu tun: Hierzulande sind die Emissionen nicht nur langsamer gewachsen als die Wirtschaft – was auf viele Länder zutrifft. Vielmehr hat sich die CO₂-Produktivität sogar schneller erhöht als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Einfacher gesagt: Die Emissionen sind trotz wachsender Wirtschaft geschrumpft.

Im Vergleich mit 1990 ist Deutschland der Analyse zufolge unter den Hauptemittenten sogar das einzige Land, das seine CO₂-Produktivität stärker gesteigert hat als die Wirtschaftsleistung. „Deutschland ist damit internationaler Benchmark“, urteilt Eisele – und zeigt, dass der Befund nicht nur für den langen Zeitraum gilt. Auch in jüngster Zeit stieg die CO₂-Produktivität durchweg stärker als die Wirtschaftsleistung. 2017 erhöhte sie sich mit plus 4,6 Prozent sogar mehr als doppelt so stark wie das BIP (plus 2,2 Prozent).

Der Studienautor sieht diese Analyse als Ausgangspunkt, um den Zielkonflikt zwischen Klimaschutz- und Wohlstandsinteressen ins Koordinatensystem eines „nachhaltigen Produktivitätsmanagements“ zu übersetzen – um damit ökonomisch effizient weiteren Fortschritt zu erreichen. „Im

Produktivitätsmanagement geht es darum, das Verhältnis einer Outputgröße zu einer Inputgröße im Sinne eines systematischen Problemlösungsprozesses kontinuierlich zu verbessern“, erläutert er. „Ein gemeinsames Ziel aus ökologischer und ökonomischer Perspektive ist der möglichst effiziente und schonende Einsatz von knappen beziehungsweise kostenverursachenden Ressourcen.“

Die Kennzahl „CO₂-Produktivität“ lasse sich dabei als gesamtwirtschaftliche Zielgröße ermitteln und ebenso für einzelne Unternehmen. Den Blick auf ihre Ebene hält Eisele auch deshalb für besonders wichtig, weil Emissionsvermeidung eben nicht nur durch große Umstellungen wie einen Umstieg auf Elektromobilität zu erreichen sei. Ebenso bedeutsam seien die vielen kleinen Verbesserungen, die Unternehmen in ihren täglichen Abläufen erzielen könnten – von effizientem Materialeinsatz in der Produktion bis zur Umstellung auf LED-Leuchten im Büro.

Zur Veranschaulichung zitiert Eisele zudem ein Beispiel des Umweltbundesamts: Würde etwa die Nutzungsdauer von Notebooks von 3 auf 6 Jahre verlängert, säne der Kohlendioxidausstoß von der Herstellung bis zur Entsorgung von 1400 auf 1000 Kilogramm je Gerät. Wie dies wiederum die Arbeitsproduktivität beeinflusst, gehört dann freilich auch noch ins Kalkül.

Quelle: F.A.Z.

4. Juli 2019, 05:40 Uhr

EZB-Präsidentschaft

Draghi hinterlässt ein schweres Erbe



Runter kommt man immer: Das gilt derzeit eher für diesen BMX-Radfahrer als für die EZB und ihre Niedrigzinspolitik.

(Foto: Thomas Lohnes/Getty)

- Der scheidende EZB-Präsident Mario Draghi hat zwar die Eurozone gerettet, aber auch den Leitzins nie erhöht.
- Damit macht er es seiner designierten Nachfolgerin Christine Lagarde nicht leicht.
- Sie braucht Unterstützung innerhalb der EZB und eine neue geldpolitische Strategie im Falle einer Finanzkrise. Doch einige trauen ihr den Umschwung zu.

Von Markus Zydra, Frankfurt

Mario Draghi mag 2012 mit seiner Londoner "Whatever it takes"-Rede die Eurozone vor dem Zusammenbruch gerettet haben. Doch der Italiener ist auch der Erste im Amt, der in seiner achtjährigen Amtszeit nicht ein einziges Mal den Leitzins erhöht hat. Stattdessen hat er das Geld immer billiger und lockerer vergeben. Der scheidende EZB-Präsident hinterlässt seiner designierten Nachfolgerin [Christine Lagarde](#) daher ein schweres Erbe. Der Zustand der EZB im Jahr 2019 gleicht einem zum Zerreißen gespannten Seil. Der Leitzins in der Eurozone liegt seit Jahren bei null Prozent. Der Strafzins auf Guthaben der Banken in Höhe von 0,4 Prozent raubt den Instituten einen Teil der Profite. Durch Anleihekäufe pumpte die EZB 2,7 Billionen Euro ins Finanzsystem.

Draghi ist der Kopf hinter dieser geldpolitischen Revolution, solche Maßnahmen hat es in der ja noch sehr jungen Geschichte der Notenbank noch nie gegeben. Europas Wirtschaft, die Immobilienmärkte und Börsen profitierten von der Geldschwemme. Dennoch scheint kaum jemand so richtig zufrieden zu sein mit dem Status quo. Den einen ist Draghis Geldpolitik viel zu locker, den anderen geht sie immer noch nicht weit genug. Staaten mit hohen Schulden wie Italien brauchen billiges Geld, bei anderen wie Deutschland ist der Nutzen geringer.

Die Währungsunion ist gespalten, und dieser Konflikt spiegelt sich in der Geldpolitik. Lagarde könnte die richtige Person sein, um diese Gräben zu schließen. "Lagarde besitzt die *Gravitas*, die europäischen Interessen zusammenzuführen", sagt Clemens Fuest, Chef des Ifo-Instituts. Sie verstehe sowohl die Perspektive der Schuldnerstaaten als auch die der Gläubigerstaaten. "Ihre politische

Erfahrung wird sie nutzen, um die Unabhängigkeit der [EZB](#) zu stärken und die Einflüsse aus der Politik zurückzudrängen. So schätze ich sie ein."

Lagarde übernimmt eine Institution, die gefangen wirkt

Draghi hat zuletzt noch einige Pflöcke für seine designierte Nachfolgerin eingeschlagen. Weil die Konjunktur schwächelt, stellte er eine Erhöhung des Strafzinses für Banken und eine Wiederaufnahme des Anleihekaufprogramms in Aussicht. Solche Ankündigungen nehmen die Finanzmärkte sehr ernst. Lagarde wird diese Leitplanken zu ihrem vorgesehenen Amtsantritt im November nicht einfach abräumen können. Sie übernimmt eine Institution, die gefangen wirkt.

Der Notenbank drohen die Instrumente auszugehen. Gleichzeitig steckt sie in einem Dilemma, denn sie hängt auch verbissen an ihrem Inflationsziel von nahe zwei Prozent. Dieses Ziel hat sie trotz der lockersten Geldpolitik aller Zeiten nicht erreicht. Die wichtigsten Notenbanken der Welt orientieren sich an den zwei Prozent, die als Puffer dienen gegen dauerhaft fallende Preise. Eine solche Deflation gilt unter den meisten Währungshütern als sehr gefährlich. Doch überall dasselbe Problem: Die Preise steigen nicht so wie gewünscht. In Akademikerkreisen gilt dieser Umstand als das größte Rätsel überhaupt.

Die EZB braucht eine geldpolitische Strategie für den Fall einer Finanzkrise

In diesem Umfeld kündigt Draghi nun an, die Geldpolitik noch weiter zu lockern. Vergeudet die EZB damit ihre Ressourcen? Was kann sie im Ernstfall dann überhaupt noch machen, sollte die Währungsunion in eine Rezession rutschen? Viel tiefer als 0,4 Prozent kann auch der Strafzins nicht sinken, ohne dass Bürger anfangen, ihr Geld in bar abzuheben. Am Anleihemarkt ist die EZB schon jetzt der wichtigste Akteur. Das hat zu gefährlichen Preisblasen geführt. Welche anderen Instrumente gibt es, mit der die EZB auf eine [Finanzkrise](#) reagieren könnte? Die EZB unter Lagarde müsste diese Debatte über eine neue geldpolitische Strategie führen.

Dazu braucht Lagarde Unterstützung, doch in Teilen der EZB-Belegschaft rumort es, weil Draghi viele wichtige Entscheidungen in ganz engen Zirkeln beschlossen hat und einigen Abteilungen nur wenig Beachtung schenkte. In einem offenen Brief warnte die EZB-Gewerkschaft, Draghis Nachfolger übernehme eine "Institution mit dysfunktionalen Merkmalen". Die Arbeitnehmervertreter beklagten in dem Schreiben "Jasagertum" in der EZB, weil "Beförderungen im Wesentlichen davon abhängen, unkritisch die Meinung des direkten Managements zu teilen".

Viele in der EZB hoffen nun, dass Lagarde einen Kulturwandel einleiten kann. Um die Herausforderungen zu meistern, sollten nach Ansicht der Gewerkschaft auch Querdenker eine Rolle spielen. "Innerhalb der EZB wird Lagarde sicher gut ankommen", sagt Stefan Bielmeier, Chefvolkswirt der DZ Bank. "Bei den geldpolitischen Themen wird die Bedeutung des EZB-Chefvolkswirts Philip Lane zunehmen. Er ist der Fachmann", so Bielmeier. Lagarde mit ihrer Vernetzung in die internationale Politik und Wirtschaftswelt sei dann "für die große Kommunikation zuständig". Die Finanzmärkte nahmen Lagardes Nominierung am Mittwoch schon mal positiv auf: Die Aktienkurse stiegen.

04. Juli 2019

Lagarde an der EZB-Spitze - eine gute Wahl?

Die Nominierung von IWF-Chefin Christine Lagarde als Präsidentin der EZB hat auf den europäischen Aktienmärkten die Kurse steigen lassen. Denn allgemein wird erwartet, dass die frühere französische Finanzministerin den Kurs des billigen Geldes ihres Vorgängers Mario Draghi weiterführen wird - was nicht allen Beobachtern gefällt.

Die Welt 3. Juli

Die Schuldenländer können sich freuen

Gar nicht froh mit der Nominierung ist die Tageszeitung Die Welt, denn Lagarde steht für einen Kurs, der eher Schuldenländern zugutekommt:

„Seit Jahren schon drängt Lagarde die deutsche Bundesregierung dazu, mehr Schulden zu machen. Diese Sichtweise hat sich im einst so konservativen IWF durchgesetzt, seit die profilierte Französin an die Spitze gerückt war. In der Griechenland-Krise drängte sie auf Schuldenerlass - wiederum sehr zum Ärger der Bundesregierung. ... Weidmann an der EZB-Spitze hätte sicher keinen radikalen Kurswechsel eingeleitet. Aber schon bei einer graduellen Änderung hätten sich die Märkte und Regierungen darauf einstellen müssen, dass die irrwitzige Party irgendwann zu Ende geht. Nun wird weitergefeiert - bis es knallt.“

Dorothea Siems

FINANCIAL TIMES (GB) / 03. Juli 2019

Draghis Vermächtnis wird bewahrt

Dass die bisherige EZB-Politik so fortgeführt wird, glaubt auch Financial Times:

„Sie erfüllt das wichtigste Kriterium für einen neuen EZB-Präsidenten: Sie wird das Vermächtnis ihres Vorgängers bewahren. Mario Draghi setzte sich durch gegen die Spekulationen der Märkte, dass der Euro auseinanderbrechen würde, er überarbeitete das Abwehrsystem der Zentralbank für eine Ära nach der Krise mit hartnäckig niedrigen Zinsen. Ohne Frage wird Lagarde in einer Krise ebenfalls nach dem Motto 'whatever it takes' handeln. Sie hat beim IMF Erfolg gehabt. ... Aber die EZB ist nicht der IMF. Hier ist technische Expertise wichtiger: um mit den Märkten zu kommunizieren, um die richtigen politischen Leitlinien zu finden und - das ist entscheidend - um die anderen EZB-Entscheidungsträger hinter dem von ihr gesetzten Kurs zu versammeln.“

RZECZPOSPOLITA (PL) / 03. Juli 2019

Erfahrung in der Brandbekämpfung

Das nötige Zeug zur Krisenmanagerin hat Christine Lagarde jedenfalls, bemerkt Rzeczpospolita:

„Lagarde, laut Forbes-Ranking die dritteinflussreichste Frau der Welt, hat durch die Krisen in Griechenland und Zypern Erfahrung darin, Brände zu löschen. Das könnte ihr helfen, wenn die Finanzwelt - wir klopfen aufs Holz - wieder einmal in Flammen aufgeht. Im Gegensatz zu Mario Draghi, erfahrener Zentralbanker und Professor für Wirtschaftswissenschaften, muss sie sich allerdings auf Experten verlassen, bevor sie das richtige Löschmittel wählt. Die Eurozone ist zwar ein Riese, der aber nur auf einem Bein steht - der EZB. Für den vom Nobelpreisträger Robert Mundell beschriebenen optimalen Währungsraum fehlt das zweite Bein: ein Budget, das die Vermeidung von Krisen erleichtert.“

Europa steht und fällt mit Lagarde

Dass Christine Lagarde als EZB-Präsidentin sogar die Schlüssel zum Erfolg des gesamten europäischen Projekts in der Hand halten wird, glaubt Volkswirtschaftler Nicolas Goetzmann in Figaro:

„Das politische Gewicht von Lagarde erschwert es den Regierungen der Eurozone, sie unter Druck zu setzen. Wahrscheinlich wird Christine Lagarde DAS Gesicht Europas werden, denn sie ist bekannt, und das achtjährige Mandat, das sie nun antritt, ist von Unabhängigkeit geprägt. Das kann zweierlei Konsequenzen haben, und genau diese Unsicherheit ist heute das Interessante. Christine Lagarde könnte das europäische Projekt zerstören, wenn sie schlechte Entscheidungen trifft. Sie kann es aber auch zu einem realistischen, nachhaltigen und leistungsstarken Projekt machen. Die Würfel sind noch nicht gefallen.“

Europäisches Parlament

3. Juli 2019, 12:42 Uhr

Zeit für den Aufstand

Die Staats- und Regierungschefs haben sich das fein ausgedacht. Doch das Europaparlament sollte Ursula von der Leyen als Kommissionschefin ablehnen - und damit einem wirklich demokratischen Europa einen Dienst erweisen.

Kommentar von Stefan Ulrich

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben dem Europaparlament den Fehdehandschuh hingeschleudert - es sollte ihn aufnehmen. Sie haben in [Ursula von der Leyen](#) eine unangemessene und wenig geeignete Kandidatin als Kommissionspräsidentin vorgeschlagen - es sollte sie ablehnen. Und sie haben die Demokratisierung der Europäischen Union zurückgedreht - das Europaparlament sollte dagegen aufstehen. Nur so kann es verhindern, dass die EU nach dem Brexitbeschluss der Briten erneut geschwächt wird, und zwar diesmal von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer selbst.

Die Geschichte des Parlamentarismus ist auch eine Geschichte des Kampfs um Parlaments- und damit Bürgerrechte. Die Herrscher, die Regierenden, haben den Abgeordneten meist nicht freiwillig Macht und Kompetenzen gegeben. Sie taten es unter dem Druck des Volkes oder der Abgeordneten oder sie wurden durch Revolutionen vor vollendete Tatsachen gestellt.

Auch das Europaparlament hat eine Geschichte mühsamer Emanzipation. Bei seiner Gründung 1952 und noch bei der ersten Direktwahl 1979 war es eher demokratisches Bonaifolgenblatt als kraftvolle Volksvertretung. Doch über die Jahrzehnte haben sich die Abgeordneten viele Mitentscheidungsrechte erkämpft und so am Ziel eines demokratisch direkt legitimierten [Europas](#) gearbeitet. Allerdings fehlte ihnen ein typisches Parlamentsrecht: den Regierungschef - in Europa entspricht dem in etwa der Kommissionspräsident - im Lichte der Wahlen und der Koalitionsverhandlungen selbst zu bestimmen.

Vor fünf Jahren haben sich die Abgeordneten dann auch dieses Recht erobert: Die europäischen Parteienfamilien stellten zur Europawahl 2014 Spitzenkandidaten auf, und die Staats- und Regierungschefs willigten schließlich darin ein, Jean-Claude Juncker, den Spitzenmann der Europäischen Volkspartei (EVP), zum Kommissionspräsidenten zu machen. Das war eine Sternstunde europäischer Demokratie. Und Juncker hat sich als ziemlich fähiger Kommissionspräsident erwiesen.

Jetzt wollen die Staats- und Regierungschefs ihre Übermacht in der EU zurück, indem sie die erfolgreichsten Spitzenkandidaten der Europawahl 2019 - Manfred Weber von der EVP und Frans Timmermans von den Sozialdemokraten - übergehen und Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin nominieren. Das ist unangemessen, weil von der Leyen nicht als Spitzenkandidatin angetreten ist und von den Bürgern bei deren Wahlentscheidung nicht berücksichtigt werden konnte. Und von der Leyen ist ungeeignet, weil sie im sechsten Jahr Verteidigungsministerin in Berlin ist und sich die Bundeswehr dennoch in so beklagenswertem

Zustand befindet, dass die Ministerin längst hätte zurücktreten sollen. Als Kommissionspräsidentin wäre sie überfordert.

Falls von der Leyen dennoch neue Kommissionschefin werden sollte, wäre das eine Ohrfeige für viele, und besonders viele junge Menschen, die sich im Wahlkampf für eine demokratische EU eingesetzt haben. Und es wäre ein Wink an Hunderte Millionen Wähler: Ihr könnt abstimmen, wie ihr wollt, die wichtigen Entscheidungen schachern dann wir Staats- und Regierungschefs untereinander aus. So frustriert man Europäer. So bricht man den Schwung, den die gute Wahlbeteiligung der europäischen Idee gebracht hat.

Schuld an diesem Desaster sind vor allem der französische Präsident Emmanuel Macron, der das Spitzenkandidatensystem aus eigenem Machtkalkül bekämpfte, sowie etliche Staats- und Regierungschefs Mittelosteuropas, die von einem demokratischeren Europa nichts wissen wollen. Schuld sind aber auch einige Fraktionen des EU-Parlaments selbst. Sozialdemokraten und Liberale haben dem konservativen Wahlgewinner Weber die Unterstützung versagt und so die Lücke gerissen, in welche die Staats- und Regierungschefs stoßen konnten. Zudem hat sich die EVP ihrerseits geweigert, den Sozialdemokraten Timmermans mitzutragen, obwohl Weber und Kanzlerin Angela Merkel dies klugerweise vorgeschlagen hatten. Wirklich europäisch verhielten sich nur die Grünen, die standhaft am Spitzenkandidatenprinzip festhielten.

Nun haben die Europaabgeordneten die Chance, ihre Fehler wiedergutzumachen und den Angriff auf die Demokratisierung der EU zurückzuschlagen. Sie sollten von der Leyen durchfallen lassen. Gewiss, das würde in Zeiten von Brexit, Trump, Klimawandel und einem aggressiven China die EU in einen schweren Machtkampf stürzen. Aber da muss Europa durch. Nur eine wirklich demokratische Union, in der die Bürger das entscheidende Wort sprechen und das Parlament das Machtzentrum ist, kann aus künftig 27 Staaten mit egoistischen Regierungen eine Einheit formen und so die genannten Herausforderungen bestehen. Europa in seiner derzeitigen Verfassung aber, von der Regierungen Gunst und Hass zerrissen, wird scheitern. Deshalb muss das Parlament jetzt den Aufstand wagen.

FAZ PLUS ARTIKELKRACH UM „HART ABER FAIR“:

Darf die AfD in Talkshows?

- VON FRANK LÜBBERDING
- -AKTUALISIERT AM 04.07.2019-08:14



Dass Frank Plasberg den AfD-Politiker Uwe Junge in seine Sendung einlud, in der es um „rechten Hass“ ging, gefällt der CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer nicht. Muss das den Sender kümmern?

Im Prinzip sind sich alle einig, dass parteipolitische Neutralität eine Existenzbedingung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist. Schließlich kann der Gebührenzahler seinen Beitrag nicht abwählen. Zu den journalistischen Standards gehört, in der Berichterstattung alle relevanten politischen Kräfte zu Wort kommen zu lassen, um die Meinungsbildung von Lesern und Zuschauern zu ermöglichen.

Eine solche Selbstverständlichkeit ist nicht mehr selbstverständlich. Sonst würde es keine Debatte über die Einladung des AfD-Politikers Uwe Junge in [Frank](#) Plasbergs Talkshow „hart aber fair“ vom vergangenen Montag geben, sondern eine über die von Junge vertretenen Standpunkte. Das Gegenteil ist der Fall – unversehens sind wir in einem Labyrinth des medienpolitischen Irrsinns gelandet. Dort muss sich Sabine Knott, die Leiterin der Zuschauerredaktion des Ersten, „für missverständliche Formulierungen“ in einer Twitter-Nachricht entschuldigen, in der es geheißen hatte, die Redaktionen der Talkshows bemühten sich „insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-PolitikerInnen selbst zu Wort kommen zu lassen.“ Anschließend formulierte Sabine Knott gegenüber der Deutschen Presse-Agentur das Selbstverständliche: Solche Gesprächsrunden sollten „Äußerungen der Parteienvertreter einordnen, hinterfragen und auf ihre Glaubwürdigkeit prüfen“.

Von „entlarven“ war in der Mittwochs Ausgabe der „Bild“-Zeitung in einem Interview mit [Annegret Kramp-Karrenbauer](#) die Rede. Es sei der ARD-Talkshow nicht gelungen, zu „entlarven“, wie „mit Sprache der Boden für Extremisten bereitet werden kann“. Man habe dem vielmehr „eine zusätzliche Bühne geboten“, sagte die CDU-Vorsitzende. Das freilich ist seinerseits entlarvend – wie Kramp-Karrenbauer Misstrauen gegenüber dem Beurteilungsvermögen von Lesern und Zuschauern ausdrückt. Sie werden offenbar für unzurechnungsfähig gehalten; für nicht in der Lage, sich ein eigenes Bild vom Auftritt eines AfD-Politikers zu machen. Wie war das noch bei der sechzigminütigen Solonummer der CDU-Vorsitzenden bei „Maischberger“ Ende Januar? Da geriet sie mit ihren Ausführungen zur „Ehe für alle“ wegen angeblich „homophober“ Äußerungen in die Kritik. Einen Verweis von der Bühne forderte jedoch niemand. Mit einem solchen wiederum schien Kramp-Karrenbauer zu drohen, als sie nach dem Rezo-Video eine Debatte über Meinungsmache im Internet initiieren wollte.

Am kommenden Freitag will sich der WDR-Rundfunkrat mit der Sendung von Frank Plasberg beschäftigen. Normalerweise müsste der Rundfunkrat die unverfrorenen Einmischungen der Politik in

die redaktionelle Unabhängigkeit ihrer Mitarbeiter zurückweisen. Diesen muss es um eine faire und kritische Berichterstattung zu tun sein. Darauf verwies auch Hans Leyendecker in der „Süddeutschen Zeitung“. Als Präsident des Evangelischen Kirchentags hatte er darauf verzichtet, AfD-Politiker einzuladen. Eine Talkshow sei jedoch kein Kirchentag, eine politische Diskussionssendung habe „nicht dieselben Freiheiten wie andere Bühnen“, sagte er: Eine Talkshow, „die niemals einen Vertreter der größten Oppositionspartei einladen würde, wäre eine noch komischere Veranstaltung, als sie es in den Augen vieler Kritiker ohnehin schon ist“.

Parteilpolitische Neutralität und kritische Distanz gegenüber der aus dem Bundestag heraus gebildeten Regierung und der demokratisch gewählten Opposition zu wahren (auch zu den Grünen, was zurzeit oft in Vergessenheit gerät) muss die journalistische Leitlinie sein, nicht, Themen wegzudrücken, Debatten nicht zu führen oder diejenigen, um die es (auch) geht – wie bei Plasberg, der das Thema „Aus Worten werden Schüsse – wie gefährlich ist rechter Hass?“ verhandelte –, außen vor zu lassen. Das sollte eigentlich auch der WDR-Rundfunkrat wissen.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-spitzenkandidaten-ein-gescheitertes-modell-16273075.html?premium>

EU-SPITZENKANDIDATEN:

Ein gescheitertes Modell

- VON NIKOLAS BUSSE
- -AKTUALISIERT AM 08.07.2019-10:44



Der Bürger wird in der EU doppelt vertreten: im Rat durch seine Regierung, im Parlament durch seine Abgeordneten. Das ist auch dann eine ausreichende demokratische Legitimierung, wenn das Spitzenkandidaten-Modell nun Geschichte ist. Ein Kommentar.

Jede ehrliche Diskussion über die europäischen Spitzenkandidaten sollte mit der Feststellung beginnen, dass es sie verfassungsrechtlich gar nicht gibt. Im Vertrag von Lissabon werden sie nicht erwähnt. Dort steht nur, dass der Europäische Rat (die Versammlung der Staats- und Regierungschefs) dem Europaparlament „nach entsprechenden Konsultationen“ einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlägt. „Dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“, heißt es in Artikel 17. Aus dieser vagen Formulierung haben ein paar ehrgeizige Europapolitiker, allen voran Martin Schulz, den Anspruch hergeleitet, dass nur jemand, der bei der Wahl angetreten ist und sich als Bewerber um das höchste Amt in Brüssel präsentiert hat, Kommissionspräsident werden kann. Man sollte diesen Leuten nicht absprechen, dass sie die EU tatsächlich bürgernäher machen wollen. Aber eine Rolle spielt auch, dass die alten Haudegen des Parlaments es leid sind, dass sie selten Zugang zu den exekutiven Posten in der EU bekommen. Den üblichen Karriereweg – Abgeordneter, Minister, Regierungschef – gab es in der EU nie. Außerdem werden sie von ihrer ewigen Rivalität mit dem Rat getrieben, einem institutionellen Ringen, das außerhalb Brüssels niemanden interessiert, aber von allen Beteiligten mit erbittertem Ernst geführt wird.

Diese Übung ging schon beim ersten Mal nur unter Schmerzen über die Bühne. Vor fünf Jahren wurde Jean-Claude Juncker vor allem deshalb Kommissionspräsident, weil der andere Spitzenkandidat, es war Schulz, zurückzog. Schon damals kam es zu einer öffentlichen Schlammschlacht, und es herrschte großer Unwille im Rat, einem Prozedere zu folgen, das im Vertrag nicht vorgesehen ist. Dass Juncker doch akzeptiert wurde, lag auch daran, dass er als langjähriger Ministerpräsident im Grunde ein Mann des Rates war. Diesen Vorzug hatte Manfred Weber jetzt nicht, er ist ein Eigengewächs des Parlaments. Prompt scheiterte das Modell, allerdings unter tätiger Mithilfe von Webers Kollegen, deren Uneinigkeit dem Rat in die Hände spielte.

Es erscheint unwahrscheinlich, dass der Spitzenkandidaten-Prozess dieses Debakel überlebt. Selbst wenn das Parlament nun gegen Ursula von der Leyen stimmen sollte, heißt das noch lange nicht, dass die Spitzenkandidaten zurückkehren. Fällt sie durch, dann müsste der Rat einen neuen Vorschlag machen. Da gäbe es einige Möglichkeiten. Und bei der nächsten Europawahl? Man sollte nicht darauf wetten, dass es noch Politiker in Europa gibt, die bereit sind, sich auf einen solchen Dornenweg zu begeben.

Trotzdem stellt sich natürlich weiterhin die Frage, ob die Bürger einen direkteren Einfluss auf die Auswahl des Spitzenpersonals in der EU haben sollten. Zwei Ideen gibt es dazu. Die aktuellste ist, zumindest einen Teil der Abgeordneten über länderübergreifende Listen zu wählen; zu den Befürwortern gehört der französische Präsident. Erst dann könne man Spitzenkandidaten aufstellen, denn sie träten ja dann wirklich in ganz Europa an, lautet das Argument. Da ist etwas dran. In Frankreich oder Italien etwa kamen die Spitzenkandidaten in diesem Wahlkampf überhaupt nicht vor. Der Streit über sie ist eine sehr deutsche Debatte.

Der Bürger wird in der EU doppelt vertreten

Allerdings würde das bedeuten, dass der deutsche Wähler künftig zum Beispiel nicht mehr nur die vertraute SPD-Liste ankreuzen könnte, sondern auch eine europäische Sozialisten-Liste, auf der dann Kandidaten aus Aachen, Nizza, Bukarest oder Helsinki stehen. Einmal davon abgesehen, dass es niemandem möglich sein wird, sich in allen 24 Amtssprachen in der EU bekannt zu machen, wäre es sicher kein Fortschritt, wenn ein Abgeordneter aus Rom sich um Bürger in Berlin und Warschau kümmern müsste. Der frühere Europaabgeordnete Elmar Brok, eigentlich ein glühender Befürworter des Spitzenkandidaten-Modells, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass so etwas der föderalen Tradition Deutschlands zutiefst widersprechen würde – ebenso der Lebenswelt der meisten Bürger, und zwar nicht nur der deutschen.

Eine andere, ältere Idee ist die Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Neben dem Sprachenproblem, das hier ebenfalls auftritt, würde sie vor allem Kompetenzfragen aufwerfen. Ein unmittelbar von den Bürgern legitimierter Chef der EU-Behörde müsste eigentlich über den Staats- und Regierungschefs stehen, denn er besäße als Einziger ein Mandat aus allen Mitgliedstaaten. Für einen solchen Schritt, der die nationalen Regierungen entmachten würde, gab es noch nie einen Konsens in Europa. Der Zeitgeist weist ohnehin in die andere Richtung.

Wie man es dreht und wendet, es bleibt schwierig, bewährte Verfahren aus den Mitgliedsländern auf die EU zu übertragen. Sie ist kein Staat und wird vermutlich nie einer sein. Der Bürger wird in der EU doppelt vertreten: im Rat durch seine Regierung, im Parlament durch seine Abgeordneten. Das ist auch ohne Spitzenkandidaten eine völlig ausreichende demokratische Legitimierung.

Quelle: F.A.Z.

- **Jüdisches Museum Berlin nach dem Eklat - Was bin ich?**
7. Juli 2019, 17:02 Uhr

Jüdisches Museum Berlin

Was bin ich?



Der von Daniel Libeskind entworfene Erweiterungsbau des Jüdischen Museums Berlin, auf der Lindenstraße in Kreuzberg, öffnete vor 20 Jahren seine Türen.

(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Das Jüdische Museum Berlin ist ein Besuchermagnet - und Ort des Eklat. Der Direktor musste gehen wegen eines Tweets. Nicht zuletzt viele Juden in Deutschland diskutieren nun darüber, was das Haus können und lassen sollte.

Von Lothar Müller und Thorsten Schmitz

Ums Jüdische Museum herum hat sich eine Schlange gebildet, obwohl es im Inneren nur wenig zu sehen gibt. Die neue Dauerausstellung wird erst im nächsten Jahr eröffnet. Nur langsam kommt die Menschenschlange vorwärts. Man wird durchleuchtet, muss Taschen auf ein Band legen. Seit Anfang Juni ist das Museum außerdem eine Festung, aus der nur spärlich Informationen dringen.

Um Punkt 14 Uhr beginnt eine Führung auf Englisch, der Tourguide, eine seit 16 Jahren in Berlin lebende Israelin, fragt unter einem schattenspendenden Baum in die Runde: "Was erwarten Sie sich von Ihrem Besuch?" Über den Rücktritt des Direktors dürfe sie nicht reden, sagt sie, obwohl sie eine Meinung habe. Sie erklärt plötzlich doch, dass es darum gegangen sei, ob Kritik an Israel gleichbedeutend sei mit Antisemitismus. Dann stoppt sie sich selbst und kommt auf die Architektur des Gebäudes zu sprechen.

"Ich habe schon mehr gesagt, als ich eigentlich sagen darf."

Genau in diesem Moment läuft Sascha Perkins an der Besuchergruppe vorbei, das Telefon am Ohr. Perkins leitet die Kommunikationsabteilung des Museums. Am Tag zuvor hatte man ihn um Auskunft gebeten, aber Perkins wimmelte ab. Man habe sich entschieden, nicht zu reden. Also redet das Museum nicht. Dafür redet die halbe Welt seit Wochen über das Museum: Seit ein Tweet aus dessen Pressestelle über die anti-israelische Bewegung BDS zum Eklat geführt hat.

Das Museum redet nicht. Und so redet die halbe Welt über das Museum

Der Rücktritt des Direktors Peter Schäfer, die überstürzte Freistellung der Pressesprecherin und die Attacken des Zentralrats der Juden in Deutschland haben das Jüdische Museum erschüttert. Unter den 120 Mitarbeitern herrscht Unsicherheit, es gibt ein Gerücht nach dem anderen, es regieren Misstrauen und Unmut. Ein Tourguide hat nach Schäfers Rücktritt gekündigt, aus Protest. In der israelischen Zeitung *Haaretz* hat der Guide geschrieben, er sei entsetzt darüber, wie die israelische Regierung, Berlins Israel-Botschafter und der Zentralrat der Juden versuchten, Einfluss auf das Museum auszuüben.

Wenn man sich auf Spurensuche begibt, mit Mitarbeitern redet, obwohl es ihnen untersagt worden ist, und mit Menschen, die im Museum gearbeitet haben, sieht man: Der Aufruhr ist enorm. Aber in ihm liegt auch die Chance für einen - längst fälligen - Neuanfang. Viele sind erleichtert, dass der bisherige Direktor aufgegeben hat. Er sei mit der Führung eines Museums überfordert gewesen, heißt es, er habe sich im "Mikro-Management" verzettelt, vor allem aber habe er keine Haltung bewiesen, wenn dem Museum vorgeworfen wurde, es habe eine Plattform für Israel-Feinde geschaffen.

Am 14. Juni ist der international hoch angesehene Judaist Peter Schäfer, dessen Vertrag erst vor wenigen Wochen noch bis Herbst 2020 verlängert worden war, nach heftigen Angriffen des Zentralrats der Juden in Deutschland zurückgetreten. Seitdem wird über die Gründe für diesen Rücktritt gestritten und über die Frage: Was ist ein jüdisches Museum überhaupt? Wer definiert, was jüdisch ist? Und: Was darf dieses Museum?

War die Ausstellung "Welcome to Jerusalem", die Ende April zu Ende ging, zu palästinenserfreundlich? Oder war sie ein gelungener Versuch, Jerusalem als Ort des spannungsreichen Nebeneinander der großen monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam zu präsentieren? War der Umstand, dass Peter Schäfer im März 2019 den Kulturrat der Republik Iran durch das Museum geführt hat, die "Dummheit", als die er selbst diesen von den iranischen Medien ausgeschlachteten Vorgang dargestellt hat? Oder war die Führung ein alarmierendes Zeichen der Öffnung des Museums für die Feinde Israels?

Anruf bei Josef Schuster, dessen Tweet zum Rücktritt Schäfers geführt hat. Schuster ist Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Internist. In Würzburgs betreibt er eine Praxis. Wenn es sein Terminkalender zulässt, fährt er nachts alle paar Wochen Notdiensteinsätze. Jetzt hat Schuster mit seinem Tweet eine Not ausgelöst. War ihm das klar?

Wie ein Choleriker wirkt Schuster nicht. Am Dienstag nach Pfingsten aber schrieb er einen wütenden Tweet: "Das Maß ist voll. Das Jüdische Museum Berlin scheint gänzlich außer Kontrolle geraten zu sein. Unter diesen Umständen muss man darüber nachdenken, ob die Bezeichnung 'jüdisch' noch angemessen ist." Es dränge sich die Frage auf, ob der Direktor "seiner Aufgabe noch gewachsen ist". Dann brach Schuster die Beziehungen zum Museum offiziell ab. Das hatte es noch nie gegeben.



Überfordert nach einem Tweet ohne Konjunktiv? Ex-Direktor Schäfer.
(Foto: dpa)

Am Ende seiner Vormittagssprechstunde in Würzburg sagt Schuster: "Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte." Der Tropfen war der Tweet, in dem die Pressestelle des Museums unter dem Hashtag #mustread eine Leseempfehlung für einen *taz*-Artikel über die Kritik von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern am BDS-Beschluss des Bundestages vom 17. Mai gegeben hatte. 495 Parlamentarier haben darin BDS (Boycott, Divestment, Sanctions), ein schwer durchschaubares, internationales Geflecht aus 171 Gruppen, die unter anderem zum Boykott israelischer Waren aufrufen, als antisemitisch eingestuft.

"Der Beschluss der Parlamentarier hilft im Kampf gegen Antisemitismus nicht weiter", twitterte Schäfers Pressestelle nach SZ-Informationen in Absprache mit drei Vorgesetzten - allerdings ohne Konjunktiv. "Beschämend" nannte Israel-Botschafter Jeremy Issacharoff den Tweet, israelische Medien berichteten von einem "antijüdischen" Jüdischen Museum Berlin. Dann schickte Schuster seinen Tweet ab.

45 Gelehrte aus Israel, Europa und den USA haben derweil ihre Solidarität mit Schäfer bekundet, Direktoren anderer jüdischer Museen und jüdische Intellektuelle haben sich weit über Deutschland hinaus zu Wort gemeldet. Längst geht es nun nicht mehr nur um fehlende Anführungszeichen oder eine Personalie. Es geht um die künftige Grundausrichtung des Museums.

Und um seine Autonomie.

Amos Goldberg, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, ist gerade in Washington und verbringt seine Tage im United States Holocaust Memorial Museum. Er recherchiert für ein Buch über das Warschauer Ghetto, es soll darin auch um die Macht von Gerüchten gehen, die Macht von Worten also.

Goldberg gehört zu den Initiatoren des an die Bundesregierung adressierten Protestbriefs der 240 Wissenschaftler. Das Telefongespräch beginnt er mit einem Statement: "Ich bin kein Unterstützer von BDS." Aber durch den Bundestagsbeschluss sieht er eine Grenze überschritten: "Jetzt kann jeder öffentlich als Antisemit geächtet werden, wenn er auch nur im Verdacht steht, BDS zu unterstützen." Der Beschluss sei ein "Sieg der ultranationalistischen israelischen Regierung" im deutschen Parlament. Goldberg nimmt im Konflikt um das Jüdische Museum Berlin eindeutig Partei: für den zurückgetretenen Direktor, gegen den Zentralrat.

Am Anfang des Eklats standen weggelassene Anführungsstriche

Was den Tweet des Museums mit der Lektüreempfehlung zum BDS betrifft, stand anfangs ein Fehler der Pressestelle im Fokus. Sie hatte aus dem Protestbrief der Wissenschaftler im Indikativ und ohne Anführungszeichen zitiert und so den Eindruck erweckt, es sei ein Statement des Museums selbst. Warum der Leiter der Kommunikationsabteilung Perkins nicht umgehend eine Korrektur des Tweets in Umlauf gebracht hat, wer außer ihm den Tweet kannte - es waren nach SZ-Recherchen weitere vier Personen - und warum Direktor Schäfer sich nicht vor seine Mitarbeiter stellte, sondern als Bauernopfer die Pressesprecherin freistellen ließ - all das wird sich klären lassen, wohl auch vor dem Arbeitsgericht.

Wenn ausgelassene Anführungsstriche ausreichen, eine ganze Institution ins Wanken zu bringen, sind sie womöglich nur ein Symptom für tiefer liegende Bruchlinien. Ob über die Jerusalem-Ausstellung, den Umgang mit Iran oder die BDS-Bewegung debattiert wird - immer lassen diese Bruchlinien nicht zuletzt den innerjüdischen Dissens hervortreten.

Viele, die BDS ablehnen, sind zugleich gegen die Ächtung. Sie wollen mit BDS diskutieren

Der Holocaustforscher Amos Goldberg gehört wie viele Unterzeichner des Protestbriefs gegen die Bundestagsresolution gegen BDS zu den in Israel lebenden Juden, die in scharfer Opposition zur Regierung Benjamin Netanjahus stehen. Diese israelischen Intellektuellen reagieren alarmiert, wenn Netanjahu während deutsch-israelischer Regierungskonsultationen in Berlin gegen eine Jerusalem-Ausstellung interveniert. Für sie ist BDS einer der wenigen verbliebenen diskursiven Orte, an dem sie mit palästinensischen Aktivisten an der Wiederbelebung des Friedensprozesses arbeiten und mit ihnen streiten können. Während sich auch die vielen internationalen BDS-Aktivisten aus Kunst und Kultur strikt gegen den Vorwurf des Antisemitismus verwahren, erinnern viele Deutsche die Boykottforderungen des BDS gegen Israel derweil unweigerlich an die Nazi-Parole "Kauft nicht bei Juden!".

Führt von Angela Merkels Erklärung, das Existenzrecht Israels gehöre zur Staatsräson der Bundesrepublik, ein direkter Weg zum Bundestagsbeschluss, der die BDS-Bewegung als antisemitisch ächtet? Oder ist, wie Amos Goldberg und seine Mitunterzeichner meinen, die Ächtung ein Irrweg? Hier liegt die tiefe Bruchlinie unterhalb des Tweets, der zur Eskalation der Krise am Jüdischen Museum Berlin führte.



Historiker Wolffsohn kritisiert die eher vage Aufgabenbestimmung.
(Foto: picture alliance/dpa)

Das Existenzrecht Israels, seine Funktion als Fluchtburg der Juden in aller Welt ist an dieser Bruchlinie nicht strittig. Wohl aber der Siedlungsbau, die Politik in Westjordanland und Gazastreifen oder die Rechte der Nichtjuden im Staat Israel. Es geht darum, wie die faktische Existenz Israels

dauerhaft am besten gesichert werden kann, also um ein hohes, das höchste Gut. Daher die Schärfe der Interventionen. Daher die internationale Aufregung um einen Tweet des Jüdischen Museums in Berlin.

Bei einer Diskussion über die Krise und den künftigen Kurs des Museums könnte Amos Goldberg mit dem 1947 in Tel Aviv geborenen deutschen Historiker und Publizisten Michael Wolffsohn auf dem Podium sitzen. Wolffsohn ist gerade von einer Konferenz aus Israel zurückgekehrt, Thema: BDS. Er hat eine andere Sicht auf den Museumskonflikt. Eine überraschende.

Er zitiert aus Paragraf 2 des Stiftungsgesetzes, der dem Museum den Zweck setzt, "die Wechselbeziehungen zwischen jüdischer und nichtjüdischer Kultur zu erforschen und darzustellen sowie einen Ort der Begegnung zu schaffen". Dadurch, findet Wolffsohn, werde die spezifische deutsch-jüdische Geschichte und auch der sechsmillionfache Judenmord verwässert und in einen vagen Universalismus hinein erweitert.

In guten Zeiten sei dies kein großes Problem gewesen. Aber mit dem Aufkommen der BDS-Bewegung, die es 2001 noch nicht gab, mit der Zuspitzung des Nahostkonfliktes und der gewachsenen Bedrohung Israels durch Iran trete das Defizit dieser unverbindlichen Aufgabenbestimmung hervor. Wolffsohn sieht in ihr "letztlich eine Entjüdisierung des Museums" vorgezeichnet. Seine Sicht, eine Art Schön- und Schlechtwettertheorie des Jüdischen Museums, läuft darauf hinaus, dass das Haus sein jüdisches Profil in dem Maß schärfen muss, in dem in der Welt, von der es umgeben ist, die Gefahren für Juden zunehmen.

Wer die Schlange vor dem Jüdischen Museum hinter sich gelassen hat, den erwarten derzeit drei sehr harmlose Ausstellungen. In der Akademiehalle sind vier Hochbeete zu sehen. Im "Garten der Diaspora" wachsen Feigen, Farne und eine Zimmerpflanze namens Tradescantia, die im Volksmund einst negativ stereotypisiert "Der wandernde Jude" genannt wurde, weil sie sich schnell vermehrt und Wurzeln schlägt. Niemand ist dort anzutreffen an drei verschiedenen Tagen. Im Haupthaus, dem Neubau von Daniel Libeskind, der mit seinen schluchtartigen Gängen seit der Eröffnung zu den Hauptattraktionen des Museums zählt, zeigt eine Ausstellung Videoclips zu den Buchstaben des hebräischen Alphabets, koschere Gummibärchen, Rezepte für Kichererbsenbrei, in einer Fotoausstellung werden Landschaften und Bewohner Israels gezeigt, darunter auch die Trennmauer zwischen jüdischen und palästinensischen Siedlungen, die das Westjordanland durchzieht.

"Besucher werden wie Kitakinder belehrt"

Die oberen Etagen sind Baustelle für die künftige Dauerausstellung, über deren Inhalt selbst Mitglieder des Stiftungsrats nur grob informiert sein sollen. Man hört, der Holocaust solle nun eine größere Rolle spielen als ursprünglich geplant. Das Museum gestattet auf Anfrage nicht, mit den Ausstellungskuratoren Cilly Kugelmann und Michael Dormmann zu reden. Von Kugelmann stammen Idee und Konzept der Ausstellung "Welcome to Jerusalem".

Im kommenden Mai soll die Dauerausstellung eröffnet werden, viel Zeit ist das nicht für das Projekt eines Museums, dessen wichtigste Posten, die des Direktors oder der Direktorin und des Programmchefs, vakant sind. Dass Cilly Kugelmann, die längst pensionierte Programmleiterin, die Ausstellung maßgeblich kuratiert, gehört zur Krise des Museums. Léontine Meijer-van Mensch, ihre Nachfolgerin seit Februar 2017, hatte Ende Januar 2019 das Museum verlassen, ihr Abgang gilt hausintern als Beleg für die ungeschickte Personalführung des zurückgetretenen Direktors. Schäfer

habe es nicht verstanden, kritisieren Mitarbeiter, zwischen der Neuen und ihrer Vorgängerin "geschickt und sensibel zu moderieren".

Die neue Dauerausstellung wird mit Argusaugen beobachtet werden. In der Presse sind Gerüchte lanciert worden, Kugelmann stehe der BDS-Bewegung nahe.

Nein, eine Schönwetterperiode erlebt das Jüdische Museum Berlin derzeit nicht. Um die Wogen zu glätten, hat der Stiftungsrat unter Vorsitz von Kulturstaatsministerin Monika Grütters eine "Vertrauensperson" benannt, die bis zur Neubesetzung der Direktion dem geschäftsführenden Direktor Martin Michaelis ehrenamtlich zur Seite stehen soll. Die Wahl fiel auf Christoph Stölzl, den Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Museums in Berlin, der derzeit Direktor der Musikhochschule Franz Liszt in Weimar ist. Um seine Aufgabe ist er nicht zu beneiden.

Für Stölzls Tätigkeit werden die Begriffe "Autonomie" und "Pluralität" eine Schlüsselrolle spielen. Die Autonomie des Museums ist durch das Stiftungsmodell gesetzt. Es wird finanziell vom Bund getragen, ein neuer Direktor oder eine neue Direktorin kann laut Satzung nur "mit den Stimmen der Vertreter und Vertreterinnen des Bundes" berufen werden, aber er oder sie ist, einmal im Amt, nicht weisungsgebunden. Wenn Josef Schuster twittert, das Museum sei "außer Kontrolle", weiß er, dass es weder der Kontrolle des Zentralrats der Juden noch der der Staatsministerin für Kultur unterliegt.

Josef Schuster wünscht sich ein Museum, "in dem die jüdische Perspektive deutlicher wird"

Seit seiner Berufung ist Stölzl schwer zu erreichen. Schließlich erwischt man ihn. Er sagt: Er werde die Vorbereitungen für die Dauerausstellung begleiten. Ausdrücklich gehe es ihm auch um die "Förderung von Fairness bei der Austragung von Kontroversen über das Programm des Jüdischen Museums". Und er sagt: "Das Jüdische Museum war und ist eine großartige Idee. Sie ist der Zusammenarbeit vieler, auch geistig-kulturell ganz unterschiedlicher Kräfte wert."

Mitglied der Findungskommission für die Nachfolge Schäfers ist Stölzl nicht. Aber der Debatte über die Grundorientierung des Museums wird er sich nicht entziehen können. Sehr diplomatisch ist der Ton, in dem er die bisherige Arbeit des Museums lobt. Die Stiftung habe sich entschlossen, neben der jüdischen Geschichte und Kultur, zu der selbstverständlich der Zionismus der Vergangenheit gehöre, auch kulturelle, soziale und politische Gegenwartsfragen Deutschlands in den Blick zu nehmen, "etwa die Perspektiven religiöser und ethnischer Minderheiten sowie Migration und Diversität". Das, sagt Stölzl, "war mutig und ist, wie alles Engagement in Tagesfragen, unausweichlich der Kritik ausgesetzt. Kritik muss man aushalten und mit der Kraft guter Argumente begegnen."

Und jetzt?

Zentralratschef Schuster, der gerade erneut für fünf Jahre im Amt bestätigt worden ist, wünscht sich in Zukunft ein Jüdisches Museum Berlin, "in dem die jüdische Perspektive deutlicher wird". Unter Schäfers Ägide habe sich das Museum "*auch* mit jüdischen Themen beschäftigt, aber nicht vordergründig". Schuster ist 65 Jahre alt. Sein Zentralrat vertritt die Interessen von 130 000 Juden in Deutschland. Die meisten sind russischstämmig und nicht mehr ganz jung.

Vielleicht sollte man also auch mal Deborah Feldman fragen, was sie von dem Museum erwartet? Die 32 Jahre alte Berlinerin, die aus der New Yorker chassidischen Gemeinde geflohen ist und über

ihre Zeit bei den Satmarer Juden den Bestseller "Unorthodox" geschrieben hat, erreicht man auf dem Handy unterwegs in Berlin. Feldman sagt, jüdische Perspektive sei für sie: "Vielfalt." Die Harmlosigkeit des Jüdischen Museums Berlin habe sie immer wahnsinnig gemacht. Nach jedem Besuch sei sie enttäuscht gewesen. Sie, die in der abgeschotteten Welt der Chassiden groß geworden ist und die Vielfalt des Lebens erst mit 20 Jahren kennengelernt hat, sagt: "Ich war noch nie zufrieden mit dem Museum. Die Qualität der Ausstellungen ist kitschig, die Besucher werden wie Kitakinder belehrt."

Deutschland verstehe es wunderbar, Gebäude und Mahnmale als Symbole zu errichten, auch das Jüdische Museum sei so ein Symbol: "Es existiert, weil es existieren muss." Im Rücktritt Schäfers sieht sie eine "Gelegenheit, das Museum auf ein anderes Niveau zu heben". Also weniger Folklore wie koschere Gummibärchen, sondern? "Substanz und intellektuellen Wagemut." Dringend wünscht sie sich, dass dort auch junge jüdische Menschen Ausstellungen kuratierten, die jenseits der Themen Israel und Holocaust liegen. Es sei "problematisch", dass der Zentralrat "Deutungshoheit für sich reklamiert" bei der Frage, was ein jüdisches Museum darf und soll.

Die Krise hat also auch ihr Gutes? Ja, sagt die Schriftstellerin. Sie hofft allerdings, "dass der neue Direktor auch ein Ohr für die anderen Stimmen des Judentums" haben werde.

Mit dem Losverfahren die Demokratie retten?

Von SEBASTIAN SCHEFFEL

Foto: Jan Hagelstein

08.07.2019 · Viele Bürger sind unzufrieden mit dem politischen System. Aber anstatt ihrem Ärger freien Lauf zu lassen, wollen sie die Demokratie neu denken – der Zufall soll dabei helfen.

Es hat sich viel Frust angestaut, der schon nach wenigen Minuten aus einer Frau herausbricht. Sie habe da mal eine Frage zu Volksabstimmungen, sagt sie. Aus der Frage wird eine lange Ausführung darüber, was sie an der Demokratie in Deutschland stört. Hier spricht aber keine Wutbürgerin, wie sie sich bei AfD und Pegida sammeln. Die Frau ist eine von rund 40 Menschen, die zur Regionalkonferenz des Bürgerrats Demokratie nach Koblenz gekommen sind. Der Bürgerrat ist eine Initiative des Vereins „Mehr Demokratie“ und der Schöpflin-Stiftung. Bürger sollen Lösungen finden, wie das politische System gestärkt und weiterentwickelt werden kann – die Rettung der Demokratie ist das Ziel.

Sieht man von den kleinen Rändern links und rechts ab, die mehr oder weniger offen die Demokratie ablehnen, galt lange ein Grundkonsens in der Bundesrepublik, dass man die beste Regierungsform gefunden habe. Der scheint sich nun aufzulösen. Hubertus Buchstein, Professor für Politische Theorie an der Universität Greifswald, bestätigt das: „Die generelle Zustimmung zur Idee der Demokratie ist in der Vergangenheit in der Bundesrepublik eher gestiegen, aber die Zustimmung zur real existierenden Demokratie bröckelt. Vor allem liberale Demokratien in Europa sind in Krisen geraten.“ Möglicherweise sei das nur eine Konjunkturflaute, vielleicht aber auch Teil einer größeren Entwicklung.

Fragt man die Menschen in Deutschland, wie gut die Demokratie in Deutschland funktioniert, ist das Ergebnis alarmierend. In der Leipziger Autoritarismus-Studie von Heinrich-Böll- und Otto-Brenner-Stiftung kommt das deutsche System nur auf eine Zustimmung von rund 50 Prozent. Aber fast alle Befragten bekennen sich zur demokratischen Idee.

Auch bei den Diskussionen in Koblenz bestätigt sich der Eindruck, dass die Bürger unterscheiden zwischen Idee und Umsetzung. Als es darum geht, die Stärken einer Demokratie zu nennen, schreiben die Teilnehmer viele Stichworte auf ihre Zettel: Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz, Stabilität, eine unabhängige Justiz. Ausreichend gehört von der Politik fühlen sich trotzdem viele nicht: „Ich finde, es wird gegen den Willen des Volkes regiert“, sagt

ein Teilnehmer. Ein anderer: „Nach Wahlen sagen die Politiker immer, dass die Bürger entschieden hätten. Aber es gibt so viele Menschen, die gar nicht wählen.“

Diese Gefühle werden durch Diagnosen von Politikwissenschaftlern gestützt. Roland Lhotta, Professor für das politische System der Bundesrepublik Deutschland an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg, stellt fest: „Parteien verlieren zunehmend den Kontakt zu Wählern und konzentrieren sich – vor allem in deren Wahrnehmung – darauf, Machtpositionen zu sichern. Problemorientierte Politik rückt in der Wahrnehmung der Wähler dagegen in den Hintergrund. Das führt zu immer größeren Defiziten in der Repräsentationsfunktion und vor allem bei den Volksparteien zu einem erheblichen Mitglieder- und Wählerschwund.“

Den meisten Politikern sind die Probleme durchaus bewusst, sie versuchen das politische System mit kleinen Schritten weiterzuentwickeln. Seit der Bundestagswahl 2017 muss sich die Kanzlerin drei Mal im Jahr den Fragen der Abgeordneten stellen, in Brandenburg wurde im Januar eine Frauenquote für Listenplätze bei Wahlen eingeführt und auch im Bund wird – bislang ergebnislos – seit vielen Jahren darüber diskutiert, wie das Wahlrecht überarbeitet werden kann. Die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass sie weitere Reformvorschläge erarbeitet wollen.

Bürgerbeteiligung im Koalitionsvertrag, S. 163

XIII. Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben

1. Bürgerbeteiligung

Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) schlug erst kürzlich einen „Volkseinwand“ vor. Demnach sollten praktisch alle Gesetze des Landtages durch eine Volksabstimmung gekippt werden können. Marco Buschmann, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, findet diesen Vorschlag zu destruktiv ausgerichtet. Auch er hat Positionspapiere zur Reform von Grundgesetz und Parlament erarbeitet. Sie enthalten ebenfalls vor allem kleinteilige Vorschläge. Manche von ihnen sind sicher sinnvoll – aber kann damit die Demokratie gerettet werden?

Grundlegendes wollen die wenigsten Politiker antasten. Dass gewählte Abgeordnete im Parlament die Bürger vertreten und an deren Stelle Entscheidungen treffen, gilt als Heiligtum der Demokratie. Dabei ist Demokratie dem Wortsinn nach ein schlankes Konzept: Festgelegt ist nur, dass alle Macht vom Volk ausgeht. Das, was heute in der westlichen Welt mit Demokratie gemeint ist, ist nur eine bestimmte Ausprägung davon – eine parlamentarische und repräsentative Demokratie, die durch Wahlen organisiert wird.

Doch diese Interpretation von Demokratie wird immer mehr in Zweifel gezogen. „Es gibt heute einen Dissens darüber, wie Demokratie ausgestaltet werden soll“, stellt Politik-Professor Hubertus Buchstein fest. Für eine alternative Interpretation greifen immer mehr Menschen auf eine alte Idee zurück, die heute auf den ersten Blick undemokratisch anmutet. Im antiken Athen, gerne als „Wiege der Demokratie“ bezeichnet, wurden wichtige Ämter nicht durch Wahlen, sondern durch Auslosen besetzt. So entstand zum Beispiel der Rat der 500, ein parlamentähnliches Gremium, das Gesetzesvorschläge erarbeitete und aus dem die Regierung hervorging.

„So gilt es, wie ich sage, für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt.“

ARISTOTELES

Historische Quellen belegen vor allem zwei Gründe für dieses Vorgehen: Größtmögliche Gleichheit zwischen allen Bürgern (Frauen und Sklaven wurden aber nicht als solche gezählt), weil jeder mit der gleichen Wahrscheinlichkeit ausgelost werden konnte. Und man versprach sich davon, Bestechungsversuche verhindern zu können. Das galt insbesondere für die Richterposten, die ebenfalls durch Losen besetzt wurden.

Auch in der Renaissance war dieses Prinzip weit verbreitet. In vielen italienischen Stadtstaaten wie Venedig, Florenz und Bologna wurden komplexe Losverfahren entwickelt. Durch den florierenden Handel in Europa gelangte die Idee auch nach Frankfurt am Main. In Spanien wurde das Verfahren in Aragon, Saragossa und Barcelona eingesetzt. Erst nach und nach setzen sich Wahlen durch. Dabei ist die eine Methode nicht demokratischer als die andere: Beide zielen darauf ab, dass Bürger bestmöglich in einem Gremium politisch vertreten werden.

Historische Beispiele für Losverfahren in der Politik

Etwa 11. Jahrhundert vor Christus: In der Bibel (1. Samuel, 10, 19-21) wird erzählt, wie der erste König Israels durch ein Losverfahren bestimmt wurde. Mit diesem Vorgehen sollte der göttliche Wille ermittelt werden: „Stellt euch jetzt also vor dem Herrn auf nach euren Stämmen und Tausendschaften. Und Samuel ließ alle Stämme Israels antreten. Das Los fiel auf den Stamm Benjamin. Darauf ließ er den Stamm Benjamin nach seinen Sippen antreten und das Los fiel auf die Sippe Matri. Und schließlich fiel das Los auf Saul, den Sohn des Kisch.“

Die Verfechter von Wahlen und Losen unterscheiden sich in ihren Ideen, wie Repräsentation am besten hergestellt wird. „Wenn es darum geht, die sozialen Merkmale und Weltanschauungen der Gesamtbevölkerung möglichst gut widerzuspiegeln, sind geloste Gremien repräsentativer“, erklärt Politikwissenschaftler Buchstein. Denn geloste Gremien sind durch Zufallsauswahl so divers wie die Gesamtbevölkerung – zumindest wenn sie groß genug sind, dass auch Minderheiten darin ihren Platz finden. Jeder vertritt dann seine eigenen Positionen, in der Theorie entsteht daraus ein gemeinsamer Wille.

Bei Wahlen hingegen sollen die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes“ sein, wie es im Grundgesetz, Artikel 38, festgelegt ist. Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe sollte keine Rolle bei Entscheidungen spielen, auch nicht, von wem sie gewählt wurden. Zu neuer Bekanntheit in Europa gelangte das Losverfahren durch die „Citizens Assembly“ in Irland. Ein ausgelostes Gremium beriet an 12 Wochenenden über umstrittene Themen und schlug Lösungen vor, anschließend stimmte das gesamte Volk ab. So wurde zum Beispiel die gleichgeschlechtliche Ehe in Irland eingeführt.

Der Verein „Mehr Demokratie“ und die Schöpflin-Stiftung wurden auf das irische Projekt aufmerksam und nahmen es zum Anlass, in Deutschland etwas Ähnliches zu organisieren: den Bürgerrat Demokratie. Für die Regionalkonferenzen haben sich viele Spitzenpolitiker als Gäste angekündigt. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus, der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, auch Andrea Nahles wollte eigentlich kommen, bevor sie ihre Ämter niederlegte.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble unterstützt den Bürgerrat. In seinem Grußwort schreibt Schäuble, gerade die „Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur“ mache die Demokratie so stark und anderen Regierungsformen überlegen.

Das Interesse der Politiker ist groß, aber nur wenige wollen auch den nächsten Schritt gehen, wie zum Beispiel der FDP-Politiker Marco Buschmann. Er fordert, dass der Bundestag selbst solche Bürgergremien einsetzen solle, nicht Vereine und Stiftungen. Buschmann erhofft sich dadurch, „dass Blockaden gelöst werden können, weil die Menschen nicht einer politischen Richtung verpflichtet sind, sondern dem Sachproblem“.

Die Mitglieder des Bürgerrats werden in einem mehrstufigen Verfahren ausgelost. Unter den positiven Rückmeldungen werden am Ende 160 Teilnehmer so ausgesucht, dass sie den soziodemografischen Merkmalen der Gesamtbevölkerung entsprechen. So solle ein „Mini-Deutschland“ entstehen, erklären die Organisatoren. Weil die Teilnahme aber freiwillig ist, kann das Los eines nicht verhindern: dass sich vor allem ohnehin engagierte und interessierte

Bürger am Bürgerrat beteiligen. Auf Bundesebene ist das Losverfahren also kein Instrument, um das Interesse an Politik zu steigern.

Auf kommunaler Ebene ist die Wahrscheinlichkeit aber sehr hoch, im Laufe seines Lebens ausgelost zu werden. Wenn die Bürger dann die Arbeit im Gremium aufnehmen, würden sie ein nachhaltiges politisches Interesse über diese Zeit hinaus entwickeln. Das hätten Studien bereits belegt, sagt Buchstein.

Im Kleinen zeigen sich aber auch die Probleme, die sich ergeben können, wenn neue Beteiligungsformen ausprobiert werden. Im Potsdamer Beteiligungsrat haben einige Bürger die Arbeit mit hohen Erwartungen aufgenommen und wurden schnell enttäuscht, weil sie qua Geschäftsordnung nur beraten, aber nicht entscheiden dürfen. Diese Rollenverteilung – geloste Gremien beraten, gewählte Parlamente entscheiden – gilt für fast alle Modellprojekte. Das stößt auf Widerstand, bei der Regionalkonferenz des Bürgerrats in Koblenz meint eine Teilnehmerin: „Ich will nicht nur beteiligt werden, ich will entscheiden!“

**„Ich will nicht nur beteiligt werden, ich will
entscheiden!“**

Teilnehmerin bei der Regionalkonferenz Koblenz

Das findet Politikwissenschaftler Roland Lhotta problematisch. Gewählte Abgeordnete müssten sich für ihr Handeln bei der nächsten Wahl verantworten, bei ausgelosten Bürgern gäbe es diesen Kontrollmechanismus nicht. Die Logiken von repräsentativer Demokratie und Losverfahren seien insoweit unvereinbar. Die Befürworter des Losverfahrens drehen das Argument um: Ausgeloste Bürger wären in ihren Entscheidungen freier und könnten radikalere Entscheidungen treffen, weil sie nicht ständig die nächste Wahl im Blick haben müssten. Daraus leitet Hubertus Buchstein auch die möglichen Einsatzbereiche für Losgremien ab: „Zum einen bieten sich Zukunftsthemen an, die eine hohe Relevanz für viele Generationen

haben werden, wie zum Beispiel beim Klimaschutz.“ Zudem böten sich gerade auf kommunaler Ebene geloste Gremien an, wenn die Konfliktlagen komplex seien, wie oft bei der Verkehrsplanung. „Und drittens können geloste Gremien Sinn ergeben, wenn es in der Politik Blockaden gibt. In Deutschland würde sich zum Beispiel die Erarbeitung eines neuen Wahlrechts anbieten.“

Die Wahlrechtsreform sei ein klassischer Fall, bei dem sich gewählte Gremien aufgrund politischer Interessen verrannt hätten, so Buchstein. Er schlägt ein monothematisches Gremium vor, das für eine festgesetzte Zeit gebildet wird. „Ausgeloste Gremien, die mit Experten zu diesem Thema arbeiten, würden da sicher mehr erreichen als der Bundestag“, sagt der Politikwissenschaftler.

Marco Buschmann sieht das ganz ähnlich. Für den Bundestagsabgeordneten ist die parlamentarische Demokratie zwar immer noch „das stärkste Verfassungskonzept“, aber es gebe auch „Verkantungen bei manchen Themen, bei denen solche Verfahren eine Bewegung reinbringen können“. Möglicherweise hätten Bürger Denkansätze, auf die Fachreferenten in Ministerien nicht kämen.

Sowohl die Politikwissenschaftler Lhotta und Buchstein als auch Politiker wie Buschmann sind sich weitestgehend einig, dass Losverfahren und Wahlen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. In den meisten Modellen dazu, wie das Lösen ins deutsche Regierungssystem integriert werden könnte, wird deshalb beides kombiniert.

So war es schon im antiken Athen. Ein kleiner Anteil der Ämter wurde gewählt – nämlich solche, die besondere Kompetenzen wie etwa Kenntnisse in der Kriegsführung oder Lesen und Schreiben erforderten. Auch in der Gegenwart fehlt den meisten Bürgern das Fachwissen, das sich Bundestagsabgeordnete über Jahre hinweg erarbeitet haben. Dafür können auch diejenigen mit weniger Interesse und einem niedrigen Bildungsabschluss ihre Berufs- und Lebenserfahrung einbringen.

Ob nach allen Sitzungen des Bürgerrats die ausgelosten Bürger auch mit gelosten Gremien die Demokratie reformieren wollen, ist offen, vielleicht sprechen sie sich auch für mehr direkte Demokratie aus. Bei allem Frust und den guten Ideen, die die Menschen zum Bürgerrat mitbringen, ist aber Eines klar: Es soll sich etwas ändern.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gesundheitsrisiko-aufstand-gegen-die-windkraft-16273196.html?premium>

FAZ PLUS ARTIKELGESUNDHEITSRISIKO:

Aufstand gegen die Windkraft

- VON MICHAEL ASHELM
- -AKTUALISIERT AM 08.07.2019-19:56



Gegner von Windrädern klagen über Kopfschmerzen, Herzrasen und Schlafstörungen. Den Naturschutzverbänden ist das egal, die Umwelthilfe ignoriert den Protest der Bürger. Doch nun sorgt ein Gerichtsurteil für Unruhe.

Die Konfrontation zwischen Windkraftindustrie, Politik und Genehmigungsbehörden auf der einen Seite und betroffenen Anwohnern, die im Umfeld der Anlagen um ihre Gesundheit fürchten, gerät zunehmend zu einer Belastung für die Energiewende. Die Zahl der Bürgerinitiativen in Deutschland gegen Windkraftprojekte ist auf mehr als 1000 gewachsen. Ein immer häufiger geäußelter Vorwurf: Der Lärm der Windräder mache krank. Ins Feld geführt werden Arbeiten von Wissenschaftlern und Medizinern, die diese Sorge bestätigen sollen. Hinzu kommt eine steigende Zahl alarmierender Erfahrungsberichte und Klagen. Zugleich wehren Umweltschutzverbände und Verbraucherschutzorganisationen alle Bedenken ab, während sie in der Debatte um zu hohe Abgaswerte im Straßenverkehr auf die Barrikaden gehen und Fahrverbote erzwingen.

Im vergangenen Jahr hatte die F.A.Z. [ein umstrittenes Windkraftprojekt im Weserbergland dokumentiert](#). In der Waldrandlage eines Naherholungsgebietes drehen sich seit dem Winter acht Anlagen – jede hat eine Höhe von 217 Metern. Die ansässige Bürgerinitiative bemängelte nicht nur, dass gegen artenschutzrechtliche Belange (Rotmilan) verstoßen und Kulturlandschaft industriell verschandelt werde. Vier der acht Anlagen seien zudem so aufgestellt, dass sie im Fall einer Havarie direkt auf Hochspannungstrassen fallen könnten. In Reichweite liegen ein Umspannwerk und das Atomkraftwerk Grohnde. Betreiber und Landkreisbehörde verweisen darauf, dass alle Gesetze eingehalten würden. Doch es läuft ein Rechtsstreit.

Nun hat ein Anwohner zusätzlich eine Klage am Landgericht Hannover gegen den Betreiber eingereicht – wegen „unzumutbarer Eigentumsbeeinträchtigungen“. Der Anlagenbetrieb habe erhebliche gesundheitliche Auswirkungen, führe selbst nachts bei geschlossenen Fenstern zu Herzrasen, Kopfschmerzen und innerer Unruhe und in der Folge zu Müdigkeit. Verantwortlich seien Infraschallimmissionen der Windräder. Der Betreiber führt auf Anfrage an, dass der Betrieb nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt sei. Der Vorsitzende der ansässigen Bürgerinitiative, Stephan Stallmann, sagt, der weitere Betrieb sei grob fahrlässig.

Neue Hoffnung für Kläger?

Ein aktuelles Urteil könnte die Position der Windkraftindustrie, von Behörden und auch der Politik ins Wanken bringen. So hat der 7. Zivilsenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts (OLG) ein Urteil des Landgerichts Itzehoe aufgehoben und zur Wiederverhandlung zurückverwiesen. Der Kläger kann sich Hoffnung machen. Ein Familienvater behauptet, dass er und seine Ehefrau seit der Inbetriebnahme mehrerer Windparks in der Nähe seines Hauses aufgrund des Infraschalls der Anlagen

unter anderem an Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit und auch Durchfällen litten. Hinzu kämen Schattenwurf, Eiswurf und elektromagnetische Strahlung. Mehrere Windräder lägen weniger als 1000 Meter vom Haus entfernt. Der Wertverlust der Immobilie betrage 100 Prozent.

Das Landgericht hatte die Klage zuerst abgewiesen. Doch die OLG-Richter erkannten erhebliche Verfahrensmängel und kritisierten, dass die Position des Klägers ungenügend gewürdigt worden sei. Die gesamten Immissionsbelastungen hätten tatrichterlich festgestellt werden müssen, auch wenn diese einzeln betrachtet jeweils unter den Grenzwerten lägen. Der Störer (Betreiber) müsse beweisen, dass die Beeinträchtigung unwesentlich sei. Auch bilde die übliche (von den Unternehmen selbst hochgerechnete) Prognoseformel für Windradgeräusche die Realität nur ungenügend ab. Es bestehe die Notwendigkeit, die Belastung des Grundstücks mit Infraschall festzustellen. Der hinzugezogene Gutachter habe unzureichend gemessen und stehe in „gewisser wirtschaftlicher Abhängigkeit“ von Aufträgen der Windkraftbranche.

Fachleute und Windkraftgegner werfen der Politik und den Unternehmen der Branche eine gezielte Desinformation vor. Hinzu kommen veraltete Emissions- und Immissionsgrenzwerte. Niederfrequente Schwingungen, die vom Ohr nicht mehr wahrgenommen würden, erzeugten bei empfindsamen Menschen Stressreaktionen, sagen die „Ärzte für Immissionsschutz“. Jeder Durchgang eines Rotorblattes führe zu einer Druckwelle. Hinzu kämen die Vibrationen der Windkraftanlagen (Körperschall), die sich vom Fundament über den Boden ausbreiteten.

Gegner kritisieren, dass alle bislang gültigen Schutznormen wie die Technische Anleitung (TA) Lärm davon ausgingen, dass nur solcher Schall, der vom Ohr wahrnehmbar sei, schaden könne. Die Messvorschriften seien aber nicht hilfreich, wenn nur Schall oberhalb von 8 Hertz gemessen würde. Gerade der Infraschall zwischen 1 und 8 Hertz führe zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Oft seien die Messsysteme veraltet. In Wohnungen wird bisher gar nicht gemessen, obwohl das Umweltbundesamt einräumt, dass der Schall in Innenräumen aufgrund von Schallreflexionen und Überlagerungen zu überhöhten Schalldruckwerten führen könne. Doch die Behörde kommt zum Schluss, dass die Schallbelastungen der Windkraftanlagen „gesundheitlich unbedenklich“ seien. Arbeiten von Universitäten, Ärzten und Forschungsgruppen sehen das teils anders.

Noch gibt es keine Hinweise auf Schäden

Eine Abfrage von FAZ.NET unter Verbraucherschutzorganisationen und Umweltschutzverbänden ergibt, dass dort eine Belastung für den Menschen durch Windkraft nicht gesehen wird. Die Deutsche Umwelthilfe, in Sachen schädlicher Autoabgase schärfste Kritikerin des Staats und von Behörden, sieht den Bürger gegen mögliche negative Auswirkungen lärmender Windräder ausreichend von gesetzlichen Grenzwerten geschützt. Eine eigene Prüfung findet nicht statt. Sorge bereite, dass der Ausbau der Windkraft zu langsam fortschreite.

Die Organisationen BUND und WWF sagen, dass sie bisher keinen Nachweis für gesundheitliche Beschwerden durch Immissionen der Windräder sähen. Der BUND-Vorsitzende, Hubert Weiger, forderte unlängst, die Bundesregierung müsse den Ausbau Erneuerbarer Energien „entfesseln“. Der Umweltverband Nabu weist darauf hin, dass man sich nicht mit den Auswirkungen der Windkraft auf Menschen befasse. Ähnlich reagiert der Deutsche Naturschutzring als Dachverband, der mitteilt, dass er nichts zu diesem Thema sagen könne.

Der Bundesverband Windenergie, der eine Nähe zu den Umweltverbänden pflegt, will keine nachteiligen Auswirkungen durch Infraschall erkennen. Dies würden auch Gesundheitsbehörden bestätigen. Der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck verbreitete vor einigen Tagen in einer ZDF-Talkshow unwidersprochen, dass doch Windkraftanlagen in Deutschland nicht näher als 1000 Meter an Wohnbebauungen stünden. Das stimmt nicht. Es gibt genügend Gegenbeispiele. In Niedersachsen haben Behörden kein Problem, neue riesige Anlagen nur wenige hundert Meter von einem EU-Vogelschutzgebiet entfernt in den ostfriesischen Seemarschen aufzustellen. Von Gerichten bestätigte Abstände werden ignoriert.

Les immigrées contribuent à la natalité très forte de la France

Le taux de fécondité est de 1,8 enfant par femme pour les Françaises et de 2,6 pour les immigrées, selon l'Ined.

Robin, Jean-Pierre

POPULATION L'affaire est entendue pour nombre de Français : si la France a la fécondité la plus élevée (1,88 enfant par femme en âge de procréer) des 28 pays de l'Union européenne (1,59 en moyenne), cela tient à la population immigrée, dont les femmes ont bien plus d'enfants que les « natives », les Françaises nées en France.

« *Laissons de côté les aspects idéologiques pour nous limiter aux faits* », annoncent d'entrée les démographes Sabrina Volant (Insee), Gilles Pison (Ined et Muséum d'histoire naturelle) et François Héran (Collège de France) dans leur étude de *Population & Sociétés* (juillet 2019).

Les faits, ce sont d'abord des définitions précises. Une immigrée « *est une personne née étrangère à l'étranger et résidant habituellement en France. Si elle acquiert la nationalité française, elle continue de compter parmi les immigrés* », souligne l'étude qui reprend donc la définition recommandée par l'ONU. À l'inverse, une « mère native » est née en France.

À partir de là, il est possible d'examiner sereinement les statistiques. En 2017, selon les enquêtes de recensement de l'Insee, sur 100 naissances, 81,2 % étaient de « mère native » et 18,8 % de « mère immigrée ». Les chiffres étaient respectivement de 84 % et 16 % en 2009. « *La contribution des immigrés à la natalité de la France progresse donc et mérite d'être soulignée* », observe l'étude.

Deuxième évidence, les « mères immigrées » (en âge de procréer) représentent 12 % de la population des mères en France et ont contribué à 18,8 % des naissances en 2017. Leur taux de fécondité est donc très supérieur à celui des « mères natives », respectivement 2,6 et 1,8 enfants par femme.

Troisième enseignement, cette « surfécondité » des immigrées « *ajoute un peu plus de 0,1 enfant au taux de fécondité national* ». Ce dernier aurait été de 1,78 (au lieu de 1,88), ce qui reste très supérieur au taux européen. Et les trois experts de conclure : « *Si la France est aux premiers rangs des taux de fécondité en Europe, cela ne vient donc pas tant de l'immigration que d'une fécondité élevée des natives* » (des Françaises comparées aux autres Européennes). CQFD.

Spécificité française

Telle est la réponse à la question que se pose l'Ined. Cela suffira-t-il à convaincre ceux qui craignent « *un grand remplacement* », selon le terme de l'écrivain Renaud Camus ? « *Dans la moitié des pays européens, les immigrées contribuent comme en France à augmenter le taux de fécondité. Mais dans un pays sur quatre, elles sont trop peu nombreuses pour pouvoir augmenter le taux de fécondité (les ex-pays communistes, NDLR). Les Pays-Bas sont à part ; les immigrées ont beau représenter une part importante de la population, elles ne relèvent pas le taux de fécondité du pays, car la fécondité ne diffère guère de celle des natives* », note l'étude.

Il existe bien une spécificité française, cumulant population immigrée importante et taux de fécondité élevé. « *3,5 enfants par femme pour les immigrés originaires du Maghreb* », admettent les experts. Ils estiment par ailleurs qu'une « *convergence des comportements* » (sur celui des autochtones) s'observe dans les générations suivantes nées en France. Mais sans apporter de réelle démonstration.

Taux élevé de fécondité en France : « Il faut chercher les explications ailleurs que dans la présence des immigrées »

Dans une étude publiée mercredi par l'Institut national d'études démographiques, trois chercheurs interrogent l'impact des femmes immigrées sur le taux de fécondité.

Par Louise Couvelaire Publié aujourd'hui à 00h11, mis à jour à 06h20

Les faits. Seulement les faits. Sans idéologie. Les trois auteurs de l'étude intitulée « La France a la plus forte fécondité d'Europe. Est-ce dû aux immigrées ? », réalisée pour l'Institut national d'études démographiques (INED), insistent sur ce point dès les premières lignes.

« *Laissons les aspects idéologiques pour nous limiter aux faits* », est-il indiqué en préambule. « *Beaucoup de gens pensent que si le taux de fécondité est si élevé en France, le plus élevé de l'Union européenne, c'est parce que les immigrées font beaucoup d'enfants*, explique l'un des auteurs, Gilles Pison, professeur au Muséum d'histoire naturelle et chercheur associé à l'INED. *Les statistiques racontent une autre histoire.* » Et ces chiffres balayent au passage plusieurs idées reçues.

Publiée mercredi 10 juillet, cette étude révèle que les femmes immigrées (c'est-à-dire nées étrangères à l'étranger et résidant habituellement en France, qu'elles aient obtenu la nationalité française ou pas) contribuent fortement aux naissances mais faiblement au taux de fécondité.

Les immigrées représentent 12 % des femmes en âge d'avoir des enfants et participent à hauteur de 19 % aux naissances en 2017. Si près d'un nouveau-né sur cinq a une mère issue de l'immigration – en progression de 3 points par rapport à 2009 –, la contribution des immigrées ajoute seulement 0,1 enfant au taux de fécondité national, qui passe ainsi de 1,8 à 1,9 enfant par femme. Leur incidence est donc limitée, même si elle est en légère progression par rapport à 2009.

Comme en France, les immigrées contribuent à augmenter le taux de fécondité dans la moitié des pays européens. Dans un pays sur quatre, elles sont trop peu nombreuses pour le modifier. En Islande et au Danemark en revanche, elles contribuent à le réduire.

« Fécondité élevée des natives »

Pour mieux comprendre, les auteurs donnent un exemple :

« *Imaginons 75 femmes non immigrées (natives) et 25 immigrées, avec une moyenne identique de deux enfants par femme dans les deux groupes. Les immigrées contribueront aux naissances dans une proportion de 25 %, mais sans rien modifier au taux de fécondité. Leur contribution à la natalité tient simplement au fait qu'elles représentent 25 % des mères.* »

Les immigrées n'alimentent donc pas forcément le taux de fécondité au prorata des naissances. « *Pour que les immigrées contribuent fortement au taux de fécondité et pas seulement aux naissances, il faut à la fois qu'elles représentent une fraction importante des mères et que leur fécondité soit très supérieure à la moyenne* », précisent les auteurs.

En France, le recensement indique qu'en 2017 les natives et les immigrées avaient respectivement 1,8 et 2,6 enfants, soit un écart de 0,8 enfant. « *Cette impression que les immigrées ont beaucoup plus d'enfants n'est donc qu'une impression*, commente le chercheur, qui était parvenu aux mêmes

conclusions dans une étude menée il y a douze ans. *C'est l'intérêt des statistiques, cela permet de remettre les choses en perspective.* »

Par ailleurs, entre 2014 et 2017, la fécondité a reculé chez les natives comme chez les immigrées. Les femmes originaires des pays du Maghreb ont le taux de fécondité le plus élevé avec environ 3,5 enfants par mère. Elles sont suivies par les femmes nées en Afrique subsaharienne ou en Turquie, avec 3 enfants en moyenne.

« Les études sur la fécondité montrent par ailleurs que la seconde génération, c'est-à-dire les enfants d'immigrées qui sont nés en France, s'aligne sur les femmes nées de mères natives en ce qui concerne le nombre de naissances », souligne Gilles Pison. D'autres travaux, précise le chercheur, démontrent également que la fécondité des femmes de la première génération dépend de l'âge auquel elles sont arrivées en France :

« Celles qui sont arrivées jeunes adultes ont plus d'enfants que les natives, mais celles qui arrivent à un jeune âge ont le même nombre d'enfants que les natives. »

Si le taux de fécondité est si important, *« cela ne vient pas tant de l'immigration que d'une fécondité élevée des natives »*, conclut l'étude. *« Il faut donc chercher les explications ailleurs que dans la présence des immigrées »*, souligne le chercheur. Notamment dans les politiques publiques de soutien à la famille, particulièrement incitatives en France.

Louise Couvelaire

DEUTSCHLAND:

Die Kraft, die stets das Gute will

- VON BERTHOLD KOHLER
- -AKTUALISIERT AM 11.07.2019-08:49



Kann am deutschen Wesen die EU genesen? Der europäische Musterschüler sollte sich nicht zum Oberlehrer Europas aufschwingen. Ein Kommentar.

Es gab eine Zeit, da sind die Deutschen auch mit Hut ganz klein gewesen. Da hatten sie gerade den totalen Krieg und den totalen Untergang erlebt, in die sie im Vollgefühl der großdeutschen Überlegenheit marschiert waren. Diese Erfahrung, die mit einiger Zeitverzögerung umso nachhaltigeres Selbstmisstrauen hervorrief, beeinflusst politisches Denken und Handeln bis heute.

An die Seite des Selbstzweifels trat in den sieben Jahrzehnten, die seit dem Zusammenbruch vergingen, aber auch neues, durchaus berechtigtes Selbstbewusstsein. Deutschland erarbeitete sich wieder einen Ruf als geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft. Es setzte sich in einzigartiger Weise mit seiner Vergangenheit auseinander und zog daraus Konsequenzen. Es wandte sich von der militärischen Gewalt als Mittel der Politik so entschieden ab, dass selbst ehemalige Gegner den Kopf schütteln. Es sucht die Kooperation und meidet die Konfrontation, wo es nur kann. Es hilft Staaten und Menschen und achtet dabei nicht immer nur auf den eigenen kurzfristigen Vorteil.

Wäre Deutschland ein Mensch, so könnte man auch über den nicht sagen, er sei perfekt. Aber man dürfte ihm durchaus zubilligen, dass er sehr an sich arbeite.

Das gilt auch für die Bewohner Deutschlands. Viele von ihnen wollen noch bessere Humanisten, Tierfreunde und Umweltschützer werden. Und sie wollen, dass auch andere ihrem Beispiel folgen. Gegen eine derartige Weltverbesserung wäre nichts einzuwenden – wenn es denn einen Plan für sie gäbe, dem eine solche übermenschliche Weisheit und Überzeugungskraft innewohnt, dass er unwiderstehlich wäre. Bisherigen Versuchen, die Menschheit zu einer gemeinsamen Weltanschauung zu bringen, ob mittels Argumenten oder mittels Gewalt, waren allerdings keine großen Erfolge beschieden. Einige endeten in Katastrophen mit Abermillionen von Toten.

Knobelbecher zieht sich der deutsche Missionierungsdrang nicht mehr an. Aber eine gewisse Restmilitanz ist unverkennbar. Die Vorstellung aus der Zeit des Kaiser- und Kolonialreichs, wonach am deutschen Wesen die Welt genesen möge, hat auch in der Demokratie wieder Anhänger gefunden, auch wenn sich diese Ansicht jetzt in modernere Kleider hüllt. Doch auch in ihnen steckt ein Gefühl der Überlegenheit, jedenfalls der eigenen Argumente. Die innen- und außenpolitischen Debatten vermitteln regelmäßig den Eindruck, dass man in Deutschland im Grunde alles besser weiß als anderswo. Und daher anderen gute Ratschläge geben kann, was sie tun sollten: Migranten als Bereicherung betrachten, Staatshaushalte nach deutschen Vorstellungen sanieren, den Regenwald nicht abholzen, das Spitzenkandidatenmodell anbeten.

Wer bestimmt, was einen guten Europäer ausmacht?

Für jede dieser Ansichten kann man gute Argumente finden – doch überzeugen diese noch nicht einmal alle Deutschen. Schon im innenpolitischen Diskurs wird es hitzig, wenn die neuen Ideologien und ihre Anhänger aufeinanderprallen, etwa Klimawandelwarner auf Klimawandelleugner. In den internationalen Beziehungen kann schnell ein Konflikt mit noch größerem Eskalationspotential entstehen, wenn „die Deutschen“ etwa von „den Polen“ verlangen, Flüchtlinge aufzunehmen, weil sich das für gute Europäer so gehöre.

Wer aber bestimmt, was einen guten Europäer ausmacht? Aus polnischer, italienischer und auch französischer Sicht können deutsches Lob und deutscher Tadel leicht danach aussehen, als wolle der heimliche Hegemon Europas seine Nachbarschaft nach seinem Ebenbild formen – nicht mehr mit Panzern und Stukas, aber mit dem Euro, einer Politik der offenen Grenzen und dem Slogan „Atomkraft, nein danke“.

Deutschland muss darauf achten, nicht zu jener Kraft zu werden, die stets das Gute will, dabei aber böses Blut schafft. Selbst wenn die EU sich nur gemäß den Vorstellungen der deutschen Grünen und Sozialdemokraten „demokratisieren“ ließe – was nicht der Fall ist –, dürfte nicht vergessen werden, dass Berlin den anderen EU-Mitgliedern nicht befehlen kann, den deutschen Einsichten und Plänen zu folgen. Der große Europäer Kohl hat das immer beherzigt. In einer Gemeinschaft souveräner Staaten wie der EU muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, in Zeiten der Rückwendung zum Nationalstaat mehr denn je. Denn nun mucken nicht mehr nur die „undankbaren“ Ostmitteleuropäer gegen deutsche Positionen auf. Auch Partner der ersten Stunde wie Italien und Frankreich stehen in Streitfragen nicht selbstverständlich an Deutschlands Seite. Großbritannien, immerhin auf manchen Gebieten ein Geistesverwandter, tritt aus.

Das heißt nicht, dass die deutsche Regierung auf dem europäischen Parkett nicht länger selbst- und auch machtbewusst die Positionen vertreten sollte, die sie für richtig hält und für die sie gewählt worden ist. Die europäische Zentralmacht hat sich ihrer Verantwortung zu stellen. Doch wäre es auch dabei besser, wenn sie nicht von einem Extrem ins andere fiele, vom „ohne uns“ ins „nur wie bei uns“. Der europäische Musterschüler sollte sich, auch wenn die Verlockung – insbesondere für die Grünen – groß ist, nicht zum europäischen Oberlehrer aufschwingen. Denn wenig lässt sich in dieser zerstrittenen EU so leicht organisieren wie der Widerstand gegen Belehrungen aus Berlin.

Seenotrettung:

Migration als Sprengladung

Schiffbrüchige zu retten, ist richtig. Aber systemische Vorbehalte gegen privat organisierte Seenotrettung gehören strikt von Xenophobie getrennt. Und diskutiert.

Ein Essay von **Martin Krohs**

11. Juli 2019, 20:24 Uhr



"Rettung ist kein Verbrechen." Darüber zumindest sollte Einigkeit bestehen. © Omer Messinger/AFP/Getty Images

Migration als Sprengladung

Ist das, was Carola Rackete macht, richtig und gut? Das ist nicht nur eine juristische, sondern auch eine moralische Frage. Und da Flucht und Migration bislang nur unvollkommen von Gesetzen geregelt werden, hat das ethische Urteilen hier sogar eine besonders große Last zu tragen.

Aber die eine einzige und wahre Ethik gibt es nicht. In unterschiedlichen Epochen und Kulturen sind die verschiedensten Ethiken formuliert worden, und oft genug stehen sie miteinander in Konflikt.

Ethikmodelle lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen. Bei den einen steht der einzelne Mensch und sein Handeln im Mittelpunkt (bei Tugendethiken, Pflichtethiken, Intuitionsethiken); bei den anderen der Zusammenhang, das System, die Struktur (bei konsequentialistischen, utilitaristischen Ethiken, Rechtsethiken, Gemeinwohlethiken). Nennen wir das erste *Ethiktyp A*, das zweite *Ethiktyp B*.

MARTIN KROHS

ist Journalist und Philosoph. Er ist Gründer des Medienportals dekoder.org (ausgezeichnet mit dem Grimme Online Award 2016) sowie des "portfolio for writers" pleks.io.

Menschen, die mit einer Ethik des Typs A ausgestattet sind (also einer individualbasierten Ethik), werden dem Handeln der Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete zustimmen: Sie sehen in ihr ein leuchtendes moralisches und politisches Vorbild. Menschen mit einer Ethik des Typs B (einer systembasierten Ethik) hingegen werden dieses Handeln meist eher skeptisch bewerten. Und dieser Unterschied in den Einschätzungen zu Flucht und Migration erstreckt sich weit über den konkreten Fall hinaus.

Mit dem *Handeln von Carola Rackete* ist an dieser Stelle nicht der punktuelle Akt gemeint, Menschen aus einer lebensbedrohlichen Notsituation auf See zu befreien – dass der gut und richtig ist, steht außer Zweifel. Es geht um die Beurteilung der ganzen Handlungskette: mit dem Schiff einer privaten Organisation an die Grenzen libyscher Gewässer zu fahren, sich dort für die Aufnahme von

Schiffbrüchigen bereitzuhalten und diese dann entgegen den staatlichen Anweisungen in einem italienischen Hafen an Land zu bringen – unter den spezifischen Rahmenbedingungen von Migrationsdruck, Krieg und Flucht, globalem Wohlstandsgefälle und kolonialer Geschichte.

Die Denkfigur der Ethik A lautet in dieser Sache etwa so:

Ja, so hat ein Mensch zu handeln! Wenn andere in Not sind, werden sie an die nächstgelegene sichere Stelle gebracht – in diesem Fall Italien. Nicht zu einer weiter entfernten Aufnahmestelle und erst recht nicht zurück in das Land, dem sie entfliehen wollen. Und wenn Gesetze dagegen sprechen, muss man sie in diesem Fall missachten, was besonderen Mut erfordert. Bravo!

Und allgemeiner:

Diese globale Ungerechtigkeit ist nicht zu ertragen. Wieso soll ein Mensch, der zufällig in Afrika geboren ist, es schlechter haben als ich, die zufällige Europäerin? Menschenrechte gelten für alle gleich. Niemand darf Sklave eines Zufalls sein. Es ist höchste Zeit für Ausgleich. Wir sind so reich – wir könnten noch viel mehr Menschen aufnehmen. Und wenn wir selbst uns dafür etwas einschränken, so ist das auch nur gut und nur gerecht.

Personen mit einer Ethik B hingegen stehen dem Gesamthandeln (nicht dem konkreten Rettungsakt!) der Kapitänin meist deutlich skeptischer gegenüber. Sie denken vielleicht etwas wie:

Natürlich, dass man Menschen vor dem Ertrinken rettet, ist richtig. Aber in welchem Zusammenhang steht das alles? Wie beeinflussen private Rettungsfahrten und das Todesbusiness der Schlepper einander? Und würden größere Fluchtbewegungen nicht wiederum afrikanische Länder destabilisieren? Ganz abgesehen davon, dass diese Gesetzesübertretung einer Deutschen in Italien nun den dortigen Europafeinden weiteren Auftrieb verschafft. Sehr zweischneidig, das alles ...

Und weiter dann:

Die globalen Probleme, wie die Ungleichheit an Rechten und an Lebenschancen, sind immens, exorbitant. Es gibt einem einen Stich ins Herz, wenn man daran denkt. Aber dadurch, dass Europa so viele Migranten aufnimmt wie nur irgend möglich, kann man die Not eben auch nicht aus der Welt schaffen. Wir stehen vor einer Jahrhundertaufgabe, wir müssen sie mit Maß und Bedacht angehen. Asyl muss eine vorübergehende Maßnahme für konkret Verfolgte bleiben – vor allem muss sich Europa in den Herkunftsländern engagieren – Asylverfahren schon in den Lagern der Wartenden durchführen. Unsere Gesellschaften sind bereits jetzt zum Zerreißen gespannt – antidemokratische Kräfte erstarken, indem sie Unsicherheit und soziale Konflikte ausnutzen – man muss sie einhegen, nicht ihnen Futter geben. Was nützt uns ein zerberstendes Europa, was nützt es den Flüchtlingen?

Im Unterschied zum Denken der A-Ethiker, das scharf auf zwei Punkte fokussiert (*Retten! Menschenrechte!*), lässt sich dasjenige der B-Ethiker weniger leicht verfolgen, verzweigt sich, wird fast amorph. Das entspricht dem systemischen Charakter dieser Ethik, bei dem ein Prinzip wie "globale Gerechtigkeit herstellen" nur ein moralisch relevanter Faktor unter vielen anderen ist.

Während in der Denkart der Ethik A die Kapitänin der *Sea-Watch 3* also uneingeschränkt eine Heldin ist, erscheint sie in derjenigen der Ethik B in einem viel zweifelhafteren Licht. Nämlich zugleich auch als Störenfried in einer hochsensiblen Angelegenheit, deren Bewältigung viel Fingerspitzengefühl erfordern würde. Überspitzt gesagt: als moralischer Elefant im politisch-diplomatischen Porzellanladen.

Aber ist dieses zweite Denken, das Denken der Gruppe B, denn überhaupt noch ein ethisches? Ist es nicht eher politisch?

Fremdenfeinde stellen keine ethischen Fragen

Klar ist, dass die Gruppe A unmittelbar einem moralischen Impuls oder Prinzip folgt, die Gruppe B hingegen eine Art moralisch-politisches Abwägen praktiziert. Dies steht in der – ausdrücklich ethischen – Tradition der *Klugheit als Tugend*, die auf Aristoteles zurückgeht.

Auf das Ethische der B-Ethik weist später in besonderer Weise der Soziologe und Philosoph Max Weber hin, der 1919 Gesinnungs- und Verantwortungsethik einander gegenüberstellt. Unter

verantwortungsethischem Handeln sei zu verstehen, "daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat", hingegen folge der Gesinnungsethiker seinen moralischen Überzeugungen und stelle den Erfolg sozusagen Gott anheim.

In der aktuellen, gerade der englischsprachigen Debatte um globale Gerechtigkeit und Migration haben sich für die Systematik der Ethiken die Begriffe Kosmopolitismus und Republikanismus etabliert. Der Kosmopolitismus ist, auch wenn das Wort anderes vermuten lässt, eine Ethik des Typs A, denn sie beginnt ebenfalls beim Einzelnen. Sie leitet vom Individuum und seinen Rechten, insbesondere den Menschenrechten und dem Recht auf freie Bewegung, die Forderung ab, die Welt als eine einzige community zu betrachten, in der Staatsgrenzen durchlässig oder gar ganz offen sein müssen. Der Republikanismus hingegen stellt als Ethik des Typs B die aktuell bestehenden Gesellschaftsverbände, in der Praxis vor allem die Staaten in den Mittelpunkt. Er betont deren Recht, selbst über die Aufnahme oder Nichtaufnahme neuer Mitglieder zu entscheiden – was entsprechende Regulierbarkeit der Grenzübertritte voraussetzt.

A- und B-Ethiken und ihre Forderungen können also verschiedene Ausformungen annehmen und sind vielfältig ineinander verschränkt. Immer aber beginnt eine Ethik des Typs A vom Ausgangspunkt der Individuen und ihrer Gleichheit (normativer Individualismus), eine Ethik des Typs B hingegen von der Gemeinschaft und ihren Praktiken (zum Beispiel Kommunitarismus). Und immer ist in der Ethik auch Politisches enthalten, in der Politik Ethisches.

Natürlich wäre es naiv zu glauben, dass jeder, der in Carola Rackete auch oder vielleicht sogar ausschließlich eine Störenfriedin sieht, aus ethischen Beweggründen zu dieser Einschätzung gelangt. Viele, die jetzt in Italien *Verbrecherin!* rufen, sind mit großer Sicherheit schlicht – wie soll man sie nennen? – Sexisten, Xenophobe, Reaktionäre, Rassisten, Nationalisten? Es findet sich wohl alles aus diesem Spektrum.

Das Deckmäntelchen des Moralischen

Diese vulgären Stimmen stellen erst gar keine ethischen Fragen. Sie sind entweder Realitätsverweigerer, die mit der ganzen Thematik von Flucht und Migration in Ruhe gelassen werden wollen, oder sie verfolgen aktiv eine antidemokratische, antihumane Agenda, in der Flüchtlinge und Migranten sowieso nur Menschen zweiter Klasse sind, deren Schicksal einem egal sein kann – dafür die eigene *in-group* (das "Volk") umso wichtiger.

Was diese Stimmen von sich geben, klingt manchmal ähnlich wie die skeptischen Gedanken der B-Ethiker. Doch wo die einen vom Bewusstsein der Verantwortung bewegt sind, verbirgt sich hinter den Worten der anderen gerade Verantwortungslosigkeit. Wo die einen auf der Suche nach der besten Lösung für die möglichst vielen sind, denken die anderen nur an sich.

Man darf sich da keinen Illusionen hingeben. Die feixenden, hämischen, hinterlistigen Fremdenhasser sind zwar Staatsbürger wie andere auch, Bürger der Republik des Ethischen sind sie aber nicht. Und wenn sie dennoch versuchen, sich ein Deckmäntelchen des Moralischen umzuhängen, dann haben wir das Recht und die Pflicht, es ihnen abzureißen und sie aus der ethischen Debatte auszuschließen – sie würden sie doch nur verderben.

Andererseits muss man sich vor einer folgenschweren Verwechslung hüten. Denn auch wenn das vulgäre *Verbrecherin!* der einen in die gleiche Richtung zu weisen scheint wie das skeptische *Carola Rackete und was sie tut—na ja* der anderen: Ihr Sinn ist ein völlig anderer, ja ein gegensätzlicher.

B-Ethiker sind nicht, wie blindwütige Nationalisten und Fremdenfeinde, von Ignoranz und Hass getrieben. Sie befürchten nur, dass das Absolutsetzen von Prinzipien, wie sie es bei privaten Seenotrettern und Befürwortern von *open borders* beobachten, der Bewältigung des hyperkomplexen, hypersensiblen Gesamtproblems Migration letztlich abträglich ist. Sie befürchten, dass erleichterte Ausreise den Herkunftsländern nicht hilft, dass die mit der Zuwanderung einhergehenden Probleme – von den Härten der Abschiebung bis zum Schüren sozialen Unfriedens – den innereuropäischen Zusammenhalt bedrohen. Und sie geben zu bedenken, dass auch das Handeln der A-Ethiker selbst das Krakeelen der Vulgären mit befördern könnte.

Nicht "böse", sondern anders "gut"

Man muss mit der Ansicht der B-Ethiker nicht einverstanden sein. Aber man darf sie auch nicht mit den un- und antiethischen Stimmen über einen Kamm scheren. Wer aus systemethischen, verantwortungsethischen oder republikanistischen Antrieben skeptisch ist, der oder die ist weder dumm noch ein moralischer Idiot. Er ist nur ethisch vollkommen anders aufgestellt als diejenigen, die von einer individualbasierten Pflicht- oder Tugendethik, einer kosmopolitischen Ethik motiviert werden.

Sicher, aus der Blickrichtung der einen Seite ist die Legitimität der anderen schwer zu erkennen. Das hat Gründe, die tief in der ethischen Reflexion selbst verankert sind. Konrad Ott, Ethiker an der Universität Kiel, der die Migrationsdebatte ebenfalls nach zwei miteinander streitenden Ethikklassen analysiert, schreibt dazu in seinem Buch *Zuwanderung und Moral*: "[Man] muss aufhören zu glauben, eine Seite habe die allein richtige Moral für sich gepachtet. Beide Moralen müssen das Problem verstehen, dass sich jede Moral notwendig als gute und richtige Moral sehen muss, weil sie die Leitunterscheidung moralischer Kommunikation ('gut versus böse') nur einseitig auf sich selbst anwenden kann." Für jede Seite sieht es so aus, als sei die andere automatisch *böse* – weil sie nicht in die eigenen Kategorien des *Guten* passt.

Der Diskurs um Ethik und Migration ist also gleich mit zwei Fallen konfrontiert. In die erste gerät er hinein, wenn er, aufgrund einer scheinbar ähnlichen Stoßrichtung des Gesagten, fälschlich den ethischen Sinn der B-Ethiker mit dem antiethischen Unsinn der vulgären Antiethiker identifiziert. In der zweiten verfängt er sich, wenn die Vertreter der einen legitimen Ethik die moralische Legitimität der anderen legitimen Ethik nicht mehr erkennen können – wenn die A-Ethik (Kosmopolitismus) die B-Ethik (Republikanismus) für böse hält oder umgekehrt.

Beide Fallen gilt es zu vermeiden, beiden Versuchungen, so sehr sie naheliegen mögen, zu widerstehen. Der ersten nachzugeben, verwirrt die Grenzen zwischen Moral und Unmoral und macht die Unterscheidung unbrauchbar. Der zweiten anheimzufallen, ist unangemessen gegenüber einer der am besten begründeten, am vielfältigsten erprobten ethischen Traditionen. Es ist aber vor allem auch fatal für unseren pluralistischen demokratischen Diskurs, der nur aus dem Kraftschluss der gegensätzlichen Beurteilungen heraus sinnvolle Praxis generieren kann. Es täte damit dem Guten einen Bärendienst.

Die Aufteilung in A- und B-Ethiken ist natürlich selbst wiederum nur ein Modell. Es dient dazu, etwas denkbar zu machen, das sich sonst dem geistigen Zugriff entzieht. In Wirklichkeit ist alles sehr viel komplizierter.

Manches erinnert an Antigone und Kreon



Tragische Heldin? Carola Rackete (hier in einem Auto der Guardia di Finanza) handelt auf jeden Fall in höchstem Maße moralisch. © Giovanni Isolino/AFP/Getty Images

Zum einen lässt sich jede Ethik aus der einen Klasse auch unter Gesichtspunkten der anderen betrachten: So denken A-Ethiker auch systemisch, sehen in ihrem Tun ein Offenlegen einer inhumanen Grenzpolitik und bestreiten, dass man Xenophobie einhegen kann, indem man die Bevölkerung nur ja nicht mit zu viel Neuem und Fremdem belastet. Diese Ursächlichkeit ist schließlich ebenso strittig wie die Vermutung, dass das Vorhandensein von Rettungsschiffen in einer gefährlichen Zone Migrationsbewegungen verstärkt.

Zum anderen sind auch B-Ethiker alles andere als gesinnungslos, hinter ihren systemischen Motivationen steht ein Ideal des gesellschaftlichen Zusammenlebens, das selbst wiederum hinterfragbar ist. Und drittens konkurrieren vermutlich im Inneren jedes moralisch bewussten modernen Menschen mehrere Ethiken miteinander. Jeder kennt die bange Frage, ob nicht, wie das Sprichwort sagt, ausgerechnet die guten Vorsätze den Weg zur Hölle pflastern.

Bei all seinen Einschränkungen zeigt das Modell der A- und B-Ethik aber sehr deutlich, in was für ein gewaltiges moralisches Dilemma die gesamte Flucht- und Migrationsthematik eingeschrieben ist.

Die Situation erinnert in mancher Hinsicht an diejenige von Antigone und Kreon in Sophokles' Tragödie. Antigone will ihren Bruder begraben, der gegen die eigene Stadt Krieg geführt hat. Und sie hat recht – nach dem Gesetz der Mitmenschlichkeit. Das ist ihre persönliche Ethik, die zugleich als allgemein menschliche Ethik gelten kann.

Aber auch Kreon hat recht, wenn er dieses Begräbnis verhindern will – denn einen Verräter ehrenhaft zu bestatten, verbieten die Gesetze des Staates. Ihre Missachtung würde der Rechtmäßigkeit selbst Schaden zufügen und hätte Folgen, die bis hin zur Auflösung des Staates selbst führen könnten. Das ist die systemische Ethik, der Kreon anhängt, und auch sie erhebt Anspruch auf allgemeine Gültigkeit.

Hegel hat dieses paradoxe Verhältnis zweier verbindlicher normativer Sphären mehrfach analysiert. In den *Vorlesungen über die Ästhetik* heißt es zu Antigone und Kreon: "So ist beiden an ihnen selbst das immanent, wogegen sie sich wechselseitig erheben." Antigone ist Teil des Staates, Kreon Teil ihrer Familie (er ist ihr Onkel) – dass sie sich gegenseitig Stein des Anstoßes sind, werden sie nicht los.

Die Sitten der Antike mögen uns heute fremd sein, und sowieso gilt unsere Sympathie vermutlich eher der menschlichen Antigone denn dem strengen Herrscher Kreon. Aber man kann das Stück mit entsprechenden Veränderungen in die Gegenwart transponieren. Und dann steht wieder A gegen B, und B gegen A. Und unser Chor ist hin- und hergerissen, schwankt zwischen den Optionen, und kann letztlich nur sagen: Eine *nur gute* Lösung gibt es nicht. Immer ist jede Option *auch schlecht*.

Dieses Dilemma ist letztlich der einzige gemeinsame Grund, auf dem wir in dieser Sache stehen. Und wenn man es zu Ende denkt, dann muss man eigentlich sagen: Wer dieses Dilemma aus dem Blick verliert, der stellt seine eigene ethische Urteilskompetenz infrage. Ja, eigentlich müsste jeder, der sich überhaupt zu diesem Thema äußert, in irgendeiner Form zunächst seine Anerkennung dieses Dilemmazustands signalisieren: Schaut her, ich weiß, dass wir so noch nicht aus dieser Lage herauskommen, aber ...

Denn Eindeutigkeiten, die eine selbstsichere, womöglich gar auftrumpfende moralische Haltung rechtfertigen würde, gibt es in dieser Thematik nicht. Vom Guten oder vom Bösen reden (oder es denken) kann man hier eigentlich immer nur gebrochen, dem offensichtlichen Dilemma trotzend, gewissermaßen zerknirscht. Und das ist selbst wiederum natürlich eine ethische Forderung.

Spannungsfeld Menschenrechte

Ein Gedanke zum Schluss: Die gesamte Debatte um Rettung und Migration steht und fällt mit dem Konzept der Menschenrechte. Die A-Ethiken setzen die Menschenrechte absolut: Von ihnen geht ein unbedingtes Gebot aus, sie verpflichten zum einen zum proaktiven Retten, zum anderen zum Ausgleich der globalen Ungerechtigkeiten an Wohlstand und Lebenschancen.

Was die B-Ethiker betrifft, kann es den Anschein haben, dass sie die Menschenrechte relativieren oder gar für nebensächlich erachten, was sie ins moralische Abseits stellen würde. Dieser Vorwurf wäre allerdings übereilt. B-Ethiker sind sich, zumindest wenn sie ein wenig tiefer in die Materie eingedrungen sind, der Problematik bewusst, die mit dem Konzept der Menschenrechte einhergeht. Wenn wir allen Menschen gleiche Rechte verschaffen wollen, warum sollten dann die, denen wir Zugang zu Europa eröffnen, bevorzugt werden gegenüber den Daheimgebliebenen? Das Herstellen der einen Gerechtigkeit schafft sogleich neue Ungerechtigkeiten. Und wäre nicht den unzähligen Frauen Afrikas, die bei der Geburt oder im Kindbett sterben, nach menschenrechtlichen Kriterien mindestens ebenso Hilfe zu leisten wie jenen Menschen, die sich aus eigenem Entschluss auf ein seeuntüchtiges Schiff begeben? Wenn man den Universalitätsanspruch der Menschenrechte ernst nimmt, dann müsste man allen helfen – und allen sofort.

Man kann die Menschenrechte als eine säkularisierte Form der Gottesebenbildlichkeit verstehen. Oft ist auch ihre Entstehung so rekonstruiert worden: Gott hat die Menschen geschaffen nach seinem Bilde, damit ist ein Teil der Heiligkeit Gottes in jedem Menschen aufgehoben, diese Heiligkeit verleiht ihm unantastbare Würde, diese Würde ist, positiv formuliert, sein Menschen-Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Eigentum, faire Gerichtsverfahren. Über die gesamte Aufklärung hinweg lässt sich diese Übersetzung von religiösen Wertvorstellungen in weltliche beobachten – ebenso wie deren anschließende systematisierende Weiterentwicklung.

Die Menschenrechte beim Wort zu nehmen, heißt, einen gewaltigen Auftrag zu übernehmen. Sie zwingen uns geradezu in eine Heilsgeschichte hinein – aber nun, im Unterschied zur Vormoderne, in eine weltliche, die wir selbst gestalten müssen und von der nicht klar ist, ob und wie wir ihr gewachsen sind.

Die Denker der Aufklärung und der Moderne, die die Menschenrechte schrittweise immer weiter ausformuliert haben, haben damit eine Sprengladung verfertigt von viel größerer Gewalt, als ihnen vielleicht selbst klar gewesen sein mag. Würde sie mit einem Mal in ihrer Ganzheit gezündet, so müsste sie alle bestehenden gesellschaftlichen Ordnungen auf unserem Planeten zunichtemachen. Stück für Stück in Brand gesetzt, sind die Menschenrechte aber der wohl wirkungsvollste Treibsatz einer Geschichte, die den Menschen überhaupt erst vollsinnig zum Menschen macht.

Können wir dieses Spiel mit dem Feuer meistern, können wir die Tragik aushalten, die unweigerlich mit ihm einhergeht? Derzeit stellen sich diese Fragen rund um das Mittelmeer.

Der vorliegende Text basiert auf einem längeren Blogpost vom 2. Juli 2019. Diesen Beitrag finden Sie [hier](#).

ALTERNDE GESELLSCHAFT:

Die Demographiewende ist machbar

- VON TILMAN MAYER
- -AKTUALISIERT AM 11.07.2019-21:36

Die deutsche Bevölkerung altert immer mehr. Das belastet die Wirtschaft und die Sozialsysteme. Eine aktive Demographiewende der Bundesregierung, die auch die Zuwanderung steuert, ist überfällig. Ein Gastbeitrag.

Der demographische Wandel ist zwar in aller Munde, aber im Unterschied zum Beispiel zum Klimawandel findet er viel weniger eine mit Konsequenzen verbundene Aufmerksamkeit. Eine sichtbare Gestaltungsabsicht ist nicht erkennbar. Demographiewende der **Bundesregierung**? Es hat sie einmal gegeben. Ob es sie noch gibt, das bleibt eine Frage. Zurzeit stellt man jedenfalls eine einseitige Akzentsetzung im Bereich Migration fest. In der Einwanderung sieht man eine Lösung, verwechselt oft aber bereits Asyl- mit Migrationspolitik.

Die grüne und linke Forderung nach einer Politik offener Grenzen offenbart migrationspolitisch gesehen ein Übermaß humanitärer Geltungsansprüche, anstelle nüchtern demographische Interessenpolitik zu vertreten. Schon der verbreitete Begriff „Migrationshintergrund“, fachfern von pädagogischer Seite eingeführt, suggerierte, dass vor allem **Migration** unsere Gesellschaft maßgeblich charakterisieren würde nach dem Motto, wir sind doch alle Migranten (gewesen). Dabei ist der eigentliche Anteil „Ausländer“ viel kleiner. Eine zweite Illusion besteht darin, dass eine anspruchsvolle Wohlstandsentwicklung mit einer qualitätsindifferenten Zuwanderung vereinbar sein soll.

Dagegen bleibt eine nüchterne demographische Agenda ein Manko, die eigentlich dringlich der Bearbeitung bedürfte: Schon aus ökonomischen Gründen eines hochindustrialisierten Landes gibt es ein Interesse an besonders qualifizierten Zuwanderern. Ins Bewusstsein zu heben ist weiterhin, dass der Generationenersatz in Deutschland nach wie vor in weite Ferne rückt – bei einer Geburtenrate von nur wenig über 1,5 Kinder je Frau statt der dafür notwendigen 2,1 Kinder. Deutschland nur als Fabrikationsort zu verstehen, den man beliebig durch Arbeitskräfteersatz füllt, ignoriert Grenzen der kulturellen Aufnahmebereitschaft. Die Bewältigung der Alterung stellt nach wie vor die größte Herausforderung dar, deswegen wäre viel stärker ein Blick auf Japan zu richten, das stark auf die Modernisierung der Wirtschaft durch Robotereinsatz und nur wenig auf Zuwanderung setzt.

Zigtausende hochqualifizierte Deutsche wandern ab

Was kaum thematisiert wird, ist die kontinuierliche, recht hohe Abwanderung Hochqualifizierter aus Deutschland. Einige Zigtausende sehr gut Ausgebildete verlassen netto jedes Jahr das Land, während gleichzeitig die Zuwanderung zu einem großen Teil wenig qualifiziert und kaum gesteuert ist. Eine Demographiestrategie der Bundesregierung wäre zumindest seit September 2015 besonders nachgefragt gewesen, um Ordnung in zugelassene Migrationsströme zu bringen.

Zudem gibt es eine disproportionale Bevölkerungsentwicklung innerhalb Deutschlands, die gravierende regionale Unterschiede entstehen ließen, die der Bewältigung bedürfen, nicht zuletzt im Ost-West-Verhältnis. Zu diesem aktuellen Ost-West-Verhältnis hat das Ifo-Institut Dresden eine eindrucksvolle Studie vorgelegt, die ergeben hat, wie stark der Abwanderungsverlust Ostdeutschlands nach 1945 und dann nach 1989 die Wirtschaftsgeschichte prägt. Das Auseinanderdriften innerhalb Deutschlands hat zu erheblichen Verwerfungen geführt. Laut Ifo-Schätzung wird das Wachstumspotential in demographisch und strukturschwachen Ländern wie Saarland, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahrzehnten negativ. Ostdeutschland hat Benachteiligungen zu kompensieren, die an sich demographiewendepolitische Anstrengungen herausfordern.

Das extreme Bevölkerungswachstum, das vor allem Afrika und Teile des Nahen Ostens in den nächsten Jahrzehnten erleben werden, wird diese Kontinente erschüttern und einen Abwanderungswunsch, der im „Afrobarometer“ schon mehrfach erhoben wurde, nochmals anschwellen lassen. Vorsorge angesichts des zu erwartenden Migrationsdrucks zu treffen wäre mehr als angeraten.

Die nächsten 15 Jahre sind entscheidend

Insgesamt ergibt sich aus dieser Agenda genügend Stoff für eine zentrale politische Bearbeitung demographischer Herausforderungen in nachhaltiger und innovativer Hinsicht. Die vor kurzem, Ende Juni, veröffentlichte 14. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung hat ebenso wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2018/2019 bestätigt, dass die Alterung das Topthema des demographischen Wandels darstellt. Daran änderten auch die leicht gestiegenen Geburtenraten wenig und auch nicht die Höhe der Nettozuwanderung. Es scheint aber so, als ob die aktuelle demographische Zwischenphase und die gute Lage am Arbeitsmarkt, die für sprudelnde Einnahmen für die Sozial- und Rentenversicherungen sorgt, alle Vorsorgeanstrengungen lähmt. Man lehnt sich zurück und erkennt nicht, mit welcher Wucht die kommenden Umwälzungen bald eintreten. 2030 ist demographisch gesehen morgen.

Einschneidend wird der Eintritt der „Babyboomer“-Generation (die Geburtsjahrgänge bis Mitte der 1960er) in die Rente sein. Der Sachverständigenrat verweist exemplarisch auf die stark steigende Gruppe der 65- bis 69-Jährigen. Sie dürfte von 4 Millionen bis 2031 auf 6,4 Millionen Personen hochschnellen. Das Verhältnis der Über-64-Jährigen zu denen im erwerbsfähigen Alter steigt rasant: von 1 zu 3 auf fast 1 zu 2 Ende des nächsten Jahrzehnts. Immerhin stellt die Rente mit 67 Jahren eine richtige Antwort dar. Doch liegt die Herausforderung in der weiter – erfreulicherweise – steigenden Lebenserwartung. Und selbst 45 Beitragsjahre können bei vielen ein auskömmliches Rentenniveau nicht mehr garantieren.

Demographiepoltisch konkret könnte man innovativ und nachhaltig mit drei Maßnahmen gegen die Trends der Überalterung und Schrumpfung gegensteuern: Zuwanderungsabsichten von qualifizierten Bewerbern mit nachprüfbaren Bildungsabschlüssen wären durch steuerliche Förderung des Zuwanderungsprozesses begleitbar. Eine längere Lebensarbeitszeit anzupeilen ist aus Rentensicherungsgründen, aber auch für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes notwendig, dafür wäre als Anreiz eine deutliche steuerliche Entlastung für Einkommen von Erwerbstätigen im Alter über 65 anzubieten. Und drittens, neben Migration und Alterung, spielt die Fertilität langfristig eine große Rolle.

Es braucht mehr Anreize, Kinder zu bekommen

Mehr Kinder zu haben und dafür steuerliche Anreize zu setzen, und zwar besonders ab dem dritten Kind, ist längst überfällig. Auch kinderreiche Familien müssen Wohneigentum erwerben können, das gilt es zu unterstützen. Das alles zusammen würde die Glaubwürdigkeit einer optimistischen Demographiepoltik unterfüttern. Nach einer kürzlich vorgelegten Studie des Verbandes der kinderreichen Familien, die „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen, wird darauf verwiesen, dass 33 Prozent der zehnjährigen Kinder in Haushalten mit zwei oder mehr Geschwistern aufwachsen. Die geringe Anerkennung in der Rentenberechnung ist eine generationenvertragliche Ungerechtigkeit. Das weiß man schon lange, ohne politische Konsequenzen zu ziehen.

Die oft kritisierte Mütterrente sollte eine finanzielle Honorierung für das Aufziehen von Kindern darstellen. Da sie aber das Kinderhaben erst im Seniorenalter belohnt, wirkt der Anreiz für junge Familien kaum. Deshalb ist eine unmittelbare, breit angelegte Kinderförderungsptolitik für erwerbstätige Eltern angemessener. An der Machbarkeit einer derartigen Politik fehlt es sicherlich nicht, wohl eher am Willen, eine nachhaltige, langfristig angelegte Demographiewende zu konzeptionieren und anzustreben.

Tilman Mayer ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und war Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/demokratiedefizit-ursula-von-der-leyen-und-das-eu-parlament-16280140.html?premium>

DEMOKRATIEDEFIZIT DER EU:

Die Chimäre aus Straßburg

- VON PAUL INGENDAAY
- -AKTUALISIERT AM 12.07.2019-15:01



Ursula von der Leyen als Sündenfall? Von einer Entmachtung des Europäischen Parlaments durch den EU-Rat war die Rede, von Mauschelei unter den Regierungschefs und Postenschacher im Hinterzimmer: Aber diesem Parlament fehlt es selbst an Demokratie.

Wenn man die Geschichte der europäischen Einigung skizziert, darf der vor mehr als zweihundert Jahren entworfene Plan von Henri Saint-Simon zu einem europäischen parlamentarischen System nicht fehlen. Und seit 1979 gibt es tatsächlich Europawahlen. Haben wir deswegen schon ein Europäisches Parlament im vollen Sinn des Wortes? Leider nicht. Wir hätten es gern, jedenfalls viele von uns. Aber wir bekommen es nicht hin.

Was ist bei der peinlichen Suche nach dem neuen Kommissionspräsidenten der Europäischen Union schiefgelaufen? Wer in den vergangenen acht Tagen Zeitung gelesen hat, müsste denken, der schiere Autoritarismus sei über die Staatengemeinschaft hereingebrochen, ein antidemokratischer Skandal, ein „Postenschacher“ und eine „Hinterzimmer-Mauschelei“. Der „Südkurier“ würdigte mit einem vergifteten Kompliment das politische Geschick der Mauschelei, Ursula von der Leyen als Kandidatin vorgeschlagen zu haben: „Eleganter könnte die Lösung kaum sein. Der Haken ist nur, dass sie mit Demokratie nichts zu tun hat.“

Das klingt rebellisch, aber die nächste Frage müsste lauten, wann die Besetzung dieses Jobs denn jemals viel mit jener Demokratie zu tun gehabt hätte, die den Kritikern vorschwebt? Immerhin sind die Mitglieder des Europäischen Rats als Regierungschefs ihrer Länder ja demokratisch legitimiert. Was die Kritiker meinen, ist etwas anderes: Sie projizieren auf das Europäische Parlament die Hoffnung auf einen demokratischen Mehrwert, der es irgendwie mit dem Gewicht der Nationalstaaten und dem natürlichen Egoismus der Regierungen aufnehmen könnte. Wenn man nur wüsste, wie! Man weiß es aber nicht. Und einer der obersten Nichtwisser in dieser Beziehung ist der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Pures Testosteron

Es klang jedenfalls nach Wut und ziemlicher Verzweiflung, als Schulz in der vergangenen Woche bei „Maybrit Illner“ in masochistischem Detail das Szenario einer französisch-deutschen Absprache im Stil eines Rettungspaktes ausmalte: „Ich sehe ihn vor mir liegen in Brüssel im Hotel“, sagte Schulz, „den Emmanuel (Macron), wie er sich hin und her wälzt und nachdenkt: Wie kann ich Mutti (Merkel) jetzt aus der Patsche helfen? Ah, da kommt die Ursula (von der Leyen)!“ Gleich darauf tat er die selbstentworfenene Szene als hirnerkrankte Phantasie ab: „Das können Sie doch Ihrem Friseur erzählen!“

Schulz dominierte die Talkshow mit purem Testosteron. Was man sich dazudenken musste, war die Vorgeschichte des Politikers Martin Schulz, der 2014 gern EU-Kommissionspräsident geworden wäre, aber sich nach ausführlicher Hinterzimmer-Mauschelei abermals mit dem Job des Parlamentspräsidenten zufriedengeben musste; der laut Medienberichten auch mit dem CSU-Kollegen [Manfred Weber](#) Absprachen getroffen hatte; und der 2017 als SPD-Kanzlerkandidat so schnell verglühte, wie er euphorisch in den Himmel geschossen war. Wie hell sein Ehrgeiz brannte, hatte er schon Jahre zuvor gegenüber dem „Spiegel“ als neuer EU-Parlamentspräsident angekündigt: „Die Mächtigen müssen Angst haben vor dem Parlament. Sonst machen wir Krawall. Ich schwitze den Machtanspruch aus jeder Pore.“

Dass es immer etwas mehr Schweiß als Macht gewesen war, dafür konnte er nichts. Im Gegenteil, Schulz hat aus seinem EU-Amt herausgeholt, was darin steckte. Doch das vielbeschworene „Spitzenkandidatenprinzip“, dessen Bruch er jetzt so wortreich beklagt, ist seine (und Junckers) ureigene Erfindung – ein Ding ohne Geschichte, ohne Kontinuität und ohne politisches Gewicht. Im Vertrag über die [Europäische Union](#) (2009) kommt der Begriff „Spitzenkandidat“ jedenfalls nicht vor. Vielmehr schlägt der Europäische Rat dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl vor. Das Ergebnis der Europawahl ist dabei „zu berücksichtigen“.

Ein Europa der Staaten? Der Bürger? Der Behörden?

Man kann diese Machtverteilung bedauern, aber es wäre naiv, vor den Gründen die Augen zu verschließen. Der niederländische Historiker und Professor für EU-Recht Luuk van Middelaar hat in seinem Buch „Vom Kontinent zur Union: Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa“ (deutsch 2016) eindringlich beschrieben, welche Hütungen die europäische Integration durchlaufen hat. Mal war von einem „Europa der Staaten“, dann von einem „Europa der Bürger“, bei anderer Gelegenheit von einem „Europa der Behörden“ die Rede. Alle diese Diskurse ziehen jeweils andere Spieler in ihren Bannkreis. Wenn „Europa“ als Hoffnung so viele positive Energien bündelt, dann weniger aufgrund inhärenter Stärke als wegen der vielfältigen Gefahren, die den liberalen Demokratien unseres Kontinents durch Populismus, neuen Autoritarismus und die digitale Brutalisierung der öffentlichen Rede drohen.

Man könnte daraus folgern, dass wir eher zur EU beten, statt sie wie ein Instrument zu benutzen. Bei der Selbsthistorisierung Europas als Friedensprojekt, als Stifterin von freiem Handel und Sicherheit kommt die relative Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments besonders stark zum Ausdruck. Siebzig Jahre ohne Krieg!, rufen die einen stolz. Und wo, fragen die anderen, war das [Europäische Parlament](#), als auf dem Balkan das große Schlachten begann? Es war machtlos.

Lange Zeit sollte das Parlament in der Tat alles andere als eine funktionstüchtige demokratische Kammer sein. „Gemeinsame Versammlung“ hieß es 1950 im „Europa der Sechs“. Der von dieser Versammlung vertretene Bürger war ein abstraktes Wesen. Machthaber wie [Charles de Gaulle](#) weigerten sich, der Straßburger Versammlung Gewicht beizumessen. Für Frankreichs Präsident war es indiskutabel, schreibt Luuk van Middelaar, „dass eine nationale Bevölkerung sich Gesetzen unterwerfen sollte, die ausländische Abgeordnete verabschiedet hatten“. Auch Georges Pompidou und Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher sprachen nie vom „Parlament“, sondern immer nur von „Assemblée“ und „Assembly“ – einer „Versammlung“ ohne reale Macht.

Das Defizit gehört zum Bauplan

Das änderte sich 1987, als der Name „Europäisches Parlament“ in den Artikel 7 des EWG-Vertrags geschrieben wurde – acht Jahre nach der ersten [Europawahl](#). Und seitdem? Zwischen 1979 und 2019 ist die Wahlbeteiligung, grob gesagt, um zwanzig Prozent gefallen. Das Mindestalter für die Teilnahme beträgt in manchen Ländern achtzehn Jahre, in anderen 21, 23 oder 25 Jahre. Zwölf EU-Länder (darunter Deutschland) kennen für die EU-Parteien keinen Mindestprozentsatz, um ins EU-Parlament einzuziehen, zehn andere (darunter Frankreich) haben die Fünfprozenthürde errichtet, wieder andere bevorzugen Barrieren von vier (Italien), drei (Estland) oder 1,8 Prozent (Zypern).

Warum fünf Prozent? Warum vier? Kein Mensch weiß es. Verbuchen wir es unter „nationale Eigenheiten“.

Das vielbeschworene „demokratische Defizit“, das durch die Ungleichheit der nationalen Bestimmungen nur betont wird, gehörte von Anfang an zum Bauplan der supranationalen EU – also auch zum Europäischen Parlament. Denn obwohl die Bürger wählen, können sie am Zustandekommen der Gesetzgebung nicht teilhaben. Der Berliner Staatsrechtler Dieter Grimm sieht in der „Verselbständigung der exekutiven und judikativen Organe von den politischen Organen der EU und dem Willen der Mitgliedstaaten“ sogar das „eigentliche Demokratieproblem der EU“.

Ein weiteres Defizit wäre die planhafte Verletzung des Prinzips „Ein Mensch, ein Stimme“. [Der Historiker Heinrich August Winkler hat in dieser Zeitung](#) an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon 2009 erinnert. Das Europäische Parlament, heißt es darin, sei nicht „hinreichend gerüstet, repräsentative und zurechenbare Mehrheitsentscheidungen als einheitliche politische Leitentscheidungen zu treffen“. Es sei – zum Beispiel – nicht gleichheitsgerecht gewählt.

Legitimation durch Bürgernähe

All diese Fragen lassen sich hierhin und dorthin drehen. Ist es gut, dass im EU-Parlament das Votum eines Maltesers zwölfmal mehr wiegt als das eines Deutschen, die kleinen Länder also einen unbestreitbaren Vorteil haben gegenüber den großen? Darüber müsste man nachdenken, könnte auf die eine Weise argumentieren oder die andere. „Gleichheitsgerecht“ ist es nicht.

Oder die transnationalen Listen, in denen [Emmanuel Macron](#) und andere das Heil sehen. Haben die Menschen wirklich Lust darauf? So ahnungslos, wie sie in den meisten Fällen sind? „Transnationale Listen sind ein Sündenfall gegen den Föderalismus“, sagt der deutsche Europaabgeordnete Elmar Brok (EVP). Für ihn entsteht demokratische Legitimation durch Bürgernähe. Er wolle „zu Hause in Ostwestfalen-Lippe gewählt werden und nicht auf irgendeiner Liste zwischen Helsinki und Lissabon“. Demokratiedefizit? Wer das in der Europäischen Union beklagt, hätte viele Punkte, an denen er ansetzen könnte.



HISTORISCHER IRRGLAUBE ZUR DDR:

Es war ein Aufstand der Normalbürger

- VON DETLEF POLLACK
- -AKTUALISIERT AM 12.07.2019-10:14

Die letzten Tage der DDR: Dreißig Jahre nach dem Mauerfall ist es höchste Zeit, mit einer Legende aufzuräumen. Ein Gastbeitrag.

In diesen Tagen wird uns wieder die Mär von den Oppositionellen in der **DDR** erzählt, deren Widerstand gegen die Diktatur zu deren Sturz geführt habe. Zunächst war es danach nur eine Handvoll von Widerständigen, die sich unter dem Dach der Kirchen gegen das DDR-System auflehnten. Schon Anfang der 1980er Jahre hätten sie mit dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ eine erste Resonanz in der Bevölkerung erzeugt. Vor allem aber seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre habe die Oppositionsbewegung immer mehr Menschen angezogen. Mit der Überprüfung der Auszählung der Kommunalwahlen im Mai 1989 sei gesamtgesellschaftlich offenbar geworden, welches Organisations- und Mobilisierungspotential in den Oppositionsgruppen stecke.

Die machtvolle Demonstrationsbewegung im Herbst 1989 schließlich habe von den Friedensgebeten in den Kirchen ihren Ausgang genommen. In dieser Zeit sei die jahrelang im Schutzraum der Kirchen geführte kritische Kommunikation in die Gesellschaft eingewandert. So sei aus dem dünnen Rinnsal widerständigen Verhaltens ein reißender Proteststrom geworden, dem die SED-Spitze nichts mehr entgegensetzen vermochte. Ohne die **Kirche** und die von ihr beherbergten Oppositionsgruppierungen wäre der Umbruch in der DDR nicht zustande gekommen.

Der Beitrag der Kirchen zum Umbruch

Was ist von dieser Meistererzählung zu halten? Zunächst einmal ist es durchaus berechtigt, anzunehmen, dass die Kirche als die einzige nicht in das offizielle System integrierte Institution zur Plattform widerständigen Verhaltens wurde. Angetrieben von den rebellischen Friedens- und Gerechtigkeitsgruppen, hat die Kirche stets zwischen den unzufriedenen Bürgern und der erstarrten SED-Führung zu vermitteln versucht.

Richtig ist auch, dass die Kirche und die Oppositionsgruppen sowie die aus den oppositionellen Gruppen hervorgegangenen Bürgerrechtsbewegungen im Herbst 1989 als Kristallisationspunkte für den **Massenprotest** fungierten. Der bedeutsamste Beitrag der Kirchen zum Umbruch bestand wahrscheinlich darin, dass sie ebenso wie die westlichen Staatsführer seit den 1970er Jahren den Partei-Eliten in der DDR das Gefühl vermittelten, respektierte und verlässliche Vertreter eines stabilen Staates zu sein, und so ihre Bereitschaft zur begrenzten Liberalisierung des Systems bestärkten, damit aber auch ihre Wachsamkeit gegenüber dem einstmals als allgegenwärtig vermuteten Klassenfeind schwächten.

Das aber war's auch so ziemlich, denn externe Faktoren dürften für den Umbruch weitaus bedeutsamer gewesen sein. So veränderten Glasnost und Perestroika die politische Kultur der DDR nachhaltig, da sie in den Köpfen der Menschen die zwar illusorische, aber gleichwohl äußerst wirkungskräftige Idee festsetzten, der Sozialismus sei reformierbar. Die Ablehnung der Reformvorschläge Gorbatschows durch die Führungsriege um Honecker konnte auch von den Partei-Eliten und den Wasserträgern des Systems nicht nachvollzogen werden. Geradezu empört waren sie über das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988.

Doch das unmittelbare Signal zum Umbruch ging nicht von Gorbatschow aus, sondern von der massenhaften Abwanderung vor allem junger und gut ausgebildeter DDR-Bürger über die österreichisch-ungarische Grenze seit dem 11. September 1989. Mit ihr wurde allen in der DDR, selbst den Funktionsträgern in den höchsten Ämtern, klar, dass es so nicht weitergehen konnte. Die Wut und die Verzweiflung über die aussichtslos erscheinende Situation in der DDR trieb die Menschen auf die Straße. Genau zum Zeitpunkt der Massenabwanderung, im September 1989, setzten auch die Massendemonstrationen ein. In den Monaten zuvor war es, angeführt von den Oppositionellen in den Kirchen, nur gelegentlich zu Demonstrationen gekommen, an denen nie mehr als dreihundert Bürger teilnahmen.

Die Wahlen waren eine Farce

Ausschlaggebend für den Prozess des Umbruchs war aber vor allem die Unfähigkeit der Staats- und Parteiführung der DDR, die anschwellende Flüchtlings- und Protestbewegung unter Kontrolle zu bringen. Ob dafür die seit der Preisgabe der Breschnew-Doktrin unsicher gewordene Abdeckung des politischen Handelns der DDR-Spitze verantwortlich zu machen war? Oder die Spaltung der SED-Führung in Hardliner und Reformen? Der Ausfall Honeckers durch seine Krebserkrankung oder die Anwendung roher Staatsgewalt wie in China 1989, die im Herzen Europas schlicht nicht möglich war? Wirksame Repressionen blieben jedenfalls aus, so dass sich der Protest Schritt um Schritt ausdehnen konnte und eine kaum noch einzudämmende Eigendynamik gewann.

Wie nehmen sich demgegenüber die Mobilisierungserfolge der Bürgerbewegungen und der Kirche aus? In der Zeit der Friedensbewegung mit ihrem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ erreichte keine der von ihnen organisierten Veranstaltungen mehr als viertausend Menschen. Die Überprüfung der Kommunalwahlen im Mai 1989 bestätigte, was ohnehin jeder wusste, dass die Wahlen eine Farce waren. Der Staatssicherheitsdienst zählte nicht mehr als 84 Eingaben mit insgesamt dreihundert Unterschriften, in denen sich Bürger über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen beschwerten. Noch im August 1989 stieß der Aufruf von Hans-Jürgen Fischbeck zur Schaffung einer DDR-weiten Sammlungsbewegung zur Erneuerung der DDR unter den in der Treptower Bekenntniskirche versammelten Oppositionellen auf wenig Resonanz.

An die Wand gedrängt

Zur selben Zeit erklärte Bärbel Bohley, die Galionsfigur der Opposition, in der DDR existiere „nur eine unbedeutende Opposition“; „alle Hoffnungen wurden zerschlagen, es ging immer nur ‚bergab““. Im Vorfeld der großen Demonstration am 9. Oktober in Leipzig gab es nicht einen einzigen oppositionellen Aufruf zum Protest. Und von der behaupteten kirchlich inspirierten Kommunikation findet sich keine Spur, denn auf ihr wurden keine Plakate mitgeführt, da es im Angesicht der schwerbewaffneten Staatsmacht nicht auf Kommunikation ankam, sondern allein darauf, dem staatlichen Druck nicht zu weichen, Mut zu beweisen und den eigenen Körper gegen die Staatsmacht einzusetzen.

Nachdem die von vielen erwartete Niederschlagung der entscheidenden Demonstration am 9. Oktober ausgeblieben war, kam es dann allerdings doch zu einer Art Kommunikation. Allerdings nicht zu einer kirchlich angeregten, sondern zur Interaktion zwischen den protestierenden Massen und der um ihren Machterhalt kämpfenden Parteiführung. Diese sah sich mehr und mehr an die Wand gedrängt, wusste nicht mehr ein noch aus und erhöhte mit jedem Schritt – der Ablösung Honeckers durch Krenz, der

Zulassung des Dialogs zwischen Bevölkerung und Partei und schließlich der Öffnung der Berliner Mauer – stets nur den Druck der Straße.

Der Umbruch ging weniger von den Alternativen und den Kirchenleuten aus, die mit ihren langen Bärten und Kerzen in der Hand der Mehrheitsbevölkerung eher suspekt erschienen. Vielmehr waren es die Normalos (den Westdeutschen mit merkwürdig *stonewashed* Jeans, Dauerwellen und Schnauzern in Erinnerung), die zunächst Gorbatschows neue Freiheit nutzten, um Kritik am eigenen System zu üben, die Sehnsucht nach Konsum und Reisefreiheit hatten, massenweise in den Westen flüchteten und schließlich ohne Aufforderung und ohne Führung durch die Opposition auf die Straße gingen und die Staatsmacht, allseits unerwartet, tatsächlich in Bedrängnis brachten.

Der Autor lehrt Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er wurde 1984 als Theologe an der Universität Leipzig mit einer Arbeit über Religionstheorie promoviert. Zuletzt erschien bei Campus „Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich“ (mit Gergely Rosta, 2015).
Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimapolitik-energiewende-erfolgreich-steuern-16280130.html?premium>

KLIMAPOLITIK:

Was uns die Energiewende wirklich kosten wird

- VON KAREN PITTEL UND HANS-MARTIN HENNING
- -AKTUALISIERT AM 12.07.2019-06:43



Wer CO₂ ausstößt, soll künftig dafür zahlen. Aber welcher Preis ist angemessen? Aus heutiger Sicht erscheinen die Mehrkosten vielen astronomisch, doch es wird nicht (nur) darum gehen, Einzelne stärker zu belasten.

In aller Welt demonstrieren Schülerinnen und Schüler für mehr Klimaschutz, und während Hitzewellen, Dürren und Waldbrände Deutschland und Europa in Atem halten, legen die Bundestagsparteien trotz Sommerpause fast wöchentlich neue Klimakonzepte und Gutachten vor. Die Beispiele zeigen: Der Klimawandel und seine Begrenzung sind eines der wichtigsten Themen in der öffentlichen Diskussion.

Der Energiesektor leistet den größten Beitrag zu den von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen, in Deutschland wie global. So wird die **Energiewende** zum derzeit wichtigsten gesellschaftlichen Großprojekt Deutschlands. Ihr Ziel ist, die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren und damit einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Konkret will Deutschland bis zum Jahr 2050 insgesamt 80 bis 95 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen als 1990, und jüngst hat Bundeskanzlerin Angela Merkel sogar verkündet, Deutschland solle bis 2050 treibhausgasneutral werden.

So weit besteht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Konsens in Politik und Gesellschaft. Wenn es allerdings um die Kosten der Energiewende geht, gehen die Einschätzungen ebenso weit auseinander wie in der Frage, welches die wirksamsten politischen Instrumente für effizienten Klimaschutz sind. Beide Aspekte möchten wir einordnen. Wir stützen uns größtenteils auf Ergebnisse der Studie „Sektorkopplung – Optionen für die nächste Phase der Energiewende“, die die deutschen Wissenschaftsakademien in ihrem vom **Bildungsministerium** geförderten Projekt „Energiesysteme der Zukunft“ (Esys) erstellt haben.

Ansätze zur Berechnung der Kosten

Um Aussagen über die Kosten der Energiewende zu beurteilen, muss zunächst klar sein, welche Arten von Kosten einbezogen werden. Drei Abgrenzungen sind möglich. Diese zeigen nicht, wer die Kosten im Einzelnen trägt, sondern bilden die Höhe der Kosten für die ganze Gesellschaft ab. Allen drei Abgrenzungen ist gemein, dass die Klimaschutzziele erreicht werden. Dies wird mit einer Entwicklung verglichen, bei der heutige Politiken einfach fortgeschrieben werden (Business-As-Usual-Szenario).

In der *ersten* Betrachtung wird ermittelt, wie viele technische Komponenten und Infrastrukturen benötigt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Dazu gilt es, alle Kosten von heute bis zum Jahr 2050 für jeden untersuchten Entwicklungspfad zu addieren. Dies umfasst Kosten für künftige Investitionen, notwendige Importe von Energieträgern, Betrieb und Wartung aller relevanten Anlagen

und Systeme – vom Heizkessel im Keller bis zum Großkraftwerk – sowie für die Herstellung heimischer Energieträger wie Braunkohle und biomassebasierte Energieträger. Die Differenz aus Klimaschutzenszenario und Business-As-Usual-Szenario beziffert die Mehrkosten und damit die Kosten der Energiewende, die wir in der Studie als „kumulative systemische Gesamtkosten“ bezeichnen.

Eine *zweite*, umfassendere Analyse berücksichtigt auch die volkswirtschaftlichen Wirkungen jeder Entwicklung. In dem Fall werden also auch die Folgen für die Wertschöpfung und die Beschäftigung beziffert. Diese Betrachtung ist allerdings äußerst komplex, da sie alle Teile der Volkswirtschaft einbezieht. Im Zuge der Energiewende neu entstehende Arbeitsplätze müssen ebenso betrachtet werden wie Arbeitsplätze, die aufgrund der Energiewende wegfallen. Neue Exportchancen in innovativen Branchen entstehen, während Exporte anderer Branchen möglicherweise schrumpfen. Versuche einer Gesamtabstimmung all dieser Folgen, die zudem vom Fortschritt der globalen Anstrengungen zum Klimaschutz abhängen, sind daher mit Vorsicht zu genießen.

Schließlich kann eine *dritte*, noch umfassendere Betrachtung erfolgen, in der auch Kosten einbezogen werden, die für die Gesellschaft entstehen, aber nicht Eingang in ökonomische Entscheidungen finden: sogenannte externe Kosten. Dies können beispielsweise Folgen des Klimawandels selbst sein. Die Kosten abzuschätzen, die aus dem Ausstoß einer Tonne CO₂ langfristig global entstehen, ist natürlich schwierig. Schätzungen schwanken zwischen 40 Euro und 350 Euro, extreme Szenarien kommen auf noch höhere Werte. Trotz dieser Unsicherheiten müssen die Kosten miteinbezogen werden, um die Dimension des Problems zu begreifen. So ergäben sich aus den Treibhausgasemissionen Deutschlands allein im Jahr 2018 externe Kosten in Höhe von 35 bis 300 Milliarden Euro.

Die drei Definitionen zeigen die Komplexität der Fragestellung und die damit verbundene Unsicherheit der Ergebnisse, die mit jeder Erhöhung des Komplexitätsgrads steigt. In unserer Studie haben wir deshalb die erste Definition gewählt, auch wenn sie sowohl volkswirtschaftliche Effekte als auch externe Kosten nicht erfasst. Grundlage bildete eine umfangreiche mathematische Modellierung aller Verbrauchssektoren, aus der kostenoptimale Transformationspfade zu einem klimafreundlichen Energiesystem im Jahr 2050 ermittelt wurden. Natürlich gibt es vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, weshalb wir unterschiedliche Ausprägungen verglichen haben – beispielsweise mit mehr oder weniger Wasserstoff und mehr oder weniger Batteriefahrzeugen.

Die wichtigsten Schlüsse aus den Modellrechnungen

Die kumulativen systemischen Mehrkosten für die Energiewende bis 2050 liegen je nach Randbedingungen zwischen 500 Milliarden Euro und mehr als 3000 Milliarden Euro. Das entspricht 0,04 bis 2,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus dem Jahr 2018.

Die kumulativen systemischen Mehrkosten hängen wesentlich vom Klimaziel ab, je ambitionierter, desto höher. Zugleich spielen weitere Faktoren eine wichtige Rolle. So sinken die Kosten beispielsweise, wenn bisher nicht ausgeschöpfte Energieeffizienzpotentiale gehoben oder Kuppelstellen im Stromübertragungsnetz zu den Nachbarländern verstärkt ausgebaut werden.

Die mittleren CO₂-Vermeidungskosten lassen sich aus dem Verhältnis der Mehrkosten zu den vermiedenen CO₂-Emissionen errechnen. Sie liegen im günstigsten Fall bei rund 60 Euro je Tonne CO₂, im ungünstigsten Fall können sie bis zu 400 Euro je Tonne betragen. Die berechneten Werte liegen also innerhalb der oben genannten Schadensschätzungen.

Der größte Anteil der Mehrkosten entfällt auf den Umbau des Energiesystems, also Investitionen in Anlagen und Infrastrukturen – von den Wandlern erneuerbarer Energien wie Sonne und Wind über den Ausbau der Netze bis zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität. Damit nicht genug: Auch der Gebäudesektor braucht neue Infrastrukturen, damit Gebäude umfassender energetisch saniert werden und die Wärmeversorgung durch mehr Wärmenetze und elektrische Wärmepumpen klimaschonend erfolgt.

Ist der Umbau erst einmal abgeschlossen, so belaufen sich die jährlichen kumulativen systemischen Kosten auf einen Wert, der ähnlich hoch liegt wie der heutige Wert zum Betrieb der Energieversorgung. Nach erfolgter Energiewende wäre demnach unsere Energieversorgung nicht teurer als heute.

Aus heutiger Sicht erscheinen diese Mehrkosten vielen astronomisch. In ihrer Größenordnung sind sie vergleichbar mit anderen gesellschaftlichen Großprojekten, zum Beispiel der Wiedervereinigung. Wie sich solche Großvorhaben in Wertschöpfung und Beschäftigung niederschlagen, ist – wie im Fall der Wiedervereinigung – in hohem Maße von der politischen Rahmensetzung abhängig.

Ökonomen plädieren in diesem Zusammenhang seit Jahren für die Einführung eines CO₂-Preises. Technologieoffen ausgestaltet, setzt er Anreize, den Ausstoß von Treibhausgasen dort zu verringern, wo dies am günstigsten ist. Auch die Ergebnisse der Esys-Studie wurden unter der Annahme der Technologieoffenheit berechnet. Eine Bevorzugung spezifischer Technologien hingegen würde die Gesamtkosten weiter erhöhen. So liegen die geschätzten Gesamtkosten bis 2050 in solchen Szenarien bis zu einer Billion Euro höher als im vergleichbaren technologieoffenen Szenario.

Das bisherige Abgabensystem entrümpeln

Zwar gibt es implizit schon verschiedene Abgaben, die den Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland bepreisen. Die fehlende Systematik setzt bisher allerdings in nahezu allen Sektoren nicht die notwendigen Anreize für eine effiziente Vermeidung der Emissionen. Durch die Ökosteuer werden beispielsweise Benzin und Diesel mit zirka 60 Euro je ausgestoßener Tonne CO₂ belastet, während beim Heizen privater Haushalte mit Erdöl nur 8 Euro je Tonne Kohlendioxid anfallen. Strom wird allein durch Stromsteuer, Emissionszertifikate und die Umlage für erneuerbare Energien (EEG-Umlage) mit fast 200 Euro je Tonne belastet. Grüner Strom muss in Zukunft jedoch viel stärker als bisher in den Sektoren Wärme und Verkehr eingesetzt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Das aktuelle Steuersystem setzt dafür nicht die richtigen Anreize.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurde durch ein immer komplexeres System aus Ge- und Verboten, Standards und Subventionen versucht, die Anreize zu korrigieren. Im Ergebnis haben nicht nur Bürger, sondern auch Unternehmen Schwierigkeiten, den Überblick zu behalten. Unsicherheit über künftige Technologien wird so durch Unsicherheit über regulative Rahmenbedingungen ergänzt. Negative Folgen für das Investitionsklima sind absehbar.

Die Frage lautet, ob komplexe Aufgaben wie Energiewende und Klimaschutz ein ebenso komplexes System staatlicher Eingriffe erfordern. Durch die Myriaden von Eingriffen wird letztlich versucht, Marktpreise so zu korrigieren, dass der Fortschritt in die gewünschte Richtung geht. Die entstehenden Kosten sind dabei weit weniger überschaubar als von CO₂-Preisen. Vielleicht liegt darin der politische Reiz eines überkomplexen Systems: Es verringert den gesellschaftlichen Widerstand. Es ist die gleiche Logik, mit der die Wirkungen einer CO₂-Steuer präsentiert werden: Ein Liter Milch würde 3 Cent mehr kosten, ein T-Shirt 60 Cent mehr und so weiter. Solche Zahlen sind leichter verdaubar als die einfache Rechnung, dass jeder Deutsche im Durchschnitt 9,6 Tonnen CO₂ im Jahr ausstößt. Multipliziert mit dem jeweiligen CO₂-Preis ergibt sich ungefähr die durchschnittliche Belastung eines Bürgers. Bei einem CO₂-Preis von 60 Euro wären das insgesamt knapp 600 Euro pro Jahr (dieser Wert beinhaltet alle Emissionen, auch die vom EU-Emissionshandel erfassten).

Inwieweit CO₂-Preise zu einer Mehrbelastung für den Einzelnen führen, hängt davon ab, wie diese in das Steuer- und Abgabensystem integriert werden. Und natürlich davon, wie viele CO₂-Emissionen jeder Einzelne verursacht – das ist gerade die Idee der Bepreisung, diesen Zusammenhang unmittelbar herzustellen.

Ein CO₂-Preis, der dem geltenden System aus Steuern, Abgaben und Umlagen einfach übergestülpt wird, würde sein Ziel nur bedingt erreichen. Verzerrungen im Preissystem bleiben bestehen, wenn auch auf höherem Niveau. Deshalb brauchen wir dringend eine grundlegende Reform des Systems. Das bedeutet auch, Instrumente wie die Stromsteuer oder die Energiesteuer zu reformieren und die

Teile durch CO₂-Preise zu ersetzen, die den Kosten der Treibhausgasemissionen zuzurechnen sind. Auf den ersten Blick mag dies schwieriger erscheinen als die reine Einführung von CO₂-Preisen. Auf den zweiten Blick könnte es die Akzeptanz der Reform aber durchaus erhöhen. Es geht eben nicht (nur) darum, Haushalte und Unternehmen stärker zu belasten, sondern ihnen die richtigen Signale zu senden.

Ob diese Signale durch eine CO₂-Steuer oder einen Zertifikatehandel generiert werden, ist letztlich eine Entscheidung der Politik. Eine Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems auf Gebäude und Verkehr schaffte einheitliche CO₂-Preise in Europa. Die schrittweise Abschmelzung der ausgegebenen Zertifikate ließe die Emissionsziele sicher erreichen.

Den europäischen Emissionshandel auszuweiten erscheint aber eher mittelfristig realistisch. Kurzfristig sollte Deutschland daher, möglichst in Kooperation mit Nachbarländern, einen eigenen Weg wählen. Die Einführung einer einheitlichen CO₂-Steuer auf Emissionen außerhalb des Emissionshandels bei gleichzeitiger Reform des Steuer- und Abgabensystems wäre eine Möglichkeit. Das schließt nicht aus, in der **EU** weiter auf die Ausweitung des Emissionshandels hinzuwirken. Dass eine Einbeziehung von beispielsweise Verkehrsemissionen in den Emissionshandel möglich ist, zeigen Handelssysteme wie in Kalifornien.

Wie hoch ein wirksamer CO₂-Preis sein sollte

Wie erläutert, sollte der CO₂-Preis nach ökonomischer Logik zwischen 40 Euro und 350 Euro liegen. Zugegeben: Diese weite Spanne ist nur bedingt hilfreich. In der Realität ist der Preis eine (wirtschafts-)politische Entscheidung, die vielfach von Ängsten über Wettbewerbsfähigkeit und Ausweichreaktionen getrieben wird. Sind diese Ängste berechtigt? Nun, viele der nicht vom EU-Emissionshandel erfassten Emissionen könnten einem CO₂-Preis nur schwer ausweichen: Zwar könnten einige Autofahrer jenseits der Grenze tanken. Ein Haushalt, der Erdgas zum Heizen kauft, wird bei steigenden Erdgaspreisen aber kaum ins Ausland abwandern.

Was einerseits gewollt ist, kann andererseits zu sozialen Härten führen. Selbst wenn CO₂-Preise von der Senkung anderer Steuern begleitet werden, können veränderte Preisstrukturen Einzelne stark belasten. Eine Pro-Kopf-Rückverteilung steuerlicher Mehreinnahmen, wie sie das Bundesumweltministerium befürwortet, würde zwar im Durchschnitt zu einer Entlastung einkommensschwacher Gruppen beitragen, aber nicht allen Härtefällen gerecht werden. Härtefälle sollten aber nicht das Instrument der CO₂-Bepreisung in Frage stellen, sondern durch Maßnahmen der Sozialpolitik aufgefangen werden.

Die direkte Rückverteilung der Einnahmen an die Bürger hat den Vorteil, dass es unproblematisch wäre, wenn die Einnahmen aus den CO₂-Preisen bei rückläufigen Emissionen sinken. Da die Bürger entsprechend weniger belastet würden, muss die Erstattung nicht so hoch sein. Würden Einnahmen aus CO₂-Preisen jedoch genutzt, um etwa die Umsatz- oder Einkommensteuer zu senken, wäre ein Einnahmenrückgang problematischer.

Zum Schluss sei betont, dass CO₂-Preise allein nicht selig machen werden. Einige der für den Klimaschutz benötigten Technologien sind zwar schon etabliert, andere stehen aber erst am Anfang ihrer Markteinführung und Lernkurve. Um langfristige und kostspielige Pfadabhängigkeiten zu vermeiden, muss hier rechtzeitig in Infrastruktur und Technologieentwicklung investiert werden. Das Henne-Ei-Problem der Elektromobilität und Ladeinfrastruktur zeigt dies deutlich. Entsprechend können wir auf ergänzende Maßnahmen in der Infrastruktur und Forschungsförderung nicht verzichten.

Die Subventionen sollten aber regelmäßig auf Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft werden. Um es mit den Worten des Harvard-Ökonomen Dani Rodrik auszudrücken: „Government agencies need to be embedded in, but not in bed with, business.“ Eine Konzentration auf bestimmte Technologien wird nicht immer zu vermeiden sein. Sie ist teilweise geboten, um rechtzeitig Anreize für Investitionen zu

setzen. Die Kunst wird sein, hier nicht zu früh und nicht zu spät zu handeln. Fehler (auch kostspielige) werden da nicht immer ausbleiben.

Die Debatte zeigt: Über die Notwendigkeit eines ambitionierten Klimaschutzes besteht immer breiterer Konsens. Und auch im Hinblick auf die Verwirklichung wächst die Überzeugung, dass die Klimaschutzziele nur mit einer Bepreisung von CO₂-Emissionen als übergreifendem Steuerungselement effizient erreicht werden können. Die Bundesregierung ist gefordert, dafür jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten.

Die Autoren

Karen Pittel leitet das Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen am Ifo-Institut in München. Sie ist außerdem Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität. Pittel hat in Göttingen und an der University of North Carolina studiert, die Promotion erfolgte an der TU Chemnitz, die Habilitation an der ETH Zürich. Pittels Kenntnisse sind auch in der Politik gefragt. Sie sitzt im Klimarat der Bayerischen Staatsregierung und im Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltveränderungen der Bundesregierung. Hans-Martin Henning ist einer der beiden Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg. Schon seit mehr als 20 Jahren arbeitet der aus Tübingen stammende Physiker an dem größten europäischen Solarforschungsinstitut. Seit 2017 hat er zudem die Professur „Solare Energiesysteme“ am Institut für Nachhaltige Technische Systeme an der Universität Freiburg inne. Hennings Forschungsschwerpunkte liegen in der Gebäudeenergie-technik und der Energiesystemanalyse.

Quelle: F.A.Z.

Le Figaro.fr

jeudi 11 juillet 2019 - 23:21 UTC +02:00 512 mots

Vox ; Vox Société

Éric Zemmour: «Sciences Po ou le cynisme sans limites des élites»

Zemmour, Eric

CHRONIQUE - Le bac est donné à tout le monde et les mentions TB fleurissent à tous les coins de rue ; et Sciences Po supprime son concours écrit, le seul qui assurait, avec l'anonymat, la garantie d'une sélection honnête.

Cela fait trois semaines et déjà plus personne n'en parle. Plus le moindre article, pas la moindre polémique. Frédéric Mion a réussi son (mauvais) coup. Le patron de Sciences Po a supprimé les épreuves écrites de son concours d'entrée et tout le monde s'en moque. Il a expliqué que désormais tous les étudiants de l'école seraient recrutés sur dossier, et tout le monde - ou presque - a gobé son discours lénifiant, mélange de rêve américain (les universités anglo-saxonnes agissent ainsi) et de lutte des classes (il faut lutter contre l'entre-soi). Au moins, lorsque le prédécesseur de Mion, le «disruptif» Richard Descoings, avait imposé la discrimination positive à l'entrée de l'école, il y a quinze ans, la polémique avait été énorme. On s'était étripé au nom de la République, de la méritocratie, de l'égalité des chances.

Cette fois, rien. Ou presque rien. Pourtant, Mion finit le (sale) boulot de Descoings. Le prestige séculaire de l'ancienne École libre des Sciences politiques reposait sur un concours d'entrée fort sélectif, et en particulier une épreuve écrite d'histoire exigeante. La renommée de toutes les grandes écoles françaises, de l'X à l'ENA, était fondée sur le même patron. Qui lui-même reposait sur un enseignement secondaire de haut niveau. C'était la vraie différence avec le modèle anglo-saxon.

Tous les thuriféraires du modèle anglo-saxon font semblant de ne pas voir que l'extraordinaire renommée des universités américaines tient avant tout à leurs moyens financiers énormes qui leur permettent de payer les meilleurs profs du monde et d'attirer les meilleurs étudiants du monde entier. Depuis trente ans, les élites françaises ont détruit méthodiquement tout ce qui faisait le génie national. Le secondaire est d'une rare médiocrité ; le bac est donné à tout le monde et les mentions TB fleurissent à tous les coins de rue ; et Sciences Po supprime son concours écrit, le seul qui assurait, avec l'anonymat, la garantie d'une sélection honnête. Désormais seront privilégiées non la culture et le travail, et l'intelligence du candidat, mais les valeurs que l'école veut promouvoir: altruisme, générosité, énergie. Bref, Mion veut des étudiants à sa main, soumis à son idéologie bien-pensante. Il veut pouvoir prendre tous les élèves de banlieue qu'il souhaite puisque ceux-ci s'obstinent à ne pas avoir le niveau scolaire de l'épreuve écrite. Entre le mérite personnel et l'endoctrinement idéologique, la direction de Sciences Po a choisi. Tout cela au nom de la République qu'on renie et de la méritocratie qu'on méprise.

Le nihilisme de nos classes dirigeantes est sans limites. Et il se pare de surcroît des atours de la vertu.

ARD-DOKU ÜBER DIE TREUHAND:

Im Maschinenraum der Transformation

- VON STEFAN LOCKE
- -AKTUALISIERT AM 23.07.2019-20:00



Der Film „D-Mark, Einheit, Vaterland“ beleuchtet das Wirken der Treuhand. Er ist unbedingt sehenswert. Dass die Autoren dafür Ex-Treuhand-Chefin Birgit Breuel gewannen, ist ein Coup.

Sie läuft noch einmal durch die langen Gänge im einstigen Gebäude der Treuhand-Anstalt in Berlin, fährt mit dem Paternoster auf und ab, erinnert sich an damals. Das Haus ist heute Sitz des Bundesfinanzministeriums und nach Detlev Rohwedder benannt, dem im Frühjahr 1991 ermordeten Präsidenten der Treuhand-Anstalt, dem Birgit Breuel nachfolgte. Niemand wollte diesen wohl damals gefährlichsten Job, den Deutschland zu bieten hatte, haben. Birgit Breuel, Rohwedders Stellvertreterin, war die Einzige, die sich das zutraute. „Ich war die Hassfigur im ganzen Land“, sagt sie, inzwischen 81 Jahre alt, im Film beinahe regungslos in ihrer stoischen, von vielen als kalt empfundenen Art, hinter der sich, das klingt in der Dokumentation an, auch Selbstzweifel und Unsicherheit verbargen.

Dass Breuel überhaupt noch einmal Auskunft über ihr Wirken bei der Treuhand gibt, ist eine kleine Sensation. Seit ihrem Abschied von der Behörde Ende 1994 hat sie öffentlich nie darüber gesprochen, Anfragen von Wissenschaftlern und Journalisten lehnte sie konsequent ab. „Sie hatte viele Jahre lang gar nicht mehr über die Treuhand nachgedacht“, sagt Inge Kloepfer, Autorin in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, die mit Jobst Knigge für Arte und MDR die Dokumentation „D-Mark, Einheit, Vaterland – Das schwierige Erbe der Treuhand“ gedreht hat. „Für Birgit Breuel war es eine große Sache, sich jetzt noch mal damit auseinanderzusetzen.“ Am Ende ließ sie sich überzeugen und erzählt im Film von den Turbo-Jahren bei der Treuhand: wie sie aus dem Nichts anfangen und eine Behörde aufbauten mit dem Ziel, diese so schnell wie möglich wieder aufzulösen. „In Bonn“, sagt Birgit Breuel mit Blick auf die damalige Bundesregierung, „hat man anfangs überhaupt nicht verstanden, was wir gemacht haben. Ganz eigenartig war das.“

Für Helmut Kohls Regierung war die Treuhand freilich der ideale Blitzableiter, traf doch die Wut der Hunderttausende, quasi über Nacht entlassenen Menschen im Osten weder ihn noch sein Kabinett oder gar den Bundestag, sondern vor allem: die Treuhand. Der Name ruft im Osten bis heute Wut und Zorn hervor. „Frau Breuel konnte damals einfach gehen, aber uns beschäftigt die Treuhand bis heute“, sagt unter großem Beifall eine Frau aus dem Publikum bei der Premiere des Films in Leipzig. Die Autoren thematisieren die Ambivalenz des Themas: Während die Treuhand im Westen heute kaum noch eine Rolle spielt, ist sie im Osten nach wie vor allgegenwärtig: Die Treuhand, so die gängige Erzählung, habe alles plattgemacht und ganz Ostdeutschland an Westdeutsche verscherbelt. Kein Wunder, so fügen andere an, dass die Wut im Osten heute so groß sei.

Der Film zieht solche (Kurz-)Schlüsse dankenswerterweise nicht, vielmehr rekapituliert er noch einmal die Zeit, als pro Woche Hunderte Unternehmen privatisiert oder stillgelegt wurden. Es habe damals, so berichten weitere Zeitzeugen, interne Wettbewerbe gegeben, welche Abteilung am schnellsten vorankomme. Weg, weg, weg, sei der Tenor gewesen, und das hatte maßgeblich mit Birgit

Breuel zu tun – die sich in der Sache jedoch mit dem Bundesfinanzministerium einig wusste. Anders als Rohwedder, der Unternehmen erst sanieren und dann verkaufen wollte, plädierte sie dafür, so schnell wie möglich zu privatisieren und die Sache dem Markt überlassen. Darüber hätten Rohwedder und sie „gestritten wie die Kesselflicker“, erzählt sie im Film, der die Konsequenzen dieser Turbo-Strategie nicht ausspart: „Der Markt ist ein Monstrum“, sagt [Klaus von Dohnanyi](#), und die Autoren resümieren: „Von diesem Sturm, der damals über Ostdeutschland fegte, haben sich die ostdeutschen Bundesländer bis heute nicht erholt. Sie sind nahezu vollständig deindustrialisiert.“

Binnen drei Jahren wurden rund achttausend DDR-Unternehmen mit mehr als vier Millionen Mitarbeitern privatisiert oder abwickelt, drei Millionen Menschen verloren ihre Jobs, nicht einmal zehn Prozent des Volkseigentums landete in den Händen von Ostdeutschen. Sie wurden bei Privatisierungen nicht berücksichtigt, weil sie kein Eigentum hatten, keinen Kredit erhielten und als Unternehmer selten ernst genommen wurden. Gleichwohl zeigt die einstündige Dokumentation das Bemühen von Treuhand-Mitarbeitern, ihre Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen. Das lag auch an der Art des Personals, das vor allem aus älteren westdeutschen Managern bestand, denen die deutsche Einheit ein Anliegen war, sowie aus jungen Uni-Absolventen, die Lust hatten, Neues auszuprobieren. So gab es Fälle, in denen sich Treuhand-Manager mit Ostdeutschen gegen allzu siegesgewisse westdeutsche Konkurrenten verbündeten. Gestoppt wurde der knallharte Privatisierungskurs jedoch erst 1993, als dessen Ausmaß sichtbar wurde. Auf einmal ging es darum, industrielle Kerne zu erhalten. Doch es war zu spät, neunzig Prozent der Firmen waren verkauft oder stillgelegt.

Das Resümee der turbulenten Treuhand-Jahre ist ein immenser Transfer von Eigentum und Menschen von Ost nach West. Die Behörde war der Maschinenraum der Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft, für die es keine Blaupause gab. Die wohltuend differenzierte Dokumentation taucht ein in die atemlosen Jahre nach der Wiedervereinigung, die den Osten zwar äußerlich in blühende Landschaften verwandelten, im Inneren aber auch ein gesellschaftliches Trauma hinterließen. Das aber ist keine Angelegenheit allein des Ostens, sondern Teil der gesamtdeutschen Geschichte.

[D-Mark](#), Einheit, Vaterland – Das schwierige Erbe der Treuhand läuft heute um 22.05 Uhr auf Arte, am 19. August um 22.45 Uhr im Ersten und am 10. September um 22.05 Uhr im MDR.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.zeit.de/arbeit/2019-07/bedingungsloses-grundeinkommen-philip-kovce-oekonom-vertrauen/komplettansicht>

Bedingungsloses Grundeinkommen:

"Ich bin fleißig, du bist faul"

Geld, ohne dafür zu arbeiten. Diese Idee ist alt und bis heute umstritten. Sie entkrampft unser angespanntes Verhältnis zu Arbeit und Einkommen, sagt Ökonom Philip Kovce.

Interview: [Maria Mast](#)

29. Juli 2019, 14:45 Uhr [681 Kommentare](#)



"Je weniger ich mir um mein eigenes Einkommen Sorgen machen muss, desto besser kann ich aus freien Stücken für andere tätig sein", sagt der Ökonom Philip Kovce.

"Ich bin fleißig, du bist faul"

Ein Einkommen, ohne dafür zu arbeiten, für jeden Einzelnen und ohne dass Pflichten daran geknüpft sind. Das ist der Gedanke des bedingungslosen Grundeinkommens. Im November 2018 stieß die damalige SPD-Chefin Andrea Nahles die Debatte mit umfassenden Reformforderungen von Hartz IV erneut an. Der Ökonom und Philosoph Philip Kovce hat einen Sammelband herausgegeben, der sich mit der Geschichte der Idee beschäftigt.

ZEIT ONLINE: Seit Jahren wird über das bedingungslose Grundeinkommen gestritten. Sie schreiben, die Idee würde provozieren. Warum?



Philip Kovce ist Ökonom und Philosoph. Er forscht am Basler Philosophicum sowie an der Universität Witten-Herdecke. Vor Kurzem erschien der Sammelband "Bedingungsloses Grundeinkommen. Grundlagentexte", den er zusammen mit Birger P. Priddat im Suhrkamp Verlag herausgegeben hat. © Ralph Boes

Philip Kovce: Das bedingungslose Grundeinkommen provoziert, weil es bedingungslos ist. Es ist, anders als etwa Hartz IV, keine Sozialleistung, die an Bedürftigkeit und Wohlverhalten geknüpft ist. Vielmehr ist es ein Grundrecht, das die Freiheit des Einzelnen stärkt. Wer es einführen will, der muss nicht nur seine eigene Freiheit, sondern vor allem die Freiheit der anderen zu schätzen wissen.

ZEIT ONLINE: Genau das scheint uns schwerzufallen. Studien ergeben immer wieder, dass Menschen glauben, dass sie selbst mit Grundeinkommen weiterarbeiten würden, andere aber nicht.

Kovce: Ja, es ist paradox. Die Unterstellung lautet: Ich bin fleißig, du bist faul. Ich weiß, worauf es ankommt, die anderen nicht. Dieses gesplante Menschenbild ist insofern absurd, als Demokratie und Marktwirtschaft längst auf anderen Fundamenten ruhen. Demokratie lebt vom Vertrauen in die Mündigkeit der anderen, Marktwirtschaft vom Vertrauen in die Fähigkeit der anderen. Das Grundeinkommen würde die Grundlage dieser Zusammenarbeit sichern.

"Je weniger ich mir um mein eigenes Einkommen Sorgen machen muss, desto besser kann ich aus freien Stücken für andere tätig sein."

Sagt Ökonom und Philosoph Philip Kovce.

ZEIT ONLINE: Aber widerspricht das Grundeinkommen nicht dem Grundsatz, dass jeder für sich selbst sorgen sollte, ehe er Leistungen anderer in Anspruch nimmt?

Kovce: Wir können in modernen arbeitsteiligen Gesellschaften gar nicht anders, als andauernd Leistungen anderer zu beanspruchen. Niemand arbeitet mehr für sich selbst, alle arbeiten dieser Tage für andere. Dennoch tun wir oftmals so, als seien wir archaische Selbstversorger auf der wilden Jagd nach Geldscheinen aus Esspapier.

ZEIT ONLINE: Und ein bedingungsloses Grundeinkommen würde das ändern?

Kovce: Es würde dem entgegenwirken, ja. Im Grunde genommen entkrampft das Grundeinkommen unser angespanntes Verhältnis zu Arbeit und Einkommen. Je weniger ich mir um mein eigenes Einkommen Sorgen machen muss, desto besser kann ich aus freien Stücken für andere tätig sein.

Arbeitszwang ist ein Motivationskiller

ZEIT ONLINE: Die Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens befürchten, dass viele Menschen nicht mehr arbeiten, wenn sie ein Grundeinkommen bekämen, und dass es nicht finanzierbar sei.

Kovce: Arbeitszwang ist ein Motivationskiller, nicht Freiwilligkeit. Und teuer zu stehen kommt uns nicht die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens, sondern die Finanzierung einer ökonomisch und moralisch längst überholten Sozialbürokratie. Sie stammt noch aus dem Zeitalter der Industrialisierung und begreift sich eigentlich als Besserungsanstalt für angeblich Faule und Dumme, die sie observiert und sanktioniert. Siehe Hartz IV.

ZEIT ONLINE: In dem Sammelband, den Sie gerade mit einem Kollegen herausgegeben haben, beschäftigen Sie sich mit der Geschichte der Grundeinkommensidee. Woher stammt sie?

Kovce: Das Grundeinkommen findet sich schon vor über 500 Jahren in dem Roman *Utopia* des britischen Humanisten Thomas Morus angedeutet. Anstatt Diebe – wie damals üblich – hinzurichten, wollte Morus den Ursachen des Diebstahls entgegenwirken, also Armut und Elend beseitigen. In der Folge ist das Grundeinkommen immer wieder an markanten historischen Bruchstellen im Gespräch: Im Zuge der Amerikanischen und der Französischen Revolution, während der 1848er-Revolutionen, vor und nach den zwei Weltkriegen, rund um den Mauerfall. Spätestens seit der Schweizer Volksabstimmung 2016 wird das Grundeinkommen weltweit diskutiert und immer populärer.

"Wenn wir den anderen die Freiheit zugestehen, die wir für uns selbst beanspruchen, stehen wir dem bedingungslosen Grundeinkommen nicht länger im Weg"

ZEIT ONLINE: Woran zeigt sich das?

Kovce: Daran, dass das Grundeinkommen heutzutage politisch wirklich ernst genommen wird. Kein Wunder: Während die Idee ein langjähriges Nischendasein in intellektuellen Kreisen fristete, befürwortet sie inzwischen schon die Hälfte der Deutschen.

ZEIT ONLINE: Woran liegt es, dass die Idee des Grundeinkommens gerade jetzt so populär ist?

Kovce: Digitalisierung und Individualisierung tragen ihren Teil dazu bei, dass das Grundeinkommen immer populärer wird. Digitalisierung heißt, dass Menschen immer weniger als Maschinen, als kleine Rädchen im großen Getriebe benötigt werden. Individualisierung heißt, dass Menschen immer mehr als Persönlichkeiten, als Individualitäten gefragt sind. Das Grundeinkommen erscheint in diesem Kontext als humanistische Antwort auf den technologischen Fortschritt.

ZEIT ONLINE: Warum wurde das Grundeinkommen bislang nicht umgesetzt?

Kovce: Weil wir vor dem letzten Schritt noch immer zurückschrecken. Erst wenn wir den anderen die Freiheit wirklich zugestehen, die wir für uns selbst längst in Anspruch nehmen, stehen wir dem bedingungslosen Grundeinkommen nicht länger im Weg.

Le Figaro, mardi 6 août 2019 880 mots, p. 17

Opinions

La folie de l'argent gratuit

Baverez, Nicolas

De la spéculation sur les tulipes à Amsterdam au XVIIe siècle aux krachs de 1929 et 2008 en passant par la banqueroute de Law en 1720, les bulles autour des actions des chemins de fer au XIXe siècle, de l'automobile au XXe siècle, du numérique au XXIe siècle, tous les grands chocs du capitalisme ont pour point commun l'augmentation incontrôlée et la gratuité des moyens de paiement. Tous sont nés des mêmes illusions mêlant la foi dans une prospérité illimitée, la fascination pour les fortunes rapides, l'émancipation des contraintes d'équilibre financier, monétaire ou budgétaire au nom d'un mode de croissance, d'une révolution technologique ou d'une configuration géopolitique présumés inédits et différents.

Onze ans après le pire krach du capitalisme depuis 1929, la politique monétaire n'a jamais été aussi expansive.

Sous la pression des autorités politiques qui remettent de plus en plus en cause le principe de leur indépendance, les banques centrales arbitrent en faveur du soutien à tout prix de l'activité. Aux États-Unis, la Fed a interrompu la réduction de la taille de son bilan, qui atteint 3 800 milliards de dollars, et baissé ses taux de 0,25 % pour la première fois depuis 2008. En Europe, la BCE, sous l'impulsion de Mario Draghi, prépare le lancement d'un nouveau programme de rachat d'actifs et une baisse des taux, déjà à un plancher historique (- 0,40 %). Dix banques centrales ont baissé leurs taux au deuxième trimestre 2019 et huit en juillet. Depuis 2014, les taux d'intérêt négatifs se sont ainsi généralisés au Japon puis en Europe.

Le premier effet de la diminution des taux consiste à lever toute contrainte sur l'endettement des États. L'expansion monétaire va donc de pair avec des relances budgétaires, à l'image des États-Unis, où le déficit public atteindra 1 000 milliards de dollars en 2020, soit 5,5 % du PIB, au moment où le taux de chômage (3,7 %) est au plus bas depuis 1969. La frénésie de l'emprunt s'étend désormais aux ménages, notamment pour financer leurs investissements immobiliers, et aux entreprises, notamment dans les secteurs d'activité les plus exposés à la révolution numérique ainsi que dans les régions les plus fragiles comme l'Europe du Sud.

L'expansion monétaire incontrôlée qui se répand dans le monde est dangereuse et irresponsable. Sur le plan économique, elle ne soutient que marginalement l'économie réelle car si les banques centrales savent émettre des moyens de paiement, elles ne peuvent en contrôler l'usage et l'affectation. Les liquidités déversées, loin d'aller en priorité à la production et à l'investissement pour améliorer la croissance potentielle et la productivité, ont conforté les rentes, les entreprises en situation d'oligopole et les inégalités. Sur le plan financier, les banques sont ruinées par les taux négatifs, ce qui se traduit par la montée de la « finance de l'ombre » avec un basculement des actifs vers le secteur financier non bancaire. Sur le plan politique, la pénalisation de l'épargne contribue à la déstabilisation des classes moyennes des pays développés et nourrit le populisme.

Surtout, l'argent facile et gratuit constitue une machine à distribuer du pouvoir d'achat fictif et à créer des bulles spéculatives qui se généralisent, de l'immobilier à l'art contemporain en passant par les dettes souveraines ou les actions et les obligations à haut rendement pour les entreprises. La récession n'est donc reportée qu'au prix de la préparation méthodique d'un nouveau krach qui

entraînera l'effondrement de l'activité et de l'emploi, des prix et des revenus. Or l'accélération actuelle de l'expansion monétaire et budgétaire prive dans le même temps les autorités politiques et les banques centrales de toute capacité de réaction. Par ailleurs, le travail de sape poursuivi par Donald Trump contre les institutions multilatérales limite les possibilités de coopération internationale et de stratégies concertées qui jouèrent un rôle décisif pour endiguer les risques de déflation mondiale en 2008.

La monnaie demeure le plus puissant et le plus rapide des instruments de politique économique. Il est indispensable de l'activer en période de krach ou de déflation, mais non pas en période de plein-emploi pour conforter la surchauffe. Il est par ailleurs illusoire de se reposer sur elle pour reporter ou éluder les réformes structurelles nécessitées par le vieillissement démographique, la révolution numérique ou le changement climatique.

L'argent gratuit est une addiction économique qui ne peut connaître d'issue heureuse. Sa fin est connue : le krach, dont seul le moment reste incertain. Son risque ultime n'est autre que l'effondrement de la monnaie, à l'image du Zimbabwe ou du Venezuela. Face au net ralentissement de la croissance mondiale (3 %) et du commerce international (2,5 %), la priorité doit être donnée à la reconstitution des marges de manoeuvre budgétaires et monétaires, au renforcement de la zone euro par la réalisation de l'union bancaire et des marchés de capitaux, à l'amélioration du filet de sécurité mondial pour abonder la liquidité internationale en cas de choc (actuellement doté de 4 000 milliards de dollars), à la préservation du système multilatéral pour gérer les risques systémiques du capitalisme universel.

C'est à raison qu'Ernest Hemingway rappelait que « *la première panacée pour une nation mal dirigée est l'inflation monétaire, la seconde est la guerre. Les deux apportent prospérité temporaire et destruction indélébile. Les deux sont le refuge des opportunistes économiques et politiques* » .

L'argent gratuit est une addiction économique qui ne peut connaître d'issue heureuse

Aussi paru dans

5 août 2019 -

EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTSCHAFT:

Ein Anspruch auf tönernen Füßen

- VON HEINRICH AUGUST WINKLER
- -AKTUALISIERT AM 29.06.2019-14:36

Mit der Überhöhung des Prinzips, nur einer der Spitzenkandidaten könne Präsident der EU-Kommission werden, ist viel Verwirrung gestiftet worden. Denn: Die Mitgliedstaaten sind und bleiben die Garanten der europäischen Demokratie. Ein Gastbeitrag.

Von Kungeleien, von Geschachere und Geheimabsprachen in Hinterzimmern war die Rede: An starken Worten ließen es manche deutsche Kommentatoren nicht fehlen, als sich seit Mitte Juni 2019 abzeichnete, dass die Staats- und Regierungschefs der [EU](#) keinen der von den europäischen Parteifamilien nominierten Spitzenkandidaten dem Europäischen Parlament zur Wahl als Präsident der Kommission vorschlagen würden.

Einige Autoren wollten die Europawahl vom Mai 2019 gar als Plebiszit für das Prinzip der Spitzenkandidatur verstanden wissen: Wenn der Europäische Rat sich nicht auf einen der Spitzenkandidaten, vorzugsweise den der stärksten Gruppierung, einigen könne, sei das Verrat am Wählerwillen und die Preisgabe der großen demokratischen Errungenschaft von 2014 – jenes Jahres, in dem das Straßburger Parlament den erfolgreichsten unter den Spitzenkandidaten auf Vorschlag des Europäischen Rats zum Kommissionspräsidenten gewählt und damit die Kommissionsspitze de facto parlamentarisiert hatte.

2014 war freilich manches anders als 2019. Die beiden Spitzenkandidaten, auf die es ankam, der luxemburgische Christdemokrat Jean-Claude Juncker und der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz, hatten sich von vornherein darauf verständigt, dass der erfolgreichere an die Spitze der Kommission treten, der andere ein anderes europäisches Spitzenamt übernehmen sollte. Dass Christ- und Sozialdemokraten zusammen über die Mehrheit der Sitze im Europäischen Parlament verfügten, war ein starkes Argument zugunsten dieses Arrangements. Der [Europäische Rat](#) fügte sich widerstrebend, ohne daraus einen Präzedenzfall machen zu wollen. Juncker wurde zum Kommissionspräsidenten, Schulz ein weiteres Mal zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

Zwei Spitzenkandidaten blockieren sich gegenseitig

Weder 2014 noch 2019 haben die Spitzenkandidaten, von ihren jeweiligen Heimatländern abgesehen, in den Wahlkämpfen eine markante Rolle gespielt. Entsprechend gering war ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung. In Deutschland büßten die Unionsparteien, obwohl sie mit dem CSU-Politiker [Manfred Weber](#) diesmal den Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei stellten, gegenüber der vorangegangenen Wahl sogar erheblich an Stimmen ein. Dass die Wahlbeteiligung in Deutschland wie in der EU insgesamt anstieg, hatte andere Gründe: Mobilisierend wirkten der Brexit und die Sorge vor dramatischen Stimmengewinnen rechter Parteien.

Anders als 2014 verfügen Christ- und Sozialdemokraten im neuen [Europäischen Parlament](#) zusammen über keine Mehrheit mehr. Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl gab es 2019 auch keine Absprachen zwischen den beiden wichtigsten Spitzenkandidaten. Die Ansprüche, die Manfred Weber und sein sozialdemokratischer Konkurrent Frans Timmermans auf das Amt des Kommissionspräsidenten erhoben, blockierten sich vielmehr gegenseitig. Eine parlamentarische Mehrheit war für keinen der beiden in Sicht. Es hätte also gar nicht des massiven Widerstands des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gegen Weber als Person und die Spitzenkandidatur als Prinzip bedurft, um eine Wiederholung der Konstellation von 2014 zu verhindern. In deutschen Medien war denn auch prompt von einem Versagen des Europäischen Parlaments die Rede.

Dasselbe hört man aus der Chefetage der Europäischen Volkspartei in Brüssel, der Protagonistin des Projekts Spitzenkandidatur. Hier, in der ehemals hegemonialen Formation der Europäischen Union, wird vor allem an jener Lesart gestrickt, der zufolge das Europäische Parlament das öffentlich agierende Sprachrohr der europäischen Demokratie sei, wohingegen sich im Europäischen Rat die partikularen, nationalstaatlichen Obrigkeiten artikulierten; und das grundsätzlich hinter verschlossenen Türen. Dass es auch parlamentarische „Hinterzimmer“ gibt, in denen zum Beispiel Spitzenkandidaturen und Vereinbarungen zwischen Spitzenkandidaten ausgehandelt werden, gerät bei dieser Betrachtungsweise nicht ins Blickfeld.

Die Gleichsetzung von Europäischem Parlament und europäischer Demokratie

Kritische Einwände drängen sich aber auch im Hinblick auf den demokratischen Anspruch des Europäischen Parlaments auf. Es wird seit 1979 in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer, aber nicht in gleicher Wahl gewählt. Vielmehr verfügen die Mitgliedstaaten über vertraglich gesicherte Mandatskontingente, die die kleineren Staaten bevorzugen und die größeren benachteiligen. Das ist durchaus sinnvoll, ja unvermeidlich, um die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu sichern und Staaten wie Malta, Luxemburg oder Estland zu einer parlamentarischen Vertretung zu verhelfen. Doch der Verzicht auf das Prinzip „one person, one vote“ geht auf Kosten der demokratischen Legitimation des Europäischen Parlaments. Wenn dieses alle Rechte eines demokratischen, aus gleicher Wahl hervorgegangenen Parlaments für sich beansprucht und die Vollparlamentarisierung der EU anstrebt, stärkt das nicht die demokratische Legitimität des Staatenverbundes. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Gleichsetzung von Europäischem Parlament und europäischer Demokratie, wie sie zumal deutsche Abgeordnete des Straßburger Parlaments gern vornehmen, hat längst Züge eines erfolgreichen „framing“ angenommen. Es wird von Teilen der deutschen Presse, aber auch von manchen deutschen Politikern und Professoren erstaunlich unkritisch rezipiert und dadurch in seiner Wirkung verstärkt. Vergessen scheint, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon zu diesem Anspruch festgestellt hat. In seiner zusammenfassenden Pressemitteilung vom 30. Juni 2009 heißt es: „Das Europäische Parlament ist weder in seiner Zusammensetzung noch im europäischen Kompetenzgefüge dafür hinreichend gerüstet, repräsentative und zurechenbare Mehrheitsentscheidungen als einheitliche politische Leitentscheidungen zu treffen. Es ist gemessen an staatlichen Demokratieanforderungen nicht gleichheitsgerecht gewählt und innerhalb des supranationalen Interessenausgleichs zwischen den Staaten nicht zu maßgeblichen politischen Leitentscheidungen berufen.“

Das Verdikt des Bundesverfassungsgerichts, die primäre Integrationsverantwortung liege in der Hand der für die Völker handelnden nationalen Verfassungsorgane, ist kein Ausdruck von deutschem Nationalismus, sondern eine demokratiethoretische Selbstverständlichkeit. Dass ein Teil der deutschen politischen Klasse und der deutschen Öffentlichkeit mit diesem Sachverhalt hadert, ist bemerkenswert. Deutschland hat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Nationalstaat zugrunde gerichtet und tut gut daran, sich jeder Verabsolutierung von Nation und Nationalstaat zu widersetzen. Aus der deutschen Geschichte den Schluss zu ziehen, der Nationalstaat als solcher sei gescheitert und müsse zugunsten eines europäischen Bundesstaates oder einer Europäischen Republik aufgegeben werden, wäre jedoch eine allzu deutsch zentrierte Form des Lernens aus der Geschichte. In kaum einem anderen europäischen Land findet ein solches „postnationales“ Denken breiteren Zuspruch. Vielmehr erregt es Misstrauen, wenn der Ruf nach einer Überwindung von Nation und Nationalstaat gerade aus Deutschland zu hören ist. Auch das ist eine Folge der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts.

Die Europäische Union als buntscheckiges Gebilde

Um das Demokratiedefizit der Europäischen Union zu mindern, bedarf es des Zusammenwirkens zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten. Es sind die in gleicher Wahl gewählten Volksvertretungen der Mitgliedstaaten, die der europäischen Einigung jenes Maß an demokratischer Legitimation zuführen können, auf das der Staatenverbund der EU existentiell

angewiesen ist. Die Einführung einheitlicher transnationaler Kandidatenlisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wie sie seit einiger Zeit Präsident [Macron](#) vorschlägt, ist hingegen kein Mittel zur Demokratisierung der EU. Zwischen den Abgeordneten, die auf diese Weise gewählt werden, und ihren Wählern bestünde eine noch tiefere Kluft als zwischen den konventionell gewählten EU-Parlamentariern und ihrer nationalen Wählerbasis. Ein Zugewinn an europäischer Legitimation für das Straßburger Parlament lässt sich über transnationale Listen nicht bewirken. Die deutsche Politik ist gut beraten, wenn sie Macron auf diesem zentralistischen Irrweg nicht folgt.

Im Vertrag über die Europäische Union aus dem Jahr 2009 kommen „Spitzenkandidaten“ nicht vor. Dem Europäischen Rat obliegt es, dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Wahl vorzuschlagen, wobei das Ergebnis der [Europawahl](#) zu berücksichtigen ist. Berücksichtigen müssen die Staats- und Regierungschefs gleichzeitig aber auch die Besetzung weiterer europäischer Spitzenpositionen, nämlich die der Präsidenten des Europäischen Rats, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Zentralbank sowie des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei gilt es, den unterschiedlichen Interessen von Ost und West, Nord und Süd, von großen und weniger großen Staaten sowie den rivalisierenden Parteifamilien Rechnung zu tragen; außerdem muss die Verteilung der Funktionen auf Männer und Frauen bedacht werden.

Die Europäische Union ist ein buntscheckiges Gebilde. Die nationale, kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas ist keine Last der Geschichte, die es abzuschütteln gilt; sie macht vielmehr den Reichtum des alten Kontinents aus. Der Nationalismus hat das in den Vordergrund gerückt, was die Nationen trennt; die Europäische Union baut auf dem auf, was sie verbindet. Es läge im ureigensten Interesse ihrer Mitglieder, wenn die EU nicht nur im Hinblick auf die Handelspolitik und den Binnenmarkt, sondern auch in den großen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme sprechen könnte.

Multiple Krisen

Eines aber gibt es nicht und wird es nach menschlichem Ermessen auch künftig nicht geben: ein einheitliches europäisches Staatsvolk, das sich als Souverän eine parlamentarisch kontrollierte Zentralgewalt schafft. Solange die Staatsvölker nichts anderes beschließen, wird es dabei bleiben, dass die Mitgliedstaaten des Staatenverbundes die Garanten der Demokratie sind.

Die EU steckt in einer multiplen Krise. Die Brexit-Krise wird sich in den nächsten Monaten weiter zuspitzen, die italienische Schuldenkrise, die bisher größte Herausforderung der Eurozone, ebenso. Dazu kommt die Krise des inneren Zusammenhalts der Staatengemeinschaft, ausgelöst durch die Gefährdung des Rechtsstaates in Staaten wie Ungarn, Polen, Rumänien und, was oft übersehen wird, Malta. Ihren Anspruch, eine Wertegemeinschaft zu sein, kann die EU nur aufrechterhalten, wenn sie ihre normativen Grundlagen auch dort zu verteidigen weiß, wo sie von den Regierungen in Frage gestellt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es eines engen Zusammenwirkens der im weitesten Sinn liberalen Mitgliedstaaten der Union. Eine solche intensive Kooperation ist auch aus einem anderen Grund und über den Rahmen der EU hinaus notwendig: Was wir so gerne europäische Werte nennen, sind in Wirklichkeit westliche Werte, wesentlich mitgeprägt durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Und ebendort regiert seit Anfang 2017 ein Präsident, der mit diesen Werten nicht eben pfleglich umgeht.

Was die Europäische Union des Jahres 2019 nicht braucht, sind Streitigkeiten zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat, geboren aus den persönlichen Ambitionen von Abgeordneten und dem korporativen Ehrgeiz von Fraktionen und begründet mit einem demokratischen Anspruch, der einer kritischen Überprüfung nicht standhält. Die Staats- und Regierungschefs haben ein demokratisches Mandat. Den Abgeordneten des Europäischen Parlaments könnte man ein solches Mandat uneingeschränkt nur dann zubilligen, wenn es statthaft wäre, eine Wahl demokratisch zu nennen, die nicht auf dem Prinzip der gleichen Wahl beruht. Das aber wäre ein Widerspruch in sich selbst.

Mit der ideologischen Überhöhung des Prinzips Spitzenkandidatur haben die Befürworter dieser Neuerung des Jahres 2014 vor allem in Deutschland, dem Ursprungsland des Begriffs und wohl auch des Projekts, viel Verwirrung gestiftet. Es ist höchste Zeit, dem entgegenzuwirken. Von der Missachtung des demokratischen Gleichheitsprinzips durch vermeintliche Freunde Europas profitieren im Zweifelsfall nur die Nationalisten, die der politischen Einigung Europas den Kampf angesagt haben. Die polemische Art und Weise, wie maßgebliche Abgeordnete des Straßburger Parlaments in den letzten Wochen sich über das mühsame Aushandeln von Kompromissen im Europäischen Rat geäußert haben, entbehrt nicht der populistischen Untertöne. Kompromissbereitschaft aber gehört zu den Grundlagen jeder Demokratie und erst recht eines Zusammenschlusses demokratischer Staaten wie der Europäischen Union.

Der Präsident der Kommission bedarf einer (qualifizierten) Mehrheit im Europäischen Rat und einer (einfachen) Mehrheit im Europäischen Parlament, also einer doppelten Mehrheit. Das Europäische Parlament hat die vorrangige Aufgabe, die Europäische Kommission zu kontrollieren. Es ist nicht seine Bestimmung, zusammen mit dem Kommissionspräsidenten einen Machtblock gegen den Europäischen Rat zu bilden. Die Erfahrungen der Jahre 2014 bis 2019 wirken in dieser Hinsicht abschreckend. Je früher die Straßburger Abgeordneten sich auf ihre wichtigste Aufgabe besinnen, desto besser ist es für die Europäische Union – und für die Sache der Demokratie.

Der Verfasser lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im September erscheint sein Buch „Werte und Mächte“. Geschichte des Westens in einem Band“.

Quelle: F.A.Z.